

1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008

GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG



30 Jahre Ausschuss für Kirchliche Weltdienste in Nordelbien



Dokumentation
und Interviews
von Frank Kürschner-Pelkmann

Ausschuss für
Kirchliche Weltdienste
der Nordelbischen Evang.-Luth. Kirche

Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung

30 Jahre Ausschuss
für Kirchliche Weltdienste
in Nordelbien



Ausschuss für
Kirchliche Weltdienste
der Nordelbischen Evang.-Luth. Kirche

Impressum:

Herausgeber:

Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordelbischen
Evang.-Luth. Kirche (KED),
Wulfsdorfer Weg 29, 22949 Ammersbek
Telefon 040/605 26 03; Fax 040/605 25 38
E-Mail: info@ked-nordelbien.de
Internet: www.ked-nordelbien.de

Text: Frank Kürschner-Pelkmann
Redaktion: Mirjam Freytag
Korrektur: Ermina Freytag, Otto-Michael Dülge
Layout: Erhard Poßin
Druck: DwerWerk, Glückstätter Werkstätten, Itzehoe

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Ammersbek, Januar 2009

Vorwort

„Wenn Sie 10.000 € geschenkt bekommen würden, was würden Sie damit tun?“ Mit dieser Frage begann ein Seminar zum Thema „Armut und Reichtum – wie funktioniert die globale Wirtschaft?“ Die Teilnehmenden fühlten sich einen Moment lang wirklich beschenkt, und dann folgte eine spannende Runde: Ich brauche das Geld zum Leben; ich gebe es meinen Kindern, die haben gerade so wenig; auf mein Dach kommt eine Solaranlage; ich kaufe mir Anteile bei Oikocredit; ich mache eine Reise nach Südafrika; mein Mann kommt aus Bolivien und dort gibt es eine Schule, die ich unterstützen möchte. Wir waren mittendrin in dem, was uns wichtig ist, wie wir leben möchten und wie wir diese Welt gerechter gestalten wollen.

Seit 1977 hat der „Ausschuss für Kirchliche Weltdienste“ (AKWD) die nordelbischen Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst verwaltet. Für diese Aufgaben stehen jedes Jahr 3% des Kirchensteuernettoaufkommens zur Verfügung. Der AKWD entstand mit dem Ziel, die Kooperation aller an der entwicklungspolitischen und ökumenischen Arbeit Beteiligten zu verstärken. Hierfür wurde eine besondere Struktur gewählt: Der AKWD war ein Ausschuss von Synode und Kirchenleitung. Aus der langjährigen Zusammenarbeit von Synodalen, einem Mitglied der Kirchenleitung und Vertreter/innen des Nordelbischen Zentrums für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst und den Diakonischen Werken sind zahlreiche Initiativen erwachsen. Ich nenne sie nur stichwortartig: Förderung von Kirchenkreisprojekten, Förderung von Einzelmaßnahmen und Ökumenischen Begegnungen, das Ökumenisch-missionarische Stipendienprogramm, der Eine-Welt-Preis, der Notfonds für ausländische Studierende, Sofortmaßnahmen und als jüngstes Programm die Ökumenischen Arbeitsstellen in den Kirchenkreisen. Der AKWD hat mit seinen Programmen eine Antwort auf die Frage gegeben, wie wir als Kirche mit dem uns anvertrauten Geld einen Beitrag zu einer gerechteren Welt leisten.

Etwa zwei Drittel der nordelbischen Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst kommen Projekten in Afrika, Asien und Lateinamerika zu gute. Schon sehr früh wurde die wichtige Entscheidung gefällt, einen Teil für die ökumenische Arbeit im Inland nicht zentral verwalten zu lassen, sondern in Nordel-

bien selbst über die Vergabe zu entscheiden. Dieser „nordelbische Weg“ hat entscheidend zur ökumenischen Weite und zum entwicklungspolitischen Bewusstsein in Nordelbien beigetragen. Die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und die Angebote des Kirchlichen Entwicklungsdienstes waren wichtige Instrumente der Arbeit. Dabei spielte das Tagungszentrum Haus am Schüberg in den letzten drei Jahrzehnten eine zentrale Rolle.

Der Ausschuss hat sich bei aller kontinuierlichen Arbeit immer die Möglichkeit offen gehalten, auf neue Entwicklungen einzugehen und innovative Ansätze zu fördern. Die Wirkung seiner Arbeit ist dadurch noch genauso relevant wie vor 30 Jahren. Im Rahmen der Einrichtung von Hauptbereichen in der Nordelbischen Kirche wird auch der Bereich Ökumene, Mission und Kirchlicher Entwicklungsdienst umstrukturiert. Der AKWD beendete am 31. Dezember 2008 seine Tätigkeit, und eine neue Steuerungsgruppe wird die ökumenischen Arbeitszweige der Nordelbischen Kirche lenken.

In der Ihnen vorliegenden Dokumentation ist die über dreißigjährige Geschichte des Ausschusses nachvollzogen. Auf der Grundlage vieler Gespräche, aller Protokolle und ergänzender Materialien hat der Journalist Frank Kürschner-Pelkmann eine spannende nordelbische Ökumenegeschichte geschrieben. Ich bin sehr dankbar, dass er sich mit all seiner Sachkenntnis auf dieses Unternehmen eingelassen hat. Dass so viele Impulse von diesem Ausschuss ausgehen konnten, verdankt der Ausschuss seinen Mitgliedern. Die Dokumentation möchte besonderes dieses Engagement darstellen und würdigen. Ein ausdrücklicher Dank geht aber auch an die Synode der Nordelbischen Kirche für die Bereitstellung der notwendigen Gelder und für das Vertrauen, das sie in die Ausschussarbeit gesetzt hat. Zuallerletzt möchte ich denen danken, die mit den Mitteln des AKWD entwicklungspolitische und ökumenische Arbeit in Nordelbien geleistet und damit das ökumenische Gesicht unserer Kirche geprägt haben.

Ammersbek im Januar 2009

Mirjam Freytag,
Beauftragte für Kirchlichen Entwicklungsdienst der Nordelbischen Evang.-Luth. Kirche

Ökumenische Anstöße für die kirchliche Entwicklungsarbeit

Am Anfang stand ein zeitweise turbulentes Treffen, nicht in Hamburg oder Husum, sondern im schwedischen Uppsala. Bei der 4. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) im Juli 1968 wurden nach kontroversen Debatten die weltweiten Fragen der Gerechtigkeit und der Überwindung von Armut und Elend ganz oben auf die Tagesordnung der Gemeinschaft von Kirchen aus vielen Konfessionen und Ländern gesetzt. Die politischen Proteste und der Aufbruch der Jugend im Jahre 1968 erreichten auch das ökumenische Treffen, und jugendliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer forderten mehr Mitwirkung für die junge Generation und ein klares Engagement des ÖRK für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Sie veranstalteten in Uppsala Teach-ins und kritisierten in einer gemeinsamen Erklärung den „paternalistischen Imperialismus der entwickelten Länder“. Angesichts des prächtigen Einzugs der kirchlichen Würdenträger in die Kathedrale von Uppsala fühlten sich viele Jugenddelegierte in ihrem Verständnis von Kirche provoziert, und ein französischer Teilnehmer formulierte: „Wenn Christus nicht auferstanden wäre, dann würde er sich jetzt im Grab umdrehen.“

Es gelang einer sehr erfahrenen und geschickten Vollversammlungsregie, ein Konferenzchaos zu verhindern und die Jugenddelegierten – so jedenfalls sahen diese es – an vielen Punkten ins Leere laufen zu lassen. Der deutsche Jugenddelegierte Dieter Lenz schrieb nach der Konferenz, die Revolution „verschwand im Aktenordner“. Aber viele Anliegen der Jugend, die vor allem von Kirchenführern aus dem Süden der Welt geteilt wurden, fanden Eingang in die Beschlüsse der Vollversammlung. Dies betrifft u.a. die damals international heftig debattierten Fragen der ungerechten internationalen Wirtschaftsbeziehungen. 20 Jahre nach der Gründung des ÖRK war klar, dass die ökumenische Bewegung entweder in der Bedeutungslosigkeit versinken oder den Glauben in Beziehung setzen musste zu den politischen, ökonomischen und sozialen Konflikten der Zeit. Die große Mehrheit der anwesenden Kirchenvertreter entschied sich für den zweiten Weg. Wenn Uppsala als eine Geburtsstunde des gemeinsamen kirchlichen Entwicklungsengagements betrachtet werden kann, so war es damit auch die Geburtsstunde einer unlösbaren Verknüpfung von Glaube, ökumenischem Engagement, gesellschaftspolitischem Einsatz und der Arbeit für tief greifende Veränderungen im Norden und im Süden, einer umfassenden Entwicklung.

In der Botschaft der Vollversammlung wurde die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm angeprangert und festgestellt, „dass Christen, die durch ihr Handeln ihren Mitmenschen die Menschenwürde verweigern, Jesus Christus verleugnen, trotz aller Glaubensbekenntnisse, die sie sprechen“. Es heißt in der Botschaft der Vollversammlung weiter: „Deshalb wollen wir Christen zusammen mit Menschen jeder Überzeugung für die Sicherung der Menschenrechte in einer gerechten Weltgemeinschaft eintreten. Wir werden uns für Abrüstung einsetzen und für Handelsabkommen, die allen Beteiligten gerecht werden. Wir sind bereit, uns selbst eine Abgabe aufzuerlegen, um damit ein weltweites Steuersystem vorzubereiten.“ Die Mitgliedskirchen wurden aufgerufen, bis zu 5% ihrer Einnahmen für kirchliche Entwicklungsaufgaben zur Verfügung zu stellen.

In Uppsala wurden auch Grundlagen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit gelegt. Im Bericht der Sektion III heißt es: „Die Kirchen sollten in Predigt und Unterricht und in der theologischen Ausbildung die biblische Sicht von der Einheit der Menschheit sowie ihre konkrete Bedeutung für die weltweite Solidarität aller Menschen und die Haushalterschaft für die Güter der Erde besonders herausstellen.“ Und auch die folgende Aussage hat nichts von ihrer Orientierungskraft für entwicklungspolitisches Engagement verloren: „Christen sollten an vorderster Front im Kampf gegen ein provinzielles, enges Gefühl der Solidarität stehen und sich dafür einsetzen, ein Bewusstsein für die Beteiligung an einer weltweiten verantwortlichen Gesellschaft für alle zu schaffen.“ Ohne die Anstöße der ÖRK-Vollversammlung hätte das Engagement der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und eine umfassende Entwicklung Ende der 60er Jahre und in den 70er Jahren keine so breite Basis gefunden. Der AKWD verdankt seine Entstehung in erheblichem Maße diesem Aufbruch.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Spandau im Oktober 1968 griff die ökumenische Forderung nach einer Bereitstellung kirchlicher Mittel für die Entwicklungsarbeit auf

und gab sie an die EKD-Gliedkirchen weiter. In der Entschließung der Synode wird u.a. festgestellt: „Christsein verwirklicht sich im Handeln des Alltags. Der Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden muss sich dort bewähren. Wichtig ist, dass die Christen dem politischen Handeln zu rechter Begründung und der gemeinsamen Zielsetzung zu praktischer Folgerung verhelfen ... Christen sollten jede Gelegenheit der Kommunikation und alle Mittel des Informationswesens benutzen, damit der provinzielle Horizont des Denkens und Handelns auf die Weltgesellschaft hin ausgeweitet wird ... Christen sollen freiwillig einen angemessenen Prozentsatz ihres Einkommens zur Verfügung stellen. Ebenso sollen die Kirchen einen wachsenden Anteil ihrer Einnahmen bereitstellen. In den kirchlichen Haushalten soll eine neue Rangfolge der Prioritäten gelten.“ Mit diesem Beschluss wurde die Grundlage für die Bereitstellung von Mitteln für den Kirchlichen Entwicklungsdienst aus Kirchenhaushalten gelegt.

In den Beschlüssen der Synode ist nachzulesen: „Die Synode der EKD bittet die Gliedkirchen, dahin zu wirken, dass in wesentlich verstärktem Maße als bisher in die Haushalte unserer Kirchengemeinden und Landeskirchen, ihrer Werke und Einrichtungen Mittel für Aufgaben eingesetzt werden, die der Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen dienen.“ Für diese Aufgaben sollten zunächst 2% aller kirchlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Dieser Anteil sollte bis zum Jahr 1975 auf 5% gesteigert werden. Außerdem wurde die Bedeutung entwicklungspolitischer Bildung und Publizistik deutlich formuliert.

1973 wurde die EKD-Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ veröffentlicht. Diese Denkschrift ist bis heute ein wegweisender Text für die theologische Begründung und die praktische Arbeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes. In der Denkschrift wird festgestellt: „Gerechtigkeit und Frieden sind neben der Frage nach der Einheit der Kirchen die vordringlichen Themen der Ökumene.“ An verschiedenen Stellen wird an die Beschlüsse der ÖRK-Vollversammlung in Uppsala angeknüpft, und entsprechend deutlich wird Position bezogen: „... gehören Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, Dienst am Einzelnen und an der Gesellschaft, die Beseitigung der Ursachen sozialer Ungerechtigkeit sowie die Fürsorge für deren Opfer gleichermaßen unter die Botschaft des kommenden Gottesreiches“.

Über den Kirchlichen Entwicklungsdienst heißt es, er werde „nicht davon ablassen, ungerechte Herrschaftsverhältnisse öffentlich beim Namen zu nennen und Hilfe zu struktureller Neuordnung zu leisten. Dabei wird er sich auf die Seite derer stellen, die unter ungerechten Verhältnissen leiden.“ Zur entwicklungspolitischen Informationsarbeit wird festgestellt: „... geht es darum, aufzudecken, dass die Probleme der Dritten Welt auch im Wirtschaftsverhalten der Industrienationen ihre Ursachen haben. Es muss deutlich werden, dass die Reformpolitik in der eigenen Gesellschaft die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer berücksichtigen muss.“

Kirchlicher Entwicklungsdienst in Schleswig-Holstein

In den evangelischen Kirchen in Hamburg und Schleswig-Holstein wurden die Beschlüsse der ÖRK-Vollversammlung und der EKD-Synoden diskutiert und zum Anstoß für eigenes Handeln. In der Landeskirche Schleswig-Holstein wurde 1972 beschlossen, Haushaltsmittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) bereitzustellen und einen Ausschuss „Brot für die Welt/Kirchlicher Entwicklungsdienst“ zu bilden, dem vier Synodale und drei Nicht-Synodale angehörten. Als KED-Referent wurde 1972 Jens-Hinrich Pörksen (siehe Porträt in dieser Broschüre) berufen, der mit einer halben Stelle seine Tätigkeit als Gemeindepastor in Handewitt fortsetzte. In seinem Kirchenkreis Flensburg hatte er bereits 1968 die Initiative dafür ergriffen, eine langfristige Partnerschaft mit einem lutherischen Bildungszentrum in Morogoro/Tansania aufzubauen und hierfür aus Kirchensteuermitteln innerhalb von zehn Jahren eine Million DM zur Verfügung zu stellen.

Wie wenig der Gedanke, Kirchensteuermittel für solche Entwicklungsaufgaben zur Verfügung zu stellen, damals von manchen Gemeindegliedern akzeptiert wurde, zeigten Leserbriefe im „Flensburger Tageblatt“. Hier ein Briefauszug: „Man ist versucht zu glauben, dass es sich hier um eine Falschmeldung handelt. Mitnichten. Ungeachtet einer Reihe von Fragen, die sich anlässlich eines so weit ge-

EINE-WELT-PREISTRÄGER

Aktion Bundesschluss



Die Nordelbische Kirche zeichnet seit 1996 alle zwei Jahre Einzelpersonen, Gemeindekreise, Schulklassen, Fair-Handelsgruppen, Solidaritäts- und Partnerschaftsgruppen und Initiativen mit dem „Eine-Welt-Preis“ aus, die sich vorbildlich engagiert haben, um Nord-Süd-Beziehungen lebendig und gerecht zu gestalten. Wir stellen in dieser Broschüre eine Reihe von Preisträgern vor, die sich mit Fantasie, Kreativität und Hingabe für mehr Gerechtigkeit in der Welt einsetzen.

Die Bundesschluss-Bewegung gründet sich auf den Bund, den Gott mit den Menschen und der ganzen Schöpfung eingegangen ist. Die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen gab 1984 den Anstoß, Verbindungen zwischen Gemeinschaften in Südafrika und kirchennahen Gruppen in anderen Teilen der Welt aufzubauen. Die Apartheidpolitik bedrohte damals viele schwarze Gemeinschaften, u.a. durch Zwangsumsiedlungen. In verschiedenen deutschen Kirchen, darunter auch in der Nordelbischen Kirche, entstanden Bundesschluss-Gruppen, denen es gemeinsam mit ihren südafrikanischen Partnern um Begegnung und Austausch, Wahrheit und Versöhnung sowie gegenseitige Unterstützung für Gerechtigkeit und Frieden ging und geht.

Auch nach den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika wird die Bundesschluss-Arbeit fortgesetzt. In Nordelbien arbeiten bis heute sechs Bundesschluss-Gruppen und halten Verbindung zu ihren südafrikanischen Partnern. Wichtig ist weiterhin, betont Adelheid Wiedenmann von der Aktion Bundesschluss, „die kritische Reflexion unserer Rolle in unserem gesellschaftlichen und kirchlichen Umfeld und im Verhältnis zu unseren Bundesschluss-Partnern“.



Foto: Aktion Bundesschluss

stellen. Im folgenden Jahr berief die Synode den Ausschuss „Hamburger Entwicklungsdienst“ unter Einbeziehung nichtsynodaler Experten und mit einer hauptamtlichen Geschäftsführung. Rüdiger Stegemann wurde als erster Geschäftsführer beauftragt, entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in Hamburg in Gang zu bringen. Als er 1972 ausschied, gab es bereits Überlegungen, den Arbeitsbereich Kirchlicher Entwicklungsdienst der Landeskirche in das neu entstandene Nordelbische Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst (NMZ) zu integrieren. Bis zur Klärung der De-

henden Beschlusses von selbst stellen, wäre es, so meine ich, wohl einer Überlegung wert gewesen, ob nicht trotz löblicher Entwicklungshilfe diese Million besser im Raum der Propstei für soziale Zwecke verwendet wird.“ Und ein anderer Leserbriefschreiber formulierte: „Welchen Sinn hat es, wenn mit dieser Million ein paar Gläubige im unberechenbaren Afrika gewonnen werden, während gleichzeitig Tausende im eigenen Land aus Enttäuschung der Kirche den Rücken kehren?“

Der Bedarf an entwicklungspolitischer Bewusstseinsbildung und an der Verankerung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in den Gemeinden und in der breiteren Öffentlichkeit war nicht zu übersehen. Der Ausschuss Brot für die Welt/Kirchlicher Entwicklungsdienst wurde gleich bei seiner Berufung beauftragt, Ideen für eine sinnvolle bewusstseinsbildende Arbeit zu entwickeln und dabei bestehende Aktivitäten im nordelbischen Raum zu berücksichtigen. Ende Mai 1972 brachte Jens-Hinrich Pörksen einen Antrag in die Synode seiner Landeskirche ein, dass die EKD 10% der KED-Mittel für die Bewusstseinsbildung verwenden möge. In der Begründung des Antrages, der eine Mehrheit fand, hieß es u.a.: „Die Motivierung und Mobilisierung der Christen für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt muss evangeliumsgemäß und gemeindengemäß sein. Sie muss integriert werden in die alltägliche gemeindliche und übergemeindliche Arbeit ... Die gewissensbildende und bewusstseinsbildende Arbeit muss langfristig orientiert sein. Sie darf sich nicht in kurzfristigen Aktivitäten erschöpfen.“

Für das Haushaltsjahr 1973 wurden erstmals 2% des Gesamthaushalts der Landeskirche, 5,2 Millionen DM, für den Kirchlichen Entwicklungsdienst bereitgestellt. 1974 stieg der Anteil um 0,5%. Weitere 0,5% wurden von 1975 an direkt von den Propsteien erbeten, „um auf diese Weise die Gemeindeglieder, Pastoren und Mitarbeiter unmittelbar für die Unterstützung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes zu gewinnen“ (Jens-Hinrich Pörksen).

Kirchlicher Entwicklungsdienst in Hamburg

Die Synode der Hamburgischen Landeskirche beschloss 1969, 3% des Kirchensteueraufkommens für den Kirchlichen Entwicklungsdienst zur Verfügung zu

tails wurde die Geschäftsführerposition kommissarisch besetzt. Für diese Aufgabe gewann man 1972 Edeltraud Engel (siehe Porträt in dieser Broschüre), die eigentlich mit ihrer Familie nach Namibia ausreisen wollte, was aber daran scheiterte, dass die südafrikanische Regierung ein Visum verweigerte.

Im Februar 1973 beschloss die Hamburgische Landeskirche, ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten auf das NMZ zu übertragen, und der Ausschuss „Hamburger Entwicklungsdienst“ löste sich auf. Den weiteren Ablauf hat Edeltraud Engel in einem Buchaufsatz anlässlich des 30-jährigen Bestehens des NMZ so beschrieben: „Die Lübecker und Eutiner schlossen sich an, und es kam zur Bildung eines KED-Ausschusses beim NMZ, Referat Kirchlicher Weltdienst. Zwei Persönlichkeiten müssen in diesem Zusammenhang unbedingt genannt werden: Von Anfang an waren Ilse Morgenroth und Uwe Puttfarcken dabei und haben die Arbeit des Weltdienstes entscheidend mitgeprägt.“ Die konstituierende Sitzung des „Ausschusses kirchlicher Weltdienst des NMZ/KED Ausschuss des NMZ“ fand am 10. Mai 1973 statt.

Weltdienst-Engagement im NMZ

Als Referenten für den Kirchlichen Weltdienst berief der Vorstand des NMZ Walter Hildebrandt (siehe Interview in dieser Broschüre), der nach einem sechsjährigen Einsatz in Kenia zurückgekehrt war. Edeltraud Engel, nun als Beauftragte für den kirchlichen Weltdienst, und Walter Hildebrandt konnten gemeinsam die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gestalten. Im Rückblick schrieb Edeltraud Engel über diese Zeit: „Wir hatten im Kirchlichen Weltdienst ... viele Freiräume für unsere Arbeit. Dabei war es wichtig, die engagierten Missionsfreundinnen und -freunde für den Weltdienst zu gewinnen, aber auch neue Zielgruppen, vor allem in der breiteren Öffentlichkeit, anzusprechen und für unsere Themen, Ideen und andere Erfahrungsebenen zu begeistern.“

Mit Direktor Nelle, so erinnern sich die Weltdienst-Referenten Wolf Heymann und Walter Hildebrandt-von Graefe in einem kürzlich veröffentlichten Buchaufsatz, hatte das NMZ einen Leiter, „dem viel an neuen Formen der Arbeit lag und der dem Referat einen großen Spielraum in der Arbeitsweise zugestand. Die Spannungen, die sich im Vorstand zeigten und an denen dann auch der damalige Direktor Nelle scheiterte, waren für uns eher das Abbild der unterschiedlichen Gemeindekultur, wie sie jeder Landeskirche eigen ist, sich aber hier unter dem Dach des NMZ reiben mussten. Da gab es so entwicklungspolitisch progressive Personen und Gemeinden wie Ilse Morgenroth und Pastor Bernd Gillert in Neumünster, einen progressiven Missionsbeirat in Lübeck, es gab sich eher traditionell gerierende Bezirke wie Lauenburg, es gab die treuen Kreise der Missionsfreunde, die wahrscheinlich ziemlich verständnislos unsere Schautafeln von Strahm sehen mussten, wie zum Beispiel, dass Futtermittelimporte die Armut der Entwicklungsländer noch verstärken.“

Wolf Heymann war zum zweiten theologischen Weltdienstreferenten berufen worden, nachdem Edeltraud Engel mit ihrer Familie für einen Einsatz in Makumira/Tansania ausgereist war. Auch unter dem neuen NMZ-Direktor Paul-Gerhardt Buttler (siehe Porträt in dieser Broschüre) blieben Spannungen zwischen Weltdienst-Anliegen und den Vorstellungen vieler Missionsfreunde nicht aus. Kürzlich hat er in einem Buchaufsatz dafür Beispiele gegeben: „Die Frage, ob denn eine nordelbische Frauengruppe ihre Aktion ‚Kauft keine Früchte der Apartheid‘ beim Breklumer Jahresfest am Rande der Festwiese präsentieren durfte, war nicht nur im NMZ-Vorstand umstritten. Wegen der Beteiligung eines Referenten (dem heutigen NMZ-Vorstandsvorsitzenden) an einem Aufruf anlässlich der Friedenswoche 1984 wurde der Direktor sogar ins Kieler Kirchenamt zitiert und an seine Aufsichtspflicht erinnert. Solide Facharbeit und Sachkompetenz der Weltdienst-Referenten und eine Dienste und Werke übergreifende Zusammenarbeit schufen aber mit der Zeit ein Klima, das ermöglichte, dass sich die Synode der Nordelbischen Kirche auf ihren Tagungen im September 1993 und Februar 1994 intensiv mit dem Thema ‚Weltwirtschaft und Gerechtigkeit‘ befasste.“

Der Weg zu einem gemeinsamen Kirchlichen Entwicklungsdienst in Nordelbien

1973 kam es anlässlich einer gemeinsamen Reise nach Stuttgart zu ersten Verabredungen für eine enge Zusammenarbeit zwischen Jens-Hinrich Pörksen und Edeltraud Engel, also den damals Verant-

wortlichen für die kirchliche Entwicklungsarbeit in Schleswig-Holstein und Hamburg. Daraus entwickelte sich eine enge und vertrauensvolle Kooperation der Verantwortlichen für den Kirchlichen Entwicklungsdienst, der Brot für die Welt-Arbeit in den beiden Diakonischen Werken und des Weltdienst-Referats im NMZ. Man traf sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch und zur Planung gemeinsamer Vorhaben.

Bis 1976 entstanden zum Beispiel drei gemeinsame Broschüren. Das erste Heft erschien Ende 1973 anlässlich von 25 Jahren Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte unter dem Titel „25 Jahre Menschenrechte, ein Jubiläum - ein Jubiläum?“ Man arbeitete bei der Erstellung der Broschüre eng mit Amnesty International zusammen, ein frühes Beispiel dafür, wie in der kirchlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ganz bewusst die Kirchenmauern verlassen wurden. Im zweiten Heft ging es um das Thema „Weltbevölkerung und Welternährung“ und im dritten dann um „Entwicklung und Umwelt – zwei Seiten einer Medaille“ (1975). An diesem Heft arbeitete Winfried Hohlfeld maßgeblich mit, der als theologischer Referent für die Brot für die Welt-Arbeit im Diakonischen Werk Schleswig-Holstein tätig war. Im Rückblick äußert sich Jens-Hinrich Pörksen über dessen Tätigkeit: „Es ist das bleibende große Verdienst von Pastor Hohlfeld, dass er den engen Zusammenhang von Umweltverantwortung und Entwicklungsverantwortung herausgearbeitet und dieses Thema so frühzeitig in die bundesweite Arbeit von Brot für die Welt hineingetragen und zu einem Schwerpunktthema kirchlicher Entwicklungsdienste gemacht hat.“ Winfried Hohlfeld hat auch einen großen Beitrag dazu geleistet, dass in der Arbeit und den Förderungen des AKWD von Anfang an der Zusammenhang von Entwicklung, Gerechtigkeit und verantwortungsbewusstem Umgang mit der Schöpfung eine wichtige Rolle gespielt hat.

Das Haus am Schüberg als Zentrum entwicklungspolitischer Bildungsarbeit

Die Verantwortlichen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit erkannten rasch, dass ein Bedarf an einer Tagungsstätte bestand, in der Seminare zu einem breiten Spektrum von entwicklungspolitischen Themen angeboten werden konnten. Zu diesem Zeitpunkt führte Dienste in Übersee bereits regelmäßig Vorbereitungsseminare für ausreisende Entwicklungsfachkräfte im Haus am Schüberg in Hoisbüttel bei Hamburg durch. Dienste in Übersee hatte damals seinen Sitz in Stuttgart und wollte einen zweiten Standort im Norden aufbauen.

Die Wurzeln von Dienste in Übersee in Nordelbien

In einem Beitrag zu einem festlichen Abend im Haus am Schüberg anlässlich des 40-jährigen Bestehens von „Dienste in Übersee“ (DÜ) am 30. September 2000 hat Eberhard le Coutre Motivationen und Hintergründe erläutert zu den Zusammenhängen zwischen der Gründung von „Dienste in Übersee“ in Hamburg und den Anfängen der entwicklungsorientierten ökumenischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Nordelbischen Kirche. Hier einige Auszüge:

Gründung von DÜ: Der eigentliche Gründungsprozess nahm etwa drei bis vier halbtägige Sitzungen in Anspruch. Zu den Gremien der ökumenischen Diakonie gehörten damals nur Leute, die gemeinsam etwas wollten. Die Bremser waren noch nicht dabei ... Als DÜ am 9. November 1960 in Hamburg gegründet worden war, gab es natürlich noch nicht sofort DÜ-ler. DÜ war zunächst lediglich eine Geschäftsstelle mit einem konkreten Auftrag, mit bestimmten Plänen und Absichten ... Und nun ist vom Haus am Schüberg, einer Tagungsstätte des Kirchenkreises Stormarn im Nordosten von Hamburg, zu reden, denn hier vollzog sich die erste Personalisierung sozusagen von DÜ. Dort waren die ersten 16 Personen, die zu einem Dienst nach

Übersee vermittelt und darauf vorbereitet werden wollten ... erstmals gemeinsam lebhaftig präsent ... beim ersten Vorbereitungskurs vom 4. bis 26. April 1961 im Haus am Schüberg in Hoisbüttel bei Hamburg ...

Der erste Antrag auf Personalvermittlung nach Übersee sowie damit verbundene Vorbereitungs- und Informationsmaßnahmen waren keine Aktivitäten der noch gar nicht gegründeten Arbeitsgemeinschaft DÜ, sondern des Hamburger Überseekollegs und seines Trägers, des Vereins für ökumenische Studentenwohnheime e.V.. Man kann sich die zugleich sowohl abenteuerlich naive als auch vorausschauend erfolgreich gewordene Kühnheit des Unterfangens heute kaum noch deutlich genug ausmalen: Eine selbst noch im Aufbau befindliche Initiative wie das wesentlich von der ESG [Evangelische Studierenden Gemeinde] motivierte Überseekolleg entwickelte die Selbstgewissheit, bei Brot für die Welt (BfdW) Mittel nicht nur für einen Vorbereitungskurs, sondern auch für die eigene Entsendung von Fachkräften nach Übersee zu beantragen. Der Antrag über DM 108.780,- wurde von BfdW am 29. September 1960 bewilligt ...

An die Gestaltung der Vorbereitungskurse sind wir weitgehend mit der gleichen naiven Unbekümmertheit herangegangen wie an die vielen anderen ersten Schritte auch. Besonders eindrucksvoll bleibt eine Erfahrung, an die zu erinnern fast vierzig Jahre danach besonders interessant ist und die heute doch ziemlich nachdenklich macht: Die Bibelarbeiten – Auslegung und anschließend Aussprache in Gruppen, jeweils eineinhalb Stunden, in jeder Woche viermal – wurden in einer Woche vom Lübecker Bischof Heinrich Meyer und in einer weiteren Woche vom Hamburger Bischof Karl Witte gehalten. Das ist ja heute eine kaum nachvollziehbare Vorstellung: Bischöfe nehmen sich drei bis viermal in der Woche einschließlich An- und Abreise einen ganzen Vormittag Zeit (die Stunden zur Vorbereitung noch gar nicht mitgezählt), um mit 16 jungen Leuten, die ... Bibel zu lesen ...

Regelmäßig gehaltene Vorbereitungs- und Orientierungskurse von DÜ gab es im Haus am Schüberg bis 1964 ... Im Jahre 1976 wurde eine vertraglich festgelegte längerfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen den drei Part-

nern Kirchenkreis Stormarn, dem Eigentümer des Hauses am Schüberg, der inzwischen gegründeten Nordelbischen Kirche und Dienste in Übersee begründet ...

Wir haben – und ich habe mich daran beteiligt – zu lange und zu naiv von „Theologie der Armut“ geredet. Vieles daran war oberflächlicher Moralismus und ich vermute, die wirklich Armen haben kaum was oder gar nichts davon gehabt. Was wir aber weitgehend versäumt haben, das ist, nachzudenken über eine „Theologie des Wohlstands“, die uns selbst mehr kosten würde als nur Feststellungen über moralische und politische Defizite bei Anderen und Wünschenswertes für andere Andere. Wir haben es also versäumt, konkreter und kritischer über die Situation nachzudenken, in der die meisten von uns leben, an der wir festhalten und an der wir auch so schnell nichts ändern lassen wollen. Unterwegs wohin? Und mit welchen Korrekturen des eigenen Weges? Das wären Ausgangspunkte für das gemeinsame Nachdenken und das weitere Gespräch über die Zukunft von „Dienste in Übersee“.

Eberhard le Coutre, der zu diesem Zeitpunkt bereits für Dienste in Übersee in Hamburg tätig war, sprach Jens-Hinrich Pörksen auf die Möglichkeit an, gemeinsam das Haus am Schüberg in Hoisbüttel zu einem entwicklungspolitischen Bildungszentrum zu machen. Dieses Tagungshaus wurde zu diesem Zeitpunkt allein von der Propstei (später Kirchenkreis) Stormarn getragen, die aber Mühe hatte, es ausreichend auszulasten. Zudem stand eine grundlegende Renovierung der Gebäude an.

Es wurde eine gemeinsame Trägerschaft des Hauses von Propstei Stormarn, Dienste in Übersee und dem Kirchlichen Entwicklungsdienst in Schleswig-Holstein vereinbart. Die Renovierungskosten und den Erwerb des Wohnhauses für einen neuen Studienleiter übernahm die Schleswig-Holsteinische Landeskirche. Das Nordelbische Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst brachte eine halbe Studienleiterstelle aus seinem Weltdienst-Referat ein, um so die Arbeit des Bildungszentrums und des NMZ eng zu verzahnen. Dienste in Übersee siedelte eine Studienleiter- und eine Sachbearbeiterinnenstelle im Haus am Schüberg an. Mit den Studienleitern Rolf Christiansen (Kirchenkreis Stormarn), Dr. Justus Freytag (Dienste in Übersee) und Walter Hildebrandt (NMZ) konnte ein profilierter Neuanfang in der Bildungsarbeit im Haus am Schüberg gemacht werden.

Dienste in Übersee als Partner in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordelbien

In seinem Vortrag „'der überblick' als Zeitschrift der ökumenischen Bewegung - 25 Jahre in Hamburg“ am 9. April 2001 in der Evangelischen Akademie in Hamburg hat Eberhard le Coutre einige Überlegungen, Erfahrungen und Notwendigkeiten für die regionale Anbindung weltdienst-orientierter Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der EKD vorgestellt. Einige Auszüge zum Aufbau der Arbeit von Dienste in Übersee im norddeutschen Raum:

Warum der Umzug von Stuttgart nach Hamburg? Dafür gab es mehrere Gründe. Zunächst einmal eine strukturpolitische Erfahrung und Überzeugung: Zentralismus ist gefährlich, hindert demokratische Entwicklung und lähmt die kreative Fantasie ... Und es ging an-

dererseits um eine Erfahrung, die vor einigen Jahrzehnten durch einen Buchtitel treffend benannt wurde: „Managen wie die Wilden“. Gemeint war, dass kommunikative und kooperative Entscheidungsprozesse auch in der modernen Gesellschaft am besten funktionieren, wenn etwa so viele Leute zusammenwirken, wie bei unseren frühen Vorfahren, als sie noch Jäger und Sammler waren, die in Gruppen von zehn bis fünfzehn Leuten durch die Wildnis zogen, um ihre Familien zu versorgen ...

Wir stellten in der Stuttgarter Geschäftsstelle von DÜ fest, dass unsere Außenwirkungen sich überproportional auf den Stuttgarter Raum und Baden-Würt-

temberg erstreckten, was insbesondere dazu führte, dass auch aus eben diesem Umfeld die meisten Bewerber für DÜ kamen. Ein solcher Provinzialismus jedoch entsprach von Anfang an nicht unserem Verständnis von dem, was mit DÜ beabsichtigt war ...

Es mussten Partner gefunden werden, die es als Bereicherung ansehen würden, Ableger von DÜ in ihre eigenen Gärten zu pflanzen. Aus verschiedenen Gründen

... legte es sich nahe, den Anfang zu machen mit einem Beschluss zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der damals gerade im Entstehen befindlichen Nordelbischen Kirche und einem ihrer Kirchenkreise. Die Verhandlungen kamen schnell und zügig voran, wie immer, wenn ein paar Leute genau wissen, was sie gemeinsam erreichen wollen...

Am 12. Februar 1976 konnte die „Evangelische Tagungsstätte für kirchliche Entwicklungsdienste und Gemeindegliederarbeit“ eröffnet werden. Bei der Eröffnungsveranstaltung hielt Egon Bahr, der damalige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, eine Ansprache, in der er u.a. sagte: „Unsere Verpflichtung zum Sozialstaat und zu den Rechten, die das Leben eines Menschen erst menschenwürdig machen, kann nicht an unseren Landesgrenzen Halt machen.“ Bischof Alfred Petersen erinnerte an die Wurzeln des kirchlichen Entwicklungsengagements: „Die Vollversammlung in Uppsala 1968 traf sich vor allem, um zu hören. Wir hörten den Schrei derer, die sich nach Frieden sehnen. Die Hungernden und die Ausgebeuteten rufen nach Gerechtigkeit. Die Verachteten und Benachteiligten verlangen ihre Menschenwürde ... Dabei geht es nicht nur um die Bereitstellung von Geld, sondern vor allem um die Schärfung der Gewissen und um die Bildung des Bewusstseins dafür, dass Entwicklungsdienst keine Ermessenssache einzelner Menschen oder einzelner Kirchen ist, sondern eine vom Evangelium bestimmte Verpflichtung gegenüber den unterentwickelten Bereichen unserer Erde in weltweitem Horizont.“

Bei der Tagung zur Eröffnung des Hauses am Schüberg wurde auf Initiative von Jens-Hinrich Pörksen der „Förderkreis Kirchlicher Entwicklungsdienste in Nordelbien“ mit dem Ziel gegründet, die Arbeit des Hauses zu begleiten und zu unterstützen. Hildegard Thevs, die von 1971 bis 1974 für Dienste in Übersee in Sambia tätig gewesen war, gehörte zu denen, die sich in diesem Förderkreis engagierten. Aus Anlass von „20 Jahren Entwicklung und Bildung im Haus am Schüberg“ schrieb sie über ihre Erfahrungen: „Zunächst waren im Förderkreis des Hauses am Schüberg viele Rückkehrerinnen und Rückkehrer versammelt, die da eine gewisse Zuflucht fanden, wo der Kulturschock etwas aufgefangen wurde. Wir haben teilweise Jahre gebraucht, um uns wieder einzufinden. Deshalb haben wir im Förderkreis auch überlegt, wie wir die Erfahrungen, die wir aus Übersee mitgebracht haben, hier umsetzen können. Wir haben dann auch Vorschläge für Seminarthemen gemacht, die dann von den Studienleitern angeboten wurden. In die Seminare haben wir unsere praktischen Erfahrungen eingebracht.“

Eine weitere Initiative unter aktiver Beteiligung der Mitglieder des Förderkreises des Hauses am Schüberg war die Gründung des Norddeutschen Förderkreises der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft EDCS (heute Oikocredit). Erste Vorsitzende des EDCS-Förderkreises wurde Hildegard Thevs. Später hat der AKWD beschlossen, Rücklagen in EDCS-Anteilen anzulegen.

Und noch von einer dritten Initiative des Förderkreises des Hauses am Schüberg berichtet Hildegard Thevs: „Im Förderkreis ist auch darüber diskutiert worden, dass wir Veränderungen, Entwicklung hier in Deutschland brauchen. Der Ackerbau, der Gartenbau, die Landwirtschaft wurden als Bereiche erkannt, wo eine Veränderung dringend notwendig sei. Das war dann auch eine Möglichkeit, zusammen praktisch etwas zu tun und nicht nur zu fachsimpeln. Die praktische Arbeit, die Pferdekoppel neben dem Haus am Schüberg urbar zu machen, war eine große Herausforderung. Für diese praktische Gartenbau-Arbeit kamen wir regelmäßig alle zwei Wochen am Samstag zum Schüberg. In der Zwischenzeit sollten sich Seminargruppen, in denen der Garten zum Thema wurde, um das Gelände kümmern, z.B. Unkraut jäten – aber das klappte nicht immer.“ Die späteren Bemühungen, entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit Entwicklungen und Herausforderungen im eigenen Land zu verknüpfen, ebenso intellektuelle Erkenntnisse und praktisches Handeln, wurden von Mitgliedern des Förderkreises bereits erprobt.

Entscheidungen über die neue Struktur der Zusammenarbeit

Die konstruktive Zusammenarbeit der an der kirchlichen entwicklungspolitischen Arbeit Beteiligten in Hamburg und Schleswig-Holstein konnte nicht verhindern, dass es in der ersten Hälfte der 70er Jahre zu zum Teil heftigen Konflikten darüber kam, wo der Kirchliche Entwicklungsdienst in der neu entstehenden Nordelbischen Kirche angesiedelt werden sollte. Das NMZ und die Hamburgische Kirche setzten sich dafür ein, diesen Arbeitsbereich in das NMZ zu integrieren. Der NMZ-Direktor Albrecht Nelle erklärte am 2. November 1972 vor der Synode der Hamburgischen Kirche: „Deswegen sind wir der Meinung, dass der kirchliche Entwicklungsdienst der nordelbischen Kirche über das NMZ wahrgenommen werden sollte.“ Diese Erklärung löste heftigen Protest auf der Seite der Diakonie aus. Die Frage der Struktur des Kirchlichen Entwicklungsdienstes wurde zu einem der Hauptstreitpunkte im Gründungsprozess der Nordelbischen Kirche als Zusammenschluss der Landeskirchen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Lübeck und Eutin. Auf Initiative von Jens-Hinrich Pörksen, der als Synodaler diesen Vorschlag in die NEK-Synode einbrachte, wurde ein kooperatives Modell gewählt, bei dem der Kirchliche Entwicklungsdienst weder ins NMZ noch in die Diakonischen Werke integriert wurde.

Im November 1977 beschloss die Synode der Nordelbischen Kirche die Einrichtung des „Ausschusses für Kirchliche Weltdienste“ und verabschiedete seine Geschäftsordnung. In dem Beschluss wurde u.a. festgelegt, dass der Ausschuss der Synode und der Kirchenleitung verantwortlich ist und alle zwei Jahre einen schriftlichen Bericht vorzulegen hatte, der bei der Synodentagung vorgetragen werden sollte.

Es wurde bestimmt, dass der Ausschuss aus 11 stimmberechtigten Mitgliedern bestehen sollte. Fünf Mitglieder sowie zwei Stellvertreterinnen/Stellvertreter wurden von der Synode gewählt. Das Nordelbische Missionszentrum und die beiden Diakonischen Werke entsandten je drei Vertreterinnen/Vertreter und bestimmten deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter. Der Leiter oder die Leiterin des Dezernats M des Nordelbischen Kirchenamtes sowie ein Vertreter oder eine Vertreterin von Dienste in Übersee nehmen beratend an den Sitzungen teil.

Der AKWD bekam den Auftrag, vor der Synode und der Kirchenleitung die Haushaltsmittel der Nordelbischen Kirche für den Kirchlichen Entwicklungsdienst zu verantworten. Der KED-Haushalt wurde auf Vorschlag der Kirchenleitung von der Synode beschlossen. Der größte Teil der KED-Mittel wurde für die Gemeinschaftsaufgabe Kirchlicher Entwicklungsdienst an die Kirchenkanzlei der EKD überwiesen. Der kleinere Teil der Mittel diente der Förderung von entwicklungspolitischen Bildungsprogrammen in Nordelbien und der Förderung von Programmen von Partnerkirchen im Süden der Welt. Dass ein Teil der KED-Gelder einbehalten und selbst vergeben wurde, eröffnete der Nordelbischen Kirche die Möglichkeit, gezielt das ökumenische und entwicklungspolitische Bewusstsein im Bereich der eigenen Landeskirche zu fördern. Diese Programme wurden vor allem vom NMZ und den Diakonischen Werken verantwortet, zunehmend wurden aber auch zahlreiche Gemeindegruppen sowie entwicklungspolitische Initiativen in ihrer Arbeit gefördert.

Dr. Joachim Wietzke, einer der Direktoren des NMZ, hat im Rückblick auf diesen Gründungsprozess 1991 geschrieben: „Im Laufe der Jahre ist es zu einer guten Zusammenarbeit im ‚Ausschuss für Kirchliche Weltdienste in der Nordelbischen Kirche und auch zu gemeinsamen Programmen der Diakonischen Werke, des NMZ und von KED Nordelbien gekommen. Das ist nicht selbstverständlich und ist besonders zu begrüßen. Dennoch ist in dieser Hinsicht lediglich das Stadium der Kooperation, und eben nicht das der Integration erreicht, wie es den Verfassern der NMZ-Satzung und den Unterzeichnern des entsprechenden Vertrages vorschwebte.“

Jens-Hinrich Pörksen gab nach dem Synoden-Beschluss für die Schaffung des AKWD und einer KED-Geschäftsführung seine Beauftragung für die Arbeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in Schleswig-Holstein zurück und wurde wieder ganz Gemeindepastor in Handewitt. Er wurde in den AKWD gewählt und war 15 Jahre lang Vorsitzender des Ausschusses. Am 11. April 1978 beschloss die Kirchenleitung, die Geschäftsführung des AKWD einem hauptamtlich tätigen Studienleiter am Haus am Schüberg zu übertragen. Pastor Walter Hildebrandt vom Weltdienst-Referat des NMZ wurde mit dieser Aufgabe betraut.

Die Gemeinde im Blick

Porträt von Jens-Hinrich Pörksen

„Kirchlicher Entwicklungsdienst, das ist die Kirche selbst, das sind die Gemeinden, die Gruppen, die Dienste und Werke. Dort überall sollte die Bekämpfung von Hunger und Armut in die Arbeit integriert sein.“ Aus dieser Überzeugung heraus entwarf Jens-Hinrich Pörksen 1977 einen Vorschlag für die Bildung eines „Ausschusses für Kirchliche Weltdienste“ in der neu entstandenen Nordelbischen Kirche. Der Ausschuss, so war Jens-Hinrich Pörksen überzeugt, sollte Werke und Mitglieder der Synode an einen Tisch bringen und mit möglichst wenig Bürokratie und Verwaltungsapparat verbunden sein. Sein Konzept überzeugte die Synode, und so wurden der AKWD gebildet und eine kleine Geschäftsstelle eingerichtet. Pörksen selbst wurde zum ersten Ausschuss-Vorsitzenden gewählt, eine Aufgabe, die er bis 1991 wahrnahm.

Als der AKWD entstand, verfügte Jens-Hinrich Pörksen bereits über vielfältige ökumenische und entwicklungspolitische Erfahrungen. Sein Vater war Missionsdirektor der Breklumer Mission und der 1933 geborene Jens-Hinrich verbrachte seine ganze Kindheit und Jugend in Breklum. Häufig saßen Gäste aus Afrika oder Indien mit am Mittagstisch, und auch die großen Missionsfeste der Nachkriegszeit mit bis zu 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind Jens Hinrich Pörksen in Erinnerung geblieben. „Die Themen weltweite Gemeinschaft der Christen, Hunger, Armut und Gerechtigkeit in der Dritten Welt haben mich von Anfang an begleitet.“ Er studierte Theologie und beschäftigte sich intensiv mit der Theologie Bultmanns: „Für mich war das eine große Befreiung. Wissenschaft und Glaube, Verstehen und Glaube wurden miteinander in Verbindung gebracht. Ich bin nach diesem Studium sehr begeistert ins Pfarramt gegangen.“

1963 wurde Jens-Hinrich Pörksen Hilfsgeistlicher in Handewitt bei Flensburg, und dieser Gemeinde ist er dann mehr als 20 Jahre als Pastor treu geblieben. Gemeinsam mit anderen jungen Pastoren in der Propstei Flensburg war er überzeugt, dass es „zu einer Erneuerung in der sich verkrustenden Kirche kommen muss“. Entsprechend begeistert nahm Jens-Hinrich Pörksen den Aufbruch für Gerechtigkeit in der Welt und eine Erneuerung der Kirchen bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala 1968 auf. In der Propstei nutzte ein Tan-



ania-Ausschuss auf Initiative von Jens-Hinrich Pörksen diesen Aufbruch, um einen sensationellen Antrag in die Synode der Propstei einzubringen: Innerhalb von 10 Jahren sollte die gewaltige Summe von einer Million DM für ein Ausbildungszentrum der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania in Morogoro zur Verfügung gestellt werden – und dies aus Kirchensteuermitteln der Propstei. In der Lokalzeitung erschienen wütende Leserbriefe gegen die Unterstützung von Projekten in Übersee aus Kirchensteuermitteln und nicht wie bisher aus Spenden allein. Kirchensteuern seien dazu da, die sozialen Probleme bei uns zu lösen, aber die Synode stimmte zu. Jens-Hinrich Pörksen im Rückblick: „Ich glaube, ohne die Beschlüsse der Vollversammlung in Uppsala wäre das nicht beschlossen worden.“

Um seine entwicklungspolitischen Kenntnisse zu vertiefen, bewarb sich Jens-Hinrich Pörksen für ein 9-monatiges interdisziplinäres Zusatzstudium am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin und wurde 1970 als zweiter Theologe nach Hans Otto Hahn, später Direktor von Brot für die Welt, angenommen. Seine Mitstudierenden befragten ihn kritisch, was er als Theologe denn in die Entwicklungsarbeit einzubringen habe. Die interdisziplinäre Diskussion verstärkte in ihm die Überzeugung, dass die kirchliche Entwicklungsarbeit mehr und anderes anbieten muss als Geld. Ein Mitarbeiter am Institut, ein Volkswirt, sagte zu ihm beim Abschied: „Hoffentlich glaubt nicht eines Tages auch noch die Kirche, dass die großen Probleme der Welt mit Geld gelöst werden können.“ Pörksen ist zum Beispiel wichtig, dass Korruption bekämpft wird, dass Absolventinnen und Absolventen von kirchlichen Ausbildungsstätten in Entwicklungsländern deshalb besonders hoch geschätzt werden, weil sie nicht korrupt sind.

Nach dem Zusatzstudium kehrte Jens-Hinrich Pörksen nach Handewitt zurück. Er wurde 1972 damit beauftragt, bis 1976 den Kirchlichen Entwicklungsdienst in Schleswig-Holstein aufzubauen. Er strebte keine übergemeindliche Karriere an, sondern blieb neben der neuen Aufgabe zu 50% Gemeindepastor und kehrte 1977 ganz in die Gemeinde zurück. Die Synode der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche berief ihn zusätzlich zum Vorsitzenden des Ausschusses Brot für die Welt/KED. Vor allem auf Initiative von Jens-Hinrich Pörksen und Edeltraud Engel entstand schon eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der KED-Arbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg, bevor die Nordelbische Kirche 1977 gegründet wurde.

Jens-Hinrich Pörksen wurde auch in die neue NEK-Synode gewählt und gewann dort eine Mehrheit für die Einrichtung des AKWD. Eines der ersten großen Vorhaben war der Ausbau des Tagungshauses „Haus am Schüberg“ der Propstei Stormarn zu einem Zentrum der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordelbien: „Wir sahen, dass wir ein eigenes Bildungszentrum brauchten für die Gruppen, die sich informieren und zu den Themen von weltweiter Armut und ihrer Überwindung arbeiten wollten.“ Damals führte Dienste in Übersee bereits Seminare im Haus am Schüberg durch und wollte das Haus zu einem Standbein in Norddeutschland machen. So vereinbarten Dienste in Übersee, der Kirchliche Entwicklungsdienst und die Propstei Stormarn, das Haus am Schüberg zukünftig gemeinsam zu tragen. Jens-Hinrich Pörksen förderte diesen Plan: „Ich hatte Interesse an der Verbindung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes mit der Gemeindearbeit und der Bildungsarbeit der Propstei, die in dem Haus stattfinden. Deswegen haben wir den Namen ‚Zentrum für kirchliche Entwicklungsdienste und Gemeindearbeit‘ gewählt.“ Allerdings, Jens-Hinrich Pörksens hohe Erwartungen erfüllten sich nicht. Die Rückkehrer von Dienste in Übersee konnten kaum in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit einbezogen werden, und auch die Ausstrahlung des entwicklungspolitischen Bildungsangebots des Hauses am Schüberg hätte, so Jens-Hinrich Pörksen, nicht weit genug über Hamburg und seine Randgebiete hinausgereicht: „Wenn es nach mir gegangen wäre, hätten wir das Haus am Schüberg zugunsten regionaler Zentren an den Kirchenkreis Stormarn zurückgeben sollen.“

Zu den wichtigen Initiativen des AKWD unter dem Vorsitz von Jens-Hinrich Pörksen gehörten das öku-

menisch-missionarische Stipendienprogramm und die Förderung von Kirchenkreisprojekten. Die Förderung von Vorhaben von Partnerschaftsgruppen war Pörksen sehr wichtig: „Das Partnerschaftsmodell ist zu einem Erfolgsmodell geworden. Über die Partnerschaftsarbeit ist Informations- und Bildungsarbeit in die Gemeinden gekommen, bis hin zu Bürgermeistern und Jugendlichen und Kirchenvorstandsmitgliedern, die mit nach Übersee gefahren sind.“

Im Blick auf diese Programme betont Jens-Hinrich Pörksen im Gespräch nachdrücklich: „Das sind Wege gewesen, die ganz stark die Gemeinde im Blick gehabt haben.“ Damit eng verbunden war das Bestreben des AKWD-Vorsitzenden, möglichst viele Synodale der Landeskirche für die KED-Arbeit zu gewinnen. Deshalb ist er jedes Jahr vor der Synode zum Kirchenamtspräsidenten gefahren, um zu beraten, wie viel Mittel für KED im nächsten Haushalt möglich erschienen: „Mir war es wichtiger, dass die Synode mit breiter Mehrheit diese Arbeit unterstützte, als dass wir mit knapper Mehrheit vielleicht ein paar Zehntelprozent mehr erhalten hätten. Da ich 20 Jahre in der Synode war und auch der Kirchenleitung angehörte, kannte ich die unterschiedlichen Positionen und konnte einschätzen, wofür es eine Mehrheit gab.“

Kontroversen zu Fragen des Kirchlichen Entwicklungsdienstes waren dennoch, z. B. bei der Förderung der Antipartheidbewegung Südafrikas, in der Synode nicht zu vermeiden. Als Leiter des Diakonischen Werkes Schleswig-Holstein setzte Jens-Hinrich Pörksen sich Anfang der 1990er Jahre für eine umfangreiche Unterstützung der Kirchen in Mittel- und Osteuropa und für die Verwendung auch von KED-Mitteln für diese Aufgaben ein. In der Synode wurde dieses Thema kontrovers debattiert, auch im AKWD, erinnert sich Jens-Hinrich Pörksen, „aber wenn wir eine weltweite Kirche sind, dann müssen wir in solchen besonderen Zeiten etwas tun“. Er erreichte, dass die nordelbischen KED-Mittel um einen Betrag für Osteuropa erhöht wurden und dass ein größerer Betrag für einen Personalfonds für die Kirchen im Baltikum bewilligt wurde. Das Verhältnis von Süd- und Ostförderungen blieb in der Nordelbischen Kirche und auch im AKWD Anlass für Diskussionen. Aber, betont der frühere Ausschussvorsitzende, „angesichts der Erfolgsgeschichte des AKWD möchte ich die Konflikte nicht in den Vordergrund stellen“.

„Unser eigenes Leben hier verändern“

Gespräch mit Walter Hildebrandt

Walter Hildebrandt wurde 1934 als Sohn einer Lehrerin und eines Kaufmanns auf Sumatra geboren. Von 1936 an lebte die Familie in Pommern und nach der Flucht und dem Krieg in Hamburg. Nach dem Theologiestudium in Hamburg und Tübingen wurde Walter Hildebrandt 1963 Pastor im Hamburger Stadtteil Langenhorn. 1967 nahm er die Stelle des Pfarrers der deutschen Gemeinde in Kenia an, eine Zeit, die ihn stark prägte. 1973 kehrte er zurück nach Hamburg und wurde zum Weltdienst-Referenten im Nordelbischen Missionszentrum (NMZ) berufen. Er arbeitete zunächst vom Missionshaus in Hamburg-Othmarschen und dann vom Haus am Schüberg aus für das NMZ und wechselte 1979 in die Beratungsstelle des Kirchenkreises Stormarn, die ebenfalls im Haus am Schüberg angesiedelt war. 1981 übernahm Walter Hildebrandt eine Pastorenstelle in Bergstedt. Er lebt heute seit 1999 im Ruhestand in Hamburg-Volksdorf

Wie konnten Sie Ihre Erfahrungen in Afrika in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Nordelbien einbringen?

In Nairobi habe ich rasch Kiswahili gelernt, mit afrikanischen Gemeinden zusammengearbeitet und mich an Projekten am Rande des Slums Mathare Valley beteiligt. Mein Engagement in diesen Projekten hat dazu geführt, dass der deutsche Kirchenvorstand mich mehrfach fragte, ob ich afrikanischer Gemeindepastor wäre oder Pastor der deutschen Gemeinde. In den sechs Jahren habe ich immer intensiver die Situation afrikanischer Menschen in der nachkolonialen Zeit wahrgenommen, auch im Gegensatz zu der Lebensweise der dort lebenden europäischen Bevölkerung. Das war für mich genügend Motivation zu sagen, dass ich in Deutschland entwicklungspolitische Bildungsarbeit machen wollte. In der Weltdienst-Arbeit des NMZ, die ich zunächst gemeinsam mit Edeltraud Engel aufgebaut habe, ging es nicht darum, Entwicklungshilfegelder zu sammeln, sondern Bewusstsein in Gemeinden zu verändern und deutlich zu machen, dass unsere Aufgabe darin besteht, unser eigenes Leben hier zu verändern.

Welche Erfahrungen haben Sie als Studienleiter am Haus am Schüberg und als Geschäftsführer des Ausschusses für Kirchliche Weltdienste gemacht?



Ich musste mich zunächst einmal 1974 als Studienleiter am Haus am Schüberg etablieren und mit den beiden anderen Studienleitern Rolf Christiansen (für den Kirchenkreis Stormarn) und Justus Freitag (für Dienste in Übersee) eine Arbeitsebene finden. Gemeinsam mussten wir uns auf Themen und Termine für die jeweiligen Seminare verständigen. Für das Haus am Schüberg kam es sehr auf das Dreier-Team an. Wir wechselten uns jedes Jahr in der Geschäftsführung des Hauses am Schüberg ab.

Gemeinsam ist im Haus am Schüberg ganz viel mit Alternativen gearbeitet worden, um das eigene Bewusstsein zu verändern und über neue Lebensformen nachzudenken, weil unsere Art zu leben die Entwicklungsländer stranguliert. Eine wichtige Erfahrung war die Arbeit an der Ernährung im Haus am Schüberg. Als ich anfing, in der Küche Brot zu backen, waren die Mitarbeiterinnen skeptisch. Aber nachdem die Mitarbeiterinnen der Hauswirtschaft ein Seminar zum Thema Vollwerternährung besucht hatten, waren sie davon überaus angetan. Das Essen war danach so vollwertig, dass manche Seminarteilnehmer sagten: Das ist hier aber sehr grün. Auf einem Grundstück neben dem Haus am Schüberg haben wir Hügelbeete angelegt und mit motivierten Seminargruppen Windkraftwerke und Solaranlagen gebaut.

Der Ausschuss für Kirchliche Weltdienste tagte meist im Haus am Schüberg, manchmal auch in Breklum. Die Sitzungsleitung durch Jens-Hinrich Pörksen war sehr maßgeblich, und er hat sich bemüht, die einzelnen Vertreter „zusammenzuhüten“. Das ist ihm sehr gelungen. Ihm war es immer wichtig, die Gemeinden im Blick zu haben.

Eine meiner wichtigen Aufgaben als Weltdienst-Referent und AKWD-Geschäftsführer war es, die Gemeinden in Schleswig-Holstein zu besuchen und ihnen die Situation in den so genannten Entwicklungsländern zu schildern. Das war besonders auch das Anliegen von Jens-Hinrich Pörksen. Ich bin für die Gemeindebesuche zehntausende Kilometer durch Schleswig-Holstein gefahren. Die Aufgabe in Europa war weniger, wie es früher hieß, zu „missionieren“, sondern unser Bewusstsein zu verändern und bei unserer Art einzukaufen dem Leben der Menschen in der Zweidrittelwelt mehr Beachtung zu geben.

Im traditionsreichen NMZ sind wir mit unserer progressiven Sicht in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit öfter kollidiert. Ähnliches zeigte sich bei Besuchen in Gemeinden. Viele Gemeinden in Schleswig-Holstein waren – auch im positiven Sinne – konservativ und wollten viele neue und progressive Gedanken nicht an sich heranlassen. Das war in Hamburg oft eher möglich.

Manches, was wir gemacht haben, war in den Augen vieler Kirchenmitglieder sehr provokativ. So haben wir in der Katharinenkirche in Hamburg die Fotoausstellung des Ökumenischen Rates der Kirchen zu den 10 Geboten gezeigt. Weltweit berühmte Fotografen waren beauftragt worden, zu diesen Geboten Großfotos zu machen. Darunter waren auch manche in den Augen von Kirchenbesuchern provokante Fotos. Ein weiteres Beispiel war eine Aktion auf der Messe „Du und Deine Welt“, wo wir eine Tasse Kaffee für 2 Pfennig verkauft haben. Wir wollten an diesem Beispiel deutlich machen, was der Kaffeebauer in den Produktionsländern selber bekommt. Der Zwischenhandel und die deutschen Zölle schöpften den größten Teil der Erlöse ab, während die Kaffeebauernfamilien in Armut lebten. Im Grunde sind wir bei diesem Thema bis heute nicht viel weiter. Wir haben auch Aktionen vor Banken zum südafrikanischen Krügerrand, der damals unter dem Motto „Mehr Geld fürs Gold“ verkauft wurde, durchgeführt. Das gab dann Konflikte mit dem Präsidenten des Landeskirchenamtes Hamburg, weil die Hamburgischen Kaufleute die Aktionen als einen Angriff auf ihr wirtschaftliches Handeln empfanden.

Wie stark ist es gelungen, den Gemeindebezug in die Arbeit von AKWD und Haus am Schüberg einzubringen?

Die Seminararbeit des Hauses am Schüberg hatte die Methodik, dass Leute an einem Wochenende oder – bei pensionierten und älteren Leuten – in der Woche kamen und ein Thema an zwei oder drei Tagen durch-

arbeiteten. In den traditionellen Gemeindestrukturen war das schwer durchzusetzen. Wir haben immer wieder Einladungen verschickt, aber der Rücklauf war gering. Zu unseren Seminaren im Haus am Schüberg kamen meistens motivierte einzelne Leute, zum Beispiel aus den Kirchenkreisen Neumünster und Stormarn. Die Idee, Gemeinden ins Haus am Schüberg einzuladen, hat nur geringe Resonanz gefunden.

Welche Projektförderungen des AKWD sind Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Wir haben zum Beispiel 1977 mit einer Gruppe vom Jugendpfarramt Koppelsberg eine Tansania-Reise vorbereitet, Kiswahili mit ihnen gelernt und die Lebensgewohnheiten vermittelt. Danach ist die Gruppe mit Unterstützung von Geldern des Kirchlichen Entwicklungsdienstes nach Tansania gereist und hat eine Begegnung mit tansanischen Schülern vorbereitet, die dann ins Haus am Schüberg gekommen sind. Die tansanische Gruppe ist auch in schleswig-holsteinische Gemeinden gereist. Wir haben dabei empfunden, wie schwierig es ist, Menschen aus einem so armen Land mit unserem Reichtum zu konfrontieren. Wir haben uns gefragt, ob das sinnvoll war, für die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer war es das auf jeden Fall.

Als weiteres Projekt haben wir damals auch die Werkstatt 3 in Hamburg unterstützt. Dafür hat sich besonders Wolf Heymann eingesetzt.

Eine Initiative, die vom AKWD unterstützt und getragen wurde, war die Veröffentlichung der „Informationen über Weltkonflikte“. In welchem Umfang haben Sie selbst daran mitgearbeitet?

Ich bin, nachdem ich aus Kenia zurückgekehrt war, von Wilhelm Rothe, der Pastor in Othmarschen war, gefragt worden, ob ich bereit wäre, in dem Redaktionsteam mitzuarbeiten. Das hat mich interessiert. Jeder hatte die Aufgabe, eine Zeitung auszuwerten, ich übernahm die „Frankfurter Rundschau“. Daran beteiligt waren u.a. auch Wolfgang Teichert und Rudolf Hinz. Wir trafen uns immer bei Wilhelm Rothe in Othmarschen und haben die Texte für die Publikation zusammengestellt. Sie wurde dann jeden Monat kostenlos in den Gemeinden verteilt. Wir waren der Auffassung, dass wir die Gemeinden landesweit über Brennpunkte der Weltpolitik und über fremde Entwicklungsländer mit Informationen versorgen müssten, die viele Bürger damals nicht hatten. Wie die Gemeinden das aufnahmen, ist schwer zu sagen.

Für die Belange des Südens und Ostens einsetzen



Portrait von Edeltraud Engel

Am Anfang stand eine Detektivleistung. Im Flugzeug auf dem Weg nach Stuttgart erkannte Edeltraud Engel den Mitreisenden Jens Hinrich Pörksen – am festen Schritt und am Aussehen, erinnert sie sich heute. Beide kannten sich vorher nicht persönlich und waren auf dem Weg zum ersten Treffen der landeskirchlichen Referentinnen und Referenten für den Kirchlichen Entwicklungsdienst. Das war 1972, und diese Arbeit war erst im Aufbau. Jens Hinrich Pörksen war von der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche mit dieser Aufgabe betraut worden. Edeltraud Engel leistete diese Arbeit für die Ev.-Lutherische Kirche im Hamburgischen Staat (Kirche in Hamburg).

Auf dem Rückweg saßen Edeltraud Engel und Jens-Hinrich Pörksen nebeneinander im Flugzeug und planten, zukünftig gemeinsam entwicklungspolitische Aktionen durchzuführen. Zu den ersten Ergebnissen gehörte eine Broschüre zum Thema „Menschenrechte: ein Jubiläum! ein Jubiläum?“ anlässlich des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember 1973. Edeltraud Engel erinnert sich: „Die Broschüre ging an alle Gemeinden im nordelbischen Raum und löste sehr viele positive, aber auch einige negative Reaktionen aus. Viele haben sich gefreut, dass gerade vonseiten des Kirchlichen Entwicklungsdienstes eine solche Initiative kam und politische Notwendigkeiten angesprochen wurden. Genau das hat andere gärgert.“

Aber da die positiven Reaktionen deutlich überwogen, war diese Initiative eine gute Grundlage enger zusammenzuarbeiten. Die Kooperation der Ausschüsse sowie von Edeltraud Engel und Jens Hinrich Pörksen bildete eine wichtige Grundla-

ge für die Entstehung kooperativer Strukturen in Nordelbien mit dem AKWD als zentralem Koordinations- und Entscheidungsgremium.

Und wie hat diese Zusammenarbeit im Ausschuss dann funktioniert? Edeltraud Engel hat eine positive Einschätzung: „Insgesamt gesehen hatte der Ausschuss eine traumhafte Zusammensetzung mit Synodalen und Vertreterinnen und Vertretern der Kirchenleitung und der Werke. Es gab hin und wieder Spannungen zwischen dem NMZ und den Diakonischen Werken, die mit Konkurrenz und unterschiedlichen Verständnissen von Partnerschaftsarbeit und Projekten zusammenhängen. Aber insgesamt haben wir im AKWD sehr erfolgreich und gut zusammengearbeitet.“

In die Ausschussarbeit konnte Edeltraud Engel viele eigene ökumenische Erfahrungen und Verbindungen einbringen. Nach dem gemeinde- und religionspädagogischen Studium folgte 1967 ein einjähriger Studienaufenthalt an der Universität Legon in Ghana. Danach sammelte sie vier Jahre lang als Referentin im Jugendpfarramt in Hamburg praktische Erfahrungen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Sie war beteiligt am Bußtagsforum, das unter dem Thema „Nimm hin und stirb“ stand. „Das hat viel Wirbel gemacht, aber letztlich dazu beigetragen, dass sich die Synode der damaligen Kirche in Hamburg ernsthaft und entschlossen mit den Themen der kirchlichen Entwicklungshilfe auseinander gesetzt hat und beschloss, 3% der Kirchensteuereinnahmen für kirchliche Entwicklungsaufgaben zur Verfügung zu stellen. Manchmal lohnt sich doch Provokation.“ Im Blick auf die eigene Person erläutert Edeltraud Engel: „Ich bin

eigentlich ein harmoniebedürftiger Mensch und bevorzuge den Dialog, aber es hat Situationen gegeben, wo es nötig war zu provozieren.“

Die positiven Folgen der Provokationen des Jugendpfarramtes brachten auch für Edeltraud Engel Veränderungen. Sie wurde 1972 zur Geschäftsführerin des 1970 gebildeten Synodenausschusses für Entwicklungsdienst berufen. Als die Entwicklungsaufgaben von der Kirche in Hamburg in das neu entstehende Nordelbische Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst integriert wurden, berief man Edeltraud Engel Mitte 1973 zur Beauftragung im Referat Kirchlicher Weltdienst des NMZ.

Von 1975 bis 1979 folgte die ehrenamtliche Mitarbeit am Theologischen College in Makumira/Tansania, wo ihr Mann als Dozent unterrichtete. 1980 wurde Edeltraud Engel zur Leiterin der Abteilung Ökumenische Diakonie im Diakonischen Werk Hamburg berufen, seit Mai 2005 lebt sie im Ruhestand in Hamburg. In der Zeit im Diakonischen Werk intensivierte Edeltraud Engel auch ihre weltweiten ökumenischen Verbindungen und gehörte von 1991 bis 1998 dem Zentralkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen an. Ihr eigenes ÖRK-Engagement und die Mitwirkung anderer AKWD-Mitglieder in Gremien des Lutherischen Weltbundes zahlten sich für den Ausschuss aus: „So konnten wir die Herausforderungen der Weltbünde an die Kirchen aufnehmen und ideell sowie finanziell fördern. Ich nenne nur den Kampf gegen den Rassismus, die Dekade Kirchen in Solidarität mit den Frauen und später das Programm zur Überwindung von Gewalt. Dieses Engagement hat uns viele Freunde in der Ökumene geschenkt und die Türen und Fenster in die weltweite Ökumene auf eine andere Weise geöffnet.“

Dadurch, dass Edeltraud Engel auch in verschiedenen überregionalen kirchlichen Gremien in Deutschland saß wie dem Ausschuss Ökumenische Diakonie und dem Aufsichtsrat des Evangelischen Entwicklungsdienstes, konnte sie einen guten Überblick über die kirchliche „Entwicklungsszene“ gewinnen. Wie waren dort die Reaktionen auf den nordelbischen Weg, einen Teil der KED-Gelder nicht an den zentralen Fonds in Hannover zu senden, sondern für nordelbische Programme zu verwenden? „Wenn ich darüber in den Gremien, in denen ich Mitglied war, berichtet habe, hat man mich eigentlich immer mit sehr neidischen Blicken angeschaut. Besonders die Gemeinden haben von

dieser Struktur sehr profitiert, weil es unter den Beteiligten an der nordelbischen entwicklungs-politischen Bildungsarbeit wenig Gegeneinander und viel Miteinander gab.“

Edeltraud Engel – wie auch anderen AKWD-Mitgliedern – sind die Debatten der 90er Jahre über Süd- und Ost-Förderungen noch in lebhafter Erinnerung. Sie hat damals im Ausschuss eine pointierte Position vertreten, erinnert sie sich: „Wir haben jahrelang für den Fall der Mauer gebetet. Wir haben über viele Jahre die nur begrenzt möglichen Beziehungen in die DDR und nach Osteuropa gepflegt. Wir haben alle den Begriff ‚Eine Welt‘ mit leuchtenden Augen auf den Lippen gehabt. Und jetzt konnten wir dies verwirklichen. Es ist für mich eine bittere Erfahrung, dass der AKWD sich dazu nicht wirklich durchringen konnte.“

Ein Problem war nach den Erfahrungen von Edeltraud Engel, dass die Partner im Süden langjährige Erfahrungen bei der Beantragung und Durchführung von Projekten hatten, aber: „Für die Partner im Osten war das vielfach etwas ganz Neues. Es war schade, dass auf diesem Gebiet keine vorwärtsweisenden Schritte in der Zusammenarbeit mit diesen Partnern im Osten getan wurden und dadurch auch kein konzeptioneller Austausch stattfand. Das war eine vertane Chance.“

Bedauert hat sie auch die Konflikte zwischen AKWD, Baltikums-/Ostkirchenausschuss und Ökumenausschuss. „Diese Spannungen betrafen primär die Befugnisse für den Umgang mit den KED-Mitteln. Ich war Mitglied in allen drei Ausschüssen. Die Konkurrenzen waren unproduktiv im Blick darauf, was wir erreichen wollten.“

Und ganz zum Schluss des Gesprächs kommt Edeltraud Engel dann auf den „Eine Welt Preis“ zu sprechen: „Ich weiß nicht mehr, wer die fantastische Idee gehabt hat, aber es war eine der Sternminuten in der Geschichte des AKWD, denn dadurch kommt regelmäßig auch in der Synode vor, wie viele Gruppen und Menschen es bei uns gibt, die sich nach wie vor und neu für die Belange der Menschen in der Einen Welt engagieren.“

EINE-WELT-PREISTRÄGER

Partnerschaft Mrimbo – Heikendorf

1985 knüpfte die Kirchengemeinde in Heikendorf bei Kiel Kontakt zur Kirchengemeinde in Mrimbo/Tansania. Ihr gemeinsames Selbstverständnis ist: „Als Partner im christlichen Glauben reichen wir einander die Hände. Als Verbündete engagieren wir uns gemeinsam für einen Weg aus der Armut in Mrimbo. Als Freunde begegnen wir uns regelmäßig bei wechselseitigen Besuchen in Heikendorf und in Mrimbo.“

Den Mittelpunkt der gemeinsamen Projekte bildet das Ausbildungszentrum für Jugendliche mit Computer- und Schneiderinnenausbildung. Eine medizinische Versorgung für 10.000 Einwohner von Mrimbo sichert eine Krankenstation. Einen Beitrag zur Existenzsicherung der Menschen leisten der Betrieb der Meierei und die Förderung der Milchwirtschaft. Die persönliche Betreuung und finanzielle Unterstützung gewährleisten die Hilfe für 500 Waisenkinder und für geistig behinderte Kinder. Helmut Krieg hat die Erfahrungen in dieser Partnerschaft so beschrieben: „Partnerschaft macht Spaß, nicht nur der Partnerschaftsgruppe, sondern sie wirkt in die Gemeinde hinein, lässt uns über den Tellerrand unserer eigenen Probleme sehen.“



Fotos: Tansania-Gruppe Kirchengemeinde Heikendorf

Kirche 1979 für den Kirchlichen Entwicklungsdienst zur Verfügung stellte, sollte ein Anteil von bis zu 3% für Sofortmaßnahmen und Projekte der Partnerkirchen in Übersee zur Verfügung stehen, bis zu 5% für die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und bis zu 2% als Förderungsmittel für Auszubildende aus Übersee. 90% der Mittel sollten an den zentralen KED-Fonds im Kirchenamt der EKD in Hannover überwiesen werden.

Der neue Ausschuss als „Umschlagsort“

Am 12. Juni 1978 fand die erste, konstituierende Sitzung des AKWD statt. Alle elf Mitglieder nahmen an dieser Sitzung teil, die von dem Vorsitzenden Jens-Hinrich Pörksen geleitet wurde. In einer ersten Gesprächsrunde verständigte sich der AKWD auf eine Reihe von Grundsätzen und Wünschen für die Ausschussarbeit:

„Einmütig bekannten sich die Ausschussmitglieder zur theologischen Grundlage der Einheit von Verkündigung und Dienst und auf dieser Grundlage zur Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Mission und Diakonie in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit. Diese Gemeinsamkeit ist notwendig nicht um der Institutionen willen sondern, um der Sache Jesu Christi zu dienen. Als Ziel ist anzustreben, dass die Kirche in Sachen Weltdienste im Ausland wie Zuhause mit einer Stimme spricht und sich als Einheit darstellt.“

In der Arbeit des Ausschusses sollte deutlich werden, dass Entwicklungsfragen nicht nur Probleme von Menschen und Verhältnissen in überseeischen Ländern behandeln, sondern eine Frage an uns selbst, an unser Christsein sind. Die Veränderungen, die notwendig sind, um Hunger, Armut, Ungerechtigkeit zu reduzieren, müssen nicht nur in Übersee stattfinden, sondern auch bei uns selbst, in unserer Kirche und in unserer Gesellschaft – angefangen von der Frage der Selbstbesteuerung, der Suche nach einem neuen Lebensstil bis zu den Problemen einer neuen Weltwirtschaft.

Der Ausschuss möge zu einem Umschlagsort werden, wo das, was die Fachleute und Experten der kirchlichen Weltdienste als richtig und notwendig erkannt haben, so aufbereitet wird, dass es umsetzbar ist in der Praxis der kirchlichen Arbeit und in das alltägliche Leben des Normalverbrauchers.“

Bei der ersten Sitzung befasste sich der Ausschuss mit der Frage, welche finanziellen Aufwendungen im Haushaltsjahr 1979 für die entwicklungspolitische Arbeit der Kirche selbst erforderlich sein würden. Bei der folgenden Sitzung am 19. Juli 1978 wurden die Haushaltsansätze festgelegt. Von den 2,4% des Netto-Kirchensteueraufkommens, die die Nordelbische

Außerdem informierte in der ersten Sitzung das Pastorenehepaar Makgato aus Johannesburg/Südafrika über den „Fonds für Gerechtigkeit und Versöhnung“, der vom AKWD in seiner nächsten Sitzung auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses mit 100.000,- DM gefördert wurde. Dass gleich zu Beginn die Unterstützung der Opfer der Apartheid und Schritte zu Gerechtigkeit und Versöhnung in Südafrika auf der Tagesordnung des AKWD standen, ist kein Zufall, sondern bedeutete eine Fortführung des Südafrika-Engagements in den Vorgängergremien und den Anfang eines langjährigen Südafrika-Engagements des Ausschusses.

Erhöhung des KED-Anteils

Die Synode der Nordelbischen Kirche hat im Januar 1979 aus Anlass der 10-jährigen Arbeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes einen wegweisenden Beschluss zur Erhöhung der KED-Mittel gefasst. Für das Jahr 1979 wurden 2,4% des Nettokirchensteueraufkommens für den Kirchlichen Entwicklungsdienst zur Verfügung gestellt. Es wurde beschlossen, diesen Anteil in den folgenden sechs Jahren um jeweils 0,1% im Jahr zu erhöhen, sodass 1985 ein Anteil von 3% erreicht werden sollte. Außerdem beschloss die Synode entsprechend dem Vorschlag des AKWD, dass von den bereitgestellten Geldern für den Kirchlichen Entwicklungsdienst von der Nordelbischen Kirche bis zu 10% einbehalten werden sollten für Sofortmaßnahmen und Projekte für Partnerkirchen in Übersee, entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in der Nordelbischen Kirche und die Förderung von Auszubildenden aus Übersee.

„Informationen über Weltkonflikte“

Von 1972 an erschienen monatlich aktuelle „Informationen über Weltkonflikte“, zunächst als Vorhaben der Kirchenleitung der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche und nach deren Gründung von der Nordelbischen Kirche. Auf Vorschlag der Kirchenleitung übernahm der entwicklungspolitische Studienleiter am Haus am Schüberg Klaus-Dieter Harte-Hepp (siehe Porträt in dieser Broschüre) 1990 die redaktionelle Verantwortung für die Publikation, die vom AKWD finanziert wurde. Die „Informationen über Weltkonflikte“ wurden von einem Redaktionsteam ehrenamtlich erarbeitet. Pastor Wilhelm Rothe, der von Anfang an der Redaktion angehörte, betonte 1990 in einem Bericht über die Arbeit, dass das Blatt sich vorwiegend an Multiplikatoren wendete, auf eine eigene Kommentierung verzichtete und sich auf Themen konzentrierte, bei denen eine besondere „ökumenische Weltverantwortung“ bestand. Die Informationen erschienen zunächst als eigenständige Publikation und später auch als regelmäßige Beilage der kirchlichen Zeitschrift „Nordelbische Stimmen“.

Klaus-Dieter Harte-Hepp, in den 1980er Jahren Geschäftsführer des AKWD, würdigt die Veröffentlichung im Rückblick mit diesen Worten: „Das war ein schönes Vorhaben, das sich der AKWD geleistet hat. Jeden Monat erschienen im kleinen DIN A5-Format Ausschnitte aus Zeitungen zu aktuellen Fragen. An dem Projekt beteiligt war ganz stark und sehr engagiert Pastor Wilhelm Rothe, der zunächst auch verantwortlicher Redakteur war. Später wurde beschlossen, dass ich als AKWD-Geschäftsführer die redaktionelle Verantwortung übernehmen sollte, aber Pastor Rothe blieb derjenige, der zusammen mit Walter Hildebrandt und Rudolf Hinz in den Zeitungen nach geeigneten Artikeln suchte. Sie hatten ein großes Gespür für das, was gerade dran war. Wir haben dann jeweils an einem Abend im Monat zusammengesessen, und jeder brachte seine Ideen und Zeitungsartikel ein. Am nächsten Morgen habe ich das Ganze zusammengefügt und eventuell mit einer Karikatur oder einem Bild ergänzt.“

Die Informationen gingen an viele Gemeinden, an einzelne Gruppen und auch an Einzelpersonen. Ich denke, dass das manchmal provozierend war, was zusammengestellt wurde, weil es sehr kritisch war und Informationen enthielt, die manchen nicht genehm waren. Aber die ‚Informationen über Weltkonflikte‘ waren Informationen, keine Meinungsäußerungen oder Kommentare unsererseits. Aufgrund der Fakten in Zeitungsartikeln konnte man sich selbst eine Meinung bilden. Darin lag der Wert.“

Entwicklungspolitisches Zentrum „Werkstatt 3“

Ende der 70er Jahre wurde ein früheres Fabrikgebäude in Hamburg-Ottensen zu einem Kommunikations- und Informationszentrum mit entwicklungspolitischem Schwerpunkt ausgebaut. Auf einer Gesamtfläche von etwa 1.000 Quadratmetern fanden das Regionallager Nord der „Aktion Dritte Welt Handel“, die Büros zahlreicher Gruppen und Initiativen ein Veranstaltungssaal, zwei Seminarräume und eine Cafeteria Platz. Der Umbau erfolgte vollständig in Eigenarbeit. Der AKWD beteiligte sich ab 1978 an den laufenden Kosten des Zentrums und verschiedener Initiativen, die sich dort ansiedelten. Die Werkstatt 3 hat ganz wesentlich dazu beigetragen, entwicklungspolitische Themen in die Öffentlichkeit zu vermitteln und gleichzeitig eine Professionalisierung der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen voranzubringen.

In einem Arbeitsbericht vom Januar 1982 beschrieb AKWD-Geschäftsführer Klaus-Dieter Harte-Hepp die Arbeit des Kommunikations- und Informationszentrums: „Die Werkstatt 3 bietet Monat für Monat ein reichhaltiges Informationsprogramm über Probleme der Dritten Welt an. Dabei wird in Film- und Gesprächsveranstaltungen ein breites Themenspektrum angesprochen. Hervorzuheben sind die kulturellen Abende mit Gruppen und Einzelnen aus der Dritten Welt (u.a. Teatro Latino, Teatro del Sol aus Lateinamerika, Egoli und Bahumutsi und James Matthews aus Südafrika).“

Not- und Katastrophenhilfe

Im Februar 1981 befasste der AKWD sich mit der Frage, wie über Anträge für internationale Not- und Katastrophenhilfe zwischen den Sitzungen des Ausschusses entschieden werden sollte. Der Ausschuss beharrte darauf, dass er und nicht die Kirchenleitung von der Synode das Mandat erhalten hatte, KED-Mittel für solche Hilfsprogramme zu vergeben. Da die unmittelbare Katastrophenhilfe von Brot für die Welt geleistet werde, bestehe in aller Regel kein akuter Entscheidungsbedarf. Nur in sehr stark eingeschränkten Ausnahmefällen billigte der AKWD der Kirchenleitung die Möglichkeit zu, über KED-Mittel für solche Vorhaben zu entscheiden. Dies war ein sehr frühes Beispiel dafür, wie der AKWD sein Mandat, über alle KED-Förderungen zu entscheiden, verteidigen musste.

Ein Stipendienprogramm „mit dem frischen Wind der Ökumene“

Im September 1981 befasste sich der AKWD ausführlich mit der Gestaltung eines ökumenisch-missionarischen Stipendienprogramms, über das schon einige Zeit beraten worden war. Es wurde beschlossen, zunächst 70.000,- DM im Jahr für dieses Programm zur Verfügung zu stellen. Ein Hintergrund für diese Initiative war, dass viele junge Theologinnen und Theologen, Diakoninnen und Diakone damals nach dem Ende ihrer Ausbildung keine sofortige Anstellung in der Nordelbischen Kirche fanden, sondern eine Wartezeit überbrücken mussten. Das Stipendienprogramm eröffnete ihnen die Möglichkeit, für ein halbes Jahr in einer Partnerkirche sowie in Ländern wie der Türkei zu leben und zu arbeiten und so ökumenische Erfahrungen für ihre spätere Tätigkeit zu sammeln.

In einer Broschüre zum 25-jährigen Bestehen dieses Stipendien-Programms haben Carola Kienel (die heutige Geschäftsführerin des Programms) und Dr. Mirjam Freytag (die heutige Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst) die Anfänge so beschrieben:

„Vordenker in Nordelbien hatten eine Idee: Sie wollten die junge Generation anstecken mit einer Begeisterung, die sie selber in sich trugen – eine Leidenschaft für Ökumene, für Kirche weltweit und den Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Aus eigener Erfahrung wussten sie, wie es am besten geht: sich selbst auf den Weg in die Welt machen! ... Eigenes Erleben vor Ort ist seitdem dank der Gastfreundschaft der ökumenischen Partner möglich. Nur so, davon waren schon die Mütter und Väter des Programms überzeugt, wächst etwas, das nicht sofort wieder verblasst, sondern auf lange Sicht wirkt. Mitleben und Mitdenken in den Partnerkirchen regt nachhaltiges Engagement an und belebt schließlich auch die eigene Nordelbische Kirche mit dem frischen Wind der Ökumene.“

Von Tansania zum Nordelbischen Reformprozess

Zu den ersten Stipendiaten des ökumenisch-missionarischen Stipendienprogramms gehörte Jürgen Jessen-Thiesen. In der Broschüre anlässlich des 25-jährigen Bestehens dieses Programms hat er u.a. geschrieben:

1983 war ich in Tansania. Ich hatte die interessante Aufgabe, die Auswirkungen der ersten drei (!) bestehenden Partnerschaften zwischen Kirchenkreisen in Nordelbien und in Tansania zu beschreiben und auszuwerten. Diese Erfahrungen und die Auswertungen der Partnerbeziehungen konnte ich nutzbar machen durch meine Mitgliedschaft im AKWD, der u.a. die Kirchenkreispartnerschaften initiiert hat und sie kontinuierlich fördert ... Mittlerweile leite ich die ‚Arbeitsstelle für Reformumsetzung und Organisationsentwicklung‘ der Nordelbischen Kirche. Heute ist es meine Aufgabe, gemeinsam mit anderen die Reformbeschlüsse der Nor-

delbischen Synode umzusetzen. Sie sind durch die ‚Leitsätze zum Kirchenbild‘ von einem Kirchenverständnis der ‚Ökumenizität‘ geprägt.

Was in der Ökumene-Bewegung selbstverständlich ist, wird nun auch auf die Nordelbische Kirche und auf ihre Strukturen bezogen. Wir sind nicht nur weltweit, sondern auch innerhalb der Nordelbischen Kirche und ihrer Einrichtungen aufeinander angewiesen und brauchen einander. Nur gemeinsam bilden wir die gesamte Kirche ab und können in einer Gesellschaft, die zunehmend auseinanderklafft, durch gelebte Einheit – weltweit und innerkirchlich – missionarisch wirken.

Dieses ökumenisch-missionarische Kirchenverständnis bildet die Grundlage für meine Erfahrungen der äußeren Ökumene als Stipendiat und mein Engagement für die ‚Ökumenizität‘ in der Nordelbischen Kirche.

Das Haus am Schüberg als entwicklungspolitisches Zentrum

Die gemeinsame Trägerschaft des Hauses am Schüberg durch Kirchenkreis Stormarn, Kirchlichem Entwicklungsdienst und Dienste in Übersee bewährte sich in den 80er Jahren und ermöglichte ein breites Seminarprogramm.

1980 wechselte Walter Hildebrandt seinen Tätigkeitsbereich innerhalb des Hauses und übernahm von Pastor Rolf Christiansen die Aufgabe, Programme für den Kirchenkreis Stormarn anzubieten und durchzuführen. Aus diesem Anlass entschloss sich der AKWD, die Studienleiterstelle für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und die Geschäftsführung des Ausschusses von einer halben auf eine ganze Stelle auszuweiten. Anfang 1980 nahm Klaus-Dieter Harte-Hepp (siehe Interview in dieser Broschüre) seine Arbeit als neuer Studienleiter auf. Ihm wurden die Leitung des Hauses und die Koordination der Arbeit übertragen. Mit dem „Projekt Frieden und Ökumene“, das von Pastor Ulrich Hentschel koordiniert wurde, brachte der Kirchenkreis Stormarn 1981 ein neues Programm in das Haus am Schüberg ein.

Pastor Wolf Heymann beteiligte sich in der ersten Hälfte der 80er Jahre zusätzlich als Weltdienst-Referent des NMZ am entwicklungspolitischen Tagungsangebot des Hauses am Schüberg. Er hat außerdem im Auftrag des AKWD den nordelbischen entwicklungspolitischen Beitrag zum Kirchentag 1981 in Hamburg koordiniert. In einem Papier zur entwicklungsbezogenen Bildung nahm er schon 1982 Gedanken vorweg, die ein Vierteljahrhundert später zum Aufbau der Ökumenischen Arbeitsstellen in den Kirchenkreisen geführt haben. In den Überlegungen, die er für das Leitungskollegium des Hauses am Schüberg formulierte, ist nachzulesen: „Aus unserer Sicht ist mit den vergleichsweise wenigen hauptamtlichen für entwicklungsbezogene Bildung und Gemeindedienst für Weltmission beauftragten Personen ein Ansatzpunkt geschaffen worden, der hoffen lässt, dass in absehbarer Zeit ein Netz von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern sich bilden wird und vieles dezentral geleistet werden kann.“

Klaus-Dieter Harte-Hepp erinnert sich, dass der Förderkreis des Hauses am Schüberg und Rückkehrerinnen und Rückkehrer von Dienste in Übersee ganz wesentlich zum geistlichen, entwicklungspolitischen und ökologischen Profil des Bildungszentrums beigetragen haben: „In unseren Förderkreis kamen Leute hinein, die ganz stark von Dienste in Übersee kamen. Unsere Gottesdienste am Sonntag-nachmittag wurden ganz stark von DÜ-Rückkehrern getragen. Auch an den Familienseminaren waren viele Rückkehrer beteiligt. Ich hatte den Eindruck, dass viele von ihnen im Haus am Schüberg ihre Heimat sahen. Das gilt auch für die Leute, die sich mit alternativen Technologien befassten und samstags Dinge entwickelt haben, über die man nur staunen konnte.“

Bei Familienseminaren wurden Warmwasserkollektoren gebaut, damals etwas ganz Neues. Auf diesem Gebiet hatte das Haus am Schüberg eine Vorreiterrolle, und es war gut, dass die Kirche dies unterstützt hat, ging es dabei doch um die Bewahrung der Schöpfung. Ich denke, dass die Menschen, die zu den Programmen am Haus am Schüberg kamen, sahen, dass hier nicht nur Alternatives geschah, sondern dass wir dies aus unserer christlichen Haltung heraus taten. Unsere Andachten in der Kapelle, unsere Stillen Zeiten, unsere Tischgebete und das Experimentieren mit Vollwertkost und alternativen Technologien gehörten zusammen.“

Im Haus am Schüberg musste es auch darum gehen, die Belegungszahlen zu erhöhen und damit den Zuschussbedarf zu begrenzen. Klaus-Dieter Harte-Hepp bemühte sich deshalb mit beachtlichem Erfolg, die Zeiten mit Programmangeboten zu füllen, in denen keine Seminare des Kirchenkreises Stormarn und der anderen Träger des Hauses stattfanden. Während der Sommerferien wurden entwicklungsbezogene Ferienseminare für Erwachsene und Kinder veranstaltet, in den Herbstferien Länderseminare für Schüler.

Dr. Justus Freytag, für Dienste in Übersee Studienleiter am Haus am Schüberg, hat 1982 in der Zeitschrift „der überblick“ die Erfolge und Probleme der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Haus am Schüberg dargestellt. Er beschrieb, wie das Haus am Schüberg sich Ende der 70er Jahre grundlegend neu ausrichtete: „Die Umorientierung begann mit Seminaren zu einem neuen Lebensstil. Aus ihnen sprudelten immer weitere Projekte hervor: Naturgemäßer Gartenbau, gesunde Ernährung, alternative Medizin, Rüstung und Wirtschaft usw. Wir sahen uns auf einmal mit der Umweltbewegung, mit Friedensgruppen und mit Dritte-Welt-Gruppen ... in einem Bund. Wir unterstützten diese Gruppen und Bewegungen und wurden von dem weiteren kirchlichen und gesellschaftlichen Umfeld immer mehr der ‚alternativen Ecke‘ zugeordnet.“

Allerdings mussten Justus Freytag und seine Kollegen Anfang der 80er Jahre feststellen: „... ist es uns nicht gelungen, das Thema der weltweiten Gerechtigkeit und die Verbindung zu den Leiden und Hoffnungen der Menschen in anderen Erdteilen so in Gemeinden und Bildungseinrichtungen hineinzutragen, dass sie dort wie selbstverständlich vorkommen ... Was dagegen erreicht ist, ist eine größere Deutlichkeit der Ziele entwicklungspolitischer Bildung. Zur pädagogischen Bedeutung des Hauses am Schüberg schrieb er: „Entwicklungspolitik muss in der Gruppe gelernt werden. Nur im Miteinanderlernen werden die Tatbestände der Entwicklungspolitik konkret. Das Gegenbild zu diesem Lernen in der Gruppe ist vielleicht der vereinzelte Zeitungs- und Zeitschriftenleser.“

Unterstützung für die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft

Nach einer Vorstellung der Arbeit der Ökumenischen Kreditgenossenschaft EDCS durch die Vorsitzende des Nordelbischen Fördervereins Hildegard Thevs fasste der AKWD bei der Sitzung am 24. November 1981 einstimmig diesen Beschluss: „Der AKWD hält die EDCS für einen guten Weg, Menschen in der Dritten Welt Entwicklung und Leben nach eigenen Vorstellungen und mit eigenen Kräften zu ermöglichen. Er empfiehlt deshalb Kirchengemeinden und Kirchenkreisen die Mitgliedschaft im Nordelbischen Förderverein und den Kauf von Anteilen, um dadurch diese Arbeit zu unterstützen.“

In der folgenden Sitzung im März 1982 wurde beschlossen, 50.000,- DM KED-Mittel bereitzustellen, um es Partnerkirchen in Übersee zu ermöglichen, EDCS-Anteile zu erwerben. Damit sollten auch Kirchen in wirtschaftlich armen Ländern in die Lage versetzt werden, sich gleichberechtigt an diesem ökumenischen Vorhaben zu beteiligen. Kirchen in Indien, Papua-Neuguinea und Tansania wurden auf diesem Wege zu EDCS-Anteilseignern. Auch wurden nordelbische KED-Rücklagen in EDCS-Anteilen angelegt.

Mandat und Zusammensetzung des Ausschusses

Am 13./14. August 1984 befasste sich die NEK-Kirchenleitung mit Mandat und Zusammensetzung des AKWD und nahm dabei Überlegungen des Ausschusses selbst auf. Der Ausschuss wurde um ein Mitglied erweitert. Neben fünf Mitgliedern der NEK-Synode, je drei Mitgliedern von NMZ und Dia-

konischen Werken und einem Vertreter von Dienste in Übersee als ständigem Berater entsandte von nun an die Kirchenleitung ein Mitglied aus ihrer Mitte in den Ausschuss. Der Ausschuss wählte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden aus dem Kreis der synodalen Mitglieder. Im Beschluss heißt es zur Verantwortung des AKWD: „Der Ausschuss verantwortet vor der Synode und der Kirchenleitung die Haushaltsmittel der Nordelbischen Kirche für den Kirchlichen Entwicklungsdienst ... Die Synode beschließt auf Vorschlag der Kirchenleitung den KED-Haushalt.“

Außerdem befasste sich die Kirchenleitung bei dieser Sitzung mit der Frage, wie die Kirchenkreise stärker direkt an Entwicklungsaufgaben sowie an missionarischen und gemeindebezogenen Diensten beteiligt werden könnten. Es wurde beschlossen, dass die Kirchenkreise aus KED Geldern die Möglichkeit erhalten sollten, bis zu 0,1% ihres Kirchensteueraufkommens für Programme in der Dritten Welt zu verwenden. Die Voraussetzung für eine solche zweckgebundene Bereitstellung von KED-Geldern war, dass die Kirchenkreise oder Kirchengemeinden sich in angemessener Weise mit zusätzlichen eigenen Haushaltsmitteln an den Aufgaben in Partnerkirchen beteiligten. Der AKWD wurde gebeten, Leitlinien und Verfahrensweisen für dieses Programm zu erarbeiten.

Mandat des AKWD

Vertreter/innen der Synode und der Kirchenleitung der Nordelbischen Kirche, des Nordelbischen Zentrums für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst (NMZ) und der Diakonischen Werke in Hamburg und Schleswig-Holstein (BROT FÜR DIE WELT) bilden den Ausschuss für Kirchliche Weltdienste und bringen ihre Zuständigkeiten für Aufgaben des Kirchlichen Weltdienstes in diesen Ausschuss ein.

Von daher gehören zum Mandat des Ausschusses:

- Die Verantwortung für die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und die dafür vorgesehenen Mittel sowie die Koordination und Verantwortung für Entwicklungs- und Hilfsmaßnahmen der Nordelbischen Kirche, unbeschadet der besonderen Zuständigkeiten von NMZ und BROT FÜR DIE WELT. Für die Vergabe der Mittel stellt der Ausschuss inhaltliche Kriterien auf.
- Die Förderung der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit, die in den Diensten und Werken, in Kirchenkreisen sowie Aktionsgruppen geleistet wird, und ihre Koordination, besonders im Hinblick auf die Zusammenarbeit von NMZ, BROT FÜR DIE WELT und Dienste in Übersee.

(Beschluss der Kirchenleitung der Nordelbischen Kirche vom 13./14. August 1984)

Neue Struktur des Hauses am Schüberg

1985 wurde die bestehende Struktur der Arbeit des Hauses am Schüberg verändert. Wurde das Haus bis dahin neben dem Kirchenkreis Stormarn auch von Dienste in Übersee und der Nordelbischen Kirche gemeinsam getragen, blieb nun der Kirchenkreis einziger Träger, während die anderen Beteiligten zu Kooperationspartnern wurden. Der Kirchliche Entwicklungsdienst, dessen Geschäftsführung bereits im Haus am Schüberg angesiedelt war, wurde zu einem weiteren offiziellen Kooperationspartner. Vom 1. April 1985 an übernahm Pastor Helmut Frenz die Aufgabe, die Arbeit der Partner zu koordinieren und das Haus nach außen zu vertreten. Die im Haus tätigen Referentinnen und Referenten trafen sich von nun an einmal monatlich zu einem Studientag. Das Kuratorium blieb unter Mitwirkung aller Beteiligten bestehen, den Vorsitz hatte Propst Helmer-Christoph Lehmann vom Kirchenkreis Stormarn inne.

Neue Zusammensetzung des Ausschusses

Am 17. Januar 1986 konstituierte sich der AKWD in neuer Zusammensetzung (siehe die Zusammensetzung des Ausschusses in den einzelnen Amtsperioden am Ende dieser Broschüre). Jens-Hinrich Pörksen wurde für eine weitere Amtszeit als Vorsitzender des Ausschusses gewählt. Im Protokoll ist vermerkt: „Er nimmt die Wahl an. Er erhofft wie in der Vergangenheit so auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit zwischen Kirchenleitung, Synode, Nordelbischem Missionszentrum und dem Nordelbischen Diakonischen Werk.“ In der folgenden Sitzung berief der AKWD die Mitglieder der folgenden Unterausschüsse: Stipendienausschuss, Mittel zur Förderung von Auszubildenden aus Übersee,

artefact - Zentrum für nachhaltige Entwicklung

Wie können wir „im Norden“ leben, ohne die Ressourcen und Entwicklungsmöglichkeiten folgender Generationen und der Menschen in anderen Weltregionen zu gefährden? Gibt es Baustoffe, Energien und Wirtschaftskreisläufe, die allen Menschen ein friedliches, selbstbestimmtes und nachhaltiges Leben ermöglichen? Artefact sucht seit 1988 nach Antworten und hat mit seinen Gebäuden und Bildungsangeboten einige Beispiele verwirklicht.

Das Zentrum in Glücksburg betreibt ein interkulturelles Tagungs- und Gästehaus und den Energie-Erlebnispark „Powerpark“, führt Projektstage zu globalem Lernen durch, ist Weiterbildungsstätte zu erneuerbaren Energien, nachhaltigem Bauen und Technologietransfer mit Teilnehmenden aus jährlich 50 Ländern und führt die Bau- und Energiemesse „naturtec“ durch. Werner



Kiwitt beschreibt die Ziele von artefact so: „Wir wollen Mut zur Zukunft machen, den Wandel zu langfristig ökonomisch, sozial und ökologisch verträglichen Änderungen als Chance zu begreifen. Zehntausende Besucher unseres Zentrums haben Anregungen mitgenommen und umgesetzt - und motivieren uns wiederum, weiterzumachen.“



Finanzen, Restmittel Planung, Sofortmaßnahmen sowie Kirchenkreisprojekte.

Schwerpunkte entwicklungsbezogener Bildungsarbeit

Der AKWD beschäftigte sich am 13. Februar 1986 ausführlich mit seinen Arbeitsschwerpunkten. In einer Arbeitsgruppe ging es um das Thema „Schwerpunkte der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit“. Es wurde festgestellt, dass das Thema des Verhältnisses von Mission und kirchlichem Weltdienst weiterhin aktuell war und auch in Zukunft diskutiert werden musste. Außerdem wurde im Protokoll festgehalten: „Die weltweite Christenheit muss in Gottesdiensten und anderen Gemeindeveranstaltungen noch konkreter vorkommen. Es geht nicht nur um Gebete und Informationen, vielmehr müssen Themen aufgegriffen werden, die in der weltweiten Christenheit im Vordergrund stehen. Dabei wird auch das Thema Widerstandsrecht/Widerstandspflicht mit einzubeziehen sein. Die theologische Komponente unseres Auftrags muss in der Arbeit klar herauskommen.“ Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, dass die Kirche für bessere wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern eintrete und sich eindeutig zu Themen wie internationaler Verschuldung, Rüstungsexporten und Menschenrechten äußert.

Eine zweite Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Frage, in welcher Weise Ausländerfragen in den Bereich des kirchlichen Entwicklungsdienstes gehören. Es wurde angeregt, einen neuen Unterausschuss des AKWD zu bilden, der sich mit Ausländerfragen beschäftigen sollte. Diesen Vorschlag machte sich der g AKWD einstimmig zu Eigen.

In einem Antrag an die NEK-Synode setzte der AKWD sich dafür ein, mittelfristig den Anteil des

Kirchlichen Entwicklungsdienstes am Kirchensteueraufkommen auf 3% zu erhöhen. Für 1989 sollte eine Erhöhung auf 2,8% angestrebt werden. Der AKWD bat die Synode außerdem, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, dass ein Schwerpunkt des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in den kommenden drei Jahren die stärkere Verankerung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in Gemeinden, Kirchenkreisen sowie Diensten und Werken bilden sollte. Ein weiterer Schwerpunkt sollte das Eintreten für dringend nötige, unerlässliche Veränderungen der finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zugunsten der Entwicklungsländer werden.

Im Blick auf die Laienbeteiligung stellte der AKWD bei seiner Klausurtagung fest: „Betont wurde die Bedeutung der Ausschussmitglieder, die keine Referenten oder Experten sind, weil gerade sie die Basis repräsentieren, die nötigen unbequemen Fragen stellen und so immer wieder auf die alltäglichen Arbeitsbedingungen aufmerksam machen.“

Vorsitz des Ausschusses bleibt unverändert

In der AKWD-Sitzung vom 28. November 1986 stellte Jens-Hinrich Pörksen sein Amt als Vorsitzender des Ausschusses zur Verfügung. Hintergrund war, dass er zum Leiter des Diakonischen Werkes in Schleswig-Holstein be-

rufen worden war und es dadurch zu einer Interessenkollision kommen könnte. In der Aussprache wurde betont, dass Jens-Hinrich Pörksen den Ausschuss in fairer Weise geleitet hatte. Das Ergebnis der Beratungen wurde so protokolliert: „Die Abstimmung – unter Abwesenheit von Pastor Pörksen – ergibt einstimmig, dass Pastor Pörksen gebeten werden soll, auch nach Übernahme der neuen Aufgabe weiter den Vorsitz des Ausschusses zu führen sowie die Bitte an den Diakonischen Rat, einen neuen Vertreter/ eine neue Vertreterin zu benennen.“ Pastor Pörksen stimmte dem zu.

Bekräftigung des kirchlichen Entwicklungsengagements durch die Synode

Bei der Synode vom 28.-31. Januar 1987 machte sich die NEK-Synode die Kundgebung der EKD-Synode zum Kirchlichen Entwicklungsdienst zueigen, der im November 1986 gefasst worden war. In der EKD-Kundgebung wurde u.a. formuliert:

„Darum bitten wir die Gemeinden und ihre Glieder: Verschließt nicht die Augen vor der Not in vielen Regionen unserer Welt. Haltet die Betroffenheit darüber wach, dass wir in einem der reichsten Länder dieser Erde leben, während andere nicht wissen, wie sie überleben sollen. Das stellt unseren Lebensstil in Frage.

Die Synode bittet deshalb die Gliedkirchen, die Gemeinden und ihre Glieder:

- Weiterhin dafür zu sorgen, dass 2%, möglichst 5% (mindestens 100 Mio. DM) der Kirchensteuermittel jährlich für den kirchlichen Entwicklungsdienst zur Verfügung gestellt werden.
- Verstärkt für Brot für die Welt und andere Formen kirchlicher Entwicklungshilfe und missionarischer Dienste (mindestens 1% des Einkommens) zu spenden.
- Darüber hinaus für pastorale Aufgaben in den Partnerkirchen zwischenkirchliche Hilfe zu leisten und die weiterhin notwendige Aufgabe der Weltmission in Zusammenarbeit mit den Christen vor Ort wahrzunehmen.
- Den Dialog mit den Regierungen, den Parteien und gesellschaftlich relevanten Gruppen im Interesse der Armen fortzuführen.
- In unserer eigenen Gesellschaft die Bildungs- und Informationsarbeit über Entwicklungsfragen zu verstärken.“

Dem Beschluss der NEK-Synode lag ein Papier des AKWD für Kirchenleitung, Kirchenamt und Synode vom 20. August 1986 zugrunde, in dem eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen wurden, die dann in den Synodenbeschluss aufgenommen wurden. Im Synodenbeschluss wurde der eigene Ansatz in der kirchlichen Entwicklungsarbeit bekräftigt: „Die Synode der NEK sieht durch die Kundgebung der EKD ihren Ansatz bestätigt, einerseits die Gemeinschaftsaufgabe des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in der EKD zu stärken, andererseits in eigener Verantwortung der Nordelbischen Kirche die partnerschaftlichen Beziehungen zu Kirchen und Gemeinden in Asien, Afrika und Lateinamerika auf- und auszubauen. Letzteres zeigen die durchgeführten Projekte mit unseren Partnerkirchen in Tansania, Indien und Papua-Neuguinea, die neu initiierten Kirchenkreisprojekte sowie das Stipendienprogramm für junge Theologen und Theologinnen, Diakone und Diakoninnen unserer Kirche.“

In dem Synodenbeschluss wurde betont, dass sich die Nordelbische Kirche immer an den EKD-Beschluss gehalten hat, mindestens 2% des Kirchensteueraufkommens für Gemeinschaftsaufgaben des Kirchlichen Entwicklungsdienstes bei der EKD bereitzustellen. Dies werde die Nordelbische Kirche auch weiterhin tun. Die notwendigen Steigerungen der Finanzmittel zur Überwindung von Armut, Hunger und Not dürften nicht zulasten der Mission gehen. Angesichts steigender Kirchensteuereinnahmen und damit auch KED-Mittel beschloss die NEK-Synode: „Von den für den Kirchlichen Weltendienst vorgesehenen Mitteln von 2,7% des Kirchensteueraufkommens werden ab Haushaltsjahr 1987 0,1% (in 1987: DM 516.400,-) zusätzlich dem NMZ zur Verfügung gestellt.“ Außerdem wurde beschlossen, dass mittelfristig eine Erhöhung des KED-Anteils am Kirchensteueraufkommen von 2,7% auf 3% angestrebt werden sollte.

In dem Beschluss der Synode wurde betont, dass die Rolle der Frauen im Entwicklungsprozess verstärkt berücksichtigt werden müsste. Eine Konsequenz: „In unserer entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit in Nordelbien soll die Bedeutung der Frauen, ihre wirtschaftliche und soziale Schlüsselfunktion im Entwicklungsprozess neu herausgestellt werden.“

Im Beschluss der NEK-Synode wurde im Blick auf die EKD-Kundgebung auch festgestellt: „Die in der Kundgebung herausgestellte geistliche Perspektive christlichen Dienens in der Ökumene kann in der Praxis am besten gewährleistet werden durch eine gute Zusammenarbeit von Kirche – Mission – Brot für die Welt. Ihre Zusammenarbeit im Ausschuss für Kirchliche Weltdienste hat sich bewährt.“

Die Förderung von Aktionsgruppen

Im Februar 1987 beschäftigte sich der AKWD mit der Zusammenarbeit mit Aktionsgruppen in Nordelbien. Es wurde festgestellt, dass sich aus der Vielfalt der Gruppen ein sehr farbiges Bild ergab und dass es oft an der Zusammenarbeit selbst unter benachbarten Gruppen haperte. Manche Aktionsgruppen verfügten über eine große Sachkompetenz, stünden aber in der Gefahr, abgehoben von der Basis zu arbeiten. Über die weitere Diskussion des Ausschusses heißt es im Protokoll:

„Unterschiedlich gesehen und interpretiert wird das Verhältnis von Kirchengemeinden und Friedens- bzw. Dritte-Welt-Gruppen und ihre jeweilige Offenheit füreinander. Der Brückenschlag zwischen beiden ist schwierig, aber nötig. Vom Diakonischen Werk in Schleswig-Holstein wird der Akzent in den nächsten Jahren sehr viel stärker auf gemeindebezogene Bildungsarbeit gelegt werden, um so angesichts der starken Verjüngung der Pastorenschaft notwendige Hilfestellungen für die Gemeinden zu geben.“

Kirchliche Arbeit mit Personen ausländischer Herkunft

Der AKWD befasste sich im Mai 1987 mit der Frage, in welchem Maße der Ausschuss zusätzliche Mittel für die Arbeit mit Personen ausländischer Herkunft zur Verfügung stellen könnte. Es wurde vereinbart, dass die AKWD-Mittel vorwiegend für Programme im Bereich der Bewusstseinsbildung eingesetzt werden sollten. Dies betraf drei Bereiche der Ausländerarbeit: die Gruppe der Studierenden in besonderen Notlagen, die Asylbewerber und ausländischen Flüchtlinge, die sehr oft frustrierende Erfahrungen machten, sowie die Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer, die auf Dauer in Deutschland leben.

Der AKWD schlug die Einrichtung eines Kirchenleitungsausschusses vor, der sich mit Grundsatzfragen im Blick auf Personen ausländischer Herkunft in unserer Gesellschaft befassen sollte. Daneben sollte der Ausschuss für die Vergabe von Überbrückungsbeihilfe für Studierende und Auszubildende aus Übersee fortbestehen. Für das Jahr 1988 standen diesem Ausschuss AKWD-Mittel in Höhe von 200.000,- DM zur Verfügung. Außerdem wurden den Diakonischen Werken in Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen 180.000,- DM für die kirchliche Arbeit mit Personen ausländischer Herkunft bereitgestellt. Hinzu kamen 53.000,- DM für den Verein Ökumenische Studentenwohnheime.

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

1987 forderte der Ökumenische Rat der Kirchen alle Mitgliedskirchen auf, sich an der inhaltlichen Vorbereitung der für 1990 in Seoul/Korea geplanten Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu beteiligen. Die Kirchenleitung der NEK griff diese Thematik in der Sitzung vom 10./11. August 1987 auf und fasste den Beschluss, die Gemeinden und Mitglieder der Nordelbischen Kirche dazu aufzurufen, sich im konziliaren Prozess zu engagieren und dies in möglichst weitgehender ökumenischer Gemeinschaft zu tun. Bei der Beschäftigung mit der Thematik in Kirchengemeinden und Gemeindegemeinschaften sollten bisherige Aktivitäten aufgenommen werden. Verschiedene Ausschüsse und Gremien wurden gebeten, sich mit den Themen des konziliaren Prozesses zu beschäftigen. Im Blick auf den AKWD hieß es im Beschluss der Kirchenleitung: „Der Ausschuss für Kirchliche Weltdienste wird gebeten, die inhaltliche Beschreibung der Frage nach Gerechtigkeit in unserem Verhältnis zur 3. Welt zu bearbeiten.“ Das Haus am Schüberg wurde gebeten, sich im Blick auf die Themen des konziliaren Prozesses um eine Zusammenarbeit mit Gemeinden und freien Initiativgruppen zu bemühen.

In seiner Sitzung am 31. August 1987 beschloss der AKWD, den Auftrag der Kirchenleitung so zu konkretisieren, „dass eine Sammlung von Beispielen dafür entsteht, was die Einbeziehung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes und der kirchlichen Weltverantwortung in die Gemeindegemeinschaft an Horizontenerweiterung und Bereicherung für die Gemeinden erbringt“.

Mission und Entwicklung – eine alte Debatte wird neu geführt

In welchem Verhältnis stehen Mission und Entwicklung? Mit dieser Frage beschäftigte sich der AKWD bei seiner Sitzung am 3. Dezember 1987 erneut. Anlass war der Bericht des scheidenden AKWD-Geschäftsführers Klaus-Dieter Harte-Hepp, in dem er unter anderem formulierte: „Ich erlebe gerade im kirchlichen Bereich wieder ..., dass Mission und Entwicklung auseinander gerissen und gegeneinander ausgespielt werden.“ Regional machte der AKWD-Geschäftsführer dies so fest:

„Nicht von ungefähr kommt es, dass der Hamburger Missionskonvent sich dieses Thema gestellt hatte. Es tauchen Fragen auf im Rahmen der Partnerschaftsarbeit – so z.B. in Süderdithmarschen und anderswo -, wie es mit dem Verhältnis von Mission und Entwicklung bestellt ist. Ich denke, die Frage ist für uns nicht, dass Mission nicht auch Entwicklung als ihre eigene Sache ansieht. Die Frage muss eher andersherum gestellt werden, wie Entwicklungsleute ihre Arbeit tun können – auch ihre Bildungsarbeit -, wenn sie nicht zugleich die Einstellung der Menschen mit im Blick haben, also auch ihre Haltung zum Leben und zu den Mitmenschen, ihre Hoffnungen und Ängste, ihren Glauben also mit einzubeziehen.“ Im Protokoll des AKWD wird vermerkt: „Dieter Harte-Hepp trägt seinen Abschlussbericht vor. In der Diskussion wird seine Aussage, dass Mission und Entwicklung auseinanderdriften, von vielen Seiten hinterfragt und anders gesehen.“

Aus Anlass der bevorstehenden Neubesetzung des AKWD-Geschäftsführers/Referenten für den Kirchlichen Entwicklungsdienst befasste sich der AKWD in der gleichen Sitzung mit der Einbeziehung der Gemeinden in die Arbeit am Haus am Schüberg. Nach einer Würdigung der Arbeit des Hauses am Schüberg wurden Anfragen von Jens-Hinrich Pörksen so protokolliert: „Er merkt aber kritisch an, dass die Gemeindegliederarbeit, die im Titel des Hauses steht, kaum mehr deutlich wird, dass beim KED im Haus am Schüberg ein Defizit an gemeindebezogener Bildungsarbeit vorhanden ist. An diesem Punkt ist in Ergänzung zur gruppenbezogenen Arbeit eine Kurskorrektur der Bildungsarbeit des KED unbedingt erforderlich.“

Klaus-Dieter Harte-Hepp hatte seine Position in dieser Frage in seinem Bericht so formuliert: „Die Forderung, die Arbeit im Haus am Schüberg solle stärker gemeindebezogen sein, möchte ich persönlich als Ermunterung und als Ermutigung verstanden wissen, in Zukunft auch stärker auf die Ortsgemeinden zuzugehen und ihre Glieder nicht abzuschreiben. Diese Forderung darf andererseits aber nicht beinhalten, dass nur die Ortsgemeinde die wahre Gemeinde sei, und sich nicht auch an ihrem Rand und gar neben ihr eine etwas anders gestaltete Gemeinde unter Gottes Wort sammeln könne. Gerade für kirchenferne Menschen bedeutet das Haus am Schüberg auch wieder einen neuen Zugang zur Kirche und zur Botschaft Jesu Christi ... Das Haus ist nach wie vor für viele Heimat und Gemeinde auf Zeit – nicht nur wegen der Themen, sondern auch wegen der Art, wie man dort – in der Regel – miteinander umgeht. Und das sollte so bleiben.“

Das Protokoll vermerkt, dass „in der ausführlichen sachlich kontrovers geführten Diskussion“ eine Reihe von Punkten besonders angesprochen wurden. Darunter waren Fragen nach den Erfahrungen des Hauses am Schüberg auf diesem Gebiet, danach, was unter Gemeindebezug zu verstehen sei sowie nach den Arbeitsschwerpunkten des neuen Geschäftsführers. Der AKWD fasste keinen Beschluss im Blick auf die Weiterarbeit des Hauses am Schüberg, sondern vereinbarte, die Diskussion fortzusetzen. Im Blick auf die Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers gab der Ausschuss die nachfolgende Empfehlung an die Kirchenleitung ab:

„Im Rahmen dieser Neubesetzung legt der Ausschuss den Schwerpunkt der Arbeit des Geschäftsführers neu fest:

- Die gemeindebezogene Arbeit soll stärker in der Region betrieben werden.
- Der Geschäftsführer wird weiterhin vom Haus am Schüberg aus die Geschäftsführung wahrnehmen. Er wird aber künftig nicht mehr Referent an der Tagungsstätte sein.
- Neben der Durchführung einiger weniger Seminare im Haus am Schüberg wird er vor allem in der Region im Rahmen der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit tätig sein. Er wird dabei die Vorbereitung von Stipendiaten verantwortlich koordinieren und mit ihnen die gemachten Erfahrungen für die Gemeindegliederarbeit aufarbeiten.
- Weiter soll er vorwiegend die Kontakte zu den Kirchenkreisen vertiefen und stärken.“

Bei seiner Sitzung am 30. April 1988 beschloss der AKWD, die regionale Bildungsarbeit in Norddeutschland von Dienste in Übersee (die Mitarbeit am Haus am Schüberg) in den Jahren 1989-1991 mit jeweils 50.000,- DM zu fördern. Gleichzeitig wurde beschlossen, spätestens Ende 1990 darüber zu entscheiden, ob und wie die Zusammenarbeit mit Dienste in Übersee und dem Kirchenkreis Stormarn im Haus am Schüberg fortgesetzt werden sollte. Der neu berufene AKWD-Geschäftsführer Ulrich Röbbelen sollte mit beratender Stimme an Programmkonferenzen und Sitzungen des Kuratoriums des Hauses am Schüberg teilnehmen.

Ehrenamtliches Engagement in der Gemeinde und in vielen Gremien



Porträt von Ilse Morgenroth

„Plötzlich kam für mich aus dem Nichts die Gründung von Brot für die Welt“, erinnert sich Ilse Morgenroth an ihr erstes entwicklungspolitisches Schlüsselerlebnis. Vorher bewegten sie andere Themen. Sie wurde am 1. Januar 1936 in Potsdam geboren und hatte als Kind in Berlin die Deportation jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger miterlebt. In der Nachkriegszeit beschäftigte sie sich deshalb wie viele damalige Jugendliche mit der Aufarbeitung des Dritten Reiches. Als sie dann von 1957 an im Landesjugendpfarramt der Bayerischen Landeskirche arbeitete, weitete sich der Horizont über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Sie lernte junge Leute aus Schweden und England kennen und merkte: „Kirche ist mehr als das, was man in der eigenen Gemeinde vorfindet.“

Dann nahm sie 1959 am Eröffnungsgottesdienst von Brot für die Welt in der Nürnberger St. Lorenzkirche teil. Sie erinnert sich noch heute an den eindrucksvollen Gottesdienst, der sie sehr betroffen gemacht und lange beschäftigt hat, und an die kleinen zusammenfaltbaren Pappschachteln mit Schwarz-Weiß-Fotos, die dort erstmal verteilt wurden und in die sie ihre Spenden steckte. Damit begann eine lebenslange Verbundenheit mit Brot für die Welt. Als ihr Mann und sie 1963 nach Neumünster zogen, engagierten sie sich dort von Anfang an für Brot für die Welt, und Ilse Morgenroth nahm an mehreren Länderseminaren teil, die die Geschäftsstelle in Stuttgart organisierte.

Anfang der 70er Jahre weitete sich dieses Engagement aus, und Ilse Morgenroth wurde Mitglied des Brot für die Welt-Ausschusses der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche, einem der beiden Vorgän-

gerausschüsse des AKWD. Als der AKWD gebildet wurde, berief man sie bald darauf in das neue Gremium. Als einziges Mitglied gehörte Ilse Morgenroth dem Ausschuss von seiner ersten Sitzung bis zu seiner Auflösung Ende 2008 an. In den verschiedenen Amtszeiten wurde sie vom Nordelbischen Missionszentrum oder von der NEK-Synode in den Ausschuss delegiert. Das Verhältnis zum NMZ war seit Anfang der 70er Jahre eng, aber nicht ungetrübt. Als Vorsitzende des Weltdienst-Ausschusses erlebte sie die heftigen Auseinandersetzungen darüber mit, welchen Stellenwert der Weltdienst im gerade neu entstandenen Werk haben sollte. Ilse Morgenroth beobachtete: „Mission wurde als das Eigentliche angesehen, und dann kam irgendwann der Weltdienst. Das hat dazu beigetragen, dass das NMZ bei vielen den Ruf hatte, von gestern zu sein.“ Als Vorstandsmitglied im NMZ und als AKWD-Mitglied hat Ilse Morgenroth daran mitgewirkt, dass Mission und Weltdienst näher gerückt sind und frühere Vorbehalte schwinden. Im eigenen Kirchenkreis ist Ilse Morgenroth Beauftragte für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst.

Das damit eng verbundene große Thema ist für Ilse Morgenroth die ökumenische Zusammenarbeit. Unvergessen sind für sie die Hoffnungswanderung für Südafrika während der Apartheitszeit und die beiden Konsultationen der Nordelbischen Kirche mit allen Partnerkirchen in Übersee und Europa. Diese inhaltlich gefüllte ökumenische Arbeit liegt Ilse Morgenroth am Herzen. Und dies auch im AKWD: „Ich bin nicht so sehr eine Frau, die sich damit begnügt, Gelder zu requirieren und zu verteilen. Das ist notwendig, aber nicht unbedingt das, was mir nahe liegt. Aber eine inhaltliche Arbeit, die in die Gemeinden und die ganze Nordelbische Kirche ausstrahlt, finde ich wichtig.“

Entsprechend gern ist Ilse Morgenroth immer wieder ins Haus am Schüberg gefahren, um an entwicklungspolitischen Seminaren teilzunehmen: „Ich persönlich verbinde mit dem Haus am Schüberg sehr viel. Dort habe ich auch ganz viele entwicklungspolitisch engagierte Menschen wie Adelheid Wiedenmann und Jürgen Bollmann kennen gelernt.“ In ihren eigenen Kirchenkreis hat die Arbeit im Haus am Schüberg wenig Ausstrahlung gehabt, und die hat in den letzten Jahren noch abgenommen. Sie selbst kommt auch nur noch selten zu Tagungen nach Hoisbüttel, aber: „Die Arbeit in Hoisbüttel hat viele Menschen sehr geprägt. Es gibt viele ‚Hoisbütteler‘ aus dieser Zeit.“

Es ist stets ein Anliegen von Ilse Morgenroth gewesen, ökumenische und entwicklungspolitische Themen in den Gemeinden und im eigenen Kirchenkreis fest zu verankern. Im Kirchenkreis Neumünster war und ist die Partnerschaft mit der Lutherischen Kirche in der Demokratischen Republik Kongo von ganz zentraler Bedeutung. Dankbar ist Ilse Morgenroth deshalb, dass der AKWD auf Initiative des Vorsitzenden Jens-Hinrich Pörksen die Förderung von Kirchenkreisprojekten eingeführt hat. Sie sagt über die Ergebnisse: „In unserem Kirchenkreis gibt es durch diese Partnerschaft ein hohes ökumenisches Bewusstsein. Uns ist es immer darum gegangen, nicht nur Geld zu sammeln, sondern gemeinsam mit unseren kongolesischen Partnerinnen und Partnern inhaltlich zu arbeiten. Von diesem Austausch haben sowohl im Kongo als auch hier viele Menschen profitiert. Viele bei uns, die an den Gesprächen beteiligt waren, sind zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in ihren Gemeinden geworden.“

Die ökumenische Weite des Kirchenkreises wirkt sich auch bei der Finanzplanung aus. In der Zeit der nordelbischen Themensynode „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“ von 1992 bis 1994 wurde in Neumünster eine Kirchenkreissynode zu dieser Thematik durchgeführt. „Damals haben wir durchgesetzt, dass 3% des Kirchenkreishaushalts für Mission, Ökumene, und Weltdienst verwendet werden. Dieser Beschluss gilt bis heute, sodass wir in diesem Arbeitsbereich finanziell gut ausgestattet sind.“

Die 90er Jahre waren nicht nur politisch von Umbrüchen geprägt, sondern stellten auch den AKWD vor neue Herausforderungen. Vor allem gab es intensive Debatten über die Förderung von Programmen im Baltikum und in Osteuropa. Ilse Morgenroth hatte

in dieser Debatte eine eindeutige Position: „Ich und andere Mitglieder im Ausschuss waren uns einig mit Partnern in Übersee, die die Sorge hatten, dass Programme im Osten auf Kosten des Südens finanziert werden sollten. Die südlichen Länder gerieten ganz schnell aus dem Blick.“ Als die Nordelbische Synode beschlossen hatte, die KED-Mittel aufzustocken und einen Teil für Programme im Osten bereitzustellen, gingen die Kontroversen weiter. Ilse Morgenroth zu diesen Debatten: „Ich habe mich vehement dafür eingesetzt, dass die Gelder für den Süden und für den Osten zusammenbleiben und nach den gleichen Richtlinien vergeben werden. Aber es gab Dezernten im Nordelbischen Kirchenamt und Mitglieder im Baltikums-Ausschuss, die der Auffassung waren, Osteuropa sei etwas ganz anderes als der Süden. Man könnte den Partnerinnen und Partnern im Osten nicht in irgendeiner Weise etwas vorschreiben. Im Süden, so schien die Tendenz zu sein, müsste man mehr aufpassen, was mit dem Geld gemacht wird. In einer der damaligen Auseinandersetzungen habe ich gesagt: Es kann nicht angehen, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Die einen stehen unter genauen Kriterien und den anderen wird das Geld auf dem Silbertablett präsentiert.“

Ilse Morgenroths Bilanz nach drei Jahrzehnten Mitarbeit im AKWD ist positiv: „Durch die Ausschussarbeit habe ich meinen Horizont enorm erweitert. Ich habe sehr viel gelernt und bin urteilsfähiger geworden. Der AKWD war immer ein Gremium, auf das ich mich gefreut habe, war ich dort doch zusammen mit Menschen, die an den gleichen Herausforderungen gearbeitet haben, die mir wichtig sind.“ Und die Konflikte im Ausschuss? „Ich habe durchaus auch von heftigen Auseinandersetzungen profitiert. Ich habe gelernt, Dinge genauer zu betrachten und mit den Augen anderer zu sehen.“ Schwierig empfand sie in manchen Sitzungen die Atmosphäre im AKWD. Unter dem Vorsitz von Helmer-Christoph Lehmann und Margrit Semmler habe sich dies sehr zum Besseren verändert.

Im gemeinsamen Bemühen die Sache voran bringen

Porträt von Paul-Gerhardt Buttler

„und kirchlicher Weltdienst“. Als Paul-Gerhardt Buttler 1969 diesen Vorschlag in die Beratungsrunde einbrachte, ahnte er noch nicht, dass er einmal Direktor des Werkes werden würde, um dessen Namen es ging. Er war damals als theologischer Referent des Deutschen Evangelischen Missionsrates – einer Dachorganisation evangelischer Missionsgesellschaften in Deutschland – eingeladen worden, mit über die Gestaltung des künftigen regionalen Missionswerkes für Hamburg und Schleswig-Holstein nachzudenken. Sein Vorschlag „und Weltdienst“ fand allseits Zustimmung. So kam das bald darauf gegründete „Nordelbische Zentrum für Weltmission und kirchlichen Weltdienst“ (NMZ) zu seinem langen Namen.

Dass Zeugnis und Dienst in der Mission untrennbar zusammengehören, war für alle Beteiligten unstrittig. Wie aber sollte der Dienst gestaltet werden? Welt diakonie und Brot für die Welt waren als Begriffe bereits besetzt. Bewusst vermied Pastor Buttler das Wort Entwicklung in seinem Vorschlag, erläutert er im Gespräch: „Der Entwicklungsgedanke stand in der Gefahr, einen neokolonialen Hauch zu bekommen. Es konnte so erscheinen, als seien wir entwickelt, die anderen bräuchten noch diese Entwicklung, und wir würden sie ihnen bringen.“ Auch theologisch hat ihn der Entwicklungsbegriff immer gestört. „Das Wohlstandsgefälle war nicht unser Verdienst, sondern war eine Folge historischer Bedingungen und Gegebenheiten. Darauf durfte man keine Theologie aufbauen. Die Formulierung musste den Gegenverkehr, die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe abdecken.“ Bei der Suche nach einer Alternative erinnerte sich Buttler an den Namen der kirchlichen Organisation „Church World Service“ in den USA, eine geeignete Übersetzung lautete „Kirchlicher Weltdienst“.

Bevor Paul-Gerhardt Buttler 1975 zum Direktor des NMZ berufen wurde, hatte er sich bereits mehr als ein Vierteljahrhundert lang mit Fragen der Weltmission und Ökumene beschäftigt. Nach der Mittleren Reife studierte er von 1948 an am Missions- und Diasporaseminar der Evang.-Luth. Missionsanstalt in Neuendettelsau in Mittelfranken.



Eine Tbc-Erkrankung verhinderte, dass er wie vorgesehen als Missionar nach Neuguinea ausreisen konnte. Er setzte sein theologisches Studium fort, arbeitete daneben in der Missionsanstalt Neuendettelsau, unterrichtete am Missionsseminar und übernahm dann 1961 eine Assistentenstelle am Institut für Missionswissenschaft und Ökumenische Theologie an der Universität Tübingen. 1966 wurde er zum Afrika- und Nahostreferenten des Deutschen Evangelischen Missionsrates in Hamburg berufen, dessen Exekutivsekretär er später wurde.

Als neu gewählter Direktor des NMZ musste Pastor Buttler sich Mitte der 70er Jahre gleich in doppelter Weise mit dem „und Weltdienst“ beschäftigen. In den Jahren zuvor hatte es Konflikte darüber gegeben, wo der Kirchliche Entwicklungsdienst in der neu entstehenden Nordelbischen Kirche angesiedelt werden sollte. Die Hamburger Kirche und der Hanseatische Missionsdirektor Dr. Dr. Martin Pörksen favorisierten eine Anbindung an das NMZ, die Schleswig-Holsteinische Kirche setzte sich erfolgreich für einen anderen Weg ein. Damit waren die Weichen für ein kooperatives Modell kirchlicher Entwicklungsarbeit in Nordelbien gestellt. Paul-Gerhardt Buttler beschloss, diese Kontroversen nicht neu aufzunehmen, weil nach seiner Einschätzung dabei nichts zu gewinnen und viel kaputt zu machen war. Er sagt im Rückblick: „Wenn die, die in unvollkommenen Strukturen darauf angewiesen sind, miteinander zu arbeiten, das wirklich tun, dann kann eine kooperative Struktur durchaus hilfreich sein. Und wir haben damit eine gute Arbeit geleistet.“ Er fügt hinzu: „Ich fand es immer wieder erfreulich, dass in diesem nicht allzu großen Ausschuss die Bereitschaft da war, Argumente

zu hören und Meinungen auszutauschen, sodass auf diesem Wege immer eine Lösung gefunden wurde.“

Das zweite Feld, bei dem sich der Direktor mit dem „und Weltdienst“ beschäftigen musste, war das eigene Werk. Die feste Überzeugung Buttlers, dass Weltmission und Weltdienst untrennbar zusammenhängen, verhinderte nicht Konflikte im NMZ. Für viele alte, treue Missionsfreunde war es eine Schreckensvorstellung, dass es beim Weltdienst mit den Themen wirtschaftliche Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auch um Fragen des politischen Engagements ging. Umgekehrt gab es bei denen, die sich für Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung engagierten, Vorbehalte gegenüber der Missionsarbeit. Buttler hielt hartnäckig am „und“ fest und trug so wesentlich dazu bei, dem NMZ ein deutliches Profil zu geben. Dazu gehörte auch, sich konstruktiv mit den Anfragen der Theologie der Befreiung in Lateinamerika und den ökumenischen Vorstellungen vom Teilen zu beschäftigen. „Diese Vorstellungen waren wichtige Anstöße, um bei uns die Bibel neu zu lesen und biblische Tradition neu zu entdecken. In den zurückliegenden hundert Jahren hatten bürgerliche Vorstellungen vieles verdeckt und verschüttet, was zum Evangeliumsverständnis unbedingt dazu gehört, so der Befreiungsgedanke, Gottes ‚Option für die Armen‘ und der Antirassismus.“ Die Verbindung von Mission und Kirchlichem Weltdienst sei eine Herausforderung für die Missionsfreunde gewesen, „aber ich denke, wir sind miteinander ein gutes Stück vorangekommen. Das ist ein wichtiger Aspekt der Integrationsgeschichte.“

Im AKWD sah Buttler es als eine potenzielle Schwierigkeit an, dass das NMZ und die Diakonischen Werke durch jeweils drei Vertreterinnen und Vertreter an den Entscheidungen beteiligt und zugleich „Kostgänger“ des Ausschusses waren. „Aber wir haben Wege gefunden, dass die Gefahr niemals bestand, dass das eine oder das andere Werk den Ausschuss zu einem Selbstbedienungsladen gemacht hätte.“ Problematisch war hingegen aus Sicht Paul-Gerhardt Buttlers, wie die Nordelbische Kirche angesichts von Sparzwängen die KED-Mittel umschichtete. Dem NMZ wurden im regulären Haushalt der Kirche Gelder gekürzt und dem Werk gesagt, man könne sich diese Personal- und Sachmittel beim AKWD wieder holen. Der emeritierte NMZ-Direktor ärgert sich auch heute noch über dieses Ansinnen: „Wir fanden dies beschwerlich, um nicht zu sagen ein bisschen unehrlich. Das Vorge-

hen ermöglichte es der Nordelbischen Kirche stolz zu verkünden, man halte daran fest, 3% des Kirchensteueraufkommens für den Kirchlichen Weltdienst zur Verfügung zu stellen, während gleichzeitig KED-Gelder als Umfinanzierungsmittel benutzt wurden. Um unseres Auftrags und der Aufgaben in den Partnerkirchen willen konnten wir aber nicht sagen, dass wir diese Gelder nicht annehmen.“

Einen Bereich, in dem die Arbeit von Kirchlichem Entwicklungsdienst und NMZ eng verzahnt war und ist, bildet die Unterstützung der Partnerschaftsarbeit. Paul-Gerhardt Buttler betont die Pionierfunktion, die Jens-Hinrich Pörksen und die Propstei Flensburg hatten, als sie bereits Ende der 60er Jahre eine langfristige Partnerschaft mit einem lutherischen Bildungszentrum in Morogoro/Tansania aufbauten. In den 70er Jahren nahm dann hierzulande der Wohlstand zu, und eine wachsende Zahl von Menschen reiste nach Übersee. „Und viele, die ‚da unten‘ waren und die Armut, aber auch Veränderungsmöglichkeiten gesehen hatten, wollten etwas tun. Manche von ihnen gründeten Unterstützungskreise, die dann in die eigene Kirchengemeinde eingebettet wurden. Als NMZ konnten und wollten wir das nicht stoppen. In der Satzung steht, dass wir Aktivitäten in den Gemeinden fördern sollen, also eine Dienstfunktion gegenüber der Basis haben. Wir richteten ein Referat für Partnerschaften ein, und Dr. Hans-Werner Müsing hat in großartiger, engagierter Weise die Gruppen beraten und unterstützt.“ Die Partnerschaftsgruppen in unterschiedlichen nordelbischen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen, die Partner im gleichen Land hatten, wurden und werden regelmäßig zum Informations- und Erfahrungsaustausch eingeladen. Das Partnerschaftsreferat hat dies ermöglicht und praktische Aufgaben wie das Versenden von Einladungen und das Verfassen von Protokollen übernommen. Der AKWD hat die Arbeit durch Kirchenkreisprojekte finanziell mitgetragen und Ökumenische Begegnungsreisen bezuschusst.

Paul Gerhardt Buttlers Bilanz seiner Mitarbeit im AKWD fällt angesichts verschiedener Formen solcher Kooperation entsprechend positiv aus: „Die Zusammenarbeit, dieses gemeinsame Bemühen, eine Sache voranzubringen, dass das in diesem Ausschuss einen Ort hatte, daran denke ich gern zurück.“

Streit um die „Hoisbütteler Erklärung“

Schon Ende der 1970er Jahre fand ein erstes Ökumenisches Pfingstfest im Haus am Schüberg statt, zu dem damals vor allem Christinnen und Christen aus dem Kirchenkreis Stormarn kamen. Auf Initiative der Entwicklungspolitischen Zielekonferenz (einem Kreis von Vertreterinnen und Vertretern von etwa 40 Personen aus nordelbischen Bildungseinrichtungen und Werken) gelang es bei den beiden folgenden Ökumenischen Pfingsttreffen in Bad Segeberg und Meldorf, Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Nordelbien zu gewinnen. 1988 lud der Kirchenkreis Stormarn zum Ökumenischen Pfingsttreffen nach Hoisbüttel ein. Neben dem Haus am Schüberg wurden mehrere Veranstaltungsorte in Hoisbüttel und der benachbarten Kirchengemeinde Bergstedt in das Programmangebot vom 20.-23. Mai einbezogen.

Die Entwicklungspolitische Zielekonferenz hatte schon ein Jahr vor dem Pfingsttreffen beschlossen, eine Erklärung zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung vorzubereiten, die von der ökumenischen Versammlung diskutiert und danach beschlossen werden sollte. Der Schwerpunkt sollte auf politischen Ansätzen hier und der Verbindung von Erster und Dritter Welt liegen. Auch positive Veränderungen sollten in dem Text sichtbar werden. Ein Entwurf für diese Erklärung wurde schon vor dem Ökumenischen Pfingsttreffen verteilt und dort dann in Arbeitsgruppen und im Plenum beraten und verändert. Die politischen Positionen der „Hoisbütteler Erklärung“ sorgten anschließend für Kontroversen in der Nordelbischen Kirche.

Im ersten Absatz der Erklärung wurde formuliert: „Wir sind Christinnen und Christen. Wir finden es schwierig, in der Bundesrepublik mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu leben. Der Kapitalismus basiert auf Konkurrenz und der Ausbeutung aller verfügbaren Ressourcen und der menschlichen Arbeitskraft zum größtmöglichen Profit.“ Der Glaube an das Evangelium rufe zum Teilen auf, und das Wirtschaftssystem stehe im Gegensatz dazu. „Als Christinnen und Christen bekennen wir, dass wir uns mit diesem Wirtschaftssystem als einer Ursache für viele Leiden zu wenig auseinander gesetzt haben. Wir verpflichten uns, dieses im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nachzuholen.“

Es wurde beschlossen, ein Ökumenisches Netzwerk Nordelbien zu gründen und dabei mit anderen Gruppen zu kooperieren, die an den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung arbeiteten. Anschließend folgten in der Erklärung Überlegungen zu einem Weg zu einer größeren Verbindlichkeit. Darin heißt es u.a.: „Die lebendige Gemeinschaft beginnt dort, wo wir miteinander teilen, mitteilen, Anteil geben ... es gilt, die Entwürfe einer neuen, besseren Welt auszusprechen und zu beschreiben.“

Anstoß erregten vor allem die Kritik am kapitalistischen System und die Auffassung, dass es einen Gegensatz zwischen christlichem Glauben und Kapitalismus gibt. Der AKWD hat nicht direkt an diesem Ökumenischen Pfingsttreffen und der Erklärung mitgewirkt. Aber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werke, die den AKWD trugen, sowie andere Akteure der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit waren an dem Vorhaben beteiligt – oder kritisierten die Hoisbütteler Erklärung heftig. Hinzu kam, dass anhand der Erklärung die Frage akut wurde, in welchem Maße und auf welche Weise sich entwicklungspolitische Bildungsangebote mit grundlegenden Fragen der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialordnung befassen und dazu pointiert Position beziehen sollten. Sechs Jahre später hat die NEK-Synode eine Erklärung verabschiedet, in der es um Fragen von „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“ ging und an deren Vorbereitung der AKWD und sein Geschäftsführer intensiv beteiligt waren. Diese Erklärung enthält ebenfalls eine ganze Reihe entschiedener Positionen zu wirtschaftlichen und ethischen Fragen, die allerdings in einem anderen Stil formuliert wurden als die „Hoisbütteler Erklärung“. Die Wirkung der „Hoisbütteler Erklärung“ blieb begrenzt, und ihr größter Effekt war wohl, in der Nordelbischen Kirche grundlegende Fragen des Verhältnisses von Glauben und wirtschaftlichen Zusammenhängen stärker ins Gespräch gebracht zu haben.

Spannungen im AKWD

Am 19. Sept. 1988 befasste sich der AKWD mit der Zusammenarbeit der verschiedenen Träger im Haus am Schüberg. Dabei wurden erneut Spannungen sichtbar. Im Protokoll wurde festgehalten, dass Propst Helmer-Christoph Lehmann darüber informierte, dass der Kirchenkreisvorstand mit Christian Dehm einen neuen Studienleiter für das Haus am Schüberg berufen hatte. Danach hieß es im Protokoll: „Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Entscheidung zu Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit führen wird.“ In der Kuratoriumssitzung des Hauses am Schüberg am 3. Okt. sollten Gemeinsamkeiten, Kooperationsmöglichkeiten und Fragen zu klaren Verantwortlichkeiten beraten werden. Danach wollte sich der AKWD erneut mit dieser Thematik und der geplanten Verwaltungsvereinbarung befassen.

In der Sitzung vom 28. Oktober 1988 legte der AKWD einstimmig die vorgesehene Vereinbarung der Kirchenleitung der NEK zur Zustimmung vor. In der gleichen Sitzung kündigte der AKWD-Vorsitzende an, sein Amt niederlegen zu wollen. Im Protokoll steht dazu: „Landespastor Pörksen erläutert und begründet: Der Vorsitzende erfährt nicht mehr die volle Unterstützung der Ausschussmitglieder und der Referenten. Er leitet den Ausschuss gern, Einstimmigkeit ist nicht das Ziel seiner Ausschussführung, doch sei vieles *gemeinsam* erreicht worden. Dies scheine sich nun zu ändern (siehe Verhandlungen über die Weiterarbeit im Haus am Schüberg).“

Jens-Hinrich Pörksen wies auch auf zeitliche Schwierigkeiten hin, seit er die Leitung des Diakonischen Werkes in Schleswig-Holstein übernommen hat, aber dies sei nicht ausschlaggebend für seine Entscheidung. Weiter wurde protokolliert: „Die Besetzung der Studienleiterstelle im Haus am Schüberg durch den Kirchenkreis Stormarn gibt Gelegenheit, diese Beweggründe festzumachen. In vielen Gesprächen ist über die Schwierigkeiten im Haus am Schüberg verhandelt worden. Sie werden sowohl auf kirchlich-theologischem Gebiet als auch in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit gesehen. Mit der Berufung von Pastor Christian Dehm sind Konflikte vorprogrammiert, die Landespastor Pörksen nicht bereit ist mitzutragen. Fehlende Kenntnisse der Arbeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes und seine bisher gezeigte geistlich-theologische Einstellung bedeuten eine Belastung für die Zusammenarbeit im Haus am Schüberg.“

Der Ausschuss diskutierte ausführlich Fragen zur Person von Christian Dehm und zur Arbeit des Hauses am Schüberg. Als Entlastung des Vorsitzenden wurde vorgeschlagen, einen Unterausschuss „Haus am Schüberg“ zu bilden. Zur großen Personenzahl des Ausschusses und der damit verbundenen Belastung der Arbeit wurde angeregt, die Teilnahme der Referentinnen und Referenten an den Sitzungen und Beratungen zu reduzieren. Im Protokoll ist dazu nachzulesen: „Alle anwesenden Mitglieder des Ausschusses bitten Landespastor Pörksen, seine Absicht zurückzutreten, noch einmal zu überdenken und sie zu revidieren.“ Landespastor Pörksen hielt für seine Weiterarbeit als Vorsitzender einen Grundkonsens aller Mitglieder bei den anstehenden Aufgaben der laufenden Legislaturperiode der Synode für unumgänglich. Er erklärte sich bereit, zur nächsten Sitzung eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten.

In der nächsten AKWD-Sitzung am 7. Dezember 1988 wurde eine überarbeitete Fassung des Papiers „Grundlagen für eine weitere Zusammenarbeit bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode“ bei einer Enthaltung angenommen. In dem Papier wurde festgestellt, dass der AKWD sich in seiner verbleibenden Arbeit während der Legislaturperiode an der Kundgebung der EKD-Synode von 1986 und ihrer Rezeption durch die NEK-Synode 1987 orientieren werde. Zur Entlastung des Vorsitzenden sollte ein Unterausschuss „Haus am Schüberg“ gebildet werden.

Ebenfalls zur Entlastung der Ausschussarbeit wurde vereinbart, dass an den Sitzungen des Ausschusses nur die ordentlichen Ausschussmitglieder und der AKWD-Geschäftsführer teilnehmen sollten. Einmal im Jahr sollte es eine gemeinsame Sitzung des AKWD mit den Referenten geben. Von Fall zu Fall würde der Vorsitzende die zuständigen Referenten zu einzelnen Tagesordnungspunkten einladen. Außerdem wurden die Haushaltseckdaten der einzelnen AKWD-Arbeitsbereiche für den Rest der Legislaturperiode festgeschrieben. Es heißt im Protokoll hierzu weiter: „Die Arbeit des AKWD konzentriert sich darauf, bis zum Abschluss der Legislaturperiode die bestehenden Arbeitsvorhaben und Programme zu qualifizieren und auszuwerten.“

Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit auf dem Lande

In den 1980er Jahren gab es in der öffentlichen entwicklungspolitischen Debatte sowie auch zwischen Vertretern der Landwirtschaft und kirchlichen Werken wie z. B. Brot für die Welt kontroverse Positionen über den Umgang mit den Überschüssen der deutschen und europäischen Landwirtschaft. Konnten diese Überschüsse weiter zu hoch subventionierten Preisen nach Afrika, Asien oder Lateinamerika exportiert werden oder wurde so großer Schaden für die dortige Landwirtschaft angerichtet? Der AKWD nahm diese Kontroverse gemeinsam mit anderen kirchlichen Einrichtungen in Nordelbien zum Anlass, um 1982 ein Modellprojekt „Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit auf dem Land“ zu initiieren. Dabei arbeitete der Ausschuss mit der Evangelischen Landvolkshochschule Koppelsberg, dem Umweltbeauftragten der NEK, dem Weltdienst des NMZ, der Ökumenischen Diakonie im Diakonischen Werk Schleswig-Holstein, dem Stienkens Hof, dem Landjugendverband Schleswig-Holstein sowie Dienste in Übersee zusammen. Der Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und Publizistik (APB) der EKD beteiligte sich neben dem AKWD an der Finanzierung des Vorhabens.

In der Landvolkshochschule Koppelsberg wurde für das Projekt eine Stelle eingerichtet und mit Helmut Bublies besetzt, der von einem Einsatz mit Dienste in Übersee zurückgekehrt war. Einen Arbeitsschwerpunkt bildete die Begleitung und Aufarbeitung des Dorf- und Landentwicklungsprojektes WIDA in Orissa/Indien, das vom NMZ unterstützt wurde, und die Aufarbeitung des Brot für die Welt-Jahresthemas „Hunger durch Überfluss“ im Blick auf Perspektiven für die eigene Produktionsweise, die Konsumgewohnheiten und die ökonomischen Rahmenbedingungen.

Zweiter Schwerpunkt war es, entwicklungsbezogene Aspekte von ländlichen Entwicklungsfragen in die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der Landvolkshochschule einzubringen. Dabei ging es auch darum, neue Seminarangebote zu Ökologie und Ökonomie, nationalen und internationalen Strukturproblemen und deren Auswirkungen auf das Leben im ländlichen Raum anzubieten. Als Problem nannte Helmut Bublies in seinem Abschlussbericht, dass es „bei Projektbeginn keine strukturelle, kontinuierliche und inhaltliche Zusammenarbeit zwischen der NEK und den berufsständischen, gesellschaftlichen Gruppen des ländlichen Raums gegeben hat“.

Als Partnerprojekt wurde das erwähnte WIDA-Vorhaben in Indien ausgewählt. Entwicklungs- und Gesundheitshelfer arbeiteten zu dieser Zeit in etwa 200 Dörfern, um eine eigenständige Entwicklung und eine Beendigung von Knechtschaft und Armut zu erreichen. Das zentrale Stichwort des nordelbischen Ansatzes in dieser Zusammenarbeit lautete: „Internationalisierung ländlicher Entwicklungsfragen“. Es ging darum, so Helmut Bublies in seinem Abschlussbericht, „sich über die eigene Entwicklung im ländlichen Raum in Schleswig-Holstein Klarheit zu verschaffen, um auf diesem Hintergrund die Entwicklungsanstrengungen unserer Partner im WIDA-Projekt verstehen zu können“. Im Rahmen des Programms kam es u.a. zu Seminaren, zu gegenseitigen Besuchen und zur Erarbeitung von Bildungsmaterialien wie einer Diaserie zum Thema „Ländliche Entwicklung Koraput-Distrikt/Indien – Schleswig-Holstein im Vergleich“. Mit den Materialien sind allein 1985 dreißig Veranstaltungen in Landjugend-, Frauen- und Gemeindegruppen durchgeführt worden.

Als ein Problem erwies sich, dass für praktisch tätige Landwirte der Arbeitsanfall so hoch war, dass sie sich nur unter großen Anstrengungen ein Wochenende freinehmen konnten. Deshalb wurden verstärkt Abend- und Tagesveranstaltungen angeboten. Besonderes Interesse fand die Thematik „Armut im ländlichen Raum“. Verschiedene Seminare und Veranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Bauernverband, der Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft und der Landjugend durchgeführt. Außerdem wurde versucht, Pastorinnen und Pastoren in ländlichen Gebieten in die entwicklungsbezogene Arbeit einzubeziehen.

Im November 1987 stellte der Landesjugendverband fest, dass die Bildungsarbeit des Landesjugendverbandes durch das Bildungsprogramm stark geprägt wurde: „Die Zusammenarbeit zwischen der Evangelischen Landvolkshochschule, Herrn H. Bublies und dem Landjugendverband hat die Bildungsarbeit des gesamten Verbandes nachhaltig verändert. Kooperation und Kontinuität sind zentrale Eckpfeiler der Bildungsarbeit in der Landjugend geworden.“

Am 30. April 1988 diskutierte der AKWD den Bericht und zog eine Bilanz des zu Ende gehenden Projektes. Der Ausschuss teilte die Bewertung und Schlussfolgerungen im Abschlussbericht. Im Protokoll heißt es u.a., dass der Ausschuss „die kirchliche Arbeit mit berufsständischen und gesellschaftlichen Gruppen im ländlichen Raum als unbefriedigend“ empfand. Notwendig sei eine Evaluierung und gegebenenfalls Neustrukturierung der Arbeit, um den gegenwärtigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Die NEK-Kirchenleitung wurde gebeten, sich für eine solche Evaluierung und die Bildung eines leistungsfähigen Kirchlichen Dienstes für den ländlichen Raum einzusetzen.

Nordelbische Arbeitsgemeinschaft der Referentinnen und Referenten für kirchlichen Entwicklungsdienst

Die NARKE wurde als Koordinierungsgruppe von etwa einem Dutzend Referentinnen und Referenten vor allem aus dem Nordelbischen Missionszentrum und den beiden Diakonischen Werken in Hamburg und Schleswig-Holstein und den Pädagogisch-Theologischen Instituten gegründet. Im März 1988 legte die NARKE ein „Konzept für die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in Nordelbien“ vor. Als Ziel dieser Arbeit wurde formuliert, „eine Lobby für die Unterdrückten und Armen auf dieser einen Welt zu bilden“. Es heißt in dem Konzept weiter: „Die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit will bewusstseinsverändernde Prozesse in Gang setzen und unterstützen. Dabei orientiert sie sich an der befreienden Botschaft Jesu Christi von der Versöhnung Gottes mit dem Menschen und seiner Welt.“ Gerechtigkeit wurde als zentrales Thema sowohl im Blick auf den Süden der Welt als auch im eigenen Kontext wahrgenommen.

Bewusst wurde dabei über den kirchlichen Tellerrand hinausgeblickt: „Dabei werden Aktivitäten kirchlicher und auch nicht-kirchlicher Gruppen unterstützt, wenn sie von dem Interesse an der Verwirklichung der Menschenrechte geleitet sind.“ An anderer Stelle wurde in dem Papier festgestellt: „Um eine Engführung der Arbeit zu vermeiden, wird die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in der Nordelbischen Kirche auch in Zukunft auf die inhaltliche Zusammenarbeit mit Aktionsgruppen in ihrem Bereich angewiesen sein. In diesem Zusammenhang erfüllt sie in besonderer Weise zugleich den missionarischen Auftrag der Kirche: Sie hält das Gespräch zwischen Kirche und Aktionsgruppen am Leben, das sich in der Vergangenheit als sehr fruchtbar gezeigt hat.“

Großes Gewicht wurde in dem Konzept auf die Vernetzung nordelbischer Initiativen und Gruppen gelegt. Zur Rolle von NARKE in diesem Kontext heißt es: „In der NARKE fließen die unterschiedlichen Erfahrungen der Referentinnen und Referenten aus ihrer Bildungsarbeit und ihrer jeweiligen institutionellen Anbindung zusammen und werden so dem Beratungsprozess im AKWD dienstbar gemacht. Deshalb sollte die NARKE regelmäßig Gelegenheit erhalten, Konzeption und Perspektiven der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit im AKWD zu diskutieren.“ Im Konzept wurde auch dargestellt, dass die „Entwicklungspolitische Zielekonferenz“ mit ihrer breiteren Mitwirkungsmöglichkeit für andere kirchliche Institutionen, Organisationen und Gruppen gemeinsame Planungen und Absprachen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordelbien ermöglicht.

In der NARKE-Arbeit könnten auch gemeinsame Schwerpunkte gesetzt werden, so zur Rassismus-Problematik (Südafrika und Namibia), zur Verletzung der Menschenrechte, zur Verschuldungsproblematik, zur Gentechnologie sowie zu den Zusammenhängen von Rüstung, Hunger und Zerstörung der Schöpfung. Angesichts des Überflusses an Nahrungsmitteln in den Industrieländern und einer wachsenden Zahl von Hungernden und Unterdrückten auf der Welt müssten die Probleme der ländlichen Entwicklung weiterhin die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in Nordelbien beschäftigen. Als Themen wurden u.a. Grüne Revolution und Futtermittelimporte genannt.

Als Instrumente der Bildungsarbeit in Nordelbien wurden neben den nordelbienweiten Seminaren auch regionale Seminare, eine längerfristige Fortbildung und Begleitung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie die ökumenische Sensibilisierung und Handlungsorientierung in allen Aus- und Fortbildungsprogrammen für alle kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Pastorinnen und Pastoren genannt.

NARKE überwindet alte Grabenkämpfe

In einem Arbeitsbericht vom 1. Juni 1992 hat AKWD-Geschäftsführer Otto-Michael Dülge seine Erfahrungen mit diesem Gremium so beschrieben:

Die NARKE spiegelte die gleichen Konfliktlinien (zwischen den beteiligten Werken) wie der AKWD wieder. Durch die unmittelbare Berührung auf der Arbeitsebene traten sie hier nur ungleich schärfer zutage. Bei meinem Dienstantritt lagen die Nervenenden der Beteiligten bloß und das Ableben der NARKE war für alle eine gemeinsam zu beschließende Notwendigkeit. Für mich dagegen war ihre Wiederbelebung ein entscheidender Prüfstein für eine erfolgreiche KED-Arbeit. Wenn wir jetzt eine ar-

beitsfähige NARKE mit einem gemeinsamen Arbeitsziel (Motto: Näher an Kirchenkreise und Gemeinden!) haben, so ist das nicht in erster Linie mein Verdienst, sondern vor allem einem deutlichen Personalwechsel und der Bereitschaft der neuen Kollegen, sich nicht auf alte Grabenkämpfe einzulassen, geschuldet. Diese neuen Impulse, die von der NARKE ausgehen, kommen den Werken zugute und haben auch das vormals angestregte Verhältnis zum AKWD sichtbar entkrampft. Sie sind auch ein Beleg dafür, dass sich strukturelle Probleme auf der Arbeitsebene mit der notwendigen Beharrlichkeit lösen lassen.

Die Einbeziehung osteuropäischer Partnerkirchen in die Förderung von Kirchenkreisprojekten

Aufgrund eines Auftrages der Kirchenleitung der NEK zu prüfen, ob auch Mittel für Partnerkirchen im Baltikum bereitgestellt werden können, hat sich der AKWD auf seiner Sitzung am 2. März 1989 ausführlich mit der Frage der Einbeziehung osteuropäischer Partnerkirchen in die Förderung von Projekten beschäftigt. Ein unmittelbarer Anlass war, dass das Gremium, welches über die Verwendung von KED-Restmitteln zu entscheiden hatte, Anfang Januar 1989 beschlossen hatte, insgesamt 138.000 DM Restmittel aus dem Titel „Kirchenkreisprojekte“ für die Rumänienhilfe der Diakonischen Werke in Schleswig-Holstein und Hamburg sowie für Partnerkirchen im Baltikum zur Verfügung zu stellen. Im AKWD-Protokoll heißt es zu diesem Punkt: „Der Ausschuss für Kirchliche Weltdienste stimmt diesem Beschluss zu, ist jedoch der Auffassung, dass diese Verwendung der Mittel für den Bereich unserer

Alternative Hafenrundfahrten Hamburg

Die alternativen Hafenrundfahrten führen seit einem Vierteljahrhundert durch die alte Speicherstadt, durch verschwiegene Kanäle mit ihren rostigen Kaianlagen und an den hochmodernen, gewaltigen Containeranlagen entlang. Hinter Backsteinmauern, Lagerwänden und Stahlgerüsten liegen die Schätze des Hafens: Orientteppiche, Südfrüchte, Kakao- und Kaffeebohnen. Es sind die Schätze alter Kolonialreiche und die der modernen Globalisierung. Die Container verbergen ihren Inhalt und machen den Welthandel nahezu unsichtbar.

„Aber wir können zeigen, was im Container steckt“, schreibt die Hafengruppe Hamburg als Veranstalter der Barkassenfahrten. „Unsere Rundfahrten veranschaulichen, wer gewinnt und wer verliert in Zeiten der Globalisierung und der so genannten Liberalisierung. Und sie dokumentieren, dass es auch heute überall in der Welt Bewegungen gibt, die ein wenig Sand ins Getriebe streuen.“ Thematisch orientierte Rundfahrten haben Titel wie „Blinde Passagiere“, „Frauenarbeit im Hafen und auf See“ und „Bittere Bohnen“. Für Schulen gibt es besondere Angebote.



Foto: Hafengruppe-Hamburg

sollten keinen Ersatz für die Beteiligung an Projekten der Partnerkirchen in Übersee bilden: „Unter dem Stichwort ‚Partnerschaften teilen‘ werden interessierte Kirchenkreise aufgefordert, Partnerschaften mit Partnerkirchen der NEK in Übersee und in Osteuropa und Vergabe von Mitteln des Kirchenkreises und des Kirchlichen Entwicklungsdienstes ökumenisch zu sehen und ökumenisch zu teilen.“

Damit die neuen Aktivitäten in osteuropäischen Partnerkirchen nicht zulasten der Aufgaben in der so genannten Dritten Welt aufgenommen würden, ging der AKWD davon aus, dass für die Aufgaben des Kirchlichen Entwicklungsdienstes im Süden der Welt und die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in der NEK die Mittel insgesamt erhöht werden müssten. Die Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst wurden 1990 von 2,7 auf 2,75% erhöht. Die zusätzlichen 0,25% wurden vom AKWD mit einer Mehrheit von 6 zu 3 Stimmen für die Partnerschaftsarbeit für die Kirchen im Baltikum zu Verfügung gestellt. Die Kirchenleitung folgte diesem Vorschlag.

Entwicklung, Umwelt und internationale Handelsbeziehungen

Bei der AKWD-Sitzung am 22. Juni 1989 hielt der in Umwelt- und Gerechtigkeitsfragen seit vielen Jahren engagierte nordelbische Pastor Winfried Hohlfeld ein Referat zum Thema „Umwelt und Entwicklung“. Es bot Anstöße dafür, dass der AKWD sich in Plenum und Arbeitsgruppen ausführlich mit weltwirtschaftlichen Anfragen an den christlichen Glauben beschäftigte. Dabei ging es schwerpunktmäßig um die Auswirkungen der Entstehung eines EU-Binnenmarktes und der Rolle der EU in der Weltwirtschaft. Der AKWD richtete die Bitte an die NEK-Synode, sich mit den lebensbedrohlichen Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Beziehungen auf arme Länder zu beschäftigen und richtete außerdem eine Bitte an die EKD:

osteuropäischen Partnerkirchen das bisherige Mandat des AKWD überschreitet. Der Ausschuss bittet daher ausdrücklich Kirchenleitung und Synode, im Rahmen des Nachtragshaushaltes 1988 diesem einmaligen Beschluss zuzustimmen.“

Aus dem Anlass dieser Förderung hat sich der Ausschuss grundsätzlich mit Kirchenkreisprojekten und Kirchenkreispartnerschaften beschäftigt und formuliert: „Der Ausschuss befürwortet ein Programm ökumenischer Partnerschaft, das die Welt nicht unterteilt in die erste, zweite, dritte und vierte Welt, sondern ausgeht von der einen Welt Gottes und von der einen weltweiten Gemeinde Jesu Christi.“

Ziel der Partnerschaftsbeziehungen sollte sein, so der AKWD, dass die Kirchenkreise, Kirchengemeinden und kirchlichen Gruppen sich in einer persönlichen Begegnung einer anderen kirchlichen, sozialen und kulturellen Wirklichkeit stellen und die dabei gemachten Erfahrungen in unsere Kirche und Gesellschaft hinein vermitteln. Es müsse eine Organisationsform angestrebt werden, die Partnerschaften mit Partnern in der so genannten Dritten Welt und in osteuropäischen Partnerkirchen aufnehme.

Der AKWD empfahl deshalb der Kirchenleitung und der Synode, einen Unterausschuss des AKWD für die Partnerschaft mit den Kirchen im Baltikum zu bilden, der über die Vergabe von Mitteln im Rahmen dieser Partnerschaft entscheiden sollte. Die Abwicklung sollte über die Diakonischen Werke erfolgen. Die Partnerschaften mit osteuropäischen Partnerkirchen

„Der Ausschuss für Kirchliche Weltdienste der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche bittet den Ausschuss für Diakonie, Mission und Ökumene, dass die Evangelische Kirche in Deutschland gemeinsam mit anderen Kirchen in der ACK (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen) das entwicklungspolitische Dialog-Programm mit den Kirchen, gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden in der Bundesrepublik wieder aktiviert und unter den europäischen Kirchen einen Dialog eröffnet mit der Zielsetzung, dass der wirtschaftliche Zusammenschluss zu einem Binnenmarkt Europa die Entwicklungsländer nicht belastet, sondern im Gegenteil die wirtschaftliche Entwicklung der so genannten Dritten Welt, insbesondere in Afrika, nachhaltig fördert.“ Tatsächlich wandte sich die EKD-Synode im November 1989 auf Vorschlag des Ausschusses für Diakonie, Mission und Ökumene mit der Bitte an Politiker aller Parteien in der Bundesrepublik, sich für eine Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Länder der Dritten Welt einzusetzen.

Die Förderung ökumenischer Begegnungen

„Ökumenische Begegnungen sollen ermöglichen, dass TeilnehmerInnen solcher Unternehmungen sich einer anderen kirchlichen, sozialen und kulturellen Wirklichkeit in der persönlichen Begegnung stellen und ihre Erfahrungen, die sie dabei machen, in unsere Kirche und Gesellschaft hinein vermitteln.“ So steht es in den „Leitlinien und Förderkriterien für ökumenische Begegnungen“, die der AKWD am 29. November 1989 verabschiedet hat.

„Ökumenische Begegnungen und ihre Reverseprogramme haben identische Lernziele. Ihre Absicht ist:

- einen gemeinsamen Lernprozess und ein tieferes gegenseitiges Verstehen (ökumenisches Lernen) zu fördern,
- die gemeinsame Herausforderung zum missionarischen und diakonischen Handeln in Übersee ebenso wie im Bereich unserer Volkskirche anzunehmen,
- die eigenen Entwicklungsziele zu klären, indem die Werte und Eigenständigkeit verschiedener Systeme und Kulturen vor Augen geführt werden,
- Einsichten in die Notwendigkeit des Teilens zu schaffen (z.B. Macht, Wissen, Besitz, Kultur, Theologie) und zu verändertem Handeln zu ermutigen und zu befähigen, um befreiende und gerechte Strukturen zu stärken,
- die Verantwortung der TeilnehmerInnen als sachkundige Anwälte/-innen der anderen zu stärken.“

Betont wurde in dem Papier, dass ökumenische Begegnungen und Reverse-Programme in längerfristige Partnerschaftsbeziehungen oder entwicklungspolitische Bildungsprogramme eingebettet sein müssten: „Reisen allein gilt nicht.“ Außerdem wurde festgelegt, dass mit den ökumenischen Begegnungen vorrangig die bestehenden Verbindungen zu den überseeischen Partnerkirchen der NEK genutzt und ausgeweitet werden sollten. Es wurde in den Leitlinien betont, dass Frauen, Männer und Jugendliche angemessen an den Begegnungsreisen beteiligt werden sollten. Die Reisen sollten drei bis sechs Wochen dauern. Die Gruppen sollten bis zu 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben. Erforderlich sei eine ausführliche Vorbereitung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu dem besuchten Land und den Kirchen, ebenso sollten eine Auswertung und die Planung der Weiterarbeit vorgesehen werden. Eine angemessene Beteiligung der Teilnehmenden an den Kosten der Reise sei erforderlich, als Richtsatz wurde ein Netto-Monatseinkommen angegeben. Bei Reverse-Programmen sollten die gastgebenden Trägerorganisationen die Kosten möglichst selbst aufbringen. Sei dies nicht möglich, so könnte ein Teil der Kosten vom AKWD finanziert werden.

Ausweitung des Mandats auf die Partnerkirchen in Osteuropa

Bei ihrer Tagung vom 18.–20. Januar 1990 beschloss die NEK-Synode, von 1990 an im Rahmen des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Mittel für die Partnerkirchen im Baltikum bereitzustellen. Dies erfolgte entsprechend dem Mandat des Lutherischen Weltbundes und seinem Verständnis von Weltdienst. Die Mittel wurden für die Partnerschaftsarbeit der Diakonischen Werke in Zusammenarbeit mit Kirchenkreisen in Polen und Rumänien bewilligt. Es wurde außerdem beschlossen, „dass die Ausweitung des Mandats des Ausschusses für Kirchliche Weltdienste auf Partnerkirchen in Osteuropa nicht zulasten der Aufwendungen der Nordelbischen Kirche für die Dritte Welt gehen darf“. Aus diesem Grunde wurde der KED-Anteil am Kirchensteueraufkommen von 2,7% auf 2,77% erhöht. Die Synode beschloss weiter, dass für ein Aufbaustadium von fünf Jahren die Partnerschaft mit dem Baltikum von der Kirchenleitung selbst über einen Kirchenleitungs-Ausschuss für diese Partnerschaft wahrgenommen werden sollte. Die organisatorische Abwicklung der Hilfsmaßnahmen sollte über die Diakonische Werke und das Nordelbische Kirchenamt erfolgen.

Nepal-Team

Seit 1992 unterstützt eine Gruppe der Michaelisgemeinde Hamburg-Neugraben die Alphabetisierungs- und Dorfentwicklungsarbeit in Nepal. Die kontinuierliche Arbeit für ein kleines, entlegenes Land, das allmähliche Kennenlernen der Problematik, das Kennenlernen von Menschen und Strukturen geben das Gefühl, dass die Arbeit wirklich hilfreich und sinnvoll war und ist.

Während des Bürgerkrieges von 1997 bis 2008 konnte diese Arbeit nur sehr eingeschränkt stattfinden. Während dieser Zeit hat das Nepal-Team sich darum bemüht, den Friedensprozess durch Öffentlichkeitsarbeit zu fördern, ebenso durch die Herstellung von Kontakten zwischen Politikern und der Öffentlichkeit hier und wichtigen Funktionsträgern aus Nepal. Durch direkte und persönliche Kontakte mit Menschenrechts-Organisationen, dem Nepalischen Christenrat und über die Gossner Mission ist das Nepal-Team ständig über die soziale und politische Entwicklung informiert. Christliche Organisationen haben bereits 2005 alle maßgeblichen Religionsgruppen Nepals an einen Tisch geholt, um gemeinsam an einer friedlichen Lösung der sozialen Probleme zu arbeiten.



Allerdings musste der AKWD Mitte 1993 konstatieren, dass sich der finanzielle Anteil der Hilfe für die Partnerkirchen in Mittel- und Osteuropa seit dem Synodenbeschluss vom Januar 1990 von 0,07% auf 0,21% verdreifacht hatte, dagegen das Ziel, den KED-Anteil am Kirchensteueraufkommen auf 3% zu erhöhen, immer noch nicht erreicht war. Im Protokoll der AKWD-Sitzung vom 25. Juni 1993 wird deshalb festgestellt: „Anstelle gleichmäßiger finanzieller Steigerungen für Süd und Ost hat eine prozentuale Steigerung lediglich im Bereich der Partnerkirchenhilfe in Ost- und Mitteleuropa stattgefunden. Diese Entwicklung richtet sich jedoch gegen den Beschluss der Synode, dass die Hilfe für den Osten nicht auf Kosten der Hilfe für den Süden geschehen darf.“ Der AKWD beantragte deshalb erneut, den KED-Anteil an den Kirchensteuereinnahmen auf 3% zu erhöhen.

Dass das Verhältnis der Förderungen im Süden und im Osten der Welt schwierig war, belegt der Bericht der AKWD-Vorsitzenden Margrit Semmler Anfang 2001 vor der NEK-Synode im Rückblick: „Die auffälligste Veränderung besteht in der Ausgliederung des Etats ‚Partnerkirchen im Ostseeraum‘ aus dem Etat Kirchlicher Entwicklungsdienst und damit aus den 3% für den Kirchlichen Entwicklungsdienst. Dieser Änderung zuzustimmen, ist dem Ausschuss schwer gefallen. Es war 1989 die Anregung des AKWD, dem Gedanken der Einen Welt Rechnung zu tragen und Mittel zur Unterstützung von Kirchen im Osten bereitzustellen und diese gemeinsam mit den Mitteln der Partnerkirchen im Süden zu verwalten. Wie Sie wissen, kam es nicht zur gemeinsamen Verwaltung,

und es gelang ebenfalls nicht, mit dem Baltikums-Ausschuss der Kirchenleitung gemeinsame Richtlinien und Vergabekriterien zu entwickeln. Wir konnten uns mit unserer Vision von der Einen Welt nicht durchsetzen ...“

Die Aufnahme von Mitteln für Partnerkirchen im Ostseeraum in den KED-Haushalt warf die Frage auf, wie trotzdem der 3%-Anteil von KED am Kirchensteueraufkommen erhalten werden konnte. Um dies zu erreichen, wurden 1994 die Zuschüsse der NEK für das Jahresnotprogramm des Lutherischen Weltbundes und die Liste des Bedarfs des Evangelischen Missionswerkes in Deutschland (EMW) in den KED-Etat beschlossen.

Aktion Bundesschluss

Im November 1990 stellte Adelheid Wiedenmann einen Bericht für den AKWD über die Erfahrungen und Zukunftsperspektiven der Aktion Bundesschluss zusammen. Die Partnerschaften zwischen zwangsumgesiedelten schwarzen Gemeinschaften und Kirchengemeinden und Kirchenkreisen in Deutschland waren in den 80er Jahren während der Apartheids-Zeit auf Initiative des Südafrikanischen Kirchenrates entstanden. Anfang 1986 hatte die NEK-Synode dazu aufgerufen, sich an der Aktion Bundesschluss zu beteiligen. Anfang der 90er Jahre gab es allein in Nordelbien 12 Bundesschluss-Gruppen, die intensiv zusammenarbeiteten. Ein Höhepunkt der Bundesschluss-Arbeit war die „Hoffnungswanderung für Südafrika“ durch viele Orte in Nordelbien, die vom 9. September bis zum 8. Oktober 1989 stattfand.

Als eine Aufgabe für die Zukunft benannte Adelheid Wiedenmann: „Zum Erhalt der Motivation in den einzelnen Gruppen braucht es mehr als den guten Willen. Es ist eine gründlichere Begleitung nötig, um die eigene Motivation zu vertiefen und gruppenpädagogisches Grundwissen zu vermitteln.“ Die vom AKWD finanzierten 15

Wochenstunden für die Koordination und Begleitung der Bundesschlussarbeit in Nordelbien reiche nicht aus, betonte Adelheid Wiedenmann am Schluss ihres Berichtes. Der AKWD bewilligte im folgenden Jahr 25.000,- DM für das Jahr 1992 und setzte die Förderung der Arbeit auch in den folgenden Jahren fort.

Fortführung der Zusammenarbeit im Haus am Schüberg

Am 12. Dezember 1990 beschloss der AKWD, den Programmpartnern im Haus am Schüberg (dem Kirchenkreis Stormarn und Dienste in Übersee) eine Fortführung der Zusammenarbeit um sechs Jahre anzubieten. Die finanzielle Förderung der entwicklungsbezogenen Arbeit des „Haus am Schüberg“ sollte erhöht werden.

Ende August 1991 trafen der Kirchenkreis Stormarn, „Dienste in Übersee“ und die Nordelbische Kirche eine Vereinbarung für die Zusammenarbeit im „Haus am Schüberg“. In dieser Vereinbarung wird festgestellt: „Die Programmpartner vereinbaren, die Arbeit des Hauses am Schüberg als *Evangelische Tagungsstätte für kirchliche Entwicklungsdienste und Gemeindefarbeit* inhaltlich und finanziell zu unterstützen. Die Programmpartner wollen damit das Haus am Schüberg als besondere Tagungsstätte für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit fördern, um so im Bereich der Nordelbischen Kirche verstärkt Bewusstsein und Engagement für die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kirchen in Übersee, für die Notwendigkeit von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der ganzen Welt zu schaffen.“

Es wurde außerdem vereinbart, die Verantwortung für das Gesamtprogramm des Hauses durch ein Kuratorium wahrnehmen zu lassen. In dieses Kuratorium entsandte der Kirchenkreis Stormarn vier, der Ausschuss für Kirchliche Weltdienste drei und Dienste in Übersee eine Vertreterin oder einen Vertreter. Das Kuratorium entschied verbindlich über das Programm. Die Vorbereitung des Programms erfolgte in einer Programmkonferenz, in der der Studienleiter des Hauses am Schüberg sowie Referentinnen und Referenten des Kirchenkreises, von Dienste in Übersee und dem Nordelbischen Missionszentrum mitwirkten, ebenso der KED-Beauftragte/die KED-Beauftragte. Die inhaltliche, personelle und finanzielle Verantwortung für die Seminare lag bei den einzelnen Programmpartnern, wobei eine enge Zusammenarbeit unter ihnen angestrebt wurde.

Die Zusammenarbeit zwischen den anderen Trägern der Tagungsstätte Haus am Schüberg und dem Kirchlichen Entwicklungsdienst verlief nicht immer so harmonisch, wie man dies erhoffen konnte. Als Otto-Michael Dülge die Geschäftsführung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes und des AKWD übernahm, waren Spannungen unübersehbar. Die AKWD Geschäftsführenden Ulrich Röbbelen und Adelheid Wiedenmann hatten auf Anweisung des damaligen AKWD-Vorsitzenden nicht an der kollegialen Leitungsrunde des Hauses teilgenommen. Ein neuer Ausschuss, ein neuer Vorsitzender und ein neuer Geschäftsführer des AKWD ermöglichten einen Neuanfang und eine intensive Zusammenarbeit mit den anderen Trägern des Hauses am Schüberg.

Personelle Veränderungen in der Arbeit von AKWD und Kirchlichem Entwicklungsdienst

1991 beendete Landespastor Jens-Hinrich Pörksen seine Tätigkeit als AKWD-Vorsitzender. In einem Bericht vor der Synode betonte er: „In den drei Legislaturperioden der NEK, in denen ich als Vorsitzender des AKWD den Haushalt 351 vor der Synode zu verantworten hatte, sind die Mittel auch in dieser beträchtlichen Höhe niemals umstritten und umkämpft gewesen. Dass wir immer einen breiten Konsens gefunden haben, um unseren Kirchensteuerbeitrag zur Bekämpfung von Hunger und Armut in der Dritten Welt Schritt für Schritt zu steigern, dafür danke ich allen Synodalen, insbesondere den Mitgliedern des Ausschusses AKWD und auch ganz besonders dem Haushaltsdezernenten, Herrn Dr. Blaschke.“

Landespastor Pörksen dankte außerdem den beiden hauptamtlichen Geschäftsführern während seiner Amtszeit, Pastor Klaus-Dieter Harte-Hepp und Herrn Ulrich Röbbelen, „für ihre ausgezeichnete Arbeit“, ebenso den Mitgliedern des AKWD. Er fügte hinzu: „In diesen Dank beziehe ich alle Ausschuss-Mitglieder ein, erlaube es mir aber dennoch, drei Ausschuss-Mitglieder besonders hervorzuheben. Ohne die Kreativität, die Standhaftigkeit und die kritische Begleitung von Frau Gillert und Frau Engel wäre es nicht gelungen, in diesen Jahren wesentliche, aber zum Teil sehr umstrittene Akzentsetzungen in dieser Arbeit durchzuführen, zum Beispiel das Programm mit den Kirchenkreisprojekten, das Stipendien-Programm und die kirchliche Arbeit mit Ausländern. Und ohne das Dabeibleiben und Mittun unseres Mitsynodalen Joachim Gast und seine Unterstützung des Ausschusses auch in sehr kritischen Phasen der Arbeit wäre es nicht möglich gewesen, in all den Jahren eine so breite Zustimmung für den Entwicklungsdienst in der Synode zu finden.“

peace brigades international



peace brigades international (pbi) ist eine international tätige, gewaltfreie Friedens- und Menschenrechtsorganisation. pbi wurde 1981 gegründet und hat sich seither in verschiedenen Ländern erfolgreich für den

Schutz der Menschenrechte und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung eingesetzt. International zusammengesetzte Teams von Freiwilligen begleiten einheimische Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie Friedenskräfte, fördern gewaltfreie Konfliktbearbeitung und schaffen Raum für Friedensprozesse. Das von pbi entwickelte Konzept einer schützenden Begleitung der lokalen Zivilbevölkerung leistet einen unmittelbaren Beitrag zur Gewaltprävention und trägt langfristig zur Stärkung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten bei.

Ein Beispiel aus der Arbeit in Deutschland: Suciwati Munir, Witwe des in Indonesien ermordeten Menschenrechtsaktivisten Munir, wurde von pbi begleitet. Während ihres Deutschlandbesuches im Mai 2008 berichtete sie von ihren Bemühungen, die Hintermänner des Mordes zur Verantwortung zu ziehen und konnte ihre Anliegen in einem Gespräch im Auswärtigen Amt Berlin vortragen.



Am Schluss seines Berichtes erklärte der bisherige Ausschussvorsitzende: „Angesichts der Größe und Schwere der Not in so vielen Ländern der Erde und unserer kleinen Beiträge, die Not von Menschen zu lindern, ganz zu schweigen von unseren unzulänglichen Beiträgen zur Bekämpfung der Ursachen dieser Nöte, könnte man auch Fatalist oder Zyniker werden und resigniert aufgeben. Ich tue das nicht. Ich halte mich an die Verheißung: ‚Die auf den Herrn vertrauen, schöpfen neue Kraft‘ ... Auf diese Verheißung hin können wir mit Hoffnung unseren Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt fortsetzen.“

Zum neuen Vorsitzenden bestimmte der AKWD am 25. März 1992 Propst Helmer-Christoph Lehmann aus dem Kirchenkreis Stormarn. Zu seiner Stellvertreterin wählte der Ausschuss bei seiner Sitzung am 19. Juni 1992 einstimmig Ilse Morgenroth (siehe Porträt in dieser Broschüre). In der gleichen Sitzung beschloss der Ausschuss, dass die Referentinnen und Referenten des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in Zukunft mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen konnten.

Mitte 1991 beendete Pastor Röbbelen seine Tätigkeit als AKWD-Geschäftsführer und wurde Leiter der Evangelischen Verlagsanstalt in Leipzig. Adelheid Wiedenmann übernahm kommissarisch für ein drei-viertel Jahr die Geschäftsführung des AKWD. Bei der Ausschreibung der Geschäftsführerinnen-/Geschäftsführer-Stelle wurde sie entsprechend den Vorstellungen des Ausschusses erstmals auch für Personen mit einer den Pastorinnen/Pastoren gleichwertigen Ausbildung geöffnet. Am 1. Juni 1992 nahm Otto-Michael Dülge (siehe Interview in dieser Broschüre) seine Tätigkeit

als Pastor für den Kirchlichen Entwicklungsdienst und damit auch als Geschäftsführer des AKWD auf.

Der Trend zu Professionalisierung und Vernetzung

Anfang der 1990er Jahre war die Vernetzung der entwicklungspolitischen Arbeit in Nordelbien gut vorangekommen. Vor allem hatten sich das „Bündnis der entwicklungspolitischen Initiativen in Schleswig-Holstein“ sowie das „Eine-Welt-Netzwerk Hamburg“ etabliert, beides mit Unterstützung des AKWD und seiner Geschäftsführung. In den beiden Netzwerken arbeiteten und arbeiten kirchliche und nicht-kirchliche Initiativen eng zusammen. Das schloss, wie AKWD-Vorsitzender Helmer-Christoph Lehmann im September 1993 vor der NEK-Synode berichtete, kritische Rückfragen nicht aus. So fragten nicht-kirchliche Initiativen, die sich an der Vorbereitung der Themensynode zu Weltwirtschaft und Gerechtigkeit beteiligten: „Warum setzt die Kirche nicht um, was sie schon längst beschlossen hat?“

Der Professionalisierung diente auch ein weiteres Programm der Reihe „Entwicklungspolitische Fortbildung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes“, das vom Herbst 1989 bis zum Juni 1991 stattfand. Es wurde getragen von Adelheid Wiedenmann (Aktion Bundesschluss), Inge Remmert-Fontes (Dienste in Übersee), Georg Rehse (NMZ) und Ulrich Röbbelen (AKWD). 20 engagierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Bereichen wie Weltgebetstag, Dritte Welt-Gruppen, Partnerschaftsarbeit, Friedensgruppen, Kirchenvorständen und Synoden trafen sich regelmäßig zu Seminaren sowie zu regionalen Arbeitsgruppen. Zu den Themen gehörten: Dritte Welt und Gerechtig-

keit hier, entwicklungspolitisches Handeln der Kirchen und ihrer Dienste und Werke, weltwirtschaftliches ABC, konziliarer Prozess, ökumenisches Teilen, interkultureller Dialog, Gen-Technologien, Kirche und Ökumene sowie Mission und Entwicklung. Die Beschäftigung mit diesen Themen wurde vertieft durch das Lesen und Arbeiten an biblischen Texten.

Ulrich Röbbelen beschrieb die Erfahrungen in einem Arbeitsbericht des Hauses am Schüberg im Oktober 1990 so: „Es ist ein gutes Lernen geworden, und wir gehen gemeinsam kleinere und größere Schritte in Richtung Gerechtigkeit. Wir setzen gemeinsam auf Kontinuität unseres entwicklungspolitischen Engagements und nehmen dabei Konflikte, Durststrecken und viele Ermutigungen wahr. Wir werden Genf und Bossey besuchen, und wir hoffen, dieses Projekt wiederholen zu können.“ Tatsächlich fanden von 1994 an weitere entwicklungspolitische Fortbildungsangebote statt und wurden zu einem Markenzeichen des Kirchlichen Entwicklungsdienstes und des Hauses am Schüberg.

Otto-Michael Dülge, der dieses Programm fortsetzte, sagt im Rückblick: „Diese Langzeitfortbildungen sind eigentlich der ‚Hammer‘ gewesen und dies auch für mich persönlich. Man leidet als übergemeindlicher Pastor unter dem ständigen Wechsel der Gruppen und Seminarteilnehmern, mit denen man zusammenarbeitet. Hier war die Chance, mit Menschen über einen längeren Zeitraum zu arbeiten. Das war erstens menschlich bereichernd und zweitens deshalb erfüllend, weil man sehen konnte, welche Entwicklung und Fortschritte es für Einzelne und die Gruppe als Ganze gab. Wenn ich heute an die Teilnehmenden denke, so sind viele von ihnen in Kirchenvorstände, in Kirchenkreisvorstände und in die NEK-Synode gegangen, einige sind Mitglieder der Kirchenleitung geworden. Diese Fortbildungen haben Menschen befähigt und ermutigt, in unseren kirchlichen Strukturen zu arbeiten und sich über das Engagement in der Gruppe vor Ort hinaus in unseren kirchlichen Strukturen einzusetzen. Das ist für mich der schönste Ertrag dieses Programms.“

Wegweisende Synodenerklärung: „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“

Zu den Höhepunkten in der Geschichte der Nordelbischen Synode gehörten die beiden Synodentagungen zum Thema „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“ im September 1993 und im Februar 1994. Das war nicht von vornherein zu erwarten. Es gab konservativere Gruppen in der Synode, die die Beschäftigung mit solchen „UNO-Themen“ rundheraus ablehnten. Es hieß: „Diese Themen haben wir hier nicht zu verhandeln, wir sind Kirche.“ Umso wichtiger war eine gründliche Vorbereitung der Beschäftigung der Synode mit dieser Thematik.

Der AKWD ließ gemeinsam mit dem Präsidium der Synode einen Reader für die Themensynode von Frau Pastorin Bettina von Thun erstellen und finanzierte dieses Vorhaben. Der Vorbereitungsprozess zur Themensynode verlief nicht ohne Irritationen, wie AKWD-Geschäftsführer Otto-Michael Dülge in seinem Arbeitsbericht vom 1. Juni 1992 vermerkte: „Die Irritation des AKWD, dem ursprünglich die Federführung der Vorbereitung (der Themensynode) zugeteilt worden war und der durch die Einsetzung eines synodalen Vorbereitungsausschusses seiner Mitwirkungsmöglichkeit beraubt schien, nahm im Verlauf des fast einjährigen Konfliktes um Aufgaben und Kompetenzen auch deshalb nicht zu, weil die Geschäftsführung beider Ausschüsse in einer Hand lag. Alles, was formal nicht geklärt und konfliktträchtig war, spielte in der konkreten Arbeit nicht mehr die entscheidende Rolle. Unter Ignorierung offiziellen Beleidigtseins und im direkten Gespräch unter den Beteiligten konnten viele Dinge geklärt und der Prozess zu einem guten Ende gebracht werden.“

Man verständigte sich auf eine Arbeitsteilung. Der synodale Vorbereitungsausschuss wirkte nach innen, der AKWD nach außen, also in die Kirchenkreise, Gemeinden und Initiativen hinein. Otto-Michael Dülge stellte nach der Synode fest: „Dabei ist uns mit der Vorbereitung und Beteiligung von Gemeinden und Basisinitiativen ein eindrücklicher Erfolg beschieden gewesen. Mehr als 80 Voten konnten der Synode schriftlich präsentiert werden und fast ebenso viele Menschen aus Gemeinden und entwicklungspolitischen Gruppen und Verbänden nahmen an einer Vorbereitungskonferenz im Haus am Schüberg und dann am Forum der Synode am 8. Mai 1993 in Rendsburg teil.“

Nach intensiver Vorbereitung befasste sich die Nordelbische Synode vom 2. bis 5. Februar 1994 mit der Thematik „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“. Die Erklärung der Synode zu diesem Thema hat seither die entwicklungsbezogene Arbeit in Nordelbien entscheidend geprägt. Gleich in der Einleitung der Erklärung wird klar Position bezogen:

Ubuntu

Ubuntu stammt aus der Xhosa-Sprache und bedeutet: „Der Mensch wird Mensch durch andere Menschen“. Für viele Mitglieder der Evangelischen Jugend Wilhelmsburg ist Ubuntu kein Fremdwort, sondern ein reales Projekt. Es begann damit, dass Esther Pfeiffer den Kirchenkreis besuchte. Die Südafrikanerin arbeitete für die New World Foundation, eine Organisation, die Jugendlichen vor Ort in sozialen Einrichtungen hilft. Bei den Gesprächen über das Leben in Lavender Hill/Kapstadt und Wilhelmsburg entstand die Idee, junge Leute dieser Stadtteile näher zusammenzubringen.

2002 reisten junge Erwachsene aus Wilhelmsburger Kirchengemeinden für einen Monat nach Südafrika, um Gleichaltrige kennen zu lernen und mit ihnen ein Stück Alltag zu teilen. Es gab 2002 einen Gegenbesuch einer südafrikanischen Gruppe. Es folgte 2005 ein weiterer Besuch in Südafrika und 2006 ein erneuter Gegenbesuch. Diakon Ulf Compart vom Kirchenkreis Harburg zu den Ergebnissen dieses Austauschprogramms: „Es sind für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer wichtige und Sinn stiftende Lebenserfahrungen gewesen. Das Motto Ubuntu funktionierte verheißungsvoll gut.“



Foto: Kirchenkreis Harburg

„Die Stimmen aus unseren Partnerkirchen aus der 2/3-Welt haben uns dabei bewusst gemacht, dass wir der zerstörerischen Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft nur dann begegnen können, wenn wir mit Änderungen bei uns selbst beginnen: in unserem Lebensstil, unserem Wirtschaften, unserem kirchlichen und politischen Handeln.“

Nach einer kritischen Analyse der bestehenden Weltwirtschafts-Verhältnisse werden in der Erklärung „Leitlinien für konkrete Schritte“ aufgezeigt. Es heißt darin unter anderem: „Ein grundlegender ökologischer und sozialer Umbau der Industriegesellschaft und der Weltwirtschaft ist dringend erforderlich. Bereits das erreichte Ausmaß des Treibhauseffektes und des Ozonlochs belegt, dass das bisherige einseitige Wohlstands- und Entwicklungsmodell nicht länger aufrechterhalten werden kann.“

Im Abschnitt „Schritte zum Handeln“ stand interessanterweise das Thema „Armut bei uns“ am Anfang. Auch hier wurde also deutlich, wie stark im Zeitalter der Globalisierung auch die Probleme wie Armut globalisiert worden sind und sich in allen Gesellschaften zeigen. Beim Thema „Migration und Asyl“ wurden Missstände angeprangert und konkrete Hilfen gefordert, es wurde aber auch deutlich gemacht, welche Chancen das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Teilen der Welt eröffnet:

„In der Begegnung mit Fremden lernen wir, in der einen Welt zu leben, in der Gott Menschen aller Völker und Hautfarben miteinander verbindet. Menschen anderer Länder können uns Informationen über ihre Länder geben. Gemeinsam mit ihnen können wir erfahren, wie Entwicklung bei uns und in ihren Ländern möglich ist.“

Konsequenterweise heißt es dann unter den Beschlüssen: „Die Synode bittet alle an der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit beteiligten Stellen, vermehrt interkulturelle Arbeit zu fördern und miteinander zu koordinieren. Dabei sollen sie besonders Fragen interkultureller Frauenarbeit berücksichtigen.“

Im nächsten Abschnitt der Synodenerklärung ging es um die „Solidarität mit den Frauen“. Es wurde dargestellt, dass und wie Frauen in besonderer Weise zu Opfern des vorherrschenden Weltwirtschaftssystems werden. In den Beschlüssen wurde u.a. gefordert, in den Ländern der 2/3-Welt verstärkt Frauenprojekte zu fördern, ebenso „Projekte und Programme, die Bildung von Frauen zum Inhalt haben oder Benachteiligung von Frauen ausgleichen“.

Zum Thema „Verschuldung“ wurde ein Schuldenerlass für Entwicklungsländer in Notlagen gefordert, ebenso eine Restschuldbefreiung für überschuldete Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Auch hier wurden also bewusst Probleme im Süden der Welt und in der eigenen Gesellschaft gleichzeitig in den Blick genommen.

Beim Thema „Welthandel“ wurden u.a. die Rüstungsexporte kritisiert, eine Thematik, die immer wieder in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit thematisiert worden ist. Zweite Fragestellung war das „Lernen und Handeln mit dem Einkaufskorb“. Die Synode betonte, dass gerechter Handel am Beispiel fair gehandelter Produkte gelernt und durch eigenes Kaufverhalten gefördert werden kann. Gemeinden, Dienste, Werke und kirchliche Einrichtungen wurden aufgefordert, fair gehandelte Waren zu beziehen und dies mit Informationsangeboten und Bildungsarbeit zu verbinden. Im Beschluss heißt es außerdem: „Aktions- und Solidaritätsgruppen für Menschen

in der Zwei-Drittel-Welt soll in kirchlichen Räumen Platz für Aushänge und Informationsstände und in den Gemeindeblättern die Möglichkeit für Selbstdarstellungen gegeben werden.“

Im Blick auf Handelshemmnisse trat die Synode dafür ein, dass die EKD sich für einen Abbau des Protektionismus der EU und stärkere Subventionen für die Länder der Zwei-Drittel-Welt einsetzen sollte, damit diese bessere Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte auf unseren Märkten erhalten würden.

In der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der kirchlichen Debatte in Nordelbien spielte in den 1980er und 1990er Jahren die Unterstützung des Kampfes gegen die Apartheid in Südafrika eine große Rolle. Das spiegelte sich auch im Beschluss der Synode zu „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“ wider. Unter anderem wurde beschlossen: „Die Synode bittet die Kirchenleitung, mit in Hamburg und Schleswig-Holstein ansässigen Unternehmen, die Niederlassungen in Südafrika unterhalten, Gespräche zu führen. Sie sollen das Ziel haben, dass diese Firmen für ihre Aktivitäten in Südafrika den Kodex des Gewerkschaftsverbandes COSATU für das Verhalten multinationaler Unternehmen annehmen und danach handeln.“

Breiten Raum nahm im Synoden-Beschluss die Thematik „Entwicklungshilfe und Miteinander teilen“ ein. Es wurde das Ziel bekräftigt, den KED-Anteil am Kirchensteueraufkommen auf 3% zu erhöhen und zwar im Haushaltsjahr 1995. Auch wurde beschlossen, den Ansatz für Kirchenkreisprojekte zu erhöhen, um die Kirchenkreise und Kirchengemeinden zu ermutigen, ihrerseits höhere Mittel für Aufgaben des Kirchlichen Entwicklungsdienstes bereitzustellen. Gemeinsam mit den Kirchenkreisen sollte der KED-Anteil an den Kirchensteuereinnahmen schrittweise auf 5% erhöht werden. Die NEK-Synode beschloss, auch in schwierigen finanziellen Zeiten am 3%-Beschluss festzuhalten. Um dennoch einen Sparbeitrag zu leisten, wurde vereinbart, auch die entwicklungspolitischen und entwicklungspädagogischen Aktivitäten im Dezernat M (Mission, Ökumene, Entwicklung und Diakonie) und in anderen Dezernaten des Kirchenamtes aus diesen Mitteln zu finanzieren.

Die Synode ermutigte außerdem zu einer weiteren Stärkung der Partnerschaftsarbeit: „Die Synode bittet Gemeinden und Kirchenkreise, die Begegnungen zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen und Ländern verstärkt zu unterstützen, bei uns in Nordelbien, in ökumenischen Begegnungen und Besuchen in und Gegenbesuchen aus Ländern der Dritten Welt und in Süd-Süd- und Ost-West-Begegnung.“ Dabei sollte auf eine verstärkte Beteiligung von Frauen geachtet werden und dies ebenso bei Partnerschaftsprojekten.

Die Synode forderte außerdem die Christinnen und Christen in Nordelbien auf, gemäß den Empfehlungen der Vollversammlung des Ökumenischen Rates 1983 in Vancouver 2% ihres Nettoeinkommens für die ökumenische Diakonie zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel für Brot für die Welt, das NMZ oder den Kirchlichen Entwicklungsdienst: „Die Synode regt an, diese Empfehlungen durch eine Aktion des AfÖ (Amt für Öffentlichkeitsdienst) in Absprache mit dem NMZ, den Diakonischen Werken und dem AKWD an die Öffentlichkeit zu tragen.“

Der nächste Beschlusspunkt gab dem AKWD ein eindeutiges Mandat für eine verstärkte KED-Inlandsarbeit: „Die Synode bittet den Ausschuss für Kirchliche Weltdienste, aus den KED-Mitteln für die Inlandsarbeit verstärkt Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit von Gemeinden und Gruppen sowie die Vernetzung ihrer Arbeit zu fördern.“

In einem weiteren Beschluss ging es um das Engagement für die Menschenrechte: „Im Miteinander Teilen entdecken wir die grundlegende Bedeutung der Menschenrechte für eine gerechte Entwicklung. Sauberes Wasser, ausreichende Nahrung, Recht auf Selbstbestimmung und die Achtung der Menschenwürde gehören dazu. Christen und Christinnen prangern an ihren jeweiligen Orten die Verletzung der Menschenrechte an. Gerechtigkeit ist nicht zu verwirklichen, wenn die elementaren Grundrechte der Menschen außer Acht gelassen werden.“

Im Blick auf die Ausrichtung der AKWD-Arbeit waren auch die Beschlüsse der Synode zur „Entwicklungspolitik für den Norden“ von großer Bedeutung. Allen Kirchenkreisen und Kirchengemeinden, die noch keine Partnerschaften mit Menschen in der 2/3-Welt unterhielten, wurde empfohlen, solche Partnerschaften aufzubauen. Außerdem wurde in dem Beschluss den Gemeinden und Kirchenkreisen empfohlen, Partnerschafts- und Solidaritätsgruppen zu unterstützen, sich an der Menschenrechtsarbeit von Brot für die Welt und Aktionsgruppen zu beteiligen und der Aktion Bundesschluss beizutreten, in der bedrohte Gemeinschaften in Südafrika und Gemeinden sowie kirchennahe Gruppen zusammenarbeiten.

Großer Wert wurde auf eine verstärkte Vernetzung von Initiativen gelegt. So wurden die Gemeinden und Kirchenkreise gebeten, Beauftragte für die partnerschaftliche Zusammenarbeit zu benennen, die eng mit dem NMZ

EINE-WELT-PREISTRÄGER

Schülerfirma FairChoc

Die Schülerfirma FairChoc am Gymnasium Altona wurde im Herbst 2003 im Rahmen des „Junior“-Projekts, einer Initiative des Deutschen Instituts für Wirtschaft, und in Zusammenarbeit mit Jürgen Reißner von der Arbeitsstelle Weitblick gegründet. FairChoc will den Fairen Handel weiter verbreiten durch Bildungsarbeit in Form von Seminaren und durch den Verkauf von fair gehandelten Kakaoprodukten, vor allem im Jugendbereich. Im Herbst 2004 bereiste FairChoc die Dominikanische Republik, um ein klareres Bild von dem Leben der Kakao-Produzenten zu gewinnen und den Handelspartner Conacado vor Ort zu besuchen. Die Reise war für alle Teilnehmenden sehr lehrreich und ermöglichte es FairChoc, den Fairen Handel noch gewissenhafter und informativer zu vertreten und darzustellen.

Seit dieser Zeit ist FairChoc auf stetiger Reise, mittlerweile sogar durch ganz Deutschland, um verschiedensten Gruppen den Fairen Handel zu erklären und näher zu bringen.



Im Herbst 2007 hat FairChoc in Zusammenarbeit mit der Bremer Schülerfirma Kursivdesign und der Eine Welt-Handels-Organisation Gepa den eigenen Riegel „Fairoco“ auf den Markt gebracht.



und den Diakonischen Werken zusammenarbeiten sollten. Im Beschluss heißt es: „Ihre Aufgabe ist es, Erfahrungen und Kenntnisse zu Entwicklung, Wirtschaft und Gerechtigkeit zu vermitteln.“ Sachmittel für diese Arbeit, so der Beschluss, könnten aus KED-Mitteln bereitgestellt werden. Das gilt besonders auch im Blick auf die Überlegungen zur Vernetzung: „Durch Zusammenarbeit mit Gruppen und Gremien vor Ort und ihre Mitarbeit in den entwicklungspolitischen Netzwerken in Hamburg und Schleswig-Holstein wird gleichzeitig die Vernetzung der auf diesem Gebiet arbeitenden Gruppen gestärkt.“

Für die AKWD-Arbeit hatte auch der folgende Beschluss einen hohen Stellenwert: „Die Synode ermutigt die Gemeindeglieder, ihre öffentliche Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auf den unterschiedlichen politischen Ebenen verstärkt wahrzunehmen und die Möglichkeiten unserer Demokratie zu nutzen.“

Zu den Synodenbeschlüssen mit unmittelbarer Wirkung gehört die Initiative für die Schaffung des „Förderpreises Eine Welt“, der seither alle zwei Jahre vergeben wird. Im Beschluss wurde zur Vergabe des Preises erläutert: „Er wird an Einzelpersonen, Initiativen oder Institutionen verliehen, die im Sinne des weltweiten Entwicklungszusammenhangs Neues und Beispielgebendes leisten, und soll deren Arbeit zugute kommen. Insbesondere ist zu denken an einladende Modelle entwicklungsbezogener Bildungsarbeit, ökologische Initiativen und exemplarisches Eintreten für soziale und ethnische Minderheiten sowie für Menschenrechte.“

Zum Thema „Kirche und Geld“ wurde sowohl der NEK als auch Kirchenkreisen, Kirchengemeinden, Diensten und Werken empfohlen, einen wachsenden Anteil ihrer Rücklagen in Öko- und Ethikfonds zu investieren, vor allem in EDCS (heute Oikocredit) und GEPA (einer Organisation des fairen Handels).

Otto-Michael Dülge sagt im Rückblick auf die Synodentagung: „Von den Beschlüssen haben einige lange und segensreich gewirkt. Ein Beispiel ist die Einführung eines Förderpreises Eine Welt. Der hat zwei Funktionen: Einerseits sollte er alle zwei Jahre wieder an das Thema ‚Weltwirtschaft und Gerechtigkeit‘ und daran erinnern, was wir als Kirchen tun, um der Gerechtigkeit Bahn zu brechen. Andererseits sollte er eine Würdigung des Engagements von Kirchengemeinden sowie von Initiativen und Vereinen im kirchlichen Rahmen und durchaus auch außerhalb des kirchlichen Rahmens sein. Die Verleihung des Preises hat sich zu einem Anlass entwickelt, vor unserem Kirchenparlament darzustellen, was es alles an ökumenischen Programmen gibt. Das ist für mich im Rückblick der am nachhaltigsten wirkende Faktor.“

In die Gesellschaft hineinwirken

Die Themensynode „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“ hat für die Nordelbische Kirche und damit auch für die an der AKWD-Arbeit Beteiligten neue Möglichkeiten eröffnet, in die Gesellschaft hineinzuwirken. Dazu schrieb der AKWD-Geschäftsführer Otto-Michael Dülge Anfang Juni 1992 in einem Arbeitsbericht:

„Seit der Themensynode und der Erklärung zu ‚Weltwirtschaft und Gerechtigkeit‘ sind wir als Gesprächspartner zu diesem Thema für andere gesellschaftliche Kräfte, z.B. Parteien, interessant geworden. In Hamburg hat sich aus der Nacharbeit zur Themensynode die Konsultation der Kirche zu allen Fragen, die das Thema Umwelt und Entwicklung betreffen, fest etabliert. Die Bischöfin hat unsere Erfahrungen mit dem konziliaren Prozess in die Eröffnungsveranstaltung zur Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 in Hamburg ... eingebracht, die Synodenpräsidentin hat unseren Standpunkt zum gleichen Thema auf der Nord-Süd-politischen Landeskonferenz des Eine Welt Netzwerkes Hamburg vertreten.“ Auch bei der Präsentation der von BUND und Misereor in Auftrag gegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ in Hamburg und bei der Gründung des Zukunftsrates Hamburg war die Nordelbische Kirche gefragt.

Als Ende der 1990er Jahre die Landesregierung in Schleswig-Holstein eine „AG Eine Welt“ und der Hamburger Senat einen entwicklungspolitischen Beirat beriefen, wurden auch Fachpersonen in diese Gremien berufen, deren Arbeit aus Mitteln des AKWD mitfinanziert worden ist. Ebenso wurden kirchliche entwicklungspolitische Fachleute in die Entscheidungsgremien der Bingo-Lotterie in Schleswig-Holstein (die Umwelt- und Entwicklungsvorhaben fördert) und der „Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung“ berufen. Diese Stiftung verwaltet Mittel des Bingo-Lotto in Hamburg und fördert unter anderem entwicklungspolitische Veranstaltungen und Projekte.

„Informationen über Weltkonflikte“ werden eingestellt

Die „Informationen über Weltkonflikte“ wurden Ende 1993 eingestellt. Pastor Wilhelm Rothe hatte 25 Jahre lang maßgeblich an der redaktionellen Arbeit mitgewirkt, und deshalb wurde ihm vom AKWD Vorsitzenden Propst Lehmann in einer Ausschusssitzung am 7. Januar 1994 besonders gedankt, wie auch den anderen anwesenden Redaktionsmitgliedern. Im Protokoll wird danach vermerkt: „Das anschließende Gespräch reflektiert die Erfahrungen der Redaktionsmitglieder und bestätigt die Ansicht des AKWD, dass es inzwischen Informationen zum Themenbereich Dritte Welt genug gibt und ein Dienst wie ‚Informationen über Weltkonflikte‘ vielleicht nicht mehr notwendig ist. Andererseits wird jedoch dafür plädiert, dass der Themenbereich Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in kirchlichen Zeitschriften (Nordelbische Kirchenzeitung, Nordelbische Stimmen, Blickpunkt Kirche etc.) weiterhin präsent sein müsste.“

Der AKWD geht in Klausur

Bei der Klausurtagung des AKWD am 20. Januar 1995 ging es zunächst um Geschichte und Mandat des Ausschusses. Dazu wurde protokolliert: „In der Einführung und dem anschließenden Gespräch mit den Ausschussmitgliedern, die die Gründung des AKWD miterlebt haben, wurde noch einmal deutlich, dass der AKWD durch die in ihm zusammengeführten Gremien und Institutionen ein *besonderes Kooperationsmodell* darstellt. Der Kirchliche Entwicklungsdienst der NEK wurde mit Absicht nicht als eigenständiges landeskirchliches Werk etabliert.“

Ein Thema der Klausursitzung war der „Zwischenbericht des Arbeitsausschusses der Kirchenleitung zu Strukturen der Arbeit in Mission, Ökumene, interkonfessionellen und interreligiösen Dialogen und Kirchlichem Entwicklungsdienst“. Hinter dem langen Namen stand der Versuch, die Zusammenarbeit in diesen Arbeitsfeldern in Nordelbien neu zu gestalten. Den AKWD überzeugte dieser Zwischenbericht nicht und er empfahl mit großer Mehrheit dem Arbeitsausschuss, diesen Bericht zurückzuziehen. Zur Begründung stellte der AKWD fest: „Der vorgelegte Zwischenbericht stellt einen Minimalkonsens der am Arbeitsausschuss beteiligten Einrichtungen dar. Die Tatsache, dass auch dieser kleinste gemeinsame Nenner durch die nachträglichen Stellungnahmen der Werke wieder in Frage gestellt wird, lässt nicht erwarten, dass der Zwischenbericht eine geeignete Grundlage ist, die kurzfristig zu verstärkter Kooperation und mittelfristig zu neuen Strukturen führt.“

Der AKWD wies darauf hin, dass der Ausschuss anders als im Zwischenbericht erwähnt in seiner Arbeit weit über gegenseitiges Informieren hinausgehe. Die beteiligten Einrichtungen arbeiteten seit mehr als 16 Jahren konstruktiv im Ausschuss zusammen. Weiter stellte der AKWD fest: „In dieser Zeit war der AKWD Ideenbörse, Impulsgeber, Koordinator und Informationsstelle.“ Auch habe der Ausschuss innovative Projekte wie das Förderprogramm für Kirchenkreisprojekte und das Stipendienprogramm gestartet: „Was keines der beteiligten Werke allein hätte verwirklichen können, wurde in gewachsener, vertrauensvoller Zusammenarbeit im AKWD gemeinsam geplant und umgesetzt.“

Daara.de

„Daara“ entstammt der Sprache Wolof, die im Senegal gesprochen wird, und heißt „Ort des Lernens“. Seit Mai 2008 ist „daara.de“ als Kooperationsprojekt des Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. und des Info-Zentrum Eine Welt in Lübeck online. Zunächst war das Angebot 2007 vom Info-Zentrum für Lübeck entwickelt worden. Inzwischen wurde es erweitert, um für Lernpartner aus ganz Schleswig-Holstein eine Präsentationsplattform zu schaffen: daara.de – Wegweiser für Globales Lernen in Schleswig-Holstein.

Mit daara.de wird Lehrkräften in Schulen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kitas und außerschulischen Einrichtungen ein gut nutzbares Angebot für das Globale Lernen an die Hand gegeben, das die übrigen entwicklungspolitischen Bildungsangebote der Träger ergänzt. Mit der Internet-Plattform sollen Kinder und Jugendliche für das Leben in der „Einen Welt“ begeistert und ihre Bewertungs- und Handlungskompetenz für eine nachhaltige Entwicklung gesteigert werden. Mehr als 100 Migrantinnen- und Migrantenvereine, Kirchengemeinden, Bildungseinrichtungen, Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus der Entwicklungszusammenarbeit arbeiten bereits am Projekt mit.



Fotos: Daara.de

Der AKWD musste sich in dieser Zeit mit der Frage befassen, ob die Verschiebung von Haushaltspositionen der NEK vom Haushalt des Kirchenamtes zum AKWD möglich seien. 1995 ging es konkret um die Frage, ob der Haushaltsposten Kirchliche Austauschprogramme/Nordelbische Förderung ökumenischer Initiativen in Zukunft aus KED-Mitteln finanziert werden könnte. Der AKWD lehnte dies in der Sitzung am 9. Juni 1995 ab: „Der Ausschuss stellt fest, dass es bei jeder Steigerung der KED-Mittel Versuche gegeben hat, Aufgaben, die bislang aus gesamtkirchlichen Mitteln finanziert wurden, in den KED-Bereich abzudrängen. Auf diese Weise ist z.B. die Haushaltsposition 352.7499 (Aufgaben des NMZ) in den KED-Haushalt gekommen, ohne dass dies vom NMZ beantragt worden wäre. Der Ausschuss ist entschlossen, diesen Tendenzen, die angesichts von Haushaltskürzungen wieder sichtbar werden, zu wehren.“

Der AKWD bewilligte in der gleichen Sitzung Mittel zur Finanzierung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Bereich der Diakonischen Werke für Brot für die Welt. Im Diakonischen Werk Schleswig-Holstein sollte damit die bestehende Arbeitsstelle Brot für die Welt abgesichert werden, die bisher aus Eigenmitteln des Diakonischen Werkes Schleswig-Holstein finanziert worden war. Im Diakonischen Werk Hamburg wurde eine Planstelle für die Brot für die Welt-Arbeit, die bisher aus dem Haushalt des Diakonischen Werkes finanziert wurde, abgesichert.

Bei der folgenden Sitzung im November 1995 beschloss der AKWD, die Regionale Bildungsarbeit von Dienste in Übersee weiterhin zu fördern für die Jahre 1997 und 1998 mit jeweils 70.000,- DM. Der Ausschuss begrüßte die Fortführung dieser Bildungsarbeit und erklärte sich bereit, sie auch in den Jahren 1999 bis 2002 finanziell zu unterstützen, möglichst mit 70.000,- DM im Jahr, wenn das eigene Mittelaufkommen stabil bleiben würde.

Osteuropa-Förderungen bleiben ein Thema

Bei der Sitzung am 10. November 1995 befasste sich der AKWD mit den „Personalfonds Baltische Kirchen“. Im Protokoll ist dazu vermerkt: „Der AKWD stellt fest, dass an dem Beschluss der Kirchenleitung vom 15. August dieses Jahres, Anträge an die EKD zu stellen, das KED-Mandat auf Länder in Mittel- und Osteuropa zu erweitern und aus Mitteln des zentralen KED einen Pensionsfonds für die Baltischen Kirchen zu finanzieren, weder der Baltikumsausschuss noch der Ausschuss für Kirchliche Weltdienste der NEK beteiligt worden ist. Der AKWD drängt darauf, dass die Kirchenleitung das Mandat der von ihr eingesetzten Ausschüsse ernst nimmt. Er legt Wert darauf, an der inhaltlichen Diskussion solch weitreichender Beschlüsse beteiligt zu werden.“

„Das Proprium des KED ist das Engagement bei gesellschaftlichen Veränderungsprozessen!“

Bei seiner Klausur befasste sich der neu zusammengesetzte AKWD am 9. Februar 1996 mit grundlegenden Fragen entwicklungspolitischer Bildungs- und Entwicklungsarbeit. Der Sekretär des überregionalen Ausschusses für

entwicklungspolitische Bildung und Publizistik (ABP), Dr. Klaus Seitz, hielt ein Referat zum Thema „Entwicklungspolitik im eigenen Land, neue Aufgaben entwicklungsbezogener Bildung und Publizistik“. In Reaktion auf das Referat befasste der AKWD sich mit seinen Arbeitsschwerpunkten und der eigenen Arbeit. Vorgeschlagen wurden u.a. Initiativen zur Sicherung des Umfangs der KED-Mittel angesichts sinkender kirchlicher Haushalte und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des AKWD zu Programmen wie Begegnungsreisen, Kirchenkreisprojekte und Stipendiaufenthalte. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Arbeit wurde festgestellt: „Das Proprium des KED ist das Engagement bei gesellschaftlichen Veränderungsprozessen!“

Die Zusammenarbeit mit dem ABP wurde fortgeführt. So konnte dem AKWD bei seiner Sitzung am 7. Juni 1996 berichtet werden, dass der ABP im Jahre 1996 wie im Vorjahr 140.000,- DM für entwicklungspolitische Einzelmaßnahmen und ökumenische Begegnungen zur Verfügung stellt (1997 wurde der Beitrag auf 120.000,- DM gekürzt). Außerdem setzte der ABP die Unterstützung der Inlandsarbeit von Dienste in Übersee in Norddeutschland mit 669.000,- DM für drei Jahre fort.

Ökumenisch-missionarisches Jugendprogramm

Im März 1996 akzeptierte der AKWD grundsätzlich das Konzept für ein „Ökumenisch-missionarisches Jugendprogramm“ und übertrug die Konkretisierung dem Stipendiausschuss. Für das Haushaltsjahr 1997 wurden 25.000,- DM für dieses Vorhaben zur Verfügung gestellt. Bei der AKWD-Klausur am 17. Januar 1997 befasste sich eine Arbeitsgruppe mit dem Jugendprogramm. Im Protokoll des Ausschusses wurde u.a. festgehalten: „Bereits während der Vorbereitung ist dieser Punkt (die Einbindung in nordelbische Strukturen) zu beachten, damit es für die Jugendlichen nach ihrer Rückkehr auch in veränderter Lebenssituation (Beginn der Berufsausbildung, Studium, Zivildienst etc.) Anknüpfungspunkte im Bereich kirchlicher Arbeit gibt und somit die Möglichkeit, ihre Erfahrungen einzubringen.“

Im Juni 1998 konnte die für Stipendienprogramme zuständige NMZ-Referentin Carola Kienel dem AKWD vom gelungenen Start des Programms berichten. Zu dem Erfolg trug auch die gute Zusammenarbeit mit dem Jugendwerk der NEK bei. Sowohl von den teilnehmenden Jugendlichen als auch von den besuchten Partnerkirchen lagen bereits erste positive Rückmeldungen vor. Erforderlich sei eine langfristige Nacharbeit mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten und ihren Förderkreisen. Der AKWD beschloss einstimmig, das ökumenisch-missionarische Jugendprogramm „Der Andere Blick“ zum festen Bestandteil der Stipendienarbeit der NEK zu machen und hierfür jährlich bis zu 25.000,- DM zur Verfügung zu stellen.

Kritische Rückfragen zu den Förderungen im Baltikum und in Osteuropa

Bei der Sitzung des AKWD am 29. März 1996 schilderten Propst Niels Hasselmann und Oberkirchenrat Henning Kramer als Vertreter des Baltikumsausschusses die Situation der Partnerkirchen im Baltikum. Es fehlten nicht nur Finanzen, sondern auch notwendige kirchenleitende Strukturen. OKR Kramer erläuterte die Funktion, die ein Personalfonds in dieser prekären Situation haben könnte. Im Protokoll wird vermerkt: „Es werden eine Reihe kritischer Rückfragen gestellt. Dennoch hält es der AKWD für möglich, dass ein Personalfonds ein langfristiges Modell für die Lösung von Problemen in der Beziehung zu Partnerkirchen ist.“

Auf der Grundlage verschiedener Gespräche mit dem Baltikumsausschuss und im AKWD erarbeiten Propst Jürgen Bollmann (siehe Porträt in dieser Broschüre) und Otto-Michael Dülge (siehe Porträt in dieser Broschüre) den Text einer Stellungnahme des AKWD zum Projekt eines Personalfonds für die Baltischen Kirchen. Nach einer Beratung dieser Vorlage in der Sitzung vom 7. Juni 1996 verabschiedet der AKWD diese Vorlage als Grundsatzerklärung zu dem Projekt. Im einleitenden Absatz wird die Position des Ausschusses so formuliert: „Der Ausschuss für Kirchliche Weltdienste der NEK hält das Projekt eines Personal- und/oder eines Pensionsfonds für Partnerkirchen grundsätzlich für ein überlegenswertes Projekt. Er hält es für möglich, dass ein Personalfonds ein langfristiges Modell für die Lösung von Problemen in der Beziehung zu Partnerkirchen ist.“

In Absprache mit dem Kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD schlug der AKWD in seiner Erklärung eine Auswertung der bisherigen Vorüberlegungen vor, für die auch die Ansichten aller Partner in der Baltikumsarbeit erfragt werden sollten. Auf der Grundlage dieser Erhebung sollte dann ein Vorschlag über Ziel, Umfang und Verwaltungsmodalitäten des geplanten Fonds erarbeitet werden. Der Anteil der NEK an der Finanzierung des zukünftigen Fonds sollte zunächst aus zentralen KED-Mitteln erfolgen. Dieses Darlehen sollte dann in den fol-

Open School 21

„Mit Kindern und Jugendlichen eigenes Wissen, eigene Möglichkeiten und Fähigkeiten für ein aktives Mitgestalten einer nachhaltigen Entwicklung zu entdecken und einzubringen, ist sowohl Aufgabe als auch Leidenschaft der Open School 21“, schreiben Liz Kistner und Mareike Wittkuhn über dieses Bildungsprogramm. Die Open School 21 besteht seit 1996 und bietet für Schulklassen in und um Hamburg ein vielseitiges Programm zum Globalen Lernen. Ziel ist es, Neugier und Respekt für andere Lebenswelten zu wecken. Zugleich möchte die Open School 21 Augen öffnen für globale Abhängigkeiten und Realitäten. In der Open School 21 geht es um die Erfahrung, dass man selber wichtige Beiträge zu Gerechtigkeit, Umweltschutz, Friedenssicherung sowie Armutsbekämpfung leisten kann.

Themen in der Open School 21 sind Globalisierung, Armutsbekämpfung, Migration, Fairer Handel, Konsum, Kinderarbeit, Kolonialgeschichte sowie Kinderalltag, Musik, Tanz und Kunst in verschiedenen Ländern. Das Angebot besteht aus rund 30 Workshops, Stadtrundgängen und Hafenrundfahrten.



Fotos: Open School

genden fünf Jahren aus nordelbischen Haushaltsmitteln für die Partnerkirchen im Baltikum abgetragen werden.

In der folgenden Sitzung am 8. November 1996 bekräftigte der AKWD seine Auffassung, dass es sich bei dem Fonds um ein Pilotprojekt handle, das in Absprache und enger Kooperation mit den zuständigen Gremien der EKD entwickelt werden müsste. Es wurde außerdem festgestellt: „KED-Mittel, die der AKWD verwaltet, stehen für den Fonds nicht zur Verfügung.“

In der AKWD-Sitzung vom 17. Januar 1997 stellte Landespastor Jens-Hinrich Pörksen die Situation der lutherischen Kirchen in Estland und Lettland dar. Es war inzwischen deutlich geworden, dass aus dem zentralen KED-Fonds keine Mittel für den Personalfonds für die Kirchen in baltischen Staaten zur Verfügung stehen würden. Der Baltikumsausschuss, so wurde in der AKWD-Sitzung berichtet, schlug deshalb vor, im Rahmen des nordelbischen Doppelhaushaltes 1997/98 je 4 Millionen DM auf Zeit (etwa 7 bis 10 Jahre) aus dem Beitrag zum zentralen KED einzubehalten und in den Fonds einzustellen. Danach sollte die Summe in den Fonds übertragen oder die Unterstützung eingestellt werden. Dieser Vorschlag stieß im AKWD auf Vorbehalte. Die NEK-Synode beschloss dennoch, 4 Mio. DM für den Personalfonds für die baltischen Staaten von den Mitteln für die überregionale KED-Arbeit einzubehalten. Im AKWD-Protokoll vom 6. November 1998 wird festgestellt, dieser Beschluss habe sich doppelt negativ ausgewirkt: „Neben der Zweckentfremdung der Mittel hat diese Kürzung das Mittelaufkommen erstmals unter die (traumatische) Grenze von DM 100 Mio. fallen lassen.“

Im Jahre 2000 wurde beschlossen, vom Haushaltsjahr 2001 an die Zuständigkeit des AKWD für den

Haushaltstitel für Partnerkirchen in Osteuropa zu beenden. Oberkirchenrätin Rut Rohrandt berichtete über diese Änderung, und im Protokoll ist vermerkt: „Ziel dieser Maßnahme sei es, langjährige und fruchtlose Diskussionen über Vergabepaxis und transparente Kriterien zu beenden.“ Der AKWD stimmte dieser Verlagerung zu.

20 Jahre AKWD – eine Zwischenbilanz

In seinem Bericht vor der NEK-Synode am 11. April 1997 stellte der AKWD-Vorsitzende Propst Helmer-Christoph Lehmann (siehe Porträt in dieser Broschüre) aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Ausschusses fest:

„Seit nunmehr 20 Jahren verwaltet der Ausschuss die KED-Mittel der NEK. Seit 20 Jahren wird in diesem Arbeitsbereich bereits praktiziert, was Vorschläge zur Strukturanpassung heute fordern:

1. **Transparenz:** Wir legen jährlich unseren Haushalt vor, berichten regelmäßig vor der Synode und unsere umfangreichen Protokolle finden weite Verbreitung.
2. **Budgetierung:** Unser Mittelaufkommen sinkt automatisch mit dem Steueraufkommen. Mit diesen Kürzungen muss der AKWD allein zurechtkommen und trifft verantwortliche Entscheidungen.
3. **Dezentralisierung:** Die nordelbische KED-Arbeit geschieht anders als in anderen Landeskirchen nicht in zentralen Strukturen, sondern ist den Diakonischen Werken Hamburg und Schleswig-Holstein und dem Nordelbi-

schen Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst übertragen, die für diese Arbeit mit Mitteln ausgestattet werden. Die Verwaltung dieser Mittel geschieht ehrenamtlich durch den AKWD mit den beteiligten Diensten und Werken im Konsensprinzip. Ein immer noch einmaliges und – wie ich finde – beispielhaftes Verfahren. Allein der nordelbische Pastor für Kirchliche Weltdienste wird direkt aus KED-Mitteln finanziert und macht dafür gleichzeitig die Geschäftsführung des AKWD. Diese extrem schlanke Organisationsstruktur hat sich nicht nur in der Vergangenheit bewährt, sondern ist auch zukunftsfähig. Vielleicht kann sie sogar ein Vorbild für andere Arbeitsbereiche sein.

Ich nutze diesen Bericht, um heute schon den Mitgliedern des AKWD für ihre engagierte Arbeit im Ausschuss, seinen Unterausschüssen, seinen Klausuren und Sondersitzungen und das Studium umfangreicher Akten und Anträge zu danken. Ihr Interesse und ihr Einsatz haben entscheidend mit dazu beigetragen, dass diakonisch-missionarische Verantwortung, ökumenische Begegnung und entwicklungspolitisches Engagement in Kirchenkreisen und Gemeinden gestärkt wurden. Von dieser Arbeit her strömen neues geistliches Leben, ökumenische Weite und eine Vielfalt von Anregungen in unsere Gemeinden. Diese Arbeit hilft, uns den zukünftigen Herausforderungen für unsere Kirche mit Ruhe, Gelassenheit und Kreativität zu stellen.“

Eine Legislaturperiode geht zu Ende

Da absehbar war, dass keines der synodalen Mitglieder des AKWD in der nächsten Legislaturperiode der Synode erneut dem Ausschuss angehören würde, wurde die Klausurtagung am 17. Januar 1997 genutzt, um einen Rückblick zu halten und Perspektiven für die zukünftige Arbeit zu entwickeln. Irmgard Gillert gab einen Rückblick auf die Entstehungs- und Arbeitsgeschichte des Ausschusses. Zur Bewertung der Arbeit des Ausschusses in den zurückliegenden Jahren wird im Protokoll vermerkt: „Der Ausschuss stellt fest, dass es besonders in dieser Legislaturperiode große Fortschritte in der Integration unterschiedlicher Interessen gab und dass Konkurrenzsituationen überwunden werden konnten. Die Atmosphäre wird von einer produktiveren Arbeitssituation geprägt, die u.a. die Weiterentwicklung der Richtlinien und Programme zu einem erfreulichen Abschluss geführt hat.“

Im Blick auf die Zukunft plädierten die Ausschussmitglieder u.a. dafür, dass das Mandat des AKWD nicht eingeschränkt werden sollte, dass die Mittelvergabe wie bisher durch den Ausschuss erfolgen sollte und dass die Zusammensetzung des AKWD erhalten bleiben sollte. Sie habe sich bewährt und sei „die Voraussetzung dafür, dass die auch für den Bereich der KED-Mittel anstehenden Verteilungskämpfe miteinander und nicht gegeneinander ausgetragen werden“. Zugleich zeigte sich der Ausschuss offen für strukturelle Änderungen in seinem Arbeitsbereich.

Stärkung der ökumenischen Arbeit

Im November 1997 beschloss der AKWD, bis zu 50% der Personalkosten der Stelle einer / eines Ökumenebeauftragten mit Sitz in Hamburg bereitzustellen. Dieser Beschluss wurde daran gebunden, dass insgesamt eine volle Stelle eingerichtet würde. Hintergrund war die Verzögerung der Wiedereinrichtung dieser Stelle wegen der finanziellen Schwierigkeiten der Nordelbischen Kirche aufgrund zurückgehender Einnahmen.

Neues Fortbildungsangebot

1998 endete die dritte eineinhalbjährige entwicklungspolitische Fortbildung. An den drei Angeboten hatten insgesamt 60 haupt- und ehrenamtlich in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit Tätige teilgenommen. Sie kamen u.a. aus Eine-Welt-Läden, kirchlichen Ausschüssen, Kirchenvorständen, Kirchenkreissynoden und der Nordelbischen Synode.

Im gleichen Jahr wurde zusätzlich eine Fortbildung für Kirchenvorsteherinnen und Kirchenvorsteher angeboten. Sie stand unter dem Thema „Verantwortlich wirtschaften mit kirchlichen Mitteln“. Helmer-Christoph Lehmann sagte in seinem Bericht vor der NEK-Synode im Februar 1999 über diese Initiative: „Sie sollte die Kompetenz in der Verwaltung kirchlicher Finanzen stärken, Ideen zur Einwerbung neuer Mittel fördern und in Verantwortung unseres Glaubens an den dreieinigen Gott unsere Verpflichtungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in den Blick nehmen. Obwohl wir den ersten Durchgang nur für den Sprengel Hamburg ausgeschrieben hatten, übertrafen die Anmeldungen zur neunmonatigen Fortbildung unsere Erwartungen bei weitem. Nur 25 Interessierte konnten teilnehmen. In diesem Jahr sind Angebote für den Sprengel Holstein-Lübeck und Schleswig geplant.“

Es war unsere gemeinsame Sache

Gespräch mit Klaus-Dieter Harte-Hepp

Von 1980 bis 1988 war Klaus-Dieter Harte-Hepp Geschäftsführer des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in Nordelbien und gleichzeitig Leiter der Tagungsstätte Haus am Schüberg in Hoisbüttel. Vorherarbeitete er als Gemeindepastor in Overath bei Köln und dann für acht Jahre als Dozent an der Evangelischen Akademie Ruhija und an der kirchlichen Hochschule Makumira in Tansania. Nach der Tätigkeit im Haus am Schüberg ging Pastor Harte-Hepp noch einmal für zwei Jahre als Pastor einer Steppengemeinde nach Tansania. Von 1990 bis 2000 war er Pastor in der Kirchengemeinde Borby in Eckernförde. Seither lebt er mit seiner Familie im Ruhestand in Borby.

Herr Harte-Hepp, wie sind Sie mit der weltweiten Ökumene in Kontakt gekommen?

Ich habe gemeinsam mit einem amerikanischen Studenten in Hamburg Theologie studiert, der überzeugt war: Kirche in Deutschland ist tot, Kirche lebt nur in den USA. Darüber haben wir heftig gestritten. Daraufhin hat er es mir ermöglicht, ein Jahr lang in New Jersey als Assistant Pastor tätig zu sein. Damit war die Tür zur weltweiten Kirche geöffnet.

Als Pastor in meiner ersten Gemeinde im Rheinland habe ich dann ein paar Jahre später an einem Seminar im ökumenischen Bildungszentrum in Bossey/Schweiz teilgenommen und enge Kontakte zu apartheidkritischen südafrikanischen Christen geknüpft. In meiner Gemeinde habe ich gemeinsam mit Gerhard Wagner, einem sehr netten Mitarbeiter der früheren Bethel Mission, Missionsgottesdienste und Kindergottesdienste in neuer Form zum Thema „Weltweite Christenheit“ gestaltet.

Meine damalige Frau und ich sind danach für acht Jahre nach Tansania gegangen. Bei der Rückkehr nach Deutschland war im Haus am Schüberg die Studienleiterstelle frei und es reizte mich, dort Erfahrungen aus der Missionsarbeit einzubringen. Zu meiner Freude konnte ich am 1. Januar 1980 mit dieser Arbeit beginnen. Als Studienleiter übernahm ich gleichzeitig die Geschäftsführung für den Kirchlichen Entwicklungsdienst.

Das Haus am Schüberg wurde damals gemeinsam vom Kirchenkreis Stormarn, dem Kirchlichen Entwicklungsdienst und Dienste in Übersee getragen. Wie gestaltete sich diese Zusammenarbeit?

Die Zusammenarbeit mit Christian Dehm vom Kirchenkreis Stormarn und Justus Freytag und später Inge Remmert-Fontes von Dienste in Übersee hat einfach Spaß gemacht. Wir haben uns jeden Montag getroffen, um die Ausrichtung der Arbeit abzusprechen. Es gab Seminare der einzelnen Träger und es gab gemeinsame Seminare. Mit Justus Freytag habe ich u.a. Seminare zur afrikanischen Literatur durchgeführt, für mich war das ein Höhepunkt unserer Arbeit. Vom Kirchlichen Entwicklungsdienst aus haben wir neben entwicklungspolitischen Themen auch Länderseminare sowie Seminare zur Problematik von „Reisen in die Dritte Welt“ angeboten.

Ist es gelungen, neben den Aktionsgruppen auch die Gemeinden in Nordelbien in die Arbeit im Haus am Schüberg mit einzubeziehen?

Wir hatten Kontakte zu Gemeinden und Personen aus annähernd 20 der 27 Kirchenkreise. Durch die Länderseminare und Reiseseminare wurden sehr stark Jugendliche aus den verschiedensten Gemeinden angesprochen. Über unsere Angebote für Partnerschaftsgruppen und Seniorenseminare haben wir zu vielen Gemeinden Kontakt bekommen. Es war eine Arbeit, die sich gelohnt hat und die ihr Geld wert war.

Welchen Stand hatte der Kirchliche Entwicklungsdienst in Ihrer Zeit als AKWD-Geschäftsführer in der Synode und der Kirche?

Es gab immer wieder Anfragen im Blick auf den angestrebten KED-Anteil von 3% an den Kirchensteuereinnahmen, aber in der Synode ist es immer gelungen, diesen Beschluss aufrecht zu erhalten. Es war klar: Hier wird Verantwortung der Kirche wahrgenommen als Kirche und für die Kirche. Es ist kirchliche, christliche Entwicklungspolitik, die wir unterstützen. Den Tageslauf unserer Seminare haben wir deshalb ganz bewusst mit einer Morgenandacht in der Kapelle angefangen. Mein Anliegen war es klar zu machen: Im Kirchlichen Entwicklungsdienst geschieht etwas, das ganz zentral mit der christlichen Botschaft zu tun hat. Mit diesem Hintergrund haben wir dann in unseren Seminaren Theologien der Dritten Welt in gleicher Weise wie Wirtschaftsfragen behandelt.

Wie ist das Stipendienprogramm
des AKWD entstanden?

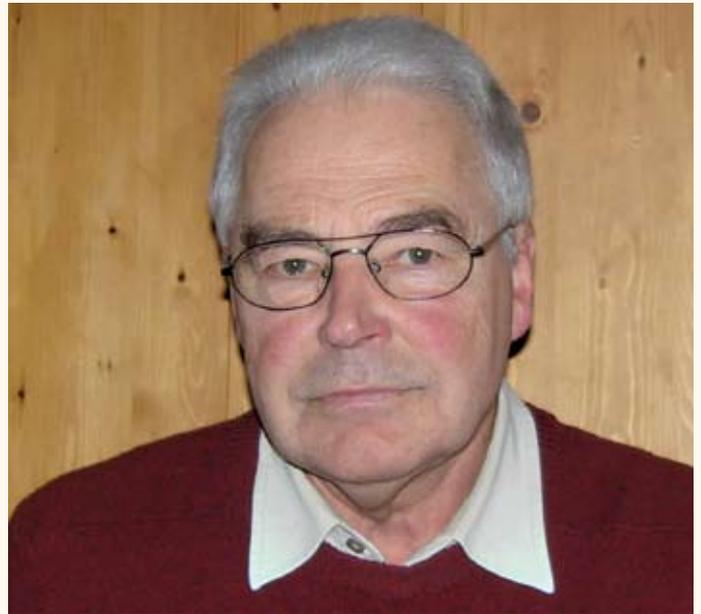
Um die christliche Entwicklungsverantwortung noch stärker in den Gemeinden zu verankern, wollten wir auch Pastoren und Diakone mit einem Angebot erreichen und zwar in der Zeit, bevor sie „sesshaft“ wurden, also nach Abschluss ihrer ersten Ausbildungsphase, bevor sie ins Vikariat oder in die Anerkennungsjahre gingen. Pastor Jens-Hinrich Pörksen hatte die Idee für ein Ökumenisch-Missionarisches Stipendienprogramm. Wir haben dann als Studienleiter ein solches Programm entwickelt. Inzwischen haben ganz viele Theologen und leider zu wenige Diakone die Möglichkeit genutzt, für einige Monate nach Übersee zu gehen, um unsere Partnerkirchen vor Ort kennen zu lernen oder auch Herkunftssituationen türkischer Mitbürger in ihrem Heimatland. Das Programm hat eine große Breitenwirkung und spürbar Früchte getragen.

Der AKWD hatte eine einzigartige Struktur in Nordelbien mit einer Beteiligung von Werken und von Synodalen. Sind dadurch Spannungen entstanden?

Die Zusammenarbeit im Ausschuss war gut. Es mag sein, dass die einzelnen Werke darauf geachtet haben, dass sie auch immer berücksichtigt wurden. Aber ich hatte stets den Eindruck, dass im Ausschuss ganz viel guter Wille, ganz viel Mut zur Zusammenarbeit und manchmal auch die Bereitschaft, Eigeninteressen zurückzustecken, vorhanden waren. Man merkte, dass das, was da geschah, unsere gemeinsame Sache war.

Es sind immer wieder sehr profilierte Personen im Ausschuss gewesen wie Jens Hinrich Pörksen, Eberhard le Coutre und Propst Lehmann, die Ideen hatten und dann sagten: Diese Idee wollen wir umsetzen und haben das dann selbst gegen Widerstände an anderen Stellen getan. Zu unserem Ausschussvorsitzenden Jens Hinrich Pörksen hatte ich ein besonders gutes Verhältnis. Wir haben uns vertrauen und aufeinander verlassen können. Das Gleiche gilt zum Beispiel auch für Jürgen Bollmann, und über die Kreativität von Wolf Heymann bei der Vorbereitung des Kirchentages in Hamburg habe ich immer nur staunen können.

Die Arbeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes war eine engagierte Arbeit und manchen durchaus ein Dorn im Auge. Jens-Hinrich Pörksen hatte die fantastische Gabe, Visionen zu haben und gleichzeitig zu sehen, was machbar war und sich durchsetzen ließ.



Was sind Ihre eigenen Lernerfahrungen aus Ihrer Tätigkeit als AKWD-Geschäftsführer?

Ich habe gelernt, wie wichtig es ist, eine klare, durchsichtige Verwaltungsstruktur zu haben, die nachvollziehbar ist, bei den Finanzen bis auf den Pfennig. Das andere, was für mich reizvoll war, war die Einheit von Seelsorge, Entwicklung und Mission. Diese Felder können nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wenn wir Menschen für den Dienst in Übersee vorbereiten, haben wir ihnen handwerkliches Rüstzeug mitgegeben, aber eben auch geistliches Rüstzeug.

Was haben Ihnen die Erfahrungen als AKWD-Geschäftsführer und im Haus am Schüberg für Ihren weiteren beruflichen Weg bedeutet?

Als wir nach dem Dienst in Tansania nach Borby gekommen sind, haben wir eine Partnerschaftsarbeit mit einer Kirchengemeinde in Tansania aufgebaut, die geistlich begründet war, aber gleichzeitig das leibliche Wohl der Menschen im Auge hatte. Diesen ganzheitlichen Ansatz habe ich aus der Arbeit für den Kirchlichen Entwicklungsdienst mitgenommen. Unter anderem haben wir Geld für den Kauf von Kühen gesammelt, immer eine Kuh für die ärmste Familie des Dorfes. Diese Familien mussten das erste weibliche Kalb an die nächste arme Familie weitergeben und das erste männliche Kalb dem Projekt zur Finanzierung der Impfstoffe zur Verfügung stellen. Auf diese Weise haben wir innerhalb kurzer Zeit über 100 Familien mit Kühen versorgt. Dieses Projekt war so überzeugend, dass es im Kreis Rendsburg-Eckernförde im Rahmen der Agenda 2000 ausgezeichnet wurde.

Ein wirklich gemeinsam getragener Entwicklungsdienst



Porträt von Jürgen Bollmann

„Als ich im NMZ arbeitete, hatte ich immer zwei Bücher in der Tasche: das eine war die EKD-Denkschrift von 1973 und das andere war die Bibel. Damit habe ich im Prinzip meine Bildungsarbeit gemacht.“ So beschreibt Jürgen Bollmann die Grundlagen seiner entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Die Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ war ein Meilenstein auf dem Weg zu einem entschiedenen Engagement der evangelischen Kirchen in Deutschland für eine gerechtere Welt – und diesem Ziel weiß sich Jürgen Bollmann bis heute verpflichtet.

Bei Debatten zu dieser Thematik kommt ihm zu-statten, dass er sich in ökonomischen Fragen nicht nur theoretisch auskennt. Nach der Mittleren Reife machte er eine Lehre als Industriekaufmann in einem Mineralölkonzern. Nach dem Militärdienst drückte er parallel zur Berufstätigkeit noch einmal die Schulbank, um dann Betriebswirtschaft und Theologie zu studieren. Nach dem Vikariat ging Jürgen Bollmann als Pastoralassistent zur Beratungsstelle für Kirchliche Arbeit des Kirchenkreises Stormarn und lernte im Haus am Schüberg die entwicklungspolitische Bildungsarbeit kennen. Nach 44 Monaten als Gemeindepastor in Harburg berief ihn das NMZ zum Referenten für Kirchlichen Weltdienst.

Im Gespräch erinnert er sich gern daran, wie damals das Weltdienstreferat mit Unterstützung durch den AKWD kräftig mithalf, die „Werkstatt 3“ in Hamburg-Altona aufzubauen. In einer früheren Fabrik entstand ein gemeinsames Zentrum zahlreicher entwicklungspolitischer Gruppen und Organisationen. Durch staatliche Arbeitsbeschaffungs-

maßnahmen (ABM) war es möglich, hauptamtliche Kräfte für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit einzustellen. Aber, so erinnert sich der frühere Weltdienstreferent: „Mit dieser Professionalisierung ging die ehrenamtliche Arbeit zurück. Die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wurde völlig verändert, und es entstand die Kampagnenarbeit. All das ging nur mit hauptamtlichen Kräften, aber das führte dazu, dass die Bewegung sich teilweise von ihrer alten ehrenamtlichen Basis verabschiedete.“

Jürgen Bollmann konnte als AKWD-Mitglied, das er auch von 1993 an als Propst des Kirchenkreises Harburg blieb, miterleben und mitgestalten, wie sich die Spannungen zwischen Professionalisierung und ehrenamtlichem Engagement und ebenso von lange bestehenden Gruppen mit älter werdenden Mitgliedern und neuen Initiativen entwickelten: „Ich stimme nicht mit der Auffassung überein, dass die gesamte entwicklungspolitische Arbeit den Bach runtergeht. Ich glaube, dass die jungen Leute keine Lust haben, in den Gruppen der älteren Leute mitzumachen. Sie initiieren stattdessen selbst eine Kampagnen- und Projektarbeit, die auf kürzere Laufzeiten angelegt ist.“ Der Kirchenkreis Harburg versucht, solche Initiativen zu unterstützen, zum Beispiel die Partnerschaft von Jugendlichen in Harburg und Südafrika. Im AKWD hat Jürgen Bollmann sich immer für das Stipendienprogramm engagiert, „damit wir in der Kirche junge Leute dafür gewinnen, sich für entwicklungspolitische Themen zu interessieren und die Arbeit fortzuführen“.

Eine wichtige Initiative des AKWD ist für Jürgen Bollmann die Bereitstellung von KED-Mitteln für Kirchenkreisprojekte. Die Kirchenkreise werden

dadurch stärker in die Verantwortung für entwicklungspolitische Arbeit einbezogen. Das hat er inzwischen auch im eigenen Kirchenkreis festgestellt: „Im Kirchenkreis Harburg haben wir zum Beispiel schon 1986 beschlossen, ein Projekt in Südafrika zu unterstützen. Zunächst war der Südafrikanische Kirchenrat der Partner, seit 1992 ist es die New World Foundation in Kapstadt.“

Gute Erfahrungen hat Jürgen Bollmann auch mit dem Programm der Regionalen Ökumenischen Arbeitsstellen gemacht. In Harburg gibt es Gruppen, die ökumenische Beziehungen in Länder wie Chile, Nepal, Indien, Tansania und Südafrika unterhalten. Durch den synodalen Ökumeneausschuss waren sie vernetzt. „Die hauptamtliche Ökumenische Arbeitsstelle ist jetzt in der Lage, diese verschiedenen Gruppen inhaltlich zusammenzubringen, sie zu begleiten und vor allem zu beraten.“ Wichtig ist auch die Beratung fremdsprachiger Gemeinden und derjenigen deutschen Gemeinden, die ihnen Gastrecht gewähren.

Vor Ort in Harburg und im Fusionsprozess mit den Kirchenkreisen Alt-Hamburg und Stormarn wird nun auch versucht, die Abgrenzung von entwicklungspolitischer Arbeit und Flüchtlings-/Migrationsarbeit, die den AKWD immer wieder beschäftigte, zu überwinden. In das Konzept für die Ökumenearbeit des neuen Kirchenkreises sind beide Bereiche einbezogen worden: „Aber es gibt immer noch Leute in der Migrationsarbeit, die sagen: Die Partnerschaftsarbeit betrifft uns nicht. Das ist schade. Von den kulturellen und religiösen Hintergründen der Menschen, die hier bei uns leben, erfahren wir dann etwas, wenn wir auch Kontakt zu ihren Heimaterteilen haben.“

Zu seiner Mitarbeit im AKWD seit 1984 (seit 1991 als stimmberechtigtes Mitglied) sagt Jürgen Bollmann: „Ich habe im Ausschuss gelernt, dass einmal gefasste Beschlüsse nicht immer für die nächsten Gremienmitglieder verbindlich waren. Sie mussten immer wieder neu erarbeitet werden. Und hin und wieder bedeutete das: Es musste immer wieder neu gestritten werden, damit die Beschlüsse durchgehalten wurden.“ Bedenklich findet Jürgen Bollmann, dass der AKWD im Laufe der Jahre immer mehr Personalstellen in der Nordelbischen Kirche finanziert hat. Es sei gut, dass es inzwischen verschiedene Stellen zur Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Einrichtungen wie dem Frauenwerk gibt. „Aber warum muss der AKWD diese Stellen mitfi-

nanzieren?“ Dies sei, ist Jürgen Bollmann überzeugt, eine Aufgabe der betreffenden Werke und nicht des AKWD, der sonst indirekt die Kontrolle über die Arbeit der Dienste und Werke ausüben würde.

Zu den Debatten im AKWD, an denen Jürgen Bollmann sich seit den 90er Jahren intensiv beteiligt hat, gehörte der Umgang mit Förderungen in Osteuropa. Nachdem KED-Mittel für diese Programme bereitgestellt wurden, so erinnert er sich, „gehörte ich zu denen im Ausschuss, die darauf bestanden haben, dass für die Partnerschaftsarbeit im Baltikum und in Osteuropa dieselben Kriterien angewendet werden müssten wie im Süden der Welt. Dem war aber nicht so. Ich habe dann irgendwann im AKWD gesagt: Wenn wir uns über das aufregen, wie im Baltikums-Ausschuss entschieden wird, dann müssen wir dort mitarbeiten.“ Die Folge dieses Votums war absehbar: Jürgen Bollmann wurde in den Baltikums-Ausschuss berufen und setzte sich dort mit Erfolg dafür ein, dass die Kommunikation zwischen diesem Ausschuss und dem AKWD deutlich verbessert wurde und dass sich die Kriterien für Förderungen im Osten denen für Förderungen im Süden annäherten.

Jürgen Bollmann bezeichnet sich manchmal als „Opa des AKWD“. Seine Mitarbeit im AKWD war eingebettet in ein aktives Engagement in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Sein „Entwicklungs“-Weg führte ihn vom Verfassen einer Kollektenabkündigung für die Opfer des Krieges in Biafra in den 1960er Jahren über die Arbeit im NMZ und im Haus am Schüberg bis zum Engagement des Kirchenkreises Harburg für ökumenische Weite und soziale Gerechtigkeit vor Ort und in der Welt.

Jürgen Bollmanns Einschätzung der nun zu Ende gegangenen Zusammenarbeit im AKWD lautet: „Brot und Mission saßen gemeinsam am Tisch, und selbstverständlich gab es auch Konflikte, aber die wurden im Ausschuss ausgetragen, und es entstand ein wirklich gemeinsam getragener Entwicklungsdienst.“ Und dieser Entwicklungsdienst, daran lässt Jürgen Bollmann keinen Zweifel, hat die Bibel und die EKD-Denkschrift von 1973 als solide Grundlage.

Wir sind eine offene, ökumenisch orientierte Kirche geworden

Gespräch mit Otto-Michael Dülge

Otto-Michael Dülge war von 1992 bis 2001 Geschäftsführer des AKWD und Pastor für Kirchliche Entwicklungsdienste der Nordelbischen Kirche. Neben dem Theologiestudium war er als Mitarbeiter und Geschäftsführer in verschiedenen entwicklungs-politischen Initiativen, Einrichtungen, Verbänden und Stiftungen tätig. Nach seiner Tätigkeit für den AKWD war er von 2001 bis 2006 Leiter der Evangelischen Tagungsstätte „Haus am Schüberg“. Dann wurde er zum Projektleiter der Nordelbischen Solidaritätskampagne „AIDS bewegt“ berufen. Gegenwärtig ist er Referent im Nordelbischen Kirchenamt in den Dezernaten T und M (Theologie sowie Mission, Ökumene, Entwicklungsdienste und Diakonie).

Im AKWD waren Institutionen und Anliegen aus den Themenbereichen Mission, Ökumene und Entwicklungsdienst vertreten. Ist diese Verbindung gelungen?

Das Nordelbische Missionszentrum und die beiden Diakonischen Werke sollten im AKWD inhaltlich auf den Gebieten Entwicklung und Ökumene zusammenarbeiten. Man hat den Werken die Hälfte der Sitze gegeben, die andere Hälfte der Mitglieder waren Synodale. Rein numerisch gab es also eine Parität. Die Synodalen haben aber oft beklagt, dass sie kein wirkliches Gegengewicht zur Durchsetzungskraft der Einrichtungen bilden konnten, weil deren Vertreter hauptamtlich tätig waren und wussten, wie sie ihre Interessen durchsetzen konnten. Brauchte eine Einrichtung Geld, musste sie dies nur einer anderen signalisieren und fragen, ob nicht auch dort evtl. Bedarf sei. Schon zogen zwei sonst konkurrierende Institutionen an einem Strang. Ich war Geschäftsführer in einer Zeit, in der das Geld noch reichlich floss, sodass diese Art der Konfliktlösung möglich war.

Haben sich die inhaltlichen Fragen von Mission, Ökumene und Entwicklungsarbeit in der Ausschussarbeit niedergeschlagen?

Nach meinem Eindruck ist das immer zu kurz gekommen, weil der AKWD mit zunehmenden Mitteln und mehr Programmen immer mehr zu einem Verga-

begremium wurde. Der Ausschuss hat nur drei- bis viermal im Jahr getagt und sich vor allem mit den Programmförderungen beschäftigt. Das Thema Mission war weit gehend tabu. Zudem lag es nicht in der direkten Verantwortung des Ausschusses. Das NMZ erhielt aus KED-Mitteln immerhin ungefähr eine Million Mark für bestimmte Projekte. Es gab NMZ-Direktoren, die waren freudig erregt, wenn wir nachfragten, und es gab Direktoren, die waren fürchterlich erregt, wenn wir nachfragten, was in diesem Programmbereich eigentlich passierte.

Das Defizit, dass wir wenig programmatisch gearbeitet haben, wurde allgemein empfunden. Deshalb haben wir Klausuren eingerichtet, bei denen der Ausschuss inhaltlich arbeitete. Die Klausuren förderten die inhaltliche Diskussion und den privaten Austausch. Sie haben das Arbeitsklima verbessert. Ich kann mich nicht erinnern, dass sie zu öffentlichen Statements geführt haben, aber sie haben das besondere Profil der nordelbischen KED-Arbeit weiterentwickelt.

Der AKWD war ein Ausschuss von Synode und Kirchenleitung. Eine solche Struktur kann Kooperation fördern, aber auch Spannungen auslösen.

Spannungen hat es zu Beginn meiner Geschäftsführertätigkeit in der Tat gegeben. Der Grund lag nicht in der Arbeit des Ausschusses selbst. Mit der Wahl von Frau Lingner zur Präsidentin unserer Synode begannen Auseinandersetzungen zwischen Kirchenamt, Kirchenleitung und Synode darüber, wer das Sagen hatte. In diesem Zusammenhang war die Frage interessant, ob der AKWD ein Ausschuss der Synode oder der Kirchenleitung war. Es gab dann die amtliche Einigungsformel, dass der AKWD ein Ausschuss der Synode und der Kirchenleitung sei. Wir haben danach mit sehr viel größerer öffentlicher Aufmerksamkeit unsere Berichte vor der Synode gehalten.

Wie stark ist es dem AKWD gelungen, in die Gesellschaft und in den politischen Raum hineinzuwirken?

Propst Lehmann hat als Vorsitzender die Arbeit der Geschäftsführung sehr gefördert. Da ich über Erfahrungen aus zehn Jahren Arbeit in entwicklungspolitischen Einrichtungen verfügte, habe ich als AKWD-Geschäftsführer Akzente setzen können. Zu den wichtigsten gehört die Mitarbeit bei

der Bildung der Landesnetzwerke in Hamburg und Schleswig-Holstein und dies mit ausdrücklicher Billigung des Ausschusses. Ich konnte an der Gründung des Hamburger Zukunftsrates mitwirken. Wir haben uns außerdem an den Initiativen zur Einführung der Bingo-Lotterie in Schleswig-Holstein und Hamburg beteiligt, ebenso an der Gründung der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE). Die Stiftung wird 2009 zehn Jahre alt und wird dann ca. 16 Mio. Euro ausgeschüttet haben.

Ich habe die Kontakte zu beiden Bundesländern sehr ernst genommen. In den Staatskanzleien gab es inzwischen Ansprechpartner für die Entwicklungspolitik. Wir haben gemeinsame Veranstaltungen gemacht, uns gegenseitig konsultiert und über die Förderung von Netzwerken, die auch Ärger machten, gestritten. Der Hamburger Senat beschloss 1999 die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats, in dem ich mitarbeiten durfte. Das war der Höhepunkt der Anerkennung unserer Arbeit in diesem Bereich.

Ökumenische Begegnungen waren über viele Jahre ein Schwerpunkt der Förderpraxis des AKWD. Welche Erfahrungen haben Sie bei der Förderung solcher Programme gemacht?

Diese ökumenischen Begegnungen sind die Quelle des nachhaltigen ökumenischen Engagements unserer Gemeinden. Die Arbeit, die sich dort entfaltet, entsteht, wenn Menschen auf Mitmenschen und Mitchristen treffen und sagen: Wir bleiben in Kontakt und machen etwas zusammen.

Aus diesen ökumenischen Begegnungen haben sich sehr oft Projekte entwickelt, und wir haben versucht, sie zu fördern und mit Richtlinien und Förderkriterien zu steuern und zu qualifizieren. Dabei haben wir nach meinem Empfinden zu oft auf Granit gebissen. Die Begeisterung und das Engagement brachen sich manchmal Bahnen, die wir als reflektierendes Gremium nicht gern gesehen haben. Es geht dabei auch um die Augenhöhe. Wann ist eine Partnerschaft eine Partnerschaft – und wann sie einfach paternalistisches Gehabe? Wann immer wir Angebote zur Qualifizierung von Partnerschaftsbegegnungen gemacht haben, waren die Partnerschaftsgruppen sehr zurückhaltend, sich dafür anzumelden, weil sie meinten, alles genau richtig zu machen. Auf diese Weise sind vielen Partnerschaftsgruppen Enttäuschungen und Frustrationen nicht erspart geblieben.



Foto: Christiane Wenn

Wie haben Sie die Veränderung der Aktionsgruppen-Szene im Laufe der letzten Jahrzehnte erlebt? Welche Folgen hat die „Überalterung“ vieler Gruppen?

Die Probleme sind mir ganz besonders an den Südafrika-Gruppen der Evangelischen Frauenarbeit deutlich geworden. Ich fand es ein Drama, dass diese Gruppen sich unsterbliche Verdienste im Kampf um Gerechtigkeit und für den Ruf unserer Kirche erworben haben und dann immer älter und immer weniger wurden. Es gelingt nur in den seltensten Fällen, in solchen sehr kleinen und sehr eng miteinander arbeitenden Gruppen einen Generationenwechsel hinzubekommen.

Deshalb bin ich ein Fan von allen Programmen, die das Engagement und ökumenische Begegnungen von Jugendlichen initiieren. Es ist nicht so, dass es unter den jungen Menschen keine Begeisterung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gibt. Im Gegenteil: Kinder gründen schon in der dritten Klasse ihre kleinen Initiativen. Wir nehmen das zu wenig wahr und ernst. Das Engagement ist nicht so, wie wir das gemacht haben, es ist nicht so, wie wir uns das wünschen würden, und es ist keine lebenslange Verpflichtung, aber es ist ein wunderbares Engagement für eine gerechtere Welt. Die nächste Generation wird ihren eigenen Weg gehen.

In der Vergangenheit ist es immer wieder zu Spannungen zwischen Aktionsgruppen und Kirchengemeinden gekommen. Woran lag das?

Zeitweise war es im AKWD zur „Mode“ geworden zu fragen: Wo ist da die Beziehung zur Gemeinde? Das sind Bemerkungen von Ausschussmitgliedern,

die mich immer zur Weißglut gebracht haben. Es ist eine bittere Erkenntnis, dass eine Gruppe gern etwas in einer Kirchengemeinde machen darf, aber sobald diese Gruppe im Prozess ihrer Findung und des Setzens eigener Themen und Schwerpunkte ein Profil entwickelt, kann das mit der Selbstwahrnehmung der Kirchengemeinde in Konflikt geraten. Die Eitelkeit eines Pastors oder die konservative Ausrichtung eines Kirchenvorstandes konnte in den 80er Jahren schon mal zu Problemen führen.

Wenn Gerechtigkeitsinitiativen und Partnerschaftsgruppen ihren Teil der gemeindlichen Öffentlichkeit haben wollten und mit ihren Themen vom Rande ins Zentrum der Gemeinde drängten, dann wurde das, was bisher toleriert wurde, irgendwann anstößig. Auslöser konnte ein Buch von Dorothee Sölle auf dem Büchertisch sein oder der Verkauf von Nicaragua-Kaffee. Das hat dazu geführt, dass viele ökumenisch orientierte Initiativen die Gemeinden verlassen oder gar nicht erst die Nähe zur Gemeinde gesucht haben. Das ist heute vermutlich nicht mehr so schlimm wie in den 80er und 90er Jahren, aber die Grundlinien dieses Konfliktes gibt es nach wie vor.

Trotzdem kann etwa jede zweite nordelbische Gemeinde eine oder mehrere Gruppen vorweisen, die an den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung arbeiten und mit Westafrika, dem Baltikum oder anderen Teilen der Welt in Verbindung stehen. Insgesamt sind wir als Nordelbische Kirche eine erstaunlich weite, offene, ökumenisch orientierte Kirche geworden.

War es ein „Sündenfall“ der Nordelbischen Kirche, einen Teil der KED-Gelder nicht an die EKD-Kirchenkanzlei in Hannover abzuführen, und welche Auswirkungen hat dieser Schritt gehabt?

Kirchenpolitisch ist es ein „Sündenfall“. Die EKD hatte entschieden, den Entwicklungsdienst als Gemeinschaftsaufgabe zentral zu organisieren und über den Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) und andere Förderungsmittel in die Regionen zurückzuwirken. Der nordelbische Weg ist – zusammen mit dem bayerischen Weg – ein Sonderfall, und rückblickend ein guter Weg, auch wenn er ordnungspolitisch vielleicht nicht korrekt war. Er hat dazu geführt, dass der AKWD in den 30 Jahren seiner Tätigkeit wirklich das Salz in der nordelbischen Ökumene-Suppe sein konnte. Wenn wir nicht vor Ort dafür sorgen,

dass kirchliches Engagement für Gerechtigkeit in den Gemeinden lebendig bleibt, wird sich eines Tages die Frage erheben, wozu wir den Kirchlichen Entwicklungsdienst eigentlich noch brauchen.

In den 1990er Jahren tauchte die Sorge auf, dass die Förderung von Programmen im Osten zulasten der Förderungen im Süden gehen würde. Wie wurde diese Debatte in Nordelbien geführt?

Das war ein bitterer Glaubenskrieg. Gegen die Vision, dass die Welt eine sei und werden müsste, stand die Lobby, die sagte, die Osteuropaförderung sei ein besonderes Feld, und dort könne man nicht irgendwelche Süd-Kriterien an Projekte und Partnerschaften anlegen. Die Ungleichbehandlung war nach außen nicht zu vermitteln und hat ständig Ärger gemacht. Erst wenn es jetzt ein Europa-Referat im neuen Hauptbereich IV gibt und Partnerschaftsarbeit in einem Haus zusammengeführt wird, kann das zusammenwachsen.

Was ist Ihre persönliche Bilanz als AKWD-Geschäftsführer?

Mir ist in unserem Gespräch noch einmal deutlich geworden, wie viel in diesen Jahren geschafft wurde. Nordelbien ist eine ökumenisch durchsäuernte Kirche. Das ist eine enorme Leistung. In diese Zeit fallen auch wichtige Entscheidungen wie die Umsetzung des 3%-Beschlusses und grundlegende Dokumente wie die Synodenerklärung zu „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“. Der AKWD hat sich sehr große Verdienste darum erworben, dass wir den Blick einer Provinzkirche im Reich Gottes geweitet und das ganze Reich Gottes in den Blick genommen haben. Wir haben gelernt, „die Welt mit den Augen der Anderen zu sehen“. Das dient unserer Befreiung und ist langfristig auch ein Beitrag zur Befreiung der Menschheit.

Neue Amtszeit und Debatten über die Einbindung des Ausschusses in der Nordelbischen Kirche

Am 3. April 1998 trat der neu zusammengesetzte AKWD erstmals zusammen. Der Ausschuss wählte einstimmig Propst Helmer-Christoph Lehmann zum Vorsitzenden. Zu seiner Stellvertreterin wurde Ursula Sonntag gewählt. Außerdem berief der AKWD die Mitglieder der Unterausschüsse Stipendien, Kirchenkreisprojekte, Einzelmaßnahmen/Ökumenische Begegnungen, Sofortmaßnahmen sowie Kuratorium Haus am Schüberg.

Schon nach einem halben Jahr musste sich der Ausschuss mit zwei grundlegenden Fragen auseinander setzen. Bei der Sitzung vom 6. November 1998 stellte Oberkirchenrätin Rut Rohrandt Überlegungen vor, den AKWD zu einem Ausschuss der Kirchenleitung zu machen, also die bisherigen Strukturen zu verändern, durch die der AKWD ein Ausschuss sowohl der Synode als auch der Kirchenleitung war. Im AKWD fand sich keine Mehrheit für die Veränderung der bisherigen Struktur. Es wurde aber vorgeschlagen, dass zu einer stärkeren Einbindung des Kirchenamtes in den Ausschuss die zuständige Dezernentin/der Dezernent nicht mehr wie bisher mit beratender Stimme, sondern als ordentliches, also stimmberechtigtes Mitglied im AKWD mitwirken sollte. Eine entsprechende Beschlussvorlage wurde der Kirchenleitung vorgelegt. Bei der NEK-Synode Ende Januar 1999 löste dieser Vorschlag eine längere Debatte aus und wurde dann zurückgezogen.

Aus Anlass einer Vorlage des Kirchenamtes für die Kirchenleitung kam es am 18. Dezember 1998 zu einer Sondersitzung des AKWD. In dem Papier ging es um Sparvorschläge des Kirchenamtes und eine neue Zuordnung von Aufgaben zu Haushaltspositionen (Sachbücher). Kirchenamtspräsident Dr. Klaus Blaschke erläuterte in der AKWD-Sitzung, es handele sich um einen Denkanstoß. Für andere Vorschläge sei man offen. Der AKWD verständigte sich nach der Sitzung auf eine Vorlage für die Sitzung der Kirchenleitung am 12. Januar 1999. Sie begann mit der Feststellung: „Mission, Ökumene und Entwicklungsdienst gehören zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt noch in ihrer Differenziertheit eingeebnet werden.“ Im Blick auf die Vorlage des Kirchenamtes hieß es dann: „Der AKWD wendet sich darum gegen den vorgelegten Versuch, durch das Vermischen verschiedener Sachbücher und Aufgabenbereiche unser Engagement für den Süden größer als tatsächlich dazustellen und auf diese Weise eine Kürzung der Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst zu begründen.“

Diese Kürzung, so wurde in der Vorlage erläutert, hätte real schon stattgefunden. 1995 sei erstmals das Ziel eines 3%-Anteils des Kirchlichen Entwicklungsdienstes am Kirchensteueraufkommen erreicht worden. Seither sei das Kirchensteueraufkommen und damit auch das KED-Aufkommen um 15,4% gesunken. Unter Berücksichtigung der Einbehaltung von Mitteln für den Personalfonds Baltische Kirchen belief sich die Verminderung sogar auf 19,9%. Zudem habe der AKWD andere Haushaltspositionen entlastet durch die Mitfinanzierung der Arbeitsstelle „Fluchtpunkt“ und der Stelle des Ökumenebeauftragten der NEK mit insgesamt jährlich 100.000,- DM. Die vom Kirchenpräsidenten vorgeschlagene Kürzung des KED-Anteils auf 2,72% würde zu einem weiteren Absinken des nordelbischen KED-Beitrags führen.

Mit großer Mehrheit fasste die NEK-Synode dann Ende Januar 1999 den folgenden Beschluss: „Die Beschlüsse der Synode, die den 3%-Anteil für den Kirchlichen Entwicklungsdienst betreffen, bleiben auch für den Haushalt 2000 unverändert. Um dennoch einen notwendigen Spareffekt erzielen zu können, werden entwicklungspolitische und entwicklungspädagogische Aktivitäten im Dezernat M und in anderen Dezernaten aus diesem Anteil finanziert. Die Vergabe erfolgt durch den AKWD. Eine grundsätzliche Diskussion des Gesamtproblems wird für die Frühjahrssynode 2000 vorgesehen.“

Mit Puppentheater und Bauwagen

„Handle fair am Meer“, lautete 1998 das Motto eines Projektes in Nordfriesland, mit dem über 1.000 Kinder und Jugendliche sowie zahlreiche Erwachsene erreicht wurden. Zu den 21 Veranstaltungen des zweiwöchigen Programms gehörten Puppentheateraufführungen, Gemeindefeste, Programme in Kindergärten und Schulen, Marktstände, eine fahrbare Afrika-Ausstellung und Gottesdienste. Ein „Erfolgsrezept“ war, möglichst viele Institutionen und Initiativen in der Region zu beteiligen. Die Planung und Koordination lag bei der Evangelischen Kirchenkreisjugend Husum-Bredtstedt, dem Weltdienst des NMZ, dem Aktionszentrum 3. Welt und der Eine-Welt-Informationsstelle Nordfriesland. Der AKWD beteiligte sich an der Finanzierung des Projektes.

Propst Helmer-Christoph Lehmann stellte Anfang 1999 in seinem Bericht vor der NEK-Synode über die Ergebnisse dieser Initiative für den fairen Handel dar: „Der Erfolg dieser Aktion war beeindruckend. Nicht nur haben

Basisgemeinschaft „Brot & Rosen“

„Letztlich geht es uns um die ganzheitliche Verbindung von Leben, Glauben und Politik“, beschreibt Dietrich Gerstner die Ziele der Basisgemeinschaft „Brot & Rosen“ in Hamburg-Bramfeld. Die christlich-ökumenische Lebensgemeinschaft lebt seit 1996 gemeinsam mit Flüchtlingen und bietet diesen ein „Haus der Gastfreundschaft“. Sie werden unabhängig von ihrem sozialrechtlichen Status und ohne bürokratische Hindernisse aufgenommen. Die Basisgemeinschaft schreibt: „Sie finden bei uns ein Zuhause auf Zeit, um durchatmen zu können und neue Perspektiven zu entwickeln.“ Über diese praktische Solidaritätsarbeit hinaus engagieren sich die „Brot & Rosen“-Mitglieder in der Hamburger Flüchtlingsarbeit wie zum Beispiel im „Café Exil“. Die Mitglieder der Basisgemeinschaft bestreiten den Lebensunterhalt weitgehend durch Teilzeitarbeit außerhalb des Hauses und legen ihre Einkommen zusammen. Die Gemeinschaft trifft sich zu gemeinsamen Morgenandachten, feiert Hausgottesdienste und spricht über biblische Texte.



Foto: Brot & Rosen

schen Institut nicht wiederbesetzt worden war. Defizite diagnostizierte er auch in der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, die von den Referentinnen und Referenten der NARKE „miterledigt“ würde, allerdings nur punktuell und nicht strukturell abgesichert: „Diese beiden Punkte und die Tatsache, dass die KED-Arbeit durch Mittelzuweisung des AKWD an verschiedene Dienste und Werke delegiert ist, trägt dazu bei, dass die KED-Arbeit insgesamt kein starkes eigenes Profil hat.“ Dies sei besonders in einer Zeit, in der nach der Höhe der KED-Mittel gefragt werde, ein „struktureller Schwachpunkt“.

In der Aussprache wurde betont, dass die Einbeziehung der Betroffenen sowie der Ehrenamtlichen in den Diskussionsprozess wichtig ist. In dem Strukturausschuss „Mission, Ökumene, Weltdienst und Entwicklung“ arbei-

Rundfunk und Presse (allein dreißig Artikel) regelmäßig über diese Aktion berichtet ... Dieses Beispiel macht inzwischen auch außerhalb Nordelbiens Schule, und die Erfahrungen aus dieser Kampagne fließen in eine landesweite Aktion des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein ein. Vor allem aber in der Region hat diese Initiative ihre Spuren hinterlassen: Die Kirchenkreisjugend hat das Puppentheater als neues Medium entdeckt, das sie nun für ihre Arbeit einsetzt: Weltläden und Schulen arbeiten intensiver zusammen und nicht zuletzt hat die weit reichende Erklärung der Synode des Kirchenkreises Husum-Bredstedt Anregungen dieser Aktion aufgenommen.“

Debatte um ein Ökumenewerk

Die Initiative für eine neue Struktur der nordelbischen Ökumenearbeit ging von dem Lübecker Propst Niels Hasselmann aus. Er schlug vor, ein Ökumenewerk zu gründen, in dem das NMZ, die Bereiche Ökumene (im eigenen Land und weltweit), Weltdienst, der Entwicklungsdienst und eine Europaabteilung einbezogen sein sollten. Dieser Vorschlag löste Ende der 1990er Jahre intensive Debatten in Nordelbien aus, nicht zuletzt in den betroffenen kirchlichen Werken, Einrichtungen und Ausschüssen. Der AKWD befasste sich Ende Januar 1999 mit diesem Vorschlag, der von Oberkirchenrätin Rut Rohrandt vorgestellt wurde. Sie erläuterte, dass es noch keinen Vorschlag für die Struktur des Werkes gebe und auch das Verhältnis zu Kirchenamt und Kirchenleitung noch geklärt werden müsste.

Otto-Michael Dülge gab ergänzend einen Überblick über die „KED-Landschaft“ in Nordelbien und die Zusammenarbeit verschiedener Dienste und Werke. Er verwies auf sinnvolle Kooperationsstrukturen innerhalb der NARKE (Nordelbische Arbeitsgemeinschaft der Referentinnen und Referenten für Kirchlichen Entwicklungsdienst). Als ein Defizit der KED-Arbeit in Nordelbien sah Dülge es an, dass es in Hamburg ein Defizit in der schulischen Bildungsarbeit gab, nachdem die Stelle im Pädagogisch-Theologi-

tete bislang kein Vertreter von Gemeindeinteressen mit. Der AKWD beschloss, die Frage der Strukturreform zu einem „Dauertagesordnungspunkt“ zu machen.

Helmer-Christoph Lehmann ging in seinem AKWD-Bericht vor der Synode Anfang Februar 1999 auf die Strukturdiskussion ein und betonte die positive Rolle des Ausschusses: „... im AKWD sitzen Synode und Kirchenleitung mit Vertretern der nordelbischen Werke und Dienste an einem Tisch. Diese Zusammensetzung gewährleistet gemeinsam verantwortete Entscheidungen auf der einen Seite und auf der anderen Seite, dass die je eigenen Profile z.B. des NMZ oder der ökumenischen Diakonie/Brot für die Welt im DW Hamburg und DW Schleswig-Holstein unangetastet bleiben und voll zur Geltung kommen. Der Ausschuss hat bislang einvernehmlich über alle notwendigen Kürzungen entschieden. Die Mittel, die er an die Werke vergibt, werden dort treuhänderisch und stellvertretend für die Gesamtkirche ausgegeben.“

Im März 2000 befasste sich der AKWD erneut mit dem Vorschlag eines Ökumenewerkes. Der Ausschuss stellte fest, dass er keinen Vorschlag für die Gestalt eines solchen Werkes machen könnte und schlug der Kirchenleitung einen „Leitungsausschuss Ökumene“ vor.

Gute Erfahrungen mit regionaler ökumenischer Arbeit

Die beiden Kirchenkreise in Dithmarschen waren die ersten in Nordelbien, die eine hauptamtliche Mitarbeiterin für ihre Ökumenearbeit einstellten. Bei der AKWD-Sitzung am 11. Juni 1999 berichtete Christa Hunzinger über ihre bis dahin einjährigen Erfahrungen in dieser Arbeit. Es gelang auch, die Gruppen einzubeziehen, zu denen zunächst Spannungen bestanden. In der Aussprache über den Bericht konnte der NMZ-Direktor Joachim Wietzke informieren, dass sehr positive Rückmeldungen der beiden Pröpste vorlagen. Dies sei eine Werbung für die Einrichtung ähnlicher Stellen in anderen Kirchenkreisen. Pastor Jessen-Thiesen berichtete ergänzend, dass die ehrenamtliche Arbeit in den Gemeinden durch die Unterstützung von Christa Hunzinger „eine enorme Schubkraft entwickelt hat“. Mehrere AKWD-Mitglieder betonten die Bedeutung der Schaffung hauptamtlicher Kapazitäten in den Kirchenkreisen für die Ökumenearbeit.

Förderung des Vereins für Ökumenische Studentenwohnheime

Seit 1985 förderte der AKWD auf der Grundlage eines Beschlusses der Kirchenleitung den Verein für Ökumenische Studentenwohnheime. Die laufende Förderung lief Ende 1999 aus, und der Ausschuss befasste sich in seiner Sitzung vom 12. November 1999 mit der Frage einer weiteren Unterstützung. Nach einer ausführlichen Aussprache wurden für 2000 und 2001 in vermindertem Umfang Mittel für die Arbeit des Vereins zur Verfügung gestellt. Der AKWD hatte schon früher dem Verein empfohlen, sich um weitere Förderungen und den Aufbau eines Förderkreises zu bemühen. Ergänzend empfahl der Ausschuss dem Verein in der Sitzung im November 1999 dringend, eine Beratung in Anspruch zu nehmen. Nach dem Ende der fortlaufenden Förderung unterstützte der AKWD lediglich noch einzelne Tutorenstellen.

Kampagne „Erlassjahr 2000“

Die internationale Kampagne für einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt „Erlassjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“ wurde von der Nordelbischen Kirche sowie von über 100 Kirchenkreisen, Kirchengemeinden, Einrichtungen und Initiativen in Hamburg und Schleswig-Holstein mitgetragen. Der NMZ-Weltdienstreferent Jan Christensen, der die Kampagne in Nordelbien koordinierte, wurde als evangelischer Vertreter in den nationalen Kampagnenrat gewählt. Mit AKWD-Geldern wurde 1998 befristet eine Stelle für die Bildungs- und Koordinierungsarbeit in Nordelbien eingerichtet. Der Stelleninhaber, Sieghard Wilm, erhielt u.a. die Aufgabe, die Gemeinden und Kirchenkreise zu beraten und Fortbildungsangebote zu machen. Die AKWD-Vorsitzende Margrit Semmler (siehe Porträt in dieser Broschüre) berichtete der NEK-Synode Anfang 2001 über die Erfolge der Kampagne:

„Es ist beispiellos, dass diese Kampagne die größten Gläubiger der Welt zu einem Schuldenverzicht von rund 100 Milliarden US-Dollar überredet hat. Gleichzeitig wurde dafür gesorgt, dass durch die Verringerung von Zins- und Tilgungszahlungen mehr Geld für Bildung, Gesundheit und Ernährung eingesetzt werden kann.“ Allerdings gelang es nicht, die wirtschaftlich reichen Länder zu einer Streichung der „unbezahlbaren“ Schulden zu veranlassen, sodass hoch verschuldete Entwicklungsländer weiterhin hohe Beträge für den Schuldendienst zahlen muss-

EINE-WELT-PREISTRÄGER

KinderKulturKarawane

„Unser Projekt bringt junge Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammen und schafft Freiräume für gemeinsames kreatives Arbeiten, für einen Dialog auf Augenhöhe und für gemeinsames Lernen.“ So beschreibt Ralf Classen vom Büro für Kultur- und Medienprojekte die KinderKulturKarawane. Seit dem Jahr 2000 sind schon etwa 50 Kinder- und Jugendkulturgruppen aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Deutschland als „KinderKulturKarawane“ unterwegs gewesen. In den Kulturprogrammen mit hoher künstlerischer Qualität geht es um Themen wie Armut, Gewalt, AIDS, Kinderarbeit, Straßenkinder und Kinderrechte. Die Kulturgruppen präsentieren ihre Produktionen in Schulen, Jugend- und Kulturzentren und bei anderen Kulturereignissen, geben Workshops und kommen mit gleichaltrigen Jugendlichen in Deutschland ins Gespräch. Auch für die Gäste aus anderen Ländern wird die Tournee durch



Deutschland so zu einer wichtigen Lernerfahrung. Ein indischer Schauspieler schrieb nach der Rundreise und den gemeinsamen Workshops mit deutschen Jugendlichen: „Wow! Was für eine Erfahrung mit den deutschen Jugendlichen zusammenzuarbeiten. Das werde ich im Leben nicht vergessen.“



Fotos: Büro für Kultur- und Medienprojekte

Arbeit als Geschäftsführer des AKWD und nordelbischer Pastor für Kirchlichen Weltdienst. Otto-Michael Dülge übernahm bis zur Wiederbesetzung der Stelle neben seiner neuen Tätigkeit auch die Vakanzvertretung für seine bisherige Aufgabe. Ende Juli 2001 berief der Ausschuss Dr. Mirjam Freytag (siehe Porträt in dieser Broschüre) zur neuen AKWD-Geschäftsführerin. Sie nahm ihre neue Tätigkeit am 1. Oktober 2001 auf. In den Jahren 2003 und 2006 haben sie im Rahmen ihrer Reduzierung der Arbeitszeit innerhalb der Elternzeit Elisabeth Hartmann-Runge und Rolf Martin vertreten. Durch eine Neuregelung der Aufteilung der gesamtkirchlichen Aufgaben und Zuständigkeiten innerhalb des Bischofskollegiums übernahm die Lübecker Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter 2001 die Zuständigkeit für den AKWD.

Ökumene – die andere Globalisierung

Die NEK-Synode am 21./22. September 2000 stand unter dem Thema „Ökumene – die andere Globalisierung“. Der AKWD finanzierte den Vorbereitungsprozess dieser Themensynode mit und stellte Honorare für eine zehnmönatige Mitarbeit einer Honorarkraft und für die Vorbereitung des Readers für die Themensynode zur Verfügung.

In der Erklärung der Synode wurde betont, dass die Ökumene einer anderen Vision folgt als die vorherrschende Globalisierung: „Sie strebt eine globale Gemeinschaft in Vielfalt an, die die unterschiedlichen kulturellen Traditio-

ten. Deshalb wurde die Kampagne über das Jahr 2000 hinaus fortgesetzt, um ein faires und transparentes Schiedsverfahren zur Entschuldung durchzusetzen. Margrit Semmler bezeichnete die Beteiligung an der Kampagne als „eine belebende Erfahrung eines gelungenen, christlich motivierten und begründeten Einsatzes in unserer komplexer gewordenen Welt – ein Beispiel für gelebte Ökumene und unsere Vision von einer anderen Globalisierung“.

Personelle Veränderungen in der kirchlichen Entwicklungsarbeit

Im Jahre 2000 ging Propst Helmer-Christoph Lehmann aus Altersgründen in den Ruhestand und gab auch den Vorsitz im AKWD auf. In einem Schreiben, das bei der AKWD-Sitzung am 8. Juni 2000 verlesen wurde, verabschiedete Helmer-Christoph Lehmann sich vom AKWD und dankte für die langjährige gute Zusammenarbeit. In dieser Sitzung wählte der AKWD das Mitglied der Kirchenleitung Margrit Semmler zur neuen Vorsitzenden.

Ende 2000 beendete Hildegard Kaus ihre Tätigkeit für den AKWD und für den Kirchlichen Entwicklungsdienst und ging in den Ruhestand. Sie hatte seit 1985 als Sekretärin und dann als Sachbearbeiterin in der AKWD-Geschäftsstelle gearbeitet. Als Nachfolgerin wurde Ines Behrends eingestellt, und 2002 zusätzlich Christa Tobaben.

Zum 1. Juni 2001 beendete Otto-Michael Dülge seine Tätigkeit als AKWD-Geschäftsführer, um die Aufgabe des Studienleiters am Haus am Schüberg zu übernehmen. In der Sitzung vom 8. Juni 2001 dankten die Ausschussvorsitzende Margrit Semmler und Oberkirchenrätin Rut Rohrandt ihm für neun Jahre

nen respektiert und pflegt ... Sie strebt eine Kultur des Friedens als eine Kultur der Solidarität und des Teilens an ... Sie strebt die Unversehrtheit der ganzen Schöpfung an ... Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, für grundlegende Änderungen in den Wirtschafts- und Finanzsystemen einzutreten.“

Die Synode beschloss unter anderem, dass sich die NEK an der „Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt“ beteiligte und lud Gemeinden, Kirchenkreise, Dienste und Werke und Bildungsstellen sowie ökumenische und missionarische Arbeitsstellen ein, an dieser Initiative mitzuwirken. Der AKWD hatte bereits vorher auf Beschluss der Kirchenleitung ein „Studienprojekt zur Überwindung von Gewalt und zivile Konfliktbearbeitung“ ins Leben gerufen, das beim Haus am Schüberg in Hoisbüttel angesiedelt wurde.

Die Synode widmete einen langen Abschnitt ihrer Erklärung und Beschlüsse dem „ökumenischen Lernen“. Kirchenleitung und die Leitungsgremien der Kirchenkreise, Gemeinden und übergemeindliche Einrichtungen werden aufgefordert, eine Reihe von Programmen zu unterstützen. Darunter waren:

- gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften in Nordelbien,
- internationale ökumenische Begegnungen,
- Partnerschaften von Gemeinden, Kirchenkreisen u.a. mit entsprechenden Partnern in Europa und den Ländern des Südens,
- das ökumenisch-missionarische Stipendienprogramm und das Jugendprogramm „Der Andere Blick“,
- die Bildung von ständigen Ausschüssen für Ökumene, Partnerschaft, Entwicklungsdienst und interreligiösen Dialog.

Außerdem wurde beschlossen: „Die Nordelbische Synode unterstützt die Einrichtung weiterer ökumenischer Arbeitsstellen. Der Ausschuss für Kirchliche Weltdienste wird gebeten, ihre Einrichtung aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) zu unterstützen.“ Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits in den Kirchenkreisen Süderdithmarschen/Norderdithmarschen und Stormarn solche Arbeitsstellen. Der AKWD wurde von der Synode beauftragt zu prüfen, ob weitere Arbeitsstellen eingerichtet werden könnten.

In der Frage des Vorwegabzugs der KED-Mittel, die vorher immer wieder diskutiert worden war, traf die Synode eine eindeutige Entscheidung: „Die 3% vom Kirchensteueraufkommen für Ausgaben des Kirchlichen Entwicklungsdienstes sind weiterhin ungeschmälert im Vorwegabzug zu belassen. Sie dienen auch der ökumenischen und missionarischen Arbeit der Kirchenkreise und Gemeinden.“

Die Synode bat das Präsidium, einen Fachausschuss einzusetzen, der der Synode zu einer Reihe von Fragen in Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen berichten sollte. Unter diesen Fragen war: „Wie können Verbraucher über die bestehenden Kampagnen hinaus beim täglichen Umgang mit Menschen, Umwelt und Waren ihrer Verantwortung bewusst werden, und welche Unterstützung können kirchliche Gruppen dazu leisten?“ Außerdem ging es um die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Globalisierung bei ökumenischen Partnern und bei uns, um die Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung und die Benachteiligten des Globalisierungsprozesses sowie darum, wie die NEK lokal und global ökumenische Gemeinschaft als andere Globalisierung fördern könnte.

In einem weiteren Abschnitt der Synodenbeschlüsse wurden Fragen der interkulturellen Beratung, der Unterstützung von Asylbewerbern und besonders Asylbewerberinnen sowie anderer Flüchtlinge in unserem Land angesprochen. Damit eng verbunden wurde die Förderung der interkulturellen Zusammenarbeit. In dem Beschluss wurde hierzu formuliert: „Über die ökumenische Begegnung und Partnerschaften mit ausländischen Gemeinden hierzulande hinaus steht die Nordelbische Kirche vor der Aufgabe, im öffentlichen Leben und vor Ort ein wichtiger Anwalt für die interkulturelle und interreligiöse Verständigung und Zusammenarbeit zu sein.“

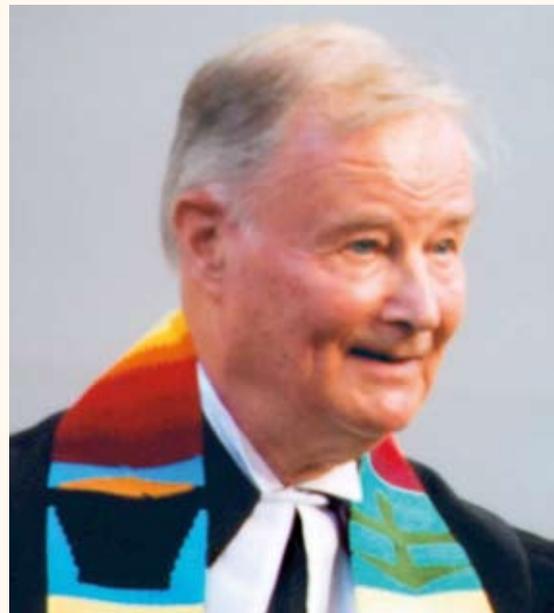
Im AKWD-Bericht vor der Synode Anfang Februar 2001 zog Margrit Semmler eine Bilanz der Synodentagung und stellte fest: „Lassen Sie mich mit einem persönlichen Eindruck beginnen. Ich war erfreut und beeindruckt, mit welcher Ernsthaftigkeit und welcher Überzeugung an den beiden Synodentagen, die dem Thema Ökumene gewidmet waren, diskutiert und gearbeitet wurde. In den Foren, in den Arbeitsgruppen, in den Pausen und auf dem ökumenischen Markt in der Marienkirche war für mich spürbar, dass ökumenische Weite, ökumenischer Dialog, ökumenisches Engagement tatsächlich zum Alltag und zum Wesen unserer Nordelbischen Kirche gehören. Solch eine Verankerung und lebhaftige Debatte mag den Vätern und Müttern unserer Verfassung vorgeschwebt haben, als sie die ökumenische Orientierung der NEK in der Präambel festschrieben.“

Spannungen können positiv sein

Porträt von Helmer-Christoph Lehmann

„Mich persönlich hat die Mitarbeit im Ausschuss für Kirchliche Weltdienste darin bestärkt, auf dem Gebiet der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit so intensiv wie möglich weiterzuarbeiten.“ Diese Bilanz zieht Propst Helmer-Christoph Lehmann am Ende eines langen Gesprächs und seiner langen Mitarbeit im AKWD. 1935 geboren, erlebte er im Zweiten Weltkrieg die Schrecken des Krieges, die Folgen von Evakuierungen kreuz und quer durch Deutschland und die Not von Flüchtlingen. Das machte ihn sensibel für Friedens- wie Gerechtigkeitsthemen. Von 1956 an studierte Helmer-Christoph Lehmann in Kiel und Heidelberg Theologie. In dieser Zeit hatte er ein ökumenisches Schlüsselerelebnis: „1957 konnte ich als Jugenddelegierter an der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Minneapolis/USA teilnehmen. Die Grundanliegen der ökumenischen Theologie und das Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung haben mich seither nicht mehr losgelassen. In meiner ganzen Berufszeit haben ökumenische Themen eine Priorität gehabt.“ Noch heute engagiert sich Helmer-Christoph Lehmann als Vorsitzender des Norddeutschen Förderkreises von Oikocredit und gemeinsam mit seiner Frau als Botschafter eines Rehabilitationszentrums für Kinder mit Behinderungen in Moshi/Tansania.

Das Vikariat führte den jungen Theologen nach Triest in Norditalien und zurück an das Internatsgymnasium in Plön, wo er sein Abitur gemacht hatte. 1963 erhielt er nach dem 2. Examen eine Stelle als Hilfsgeistlicher in Hamburg-Bramfeld. Ein Jahr später übernahm er eine Pfarrstelle in Volksdorf. Helmer-Christoph Lehmann arbeitete dort bis 1972 als Gemeindepastor und wurde dann zu einem der Pröpste des Kirchenkreises Stormarn gewählt. Diese Aufgabe hat er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 2000 wahrgenommen und in dieser Zeit zum Beispiel erreicht, dass Stormarn als einer der ersten Kirchenkreise die Stelle eines Pastors für Ökumene schuf. Von 1985 bis 2000 war Propst Lehmann Mitglied der NEK-Synode und in der gleichen Zeit auch Mitglied des AKWD. 1988 wurde er zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Von 1991 bis 1997 konnte er die Anliegen des Ausschusses als Mitglied der Kirchenleitung vertreten.



An die Zusammenarbeit im AKWD erinnert sich der frühere Vorsitzende so: „Es war ein Ausschuss, der latent von ständigen Spannungen begleitet war. Das habe ich positiv gesehen, weil dadurch die Sitzungen nie langweilig wurden. Alle Beteiligten waren immer sehr konzentriert und wachsam. Zu Kontroversen kam es meistens zwischen den Diakonischen Werken und dem NMZ, wobei es nicht um persönliche Animositäten ging, sondern im Wesentlichen um sachliche Fragen. Deshalb sind wir immer zu Ergebnissen gekommen, die von allen Beteiligten im Ausschuss mitgetragen wurden.“ Sehr wichtig war Helmer-Christoph Lehmann, dass die Synodenvertreter die Hälfte der Mitglieder des Ausschusses stellten und damit eine Rückkopplung in die Synode und in die Gemeinden gewährleistet war. Viele der Synodalen waren in Partnerschaftsgruppen in ihren Gemeinden aktiv und konnten ihre Erfahrungen in den AKWD einbringen und umgekehrt Einsichten aus der Ausschussarbeit in die Gruppen.

Ein Feld der Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss und dem Kirchenkreis Stormarn war das Haus am Schüberg. Als Helmer-Christoph Lehmann 1972 im Team mit drei anderen Pröpsten die Leitung des Kirchenkreises Stormarn übernahm, war man sich rasch einig, dass die kirchliche Fortbildungseinrichtung am Rande Hamburgs einen neuen inhaltlichen Schwerpunkt brauchte. Zur Einweihung des Hauses nach der Renovierung hat Propst Lehmann deshalb bewusst den damals für Entwicklungspolitik zuständigen Bundesminister Egon Bahr eingeladen. Gemeinsam mit Dienste in Übersee und dem Kirchlichen Entwicklungsdienst sollte das Haus zu einem Zentrum entwicklungsbezogener Bildungsarbeit in Nordelbien gemacht

werden. „Aber schon bald gab es eine erste Krise. Auf Initiative von Eberhard le Coutre hatte Dienste in Übersee das Haus am Schüberg neben Stuttgart zu einem zweiten Zentrum machen wollen. Es sollten ein großer Veranstaltungssaal sowie Wohnungen für Auszusendende und Rückkehrer gebaut werden. Die Rückkehrer sollten von dort ausschwärmen und Weltdienst-Gedanken verbreiten. Aber die Mittel für die neuen Gebäude wurden nicht bewilligt, und die Mitarbeit von Dienste in Übersee am Haus am Schüberg ist viel bescheidener geworden.“

Es kamen bald Spannungen über die inhaltliche Ausrichtung des Hauses hinzu. „Die berühmte ‚Hoisbütteler Erklärung‘ beim Ökumenischen Pfingsttreffen 1988 im Haus am Schüberg ging für den damaligen AKWD-Vorsitzenden Jens-Hinrich Pörksen zu einseitig in eine sozialistische Richtung und war ein Affront gegenüber der Wirtschaft. Dazu muss man wissen, dass die Gedanken eines sozialetisch orientierten Wirtschaftens damals noch ganz in den Anfängen steckten. Hinzu kam, dass wir als Kirchenkreis Stormarn in der Wahrnehmung mancher mit „roten Krawatten“ herum liefen. So hatten wir als Kirchenkreis eine halbe Million DM für den Aufbau von südafrikanischen Gewerkschaften und die Unterstützung des Südafrikanischen Kirchenrates zur Verfügung gestellt. Nach meiner Meinung wurde die ‚Hoisbütteler Erklärung‘ überbewertet und zu einem Fanal hochstilisiert, was sie nicht war.“

Propst Lehmann selbst hielt an der positiven Bewertung der Arbeit im Haus am Schüberg und deren enger Verbindung zum AKWD fest: „Wenn es den AKWD und die Zusammenarbeit mit dem Haus am Schüberg nicht gegeben hätte, wären die inhaltlichen Botschaften des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nordelbien überhaupt nicht angekommen. Diese Inhalte wären dann in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit bei uns nicht zum Tragen gekommen.“

Die Fragen von Wirtschaft und Gerechtigkeit blieben dem AKWD erhalten, und ein wichtiger Anlass, diese Fragen zu diskutieren, war die Themensynode „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“ von 1992 bis 1994. „Es ging um die Frage: Wie orientiert sich die Kirche im Kapitalismus? Das war natürlich ein Reizwort, und es war zugleich ein Thema, das über entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und Engagement im Süden der Welt hinausging. Die kapita-

listische Gesellschaftsordnung war damals mehr oder weniger unangefochten, und es ging um deren Zählung. Das beschäftigte auch konservative Gruppen. Man darf nicht unterschätzen, dass zwar nicht die deutschen Evangelikalen, wohl aber die internationale evangelikale Bewegung sagte, man könne sich als Christ nicht einfach aus dieser Thematik zurückziehen, sondern müsse zu wirtschaftlichen Themen Position beziehen.“

Von der Synode ist Helmer-Christoph Lehmann besonders die sehr eindrückliche Bibelarbeit des brasilianischen Befreiungstheologen Professor Dr. Milton Schwantes in Erinnerung geblieben. „Bei der Synode wurde das Thema so überzeugend eingebracht, dass die Ergebnisse der Synode in unserem Kirchenkreis und in unseren Gemeinden aufgenommen worden sind.“ Für den AKWD war, so Lehmann, besonders wichtig, dass die Synode beschloss, den KED-Anteil auf 3% des gesamten Kirchensteueraufkommens im Vorwegabzug zu erhöhen. Dass die KED-Rücklagen in wachsendem Umfang in Oikocredit-Anteilen angelegt wurden, freute Propst Lehmann besonders, gehörte er doch zu den Gründungsmitgliedern des Norddeutschen Förderkreises dieser ökumenischen Kreditgenossenschaft.

In Erinnerung geblieben sind Helmer-Christoph Lehmann aus seiner Mitarbeit im AKWD auch die Debatten um die Förderung von Programmen im Baltikum und in Osteuropa seit Anfang der 90er Jahre. „Mehrere Kirchenräte im Kirchenamt wollten AKWD-Gelder für den kirchlichen Wiederaufbau im Baltikum einsetzen. Darin wurden sie von den Diakonischen Werken unterstützt, während das NMZ betonte, die KED-Gelder seien für die so genannte Dritte Welt da. In einem Bericht vor der Synode habe ich den Satz geprägt: Im Osten herrscht die Not, im Süden aber herrscht der Tod. Das war sehr plakativ, aber bewusst gewählt, denn vor einer Synode muss man Emotionalität und Engagement zum Ausdruck bringen.“ Die Förderungen für Osteuropa blieben, so Helmer-Christoph Lehmann, lange Zeit ein spannungsreiches Thema im AKWD und auch in der Synode. Aber, wie gesagt, Propst Lehmann hat solche Spannungen in kirchlichen Gremien als positiv erlebt.

Der AKWD – eine wirklich bunte Kuh

Porträt von Margrit Semmler

„Ich habe wirklich unheimlich viel gelernt“, sagt Margrit Semmler im Rückblick auf elf Jahre Mitarbeit im „Ausschuss für Kirchliche Weltdienste“ der Nordelbischen Kirche, von denen sie die letzten acht Jahre lang Vorsitzende war. Dass der Ausschuss am 31. Dezember 2008 seine Tätigkeit beendet hat, löst bei Margrit Semmler „auch ein Stück Trauer aus“.

Sie erinnert sich noch lebhaft an ihre erste Ausschusssitzung, wo sie angesichts der vielen Abkürzungen und Strukturen nur „Bahnhof“ verstand. Mit großer Hartnäckigkeit arbeitete sie sich dann rasch so in die Thematik ein, dass sie im Ausschuss „auf Augenhöhe“ mit den Vertretern des Nordelbischen Missionszentrums und der Diakonischen Werke verhandeln konnte. Um anderen neuen Synodalen den Einstieg zu erleichtern, sorgte Margrit Semmler dafür, dass für sie von nun an Einführungstreffen angeboten wurden.

Dabei verfügte die 1944 in Kiel geborene Margrit Semmler bereits über viele günstige Voraussetzungen, um aktiv an der AKWD-Arbeit mitzuwirken. Nach dem Studium der Theologie und der Pädagogik arbeitete sie von 1969 an als Grund- und Hauptschullehrerin in Glinde. In der Vikariatszeit übernahm ihr Mann für ein Jahr eine Vakanzvertretung in der deutschen Gemeinde in Sao Paulo/Brasilien. Dort erlebten die Semmlers die Realität einer Militärdiktatur einschließlich dem Abhören von Telefongesprächen. Margrit Semmler war ohne Arbeitserlaubnis in der Gemeinde tätig. „Es ging trotzdem gut“, sagt sie heute, und man spürt immer noch die Erleichterung in ihrer Stimme.

Nach der Rückkehr war Hamburg-Bramfeld die nächste Station der Familie und dann von 1972 an Flensburg. Dort schaffte es Margrit Semmler, die Tätigkeit in der Schule, die Aufgaben als Hausfrau und Mutter und die Mitarbeit in der Kirchengemeinde miteinander zu verbinden. Ihr Mann hatte damals gut 120 Konfirmandinnen und Konfirmanden, und die Pastorenfrau erteilte den Vorkonfirmandenunterricht.



In der Zeit kümmerte sich ihr Mann um die kleine Tochter. In der Arbeit mit der Frauengruppe der kleinbürgerlichen Gemeinde lernte Margrit Semmler, viele kleine Schritte auf dem Weg zu Veränderungen zu gehen und wertzuschätzen. Es war schon ein erster wichtiger Schritt zur Emanzipation, als die Frauen für ein Wochenende ohne ihre Männer zu einer Freizeit führen. Ein Erfolg war es dann auch, dass die Frauengruppe und Jugendliche aus der Gemeinde sich an Aktionen gegen die Apartheid beteiligten und erste Schritte für ein anderes Umgehen mit Rohstoffen bei der Kampagne „Jute statt Plastik“ zum Thema machten. Auch den Kinderchor und die Kindergruppe der Gemeinde betreute die Frau des Pastors. „Ich war eine mitarbeitende Pfarrfrau“, sagt Margrit Semmler im Rückblick und fügt entschieden hinzu: „Aber ich hatte meinen eigenen Bereich.“

So spielte die weltweite Ökumene nur eine kleine Rolle in der Gemeindegemeinschaft. Und ein wenig bedauernd sagt Margrit Semmler heute: „Die Erfahrungen in Brasilien noch konkreter weiterzugeben, fanden wir keine Zeit. Es kamen ständig zu viele andere Fragen massiv auf uns zu.“

1990 wurde sie Mitglied der Kirchenkreissynode und gleich in der ersten Sitzung zur Vorsitzenden gewählt. Es folgten zusätzlich die Mitarbeit in der Nordelbischen Synode und der Kirchenleitung. Als Propst Helmer-Christoph Lehmann sie fragte, stimmte Margrit Semmler zu, sich in den AKWD berufen zu lassen und damit an die eigenen kirchlichen Erfahrungen in Lateinamerika anzuknüpfen und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit zwischen Elbe und Flensburger Förde neu in den Blick zu bekommen.

Margrit Semmler ist durch und durch Pädagogin. Und das war im AKWD gefragt, denn abgesehen von den vielen Abkürzungen und komplizierten Strukturen, die es zu verstehen galt, setzte sie sich das Ziel, die Atmosphäre im Ausschuss zu verbessern, um ein effektiveres Arbeiten zu erreichen. Da war pädagogisches Einfühlungsvermögen gefragt, und dies noch stärker, als Margrit Semmler nach drei Jahren zur Vorsitzenden gewählt wurde. Selbst ihre Berichte zur Arbeit des AKWD vor der Synode hat die Ausschussvorsitzende pädagogisch gestaltet: „Ich wollte der Synode vermitteln, was für eine wichtige Grundaufgabe unserer Kirche im AKWD wahrgenommen wird. Deshalb waren die Berichte so aufgebaut, dass ich die Synodalen begeistern wollte. Ich habe dafür gesorgt, dass die Synode etwas über die vielen guten Projekte und von dem Engagement der beteiligten Menschen erfuh.“

Als Mitglied der Kirchenleitung trat Margrit Semmler entschieden für die Anliegen des Kirchlichen Entwicklungsdienstes ein und sorgte mit anderen Engagierten dafür, dass auch in Zeiten knapperer Finanzmittel nicht daran gerüttelt wurde, 3% der Kirchensteuereinnahmen für diese Aufgaben bereitzustellen. Dass der AKWD jedes Jahr mehrere Millionen Euro vergeben konnte, war für Margrit Semmler eine große Verantwortung. Deshalb war sie im Ausschuss für klare Worte und eine klare Linie, wenn es sein musste bis hin zur Konfrontation. „Ich denke, anders kommt man nicht zu weiterführenden Entscheidungen.“ Die AKWD-Arbeit sei so sehr viel zielgerichteter geworden und es habe sich bei allen die Einsicht durchgesetzt, dass „die Aktionsgruppen, die für den Kontakt zur Ökumene verantwortlichen Werke und die kirchenleitenden Gremien einander brauchen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen“.

Dass der AKWD ein Ausschuss von Synode und Kirchenleitung war, hat ihm nach Einschätzung der Vorsitzenden eine große Freiheit geschenkt. Deshalb hat sie sich vehement zur Wehr gesetzt, als versucht wurde, den AKWD zu einem Ausschuss nur der Kirchenleitung zu machen. „Wir waren eine wirklich bunte Kuh in dieser Kirche, und das war eine wahn-sinnig große Möglichkeit. Auf diese Weise konnten wir zum Beispiel eine Vernetzung von Kirche, Initiativen und Gruppen erreichen. So vermittelten wir ein richtig gutes Bild von Kirche in die Gesellschaft. Das ist etwas ganz Großartiges.“

Besorgt nimmt Margrit Semmler wahr, dass man bei Veranstaltungen zu ökumenischen Themen „uns mit den grauen Haaren“ viel häufiger sieht als junge Leute. Deshalb hat sie sich im AKWD vehement dafür eingesetzt, Projekte junger Leute zu fördern. Ihre Erfahrung: „Es gibt unheimlich engagierte Jugendliche in Kirchengemeinden und Initiativen.“ Aber noch seien es zu wenige. Deshalb sei es sehr verdienstvoll, dass es eine Mitarbeiterin im Pädagogisch-Theologischen Institut in Hamburg gibt, die Unterrichtsmaterial zu Eine Welt Themen für Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg und Schleswig-Holstein erstellt.

Von vielen Eine Welt Läden und Partnerschaftsgruppen erhofft Margrit Semmler sich, dass sie noch stärker thematisch arbeiten und Bildungsarbeit betreiben. Und so versucht sie mit pädagogischem Gespür, all diese Gruppen „ins Boot zu holen und dann dafür zu sorgen, dass ihre Arbeit qualifiziert wird.“ Und sie spart auch nicht mit Anerkennung: „Was in der Partnerschaftsarbeit in Neumünster geschieht, ist wirklich vorbildlich. Gemeinsam mit den Partnern im Kongo arbeitet man schon über einen langen Zeitraum systematisch und konsequent an wechselnden Themen. Es geht nicht nur um das Weiterreichen von Geld vom Norden in den Süden, sondern es geht darum, gemeinsam auf der Suche zu sein.“ Margrit Semmler hofft, dass die Ökumenischen Arbeitsstellen dazu beitragen werden, dass auch andernorts Partnergemeinden stärker miteinander ins Gespräch kommen und so beide Beteiligte einen Lernzuwachs haben, denn „das ist ja das Wünschenswerte dabei“.

Und die Zukunft der Arbeit, die bisher vom AKWD geleistet wurde? Margrit Semmler ist optimistisch: „Wenn diese Arbeit nun im Nordelbischen Missionszentrum angebunden ist, wird dies die Arbeit des NMZ verändern. Die bekommen einen starken Partner, und dazu trägt unsere gute Geschäftsführung bei, die überall viel Anerkennung findet. Von der Einbeziehung in das NMZ verspreche ich mir ganz viel.“

Junge Menschen müssen angesprochen werden

Porträt von Frank Howaldt

„Der AKWD hatte eine tolle Kommunikations- und Diskussionskultur, und es tut mir leid, dass es diesen Ausschuss nicht mehr geben wird.“ Frank Howaldt bedauert auch, dass er selbst dem neuen Entscheidungsgremium, der Steuerungsgruppe, nicht angehören kann. Die beiden Plätze für Synodale in diesem Koordinations- und Vergabeausschuss sind Laien vorbehalten. So soll das Laienelement in dem Gremium, in dem mehrere Institutionenvertretende sitzen, erhöht werden.

Als Gemeindepastor ist Frank Howaldt nun außen vor, auch wenn er vorerst noch in Unterausschüssen mitarbeiten kann.

Eitel Freude herrschte im AKWD nicht immer: „Es gab zwischendurch auch Sitzungen, wo ich mir als synodales Mitglied sagte: Typisch, das hier ist jetzt eine Plattform, wo die großen Werke miteinander um die Ressourcen ringen und für sich Finanzmittel beanspruchen.“ Aber es ist dem Ausschuss gut gelungen, „eine Balance zu wahren, sodass auch die Gruppen und Initiativen an der Basis im AKWD und seinen Unterausschüssen mit ihren Projekten genauso zur Geltung kamen wie die großen Werke.“ Dass die Balance im Ausschuss gelang, liegt nach der Überzeugung von Frank Howaldt nicht zuletzt daran, dass Synodale im Ausschuss saßen und dass neben den Leiterinnen und Leitern auch weitere Mitglieder der Werke im Ausschuss vertreten waren wie zum Beispiel Jürgen Bollmann, „der nicht nur das NMZ vertrat, sondern auch seine Perspektive als Harburger Propst einbrachte“. Natürlich wurden auch Anträge von Gruppen abgelehnt. „Das war dann immer schwierig, weil Engagement gestoppt wurde und die Entscheidung schwer zu vermitteln war.“

Dass Frank Howaldt den Weg in die Kirche, zur Theologie und schließlich auch in den AKWD fand, verdankt er einigen Freunden, durch die er in Verbindung mit einer Kirchengemeinde kam. Das Engagement der Schalom-Gemeinde in Norderstedt für Gerechtigkeit und Frieden sprach ihn sofort an, und er fand hier eine geistliche Heimat. Auch die Aufbrüche in der weltweiten Ökumene, vor allem der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und



Bewahrung der Schöpfung, spielten in der Schalom-Gemeinde eine wichtige Rolle. In dieser Kirchengemeinde konnte Frank Howaldt 1981-82 seinen Zivildienst leisten, und bald gehörte er dem Kirchenvorstand an. So war es konsequent, dass er 1982 ein Studium der Theologie begann. Er beschäftigte sich auch mit pädagogischen und politischen Themen, blieb aber der Theologie treu. Einen Schwerpunkt legte er auf Seminare am Institut für Religionswissenschaft, Ökumene und Missionswissenschaft.

Dass die Landeskirche damals nach dem Studium ein Jahr Wartezeit bis zum Vikariat verordnet hatte, nutzte Frank Howaldt 1990 für die Mitarbeit im Ökumenereferat der Nordelbischen Kirche, für das damals Dr. Ingo Lembke verantwortlich war. So lernte er die ökumenisch-entwicklungspolitische „Szene“ in Nordelbien intensiv kennen. Im Vikariat und dann seit 1994 als Gemeindepastor an der Christianskirche in Hamburg-Ottensen baute er dieses Engagement systematisch aus. Besonders zu erwähnen sind die Mitwirkung beim Aufbau der Flüchtlingsberatungsstelle „Fluchtpunkt“ in Altona und des „Weltladens“ im Gemeindehaus.

Dieses ökumenische und entwicklungspolitische Engagement blieb nicht unbeachtet, und als Frank Howaldt 1996 in die NEK-Synode gewählt worden war, wurde er von dem damaligen AKWD-Vorsitzenden Helmer-Christoph Lehmann angesprochen, ob er nicht für die Mitgliedschaft im AKWD kandidieren wolle. Er sagte gleich zu. Mehrmals wählte ihn die Synode in diesen Ausschuss. Frank Howaldt sagt heute nachdenklich: „Als Gemeindepastor in den Ausschuss gewählt zu werden, war erfreulich, aber es war auch so, dass

Amtskollegen, die in der NEK-Synode saßen, keine Ambitionen hatten, in den AKWD zu gehen. Das war die andere Seite der Medaille.“

Im AKWD hat Frank Howaldt sich auch in mehreren Unterausschüssen intensiv engagiert. „Meine Erfahrung ist, dass dann, wenn wir als Unterausschüsse etwas im AKWD vorgetragen haben, das auch angehört und ernsthaft diskutiert wurde. Es gab immer wieder Anträge von Initiativgruppen, wo ein Unterausschuss zum Ergebnis kam, das Vorhaben liege eigentlich außerhalb des Mandats, und wo im Ausschuss dann diskutiert wurde, ob die bestehenden Kriterien noch zeitgemäß und angemessen waren.“ So habe sich der Ausschuss im Laufe der Jahre stärker für Anträge aus der Migrationsarbeit geöffnet.

Als einer der jüngeren AKWD-Mitglieder hat Frank Howaldt besonders deutlich gemerkt, welche Probleme viele lange bestehende Gruppen haben: „Insgesamt ist die Bewegung gemeinsam alt geworden. Das lila Tuch der Kirchentage aus den 80er Jahren kann man heute unter Glas im Deutschen Historischen Museum betrachten. Viele Gruppen wollen auch in Zukunft fortbestehen, aber es kommen keine jüngeren Leute hinzu. Die Themen von internationaler Gerechtigkeit und Entwicklung werden nicht einfach sterben, das ist klar, aber es sind nur wenige Gruppen, die den Generationswechsel schaffen. Andererseits erleben wir, wie an Schulen und in der kirchlichen Jugendarbeit viele neue Projekte entstehen, und der AKWD unterstützt sie zum Beispiel mit der Förderung von Lern- und Begegnungsreisen.“ Lange bestehende Gruppen, die eine Zukunft haben wollen, müssten lernen, sich für junge Leute zu öffnen, sie zu begeistern und dabei ihr anderes Leben und ihr Zeitbudget wahr- und ernstnehmen.

Bei nichtkirchlichen Gruppen nimmt Frank Howaldt eine größere Bereitschaft wahr, Konfliktthemen zu benennen und mit Power und Energie pointiert politische Positionen zu vertreten. „Innerkirchlich geht es mehr um Integration und darum, ein Thema einer breiteren Öffentlichkeit schmackhaft zu machen. Das ist ein gesamtkirchliches Problem und eine Herausforderung. In wirtschaftlichen Fragen würde ich mir angesichts der internationalen Finanzkrise wünschen, dass provokative Ansätze, wie es sie in den 70er und 80er Jahren gab, wieder an Gewicht gewinnen. Es besteht die Gefahr, dass die Kirche hinter Erkenntnisse der internationalen Ökumene aus dieser Zeit zurückfällt. Heute wollen

viele Menschen keine grundsätzlichen Debatten mehr führen. Auch im entwicklungspolitischen Engagement ist vieles handlungsorientierter geworden. Die Leute wollen ein Projekt fördern oder einen Weltladen aufmachen. Da muss es Menschen geben, die sagen, auch das Reden und Debattieren ist wichtig.“

Ein Ansatz, Reden und Handeln zusammenzubringen, ist in der Christianskirchengemeinde die Arbeit der Regionalen Ökumenischen Arbeitsstelle. Die Gemeinde ergriff für den Kirchenkreis Altona die Initiative, eine solche Stelle aufzubauen. Dafür wurde ein ganz eigenes Konzept entwickelt. Es geht bei der Arbeitsstelle in Altona nicht um eine breitflächige Koordinierungsarbeit: „Wir machen exemplarische Arbeit wie die Beratung und Unterstützung einer Schülerfirma, die Kakaoprodukte aus der Dominikanischen Republik verkauft. Die beteiligten Schülerinnen und Schüler gehen in Schulklassen und informieren über Kakaohandel und Schokolade. Wenn man heute in Altona auf der Straße Schülerinnen und Schüler nach den Welthandelsstrukturen beim Kakao befragt, gibt es viele, die dazu etwas sagen können. Es muss gelingen, junge Menschen zu begeistern. Deshalb liegt das Profil der Ökumenischen Arbeitsstelle bei uns auf jungen Leuten und Schulen.“ Demgegenüber hat der „Weltladen“ der Gemeinde die Erfahrung gemacht, dass zu Veranstaltungen, wo ein Referent etwas vorträgt, immer nur eine ganz kleine Gruppe kommt. Viel größer ist die Bereitschaft, für einige Stunden in der Woche ganz konkret im Laden mitzuarbeiten.

Frank Howaldt zieht eine positive Bilanz seiner Mitarbeit im AKWD: „Dort wurde eine gute Kultur aufgebaut, mit unterschiedlichen Themen und Interessen umzugehen. Das sind Erfahrungen, von denen ich als Gemeindepastor sehr profitiert habe. Auch konnte ich viele Informationen, die ich im AKWD und seinen Unterausschüssen erhalten habe, in unsere Gemeinde hineinbringen. Dies gilt auch für Informationen über die internationale ökumenische Debatte. So konnte ich interessante ökumenische Texte in die Gemeindepraxis einbringen.“

Weitere Mittel für die Arbeit des AKWD

Im Jahre 2000 erreichte der AKWD auf Initiative von Margrit Semmler, dass auch von den so genannten Clearing-Mitteln der Nordelbischen Kirche 3% für Aufgaben des Kirchlichen Entwicklungsdienstes bereitgestellt wurden. Clearing-Mittel sind Kirchensteuern, die erst nach der exakten Abrechnung der Finanzämter – also ca. drei Jahre später – von den einzelnen Landeskirchen ausgezahlt bzw. nachgefordert werden. Dafür hat die NEK immer Rückstellungen im Haushalt veranschlagt. Aufgrund verlässlicher Berechnungen des Kirchenamtes konnte die Nordelbische Kirche immer von den Ausschüttungen profitieren. Von den Geldern, die die Kirchenkreise zusätzlich als Clearing-Mittel erhielten, bekam der AKWD für das Haushaltsjahr 2001 insgesamt knapp 2,4 Mio. DM. Nach Auffassung des AKWD hätten ihm auch 3% der Clearing-Mittel zugestanden, die in den NEK-Haushalt flossen. Im Blick auf weitere Clearing-Mittel-Zahlungen wurden über diese Frage Verhandlungen mit der Kirchenleitung aufgenommen. Die Clearing-Mittel ermöglichten es dem AKWD, eine Reihe neuer Initiativen zu fördern und vor allem die Ökumenischen Arbeitsstellen finanziell abzusichern.

Erweiterte NARKE

Die Tatsache, dass sich die Zahl der vom AKWD finanzierten Referentinnen und Referenten in verschiedenen kirchlichen Werken und Einrichtungen deutlich erhöht hatte, nahm der AKWD bei seiner Klausursitzung im Februar 2001 zum Anlass, über die Zusammensetzung und Arbeitsstruktur der NARKE zu beraten. Die NARKE sollte in Zukunft die folgenden Arbeitsbereiche einbeziehen:

- Ökumenebeauftragte der NEK,
- Ökumenearbeit des Frauenwerkes der NEK,
- Ökumenearbeit des Jugendpfarramtes der NEK,
- Flüchtlingsbeauftragte der NEK
- Arbeitsstelle „Fluchtpunkt“ des Kirchenkreises Altona,
- Studienprogramm zur ÖRK Dekade zur Überwindung von Gewalt,
- Schularbeit im PTI Hamburg,
- Arbeit der Studierendengemeinden in Hamburg, Flensburg und Kiel,
- Referat für den christlich-islamischen Dialog im NMZ,
- Referat für Kirchlichen Weltdienst im NMZ,
- Beauftragte für Umweltfragen und die Agenda 21,
- Beratung binationaler Ehen in der Auslandsberatung,
- Ökumenische Arbeitsstellen in den Kirchenkreisen.

Eine Jahrestagung der NARKE sollte in Zukunft Grundsatzfragen erörtern, inhaltliche Schwerpunkte behandeln und Arbeitsprojekte planen und beschließen. Die NARKE-Jahrestagung sollte außerdem dazu dienen, den Austausch und eine stärkere Wahrnehmung des Umfeldes zu fördern. Daneben wurden zwei jährliche Arbeitstreffen und die Bildung eines Lenkungsteams vereinbart. Die NARKE-Geschäftsführung wurde der AKWD-Geschäftsführerin übertragen.

Die AKWD-Geschäftsführerin Mirjam Freytag stellt zur Erweiterung der NAKRE fest: „Die neue Zusammensetzung hat die Arbeitsform in der NARKE sehr verändert. Die Koordinationsaufgabe wurde größer, da der Kreis in den letzten Jahren wuchs. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit stand nicht mehr für alle im Mittelpunkt ihres Aufgabenfeldes. Stattdessen wurde die NARKE zu einem Gremium fast aller Hauptamtlichen im Arbeitsfeld Ökumene und Entwicklung. Die Jahrestagung war bisher meist als Fortbildung konzipiert. Das Thema Evaluation – mit dem sich auch der AKWD beschäftigt hat – ist ein Beispiel. Mehrere Sitzungen hatten den Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit. Projektgruppen wurden immer wieder zu einzelnen Vorhaben gebildet. Eine Gruppe entwickelte zum Beispiel eine sehr nachgefragte Materialmappe für Kindergärten und Schulen mit dem Titel ‚Ich bin zuhause in Südafrika‘. Eine andere Gruppe verfolgt zur Zeit die Idee einer ‚Nordelbischen Klimakampagne‘. Kooperationen sind in diesem Arbeitsfeld sehr wichtig, und die NARKE ist ein Ort sich Kooperationspartner/innen zu suchen.“

Veränderungen im Haus am Schüberg

Seit den 1990er Jahren veränderte sich die „Szene“ der entwicklungspolitischen Aktions- und Initiativgruppen grundlegend, und dies hatte auch auf das Haus am Schüberg gravierende Auswirkungen. Diese beschreibt Otto-Michael Dülge im Gespräch so:

„Während meiner Tätigkeit als Leiter des Hauses am Schüberg von 2000 bis 2005 bestand die Aufgabe darin, das Haus vor der drohenden Bedeutungslosigkeit zu retten und auch vor wirtschaftlichen Problemen. Rückblickend betrachtet ist die entwicklungspolitische Szene ein Opfer ihres Erfolges geworden. Als das Haus am Schüberg in den 70er Jahren von Persönlichkeiten wie Erhard Eppler mitkonzipiert wurde, hatten das Haus und sein Thema eine Leuchtturmfunktion. Es war eine Pilgerstätte für Menschen von ganz weit her. Damals waren dies Themen für kleine Gruppen. Inzwischen haben wir es aber geschafft, dass jede zweite nordelbische Gemeinde über solche Initiativen verfügt. Insgesamt ist das Thema Gerechtigkeit von einem kirchlichen zu einem gesellschaftlichen Thema geworden. Die Bildung von Landesnetzwerken und Ansprechpartnern bei den Landesregierungen für entwicklungspolitische Themen ist ein Beleg für diese These. Wir haben es geschafft, das Thema in die Öffentlichkeit und die Gemeinden zu bringen. Mit diesem Erfolg ist gleichzeitig die Bedeutung dieses Ortes zurückgegangen. Man konnte ein Seminar zu Bolivien jetzt beim Landesnetzwerk mit Abendveranstaltungen in Hamburg besuchen und brauchte nicht mehr ins Haus am Schüberg fahren. Heute ist es unvorstellbar, dass jemand sich auf den Weg macht, um an einem Seminar zur Landeskunde Boliviens teilzunehmen. Dafür ‚googelt‘ man und hat in Windeseile alles, was man wissen muss. Das sind Quantensprünge in der Informationsgesellschaft. Das, womit das Haus groß geworden ist, war irgendwann nicht mehr gefragt. Für mich ist es eine Erfolgsgeschichte, dass das Haus wesentlich dazu beigetragen hat, aus einem Nischenthema ein gesellschaftliches Thema zu machen.“

Arbeitsstelle für die Dekade zur Überwindung von Gewalt

Zur „Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt“ des Ökumenischen Rates der Kirchen von 2001 bis 2010 hatte der AKWD zunächst ein Studienprojekt gefördert, das im Herbst 2001 erfolgreich abgeschlossen wurde. Die Ergebnisse wurden der NEK-Synode im September 2001 vorgestellt. Gemeinsam mit den Ausschüssen der Kirchenleitung Frieden und Abrüstung sowie Ökumene beschloss der AKWD die Einrichtung einer Arbeitsstelle „Gewalt überwinden“, die zuerst mit Christa Lehrer und Pastor Achim Strehlke besetzt wurde. Heute leisten Pastorin Dr. Marianne Subklew und Julika Koch diese Arbeit. Die Arbeitsstelle wurde im Haus am Schüberg angesiedelt und vom AKWD finanziell gefördert.

In einer aktuellen Selbstdarstellung werden die Projekte der Arbeitsstelle so beschrieben: „Wir wollen Menschen durch Bildungs- und Begegnungsarbeit für die *Kunst des Friedens* sensibilisieren in den Bereichen:

Friedenstheologie, Friedensethik: Veranstaltungen und Seminare an der Universität Hamburg, im Pastoralkolleg der Nordelbischen Kirche, an der Universität der Bundeswehr, an der Ev. Fachhochschule „Rauhes Haus“, am Predigerseminar Ludwigslust; die aktuellen friedensethischen Diskussionen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) wahrnehmen und kommunizieren; Projektleitung bei Deutschen Evangelischen Kirchentagen; Gesprächsreihe Gewalt überwinden in/durch Konventsbesuche, Studententage.

Friedenspädagogik: Biografiearbeit: ‚Wie hat die Geschichte meines Landes meine Biografie geprägt?‘; Mut Proben – Geschichten; Projekt Alternativen zur Gewalt (PAG); Internationale Jugendbegegnungen (z.B. Regenbogen bauen 2009 Kreisau, Polen, 70 Jahre nach Kriegsbeginn); KonfirmandInnenarbeit

Gottesdienst und Spiritualität: Gottesdienste; Internationaler Gebetstag für den Frieden, 21. September; *Dona nobis pacem* - Seminare zu Spiritualität und Gewaltfreiheit; Veranstaltungen während der jährlichen Ökumenischen Friedensdekade im November; Bibliodrama zum Thema Kunst des Friedens

Kunst: Ausstellungen; Symposien; Konzerte; Lesungen; Filme; Vernetzung; Workshops; Homepage; Gremienarbeit auf EKD- und landeskirchlicher Ebene und mit nichtkirchlichen Partnerinnen und Partnern.“

Das Netzwerk Ökumenischer Arbeitsstellen

Nachdem in Dithmarschen bereits seit einigen Jahren positive Erfahrungen mit einer Ökumenischen Arbeitsstelle gemacht worden waren, AKWD-Mitglieder sich mehrfach für den Aufbau weiterer Arbeitsstellen ausgesprochen hatten und die NEK-Synode im September 2000 einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte, wurde bei der AKWD-Sitzung am 23. März 2001 ein Arbeitspapier zur Einrichtung neuer Ökumenischer Arbeitsstellen verabschiedet. Als Ziele dieser Arbeitsstellen wurden formuliert:

- „Die entwicklungspolitischen Initiativen in den Kirchengemeinden, wie z.B. Partnerschafts- und Fair Handelsgruppen stärken,
- die Beratung von Kirchenvorständen bei ökumenischen Themen anbieten.
- die Kontinuität von Themen in den Gemeinden und das Engagement von Gruppen und Initiativen unterstützen,
- nordelbische Themen für die Region aufarbeiten, z.B. über das Ökumenische Pfingstfest informieren, Informations-, Beratungs- und Fortbildungsangebote nordelbischer Einrichtungen und
- Belange, die in der Region deutlich werden, in nordelbische Strukturen einbringen,
- Koordination der ökumenischen Aktivitäten in der Region,
- Vernetzung mit der nordelbischen Ebene, z.B. durch Hinweis auf Nordelbischen Partnertag, Lateinamerika-Tag, Pfingsttreffen, etc.“

Die Arbeitsstellen sollten jeweils für eine überschaubare Region eingerichtet werden und zwar für fünf Jahre, um eine Kontinuität der Arbeit zu sichern. Zu den Rahmenbedingungen sollte u.a. gehören, dass begleitende Ausschüsse eingerichtet und eine enge Verbindung in der Region und in Nordelbien in den Bereichen Ökumene, Weltdienst und Mission Tätigen sichergestellt werden. Der AKWD erklärte sich bereit, eine 50%-Stelle als Ökumenische Arbeitsstelle in der mecklenburgischen Partnerkirche mit zu finanzieren.

Im März 2002 beschloss der AKWD die Finanzierung von drei Ökumenischen Arbeitsstellen im Kirchenkreis Stormarn, in Norder- und Süderdithmarschen sowie gemeinsam für die Kirchenkreise Eiderstedt, Südtondern und Husum-Bredstedt. Bei der folgenden Sitzung im Juni 2002 wurden Mittel für eine Ökumenische Arbeitsstelle im Kirchenkreis Altona bewilligt. In den folgenden Monaten und Jahren wurde das Netzwerk der Ökumenischen Arbeitsstellen so ausgebaut, dass es inzwischen in fast allen nordelbischen Kirchenkreisen eine solche Stelle gibt.

Die Ökumene fest verankern

Ökumenische Arbeitsstellen in den Kirchenkreisen
Der nachfolgende Beitrag von Mirjam Freytag erschien in der Ausgabe der nordelbischen Zeitschrift „weltbewegt“ vom Dezember 2008.

„Ich möchte mit vielen anderen Menschen nach Möglichkeiten suchen, wie wir selber in unserem alltäglichen Handeln etwas mehr Gerechtigkeit in die Welt bringen können.“ So beschreibt Pastorin Marlies Rattay ihre ökumenische Arbeit in Dithmarschen. In fast jedem der neu zusammengelegten Kirchenkreise in Nordelbien gibt es mittlerweile eine Ökumenische Arbeitsstelle. Vor ein paar Jahren war die hauptamtliche ökumenische Arbeit dagegen noch auf ganz wenige Zentren beschränkt.

Die Ökumenischen Arbeitsstellen sind ein neuer Ansatz, der das ökumenische Profil des Kirchenkreises und das Engagement der Gemeindeglieder in den Mittelpunkt rückt. Dazu ist es wichtig, Menschen vor Ort zu kennen, Projekte gemeinsam zu entwickeln und Kooperationspartner in der Region zu suchen.

Die Initiative zur Einrichtung der Ökumenischen Arbeitsstellen ging vom Ausschuss für Kirchliche Weltdien-

te aus. Der Ausschuss wollte mit diesem Programm die ehrenamtliche Arbeit in Partnerschaftsgruppen, Eine Welt-Initiativen und Gemeinden stärken. Die Ökumenischen Arbeitsstellen unterstützen, beraten, geben Impulse und entwickeln die Konzepte internationaler christlicher Solidarität weiter.

Elisabeth Hartmann-Runge, die die Ökumene im Kirchenkreis Lübeck vertritt, sagt es so: „Die ökumenischen Arbeitsstellen bieten die Möglichkeit, vernetzt mit vielen kirchlichen Akteuren für Themen der Gerechtigkeit, der Menschenwürde und des interkulturellen Zusammenlebens einzutreten“. Das Tätigkeitsfeld einer solchen Stelle reicht von der Begleitung ökumenischer Begegnungen, der Unterstützung von Weltläden, der Beratung von Kirchenvorständen und der Gestaltung von Gottesdiensten bis zur Beteiligung an Brot für die Welt-Aktionen und bundesweiten Kampagnen. In den Städten spielt dabei das Miteinander von Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen eine immer größere Rolle. Ein monatlicher „International Gospel Service“ für afrikanische und deutsche Christen unter dem Motto „Different Colours. One

People“ gehört für Friedrich Degenhardt zu einem seiner Arbeitsschwerpunkte im Kirchenkreis Alt-Hamburg.

Im Rahmen der Zusammenlegung der bisherigen Kirchenkreise haben sich die Ökumenischen Arbeitsstellen dafür stark gemacht, die Ökumene fest in den neuen großen Kirchenkreisen zu verankern. Darüber hinaus tauschen sie sich intensiv mit den Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarkirchenkreisen und nordelbienweit

aus. So entstanden in der Vergangenheit Kooperationsprojekte wie eine öffentlichkeitswirksame Aktion entlang des Nord-Ostsee-Kanals im Rahmen der Aids-Kampagne, eine Veranstaltungsreihe zum G8-Gipfel in Hamburg, eine Fachtagung zum Thema „Korruption“ in Preetz und eine ausleihbare Ausstellung anlässlich der Landesgartenschau in Schleswig. Ihr Titel lautet: „Pflanzen – Menschen – Migranten“.

Verstärkung der ökumenischen Jugendförderung

12,5% der vorhandenen Mittel für Einzelmaßnahmen und ökumenische Begegnungen wurden in der Zeit von 1996 bis 2001 für die Zielgruppe Jugendliche vergeben. Dies berichtete die AKWD-Geschäftsführerin Mirjam Freytag bei einer Klausur des Ausschusses im Januar 2002. Es gab eine Reihe von Stellen mit AKWD-Finanzierung, die die Zielgruppe Jugendliche besonders berücksichtigten, vor allem die Stelle im Jugendpfarramt, aber auch das NMZ-Stipendienreferat mit einem deutlichen Schwerpunkt auf der jüngeren Generation. Die Stellen im PTI und die Bildungsstelle für Globales Lernen im Diakonischen Werk Schleswig-Holstein hätten die Zielgruppe Lehrer und Lehrerinnen, die wiederum mit Jugendlichen arbeiteten.

Mirjam Freytag beschrieb die Vielfalt der Theaterangebote für Jugendliche: „Dazu gehört ein Projekt des Pantheaters mit dem Titel ‚Erkundungen in Indien – Straßenjungs‘, eine Tournee mit Gcina Mhlophe, die mit ‚Storytelling for kids‘ und Performances auftritt. Im Rahmen der Kinderkulturkarawane, Antragsteller hierfür war das Stadtteilbüro Dulsberg, gab es Theatervorstellungen von zwei afrikanischen Straßenkindergruppen. Die Fuchsproduktion hat zweimal sehr spannende Theaterprojekte mit jugendlichen Flüchtlingen durchgeführt. Eins hieß ‚7 Leben‘, das andere ‚Hajusom‘. Spielorte waren Kampnagel und die Fabrik in Hamburg.“

Ergänzend berichtete Bernd Witzke über die internationale ökumenische Arbeit im Nordelbischen Jugendpfarramt. Neben der Zusammenarbeit mit den baltischen Ländern und anderen Ländern der Ostseeregion bildete die Zusammenarbeit mit dem NMZ beim Jugendprogramm „Der Andere Blick“ einen Schwerpunkt der ökumenischen Arbeit. Die NMZ-Stipendienreferentin Carola Kienel stellte die Entstehung und den Aufbau des Programms „Der Andere Blick“ dar. Sie sagte unter anderem: „Unser Anliegen ist es, den Kreis der Engagierten in der Solidaritäts- und Partnerschaftsarbeit zu vergrößern, neue Leute zu gewinnen, die auch später an ökumenischen Fragen weiter arbeiten, Freundschaften über die Grenzen der Kontinente hinweg pflegen und zu Mitstreiterinnen und Mitstreitern für eine ökumenische Weite und für Fragen der Weltverantwortung hier in unserer Kirche werben. Carola Kienel berichtete über die Pläne für ein Reverseprogramm im Jahre 2002. Zum Thema „Lieder gegen Gewalt“ sollten 30 jugendliche Gäste aus den Partnerkirchen für 6-8 Wochen eingeladen werden. Im Gespräch des AKWD über dieses Vorhaben wurde der Wunsch geäußert, das Programm nicht nur zentral zu planen, sondern auch die Regionen einzubeziehen. Außerdem wurden bei der Klausur weitere Vorschläge dargestellt und diskutiert, Jugendliche verstärkt in die Eine-Welt-Arbeit einzubeziehen.

Ein Jahr später befasste sich der AKWD am 28. Januar 2003 erneut mit seinem Selbstverständnis. Im Protokoll hieß es hierzu zusammenfassend: „Für die Zukunft ist es wichtig, das eigene Selbstverständnis zu artikulieren. Hierzu gehört, globale Themen zu besetzen und das eigene Verständnis der Bildungsarbeit im Blick auf die globalen Probleme bei Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu formulieren.“ Am Ende der Sitzung wurden die Ausschussmitglieder gebeten zu formulieren, was ihnen an der Arbeit des AKWD wichtig war. Die Antworten machten deutlich, wie wichtig vielen Ausschussmitgliedern die unmittelbare Anbindung des Ausschusses an Synode und Kirchenleitung war. Wiederkehrende Stichworte waren auch Vernetzung und Koordination der entwicklungspolitischen Arbeit. Ein AKWD-Mitglied schrieb: „Der AKWD soll sich einsetzen für Ausgleich und Austausch; er soll Beziehungen stiften zwischen uns und den ‚fernen Nächsten‘. Es geht darum, die von Gott geschenkte Fülle für uns und andere einzusetzen.“ Im Protokoll der Ausschusssitzung, bei der die Ergebnisse der Befragung vorgestellt wurden, hieß es: „Im anschließenden Gespräch wird das konstruktive gute Klima des Ausschusses hervorgehoben. Das spiegele auch die Homogenität der Antworten wider. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Ausschussmitglieder sehr gern in diesem Ausschuss arbeiten.“

Deutsch-Tansanische Partnerschaft e.V.

Die Initiative für die Gründung der Deutsch-Tansanischen Partnerschaft e.V. ging von Andrea Karsten aus. Während eines sechsmonatigen Studienaufenthaltes 1994/1995 in Dar es Salaam besuchte sie Frauenprojekte in der Region Kondoa in Zentraltansania. Tief beeindruckt von dem Mut, der Tüchtigkeit und Herzlichkeit der Frauen, startete Andrea Karsten bei ihrer Rückkehr nach Deutschland eine Sammelaktion für den Bau eines Frauenmeetingcenters für Frauengruppen der Kondoa-Region.

1998 wurde der Verein gegründet. Schnell folgten erste Projekte: Elektrifizierung einer Schule, Bau einer Nurseryschool und Computerklassen für Dorfschulen. Im Rahmen des Anderen Dienstes im Ausland (ADiA) entstand an einer Schule eine Solarlampenwerkstatt. Das Projekt weitete sich schnell aus,



und es entstanden immer neue Projekte zum Klimaschutz durch Nutzung solarer Energien. Mittlerweile wurde zusammen mit anderen das Projekt „Freiwilliges ökologisches Jahr in Tansania – Völkerverständigung und Entwicklung durch gemeinsame Arbeit Jugendlicher für Klimaschutz und erneuerbare Energien“ ins Leben gerufen.



Fotos: Deutsch-Tansanische Partnerschaft

scheidungen zwischen unterschiedlichen Vertreterinnen und Vertretern der nordelbischen Kirche diskutiert und umgesetzt werden. Der AKWD wird sich in eine große Plattform mit einbringen.“

Verstärkung der ökumenischen Frauenarbeit

Im November 2002 beschloss der AKWD, die Förderung der ökumenischen Arbeit im Nordelbischen Frauenwerk fortzusetzen. Die 50%-Stelle der Ökumene-Referentin wurde weiterhin durch einen Finanzbeitrag abgesichert. In der gleichen Sitzung beschloss der Ausschuss, sich an der Finanzierung der NMZ-Projektstelle „Gender und ökumenische Beziehungen“ zu beteiligen. Zunächst wurden Finanzmittel für drei Jahre zur Verfügung gestellt. Die Stelle wurde mit Bärbel Fünfsinn besetzt. In einer Darstellung der Themen der Projektstelle schreibt sie:

„Mangelnde Geschlechtergerechtigkeit zählt weltweit im Beruf und privat zu den Haupthindernissen für ein erfülltes Leben. In den Partnerkirchen des Nordelbischen Missionszentrums ist Geschlechtergerechtigkeit deshalb ein Thema. Marie Kabondo, Leiterin der Frauenarbeit aus dem Kongo, sagt: ‚Wir wollen, dass die Gerechtigkeit und Harmonie zwischen Frau und Mann wieder hergestellt wird und dass alle gleiche Chancen haben. Wir

Ökumenische Bildungsarbeit in den Gemeinden

Bei einem Gespräch mit Bischöfin Bärbel Wartberg-Potter stand am 7. Juni 2002 die Frage im Mittelpunkt, wie die ökumenische Arbeit in Nordelbien intensiviert und besser koordiniert werden könnte. Die Bischöfin betonte unter anderem, dass die ökumenische Bildungsarbeit in jeder Kirchengemeinde verstärkt werden müsste, dass eine gemeinsame Ökumene-Policy der Kirche auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform entwickelt werden sollte und dass Ökumene nicht auf die Partnerschaft mit lutherischen Kirchen beschränkt werden könnte, sondern die Vielfalt der Christenheit wahrgenommen werden müsste. In der anschließenden Aussprache ging es auch um die Frage, wie eine Verständigung auf ein gemeinsames Jahres- oder Zweijahresthema aller an der Ökumenearbeit in Nordelbien Beteiligten erreicht werden könnte.

In ihrem Schlussvotum sagte die Bischöfin: „Mein Ziel ist es, die ökumenischen Strukturen noch fruchtbarer zu machen und ihre Wirksamkeit zu verbessern – für unsere Kirche und für die Welt. Einheit ist ein Verstärker für das, was wir wollen, nicht eine Behinderung. Die Einsicht ist wichtig, dass bestimmte Dinge verändert werden sollten. Zurzeit gibt es noch beträchtliche Reibungsverluste. Vieles existiert unverbunden nebeneinander.“ Ein erster wichtiger Schritt bestünde darin, die Mandate aller Ausschüsse, Gremien und Organisationen zu klären. Im Blick auf die Kooperation gelte: „Gemeinsam sind wir stark – auch für unsere Arbeit“. Ein Ziel müsste es sein, die Partnerschaftsarbeit stärker mit Bildungsprozessen zu verbinden. Die AKWD-Vorsitzende Margrit Semmler betonte im Blick auf den Vorschlag einer Ökumene-Plattform: „Der AKWD ist selbst eine erfolgreiche Plattform, durch die Zielvereinbarungen und Ent-

suchen nicht die Verurteilung der Männer, sondern das Gleichgewicht mit ihnen.' Kabondo führt Seminare mit Frauen durch, in denen es ihr vor allem um Aufklärung und um die Überwindung alltäglicher Gewalt geht. Aber allein mit den Frauen zu arbeiten reiche nicht, so Marie Kabondo: ‚Ohne die Beteiligung von Männern kann dieser Prozess nicht gelingen.' ... Wenn es um das Thema Gender geht, also um kritisches Hinterfragen von geschlechtsspezifischen Rollen und Erwartungen, haben nicht nur Frauen etwas zu gewinnen, sondern auch Männer. Innerhalb der Gender-Diskussion Männlichkeit und Weiblichkeit neu zu verstehen, verhilft allen zu einem besseren und glücklicheren Leben!“

Gemeinsame Themen: Ökumene, Kirchlicher Weltdienst, Frieden, Abrüstung und Überwindung von Gewalt

Angesichts der Überschneidungen, die es in der Arbeit des Ökumenausschusses, des AKWD, des Ausschusses Frieden und Abrüstung sowie des Beirats zur Dekade zur Überwindung von Gewalt fanden 2002 und 2003 gemeinsame Sitzungen der drei Ausschüsse und des Beirats statt. Bei der Sitzung am 20. November 2003 bildeten Mandat und Struktur der Ökumenearbeit einen thematischen Schwerpunkt. Bischöfin Wartenberg-Potter informierte, dass der Ökumenausschuss positiv der Vorlage für neue ökumenische Strukturen in Nordelbien gegenüberstand und eine Stärkung und verbindliche Koordination auf dem Gebiet der Ökumene erwartete. Es habe schon längere Zeit der Wunsch bestanden, zu einem gemeinsamen Policy-Gremium zu kommen. Dem Ökumenausschuss war deutlich, dass er bei der Verwirklichung der Pläne in seiner bisherigen Funktion aufgelöst werden würde.

Bei den Diakonischen Werken bestanden Zweifel, ob dies der richtige Zeitpunkt für ein solches Vorhaben sei. Neben anderen Bedenken wurde auch gefragt, in welchem Verhältnis der AKWD und der neue Ökumenausschuss stehen würden. Demgegenüber stand die Referentenkonferenz des NMZ dem Entwurf positiv gegenüber und erklärte sich zur Mitarbeit in dem neuen Gremium bereit. Bedenken bestanden im Blick auf die Zusammensetzung des geschäftsführenden Ausschusses. Auch der Dekadebeirat und der Ausschuss für Frieden und Gerechtigkeit standen dem Vorschlag insgesamt positiv gegenüber, schlugen aber verschiedene Änderungen und Ergänzungen vor.

In der Diskussion befassten sich die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse gemeinsam mit dem vorgesehenen Mandat des neuen Ökumenausschusses. Es wurde ein Einvernehmen im Blick auf eine Formulierung in dem Papier erzielt, die die Eigenständigkeit der anderen Ausschüsse zum Ausdruck brachte. Außerdem wurden Einzelheiten im Blick auf die Zusammensetzung des Ausschusses und seines Geschäftsführenden Ausschusses besprochen. Am Ende wurde das Gesamtkonzept einstimmig beschlossen.

Keine weiteren Ökumenischen Pfingstfeste

Die NARKE beschäftigte sich 2002 im Auftrag des AKWD mit der Frage eines neuen Konzeptes für das Ökumenische Pfingstfest. Hintergrund war die Beobachtung, dass der Aufwand für diese Treffen, zuletzt in Ratzeburg, sehr hoch war, aber im Vergleich dazu der Effekt gering wäre. Die NARKE beriet über die Ursachen und schlug vor, auf das Ökumenische Pfingsttreffen in Zukunft zu verzichten und stattdessen andere Veranstaltungen wie das Jahresfest in Breklum und den Brot für die Welt-Eröffnungsgottesdienst zu stärken. Der AKWD schloss sich dieser Einschätzung an. Er schlug außerdem vor, bei Veranstaltungen in den Kirchenkreisen stärker ökumenische Themen einzubringen und so die Ökumene vor Ort zu verstärken.

Politische Advocacyarbeit

2003 brachte Frau Ursula Sontag einen Antrag in die Synode ein, der von weiteren Synodalen unter den AKWD-Mitgliedern unterstützt wurde und in dem der neue Bundestag aufgefordert wurde, einen verbindlichen Zeitplan zur Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialprodukts zu beschließen. Die Synode nahm den Antrag an, der an die Abgeordneten weitergeleitet wurde. Die Synode erinnerte daran, dass in den Programmen von SPD, Bündnis90/Die Grünen, PDS und CDU/CSU das 0,7%-Ziel zu finden ist: „Angesichts des weit reichenden Konsenses zwischen den Parteien regt die Nordelbische Synode eine fraktionsübergreifende Initiative an, damit im Rahmen der Beschlussfassung zum Bundestagshaushalt 2003 ein verbindlicher Zeitplan für die schrittweise Erhöhung der Entwicklungshilfe verabschiedet wird.“

„A taxi to life“

„A taxi to life“ ist der Titel eines Musicals, das gemeinsam von Jugendlichen aus lutherischen Kirchengemeinden in Pietermaritzburg/Südafrika und aus dem Kirchenkreis Pinneberg erarbeitet wurde. Im Rahmen der seit 20 Jahren bestehenden Partnerschaft waren im Sommer 2007 neun südafrikanische Jugendliche zu Gast im Kirchenkreis Pinneberg und schrieben und probten gemeinsam mit deutschen Jugendlichen das Musical. Im Mittelpunkt der Handlung stand ein südafrikanisches Taxi (ein Kleinbus), in dem sich unterschiedlichste Menschen begegneten und über ihre Lebensgeschichten und Probleme sprachen. Diese Geschichten wurden untermalt mit musikalischen Beiträgen von Zulu-Liedern bis zu Pop-Musik. Das Musical wurde in der Pinneberger Christuskirche und der Uetersener Erlöserkirche aufgeführt und löste bei den jeweils etwa 200 Besucherinnen und Besuchern „standing ovations“ aus und war Anlass für lange Gespräche.



Entwicklungsziele der eigenen Gesellschaft klären und Einsichten in die Notwendigkeit des Teilens schaffen. Die Reisen sollten in langfristige entwicklungspolitische Bildungsprogramme eingebettet sein. Auch Reverseprogramme werden gefördert. In den Richtlinien wurde zu den Inhalten der Reisen festgestellt: „Inhalt der Programme soll nicht das Außergewöhnliche des Gastlandes sein, sondern das alltägliche Leben. Man lernt es kennen, indem man daran teilnimmt. Dazu gehört auch die Verpflichtung, die Position der Kirchen in ihrem jeweiligen Umfeld wahrzunehmen und kritisch zu würdigen.“ Auch Ökumenische Lernreisen im Rahmen von Schulpartnerschaften könnten gefördert werden.

AKWD-Geschäftsführerin Mirjam Freytag hat in Zusammenhang mit Anträgen für entwicklungspolitische Reiseprogramme diese Erfahrung gemacht: „Es gibt eine rege Reisetätigkeit zwischen nordelbischen Partnerschaftsgruppen und ihren Partnergemeinden. Für uns in der Geschäftsstelle ist damit ein hoher Beratungsaufwand verbunden. Wir bitten öfter um eine Überarbeitung der Reiseprogramme. Viele Reisegruppen tun sich schwer damit, ein gemeinsames Thema zu verabreden; meist heißt das Thema: „Kennen lernen der Partnergemeinde“. Kritisch werden von uns auch immer die Reisen gesehen, bei denen die Besichtigung von Partnerschaftsprojekten oder die Verhandlungen über die Zukunft der Projekte im Mittelpunkt stehen. Sehr interessant sind meist die Reisen von Jugendlichen, die in den letzten Jahren erfreulicherweise zugenommen haben. Dort liegt der Fokus stärker auf dem Miteinander, im Sinne etwas zusammen zu machen.“

Neue Amtsperiode mit Rückblicken und Ausblicken

Am 17. Februar 2004 traf sich der von der Synode neu zusammengesetzte AKWD erstmals, auch die ausscheidenden Mitglieder waren zu dieser Sitzung eingeladen worden. Unter dem Tagesordnungspunkt „Traditionen weitergeben“ berichteten langjährige AKWD-Mitglieder von ihren Erfahrungen. Oberkirchenrätin Rut Rohrandt

Verantwortungsbewusste Geldanlage – auch ein Thema für den AKWD selbst

Der AKWD legte seine frei verfügbaren Rücklagen kurzfristig bei der Evangelischen Darlehns Genossenschaft in Kiel an und Mittel, die kurzfristig nicht benötigt wurden, bei der ökumenischen Kreditgenossenschaft Oikocredit (früher EDCS). Mitte 2003 waren dies etwa 760.000,- Euro. Oikocredit stellt Genossenschaften und Selbsthilfeinitiativen im Süden der Welt zinsgünstige Kredite zur Verfügung und berät sie intensiv bei ihren Bemühungen, wirtschaftlich eigenständig zu werden. Die Anteilseigner verzichten bewusst auf eine hohe Rendite, um so einen Beitrag zu einem gerechteren Umgang mit dem Geld zu leisten und es zu ermöglichen, dass Menschen aus eigener Kraft Armut überwinden können. Im Juni 2003 beschäftigte sich der AKWD mit seiner Geldanlagepolitik und beschloss, grundsätzlich weitere Rücklagen bei Oikocredit anzulegen, aber auch zusätzliche Möglichkeiten des ethischen Investments zu prüfen.

Kriterien für entwicklungspolitische Reiseprogramme

Der AKWD hatte 1997 Richtlinien und Kriterien für die Förderung entwicklungspolitischer Reiseprogramme überarbeitet und andere Förderungen festgelegt, die 2003 aktualisiert wurden. Für entwicklungspolitische Reiseprogramme wurden drei Ziele formuliert: ökumenisches Bewusstsein fördern, die

reflektierte die Rolle als Dezernentin des Kirchenamtes im AKWD. Diese Rolle sei nicht leicht wahrzunehmen. Sie berate einerseits den Ausschuss und sei andererseits als Antragstellerin von den Entscheidungen des Ausschusses abhängig. Sie bemühe sich, die Arbeit des Ausschusses gegenüber Kolleginnen und Kollegen zu verteidigen. Für die Zukunft wünschte sich Frau Rohrandt, dass mit dem vorhandenen Geld die ökumenischen Tätigkeiten der Nordelbischen Kirche gefördert würden.

Pastor Jürgen Jessen-Thiesen erinnerte daran, dass am Anfang der Arbeit eine Vision stand, die immer noch wirksam sei. Diese Vision, „sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen, ist einmalig. Die Vision war immer gefährdet. Es wurde immer darum gerungen, wie mit Macht, Einfluss und Geld umzugehen ist. Ziel war und ist es, einen Ausgleich der Interessen zu finden und dabei gemeinsam zu überlegen, was das Beste für Nordelbien ist.“ Ein besonderer Schwerpunkt sei die Förderung der Partnerschaftsbeziehungen. Aus einer früher überschaubaren Zahl von Beziehungen sei eine Fülle von Kontakten entstanden. „Der AKWD hat nicht nur Finanzen vergeben, sondern auch Strukturen geschaffen, um Themen besser an der Basis zu verankern. Ein Beispiel dafür sind die Ökumenischen Arbeitsstellen.“

Wulf Martens sagte als neues Ausschussmitglied: „Mein Wunsch für die Arbeit des Ausschusses ist, die Kontakte zu den Partnerkirchen zu stärken und Begegnungen zu fördern. Es sollten keine Einbahnstraßen entstehen. Wir lernen aus den Begegnungen, was für uns als Kirche tragend ist und uns gegenseitig voranbringt. Im Kirchenkreis Eutin gibt es noch wenige ökumenische Bemühungen. Es ist zu hoffen, dass die Arbeit des AKWD auch Auswirkungen hat auf die Gemeinden, die noch wenig mit Ökumene in Beziehung gekommen sind.“

Propst Jürgen Bollmann stellte fest: „Im Vergleich zur KED-Arbeit in Deutschland haben wir mit einem Unikum das Optimum erreicht. Wir sitzen, diskutieren und entscheiden gemeinsam an einem Tisch. Hier verwirklicht sich Kirche transparent und partizipatorisch. Es geht nicht um Machtauseinandersetzungen, sondern um das gemeinsame Ziel, ökumenisches Denken in der Kirche zu verbreiten.“ Der NMZ-Direktor Joachim Wietzke bezog in einem Statement so Position: „Es geht darum, die ökumenischen Bemühungen zu stärken. Wir sollten nicht nur für entwicklungspolitische Bildungsarbeit zuständig sein. Dies ist zu eng gedacht und nur bedingt gut. Wir sind mitverantwortlich für die Ökumeneorientierung unserer Kirche. Wir sollten aufpassen, nicht zu einem Finanzausschuss zu werden. Dies ist unsere Aufgabe für die Zukunft.“

Edeltraud Engel trug mit einem zweiseitigen Beitrag zum „Traditionen weitergeben“ bei. Sie erinnerte an die Entstehungsgeschichte des Ausschusses und stellte dann zur Arbeitsweise des Ausschusses u.a. fest: „Die geistliche Komponente in der gemeinsamen Arbeit ist für mich wichtig und unaufgebbar. Sie findet nicht nur Ausdruck in der Andacht zu Beginn der Sitzung, aber auch dort! Die Andacht/die geistliche Besinnung führt immer wieder zu der Quelle, aus der wir für unsere Arbeit das Wasser schöpfen.“ Sie bezeichnet es in ihrem Rückblick als „schmerzlichen Prozess“, dass die Osteuropa-Arbeit nicht in den AKWD integriert wurde. Dem „Eine-Welt-Denken“ hätte dies gut getan.

Außerdem merkte Edeltraud Engel an, dass der AKWD wegen seiner Zusammensetzung ein „Exotikum“ sei, „aber so konnten ökumenisch, missionarisch und entwicklungspolitisch relevante Prozesse und Projekte innovativ und kreativ auf den Weg gebracht werden“. Abschließend stellte sie fest: „Ich finde, die NEK kann stolz auf den AKWD sein. Es gehen von ihm viele Impulse in diese Kirche aus. Es wird von vielen Ehren- und Hauptamtlichen mit großer Überzeugung gearbeitet in einem Geist, der unseren christlichen Glauben widerspiegelt.“

Neue Zusammensetzung des AKWD und Veränderungen im Kirchenamt

Bei seiner Sitzung am 9. November 2004 wurde Frau Margrit Semmler zur AKWD-Vorsitzenden gewählt, Pastor Frank Howaldt (siehe Porträt in dieser Broschüre) zu ihrem Stellvertreter. Frau Semmler wurde außerdem in dem neu gebildeten Ausschuss für Partnerkirchen in Europa berufen, der die Zusammenarbeit mit den lutherischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen in Europa begleiten sollte. Der Ausschuss sollte sich zunächst mit Strukturfragen befassen, die sich an der Vergabe der Osteuropamittel gezeigt hatten, und eine größere Transparenz gewährleisten. Der AKWD verwaltete in dieser Zeit KED-Mittel in Höhe von 8,5 Mio. Euro. Von den 3% KED-Anteil am Kirchensteueraufkommen flossen deutlich weniger als 2% an den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), dem Nachfolger des zentralen KED-Fonds beim EKD-Kirchenamt in Hannover. Neben den etwa 1,2% für KED-Nordelbien gingen weitere Mittel an den Lutherischen Weltbund und die Liste des Bedarfs des Evangelischen

Missionswerks in Deutschland (EMW). Deshalb wurde bei der AKWD-Sitzung am 9. November 2004 protokolliert: „Frau E. Engel weist darauf hin, dass es nicht unser Anliegen sein sollte, KED-Zentral weiter zu schwächen, da viele wichtige Programme durch KED-Zentral-Gelder finanziert werden.“

Der AKWD beschloss, für zunächst zwei Jahre eine Referentinnen-/Referentenstelle im Dezernat Mission, Ökumene und Entwicklung im Kirchenamt der Nordelbischen Kirche zu finanzieren. Hintergrund war, dass nach dem Ausscheiden der bisherigen Dezernentin die Stelle im Kirchenamt aus finanziellen Gründen nicht wiederbesetzt werden sollte. Es wurde erwogen, das Dezernat M mit einem anderen Dezernat im Kirchenamt zusammenzulegen. Dieser Plan wurde aber wieder verworfen. Da die Stelle nur wieder besetzt werden durfte, wenn eine Außenfinanzierung erreicht wurde, bat das Kirchenamt den AKWD, die Stelle zu finanzieren. Der AKWD plädierte ausdrücklich dafür, dass dies eine befristete Finanzierung bleiben sollte. Im Beschluss heißt es: „Die zwei Jahre sollen genutzt werden, eine klare Konzeption für die Sicherung der Arbeit und eine Neugliederung der Arbeitsbereiche im Kirchenamt zu entwickeln.“ In der Überlegung war außerdem, die operationale Tätigkeit des Dezernats aus dem Kirchenamt in die dafür verantwortlichen Werke zu übertragen. Als neuer Dezernent wurde Pastor Wolfgang Vogelmann berufen.

Die Einbindung der Ökumenischen Arbeitsstellen

Im November 2004 befasste sich der AKWD auch ausführlich mit Differenzen im Blick auf die Ökumenischen Arbeitsstellen, die Propst Bollmann in einem Memorandum aufgegriffen hatte. Anlass war der Wunsch von Pastor Frank Howaldt, den er in einem Sachkostenantrag formulierte, dass die anderen Empfänger von KED-Geldern den Werken gleichgestellt werden sollten. Frank Howaldt erläuterte dem AKWD, dass die Regie- und Verwaltungskosten, die die Werke (NMZ und Diakonische Werke) erhielten, Anstoß für seinen Sachkostenantrag waren. Im Protokoll wurden seine weiteren Ausführungen dann so zusammengefasst: „Er geht von einer veränderten ökumenischen und entwicklungspolitischen Bewusstseinslage aus, die auch in der Förderung berücksichtigt werden sollte. Er sieht die ökumenischen Regionalstellen als ein neues drittes Standbein. Das Programm ‚ökumenische Regionalstellen‘ ist strategisch ein guter Schritt, der uns in eine neue Richtung führt. Es ist ein neuer Ansatz, der zur Stärkung unserer Arbeit beiträgt.“

Propst Bollmann erinnerte an den offiziellen Auftrag der Werke und die Zusammensetzung des AKWD. Gegenüber den jeweiligen Eigeninteressen der Werke würden die synodalen Mitglieder des Ausschusses für einen Ausgleich sorgen und neue Initiativen wie die Regionalstellen anschieben. Er merkte an, dass das Mandat der Regionalstellen noch offen sei. Es müsse geklärt werden, wer die Verantwortung trage. Er schlug die Anbindung an die AKWD-Geschäftsstelle vor.

Oberkirchenrat Wolfgang Vogelmann erinnerte daran, dass das Programm der Ökumenischen Arbeitsstellen auf einem Beschluss der Ökumenesynode beruht. Die Auffassungen der AKWD-Vorsitzenden Margrit Semmler im Blick auf die ökumenischen Regionalstellen wurden so protokolliert: „Es war nie so, dass die gesamte entwicklungspolitische Arbeit nur von den Werken geleistet wurde. Es wurde bewusst nicht das gesamte Geld an die Werke verteilt. Wir müssen im Ausschuss überlegen, was wir erhalten müssen und wo bereits neue Beschlüsse vorliegen. Der Beschluss der Ökumenesynode und die zur Verfügung stehenden Clearingmittel haben zur Förderung des neuen Konzepts maßgeblich beigetragen. Wir wollen diese Arbeit erhalten und Gelder dafür bereitstellen.“

NMZ-Direktor Joachim Wietzke erinnerte daran, dass es vor der Gründung des AKWD strittig gewesen sei, wo die KED-Gelder verwaltet werden sollten. Weder das NMZ noch die Diakonischen Werke kamen in Frage, auch eine Aufteilung wurde nicht favorisiert. Der AKWD, so Wietzke, sei eine „glückliche Konstruktion“. Mit ihm entstand ein drittes Standbein oder übergeordnetes Forum. Die Pauschalzuweisung an das NMZ gehe auf einen Beschluss der Synode aus dem Jahre 1987 zurück. Damit sollte verhindert werden, dass die entwicklungspolitische Arbeit auf Kosten der Mission gehen würde. Nach Auffassung Wietzkes sollten die Ökumenearbeit und die entwicklungspolitische Arbeit und deren Ausgestaltung vorrangig bei den Werken angesiedelt sein. Es gehe nicht um eine Engführung, sondern die Arbeit sei weniger angreifbar, wenn sie eine klare Linie habe.

Edeltraud Engel vom Diakonischen Werk in Hamburg unterstützte diese Position und verwies darauf, dass im Laufe der Jahre viel erreicht worden sei und neue Programme wie die Regionalstellen hinzugekommen seien. Wulf Martens setzte sich dafür ein, dass bei möglichen Einsparungen die Balance zwischen Werken und kleinen Initiativen gewahrt werden müsste und die Einsparungen nicht besonders zulasten der Initiativen gehen dürften.

Pastor Howaldt argumentierte, dass es eine Erfolgsgeschichte sei, dass es ökumenische Arbeit an vielen verschiedenen Stellen in Nordelbien gebe. Ökumenische Arbeit sei integraler Bestandteil der Kirche, es dürfe aber nicht so sein, dass es ökumenische Arbeit nur dann gäbe, wenn der AKWD dafür die Finanzmittel bereitstellen würde. Propst Bollmann sagte abschließend, dass für die Arbeit der Regionalstellen ein verbindlicher Arbeitszusammenhang und eine klare Struktur benötigt würden. In der gleichen Sitzung beschloss der AKWD die von einer Projektgruppe erarbeitete Vorlage zur Ausgestaltung und Sicherung der ökumenischen Regionalstellen in Nordelbien und das Konzept für diese Arbeitsstellen.

Auch an einer weiteren ökumenischen Initiative beteiligte sich der AKWD 2004, dem Vorhaben „Ökumenisches Forum HafenCity“. In der Hamburger HafenCity soll neben zahlreichen Bürogebäuden und einer begrenzten Zahl von Wohnungen ein bewusst ökumenisches Zentrum entstehen. Daran beteiligen sich evangelische Kirchen, die römisch-katholische Kirche und orthodoxe Kirchen. Die Kommunität Laurentiuskonvent wird ein spirituelles Zentrum in der HafenCity schaffen.

Ökumenisches Lernen und die Arbeit für eine „andere Globalisierung“

Der AKWD hat ein breites Spektrum von Programmen und Projekten gefördert. Einen roten Faden für die Förderungen in Nordelbien selbst bildete das ökumenische Lernen. Die AKWD-Vorsitzende Margrit Semmler hat den Stellenwert dieses Lernens in ihrem Bericht vor der Synode der Nordelbischen Kirche im Februar 2004 so dargestellt:

Ökumenisches Lernen leistet auf vielfältige Weise einen Beitrag zur Umsetzung eines lebendigen und modernen Glaubens in den Gemeinden, ermöglicht eine fundierte Auseinandersetzung um die Chancen und Gefahren der Globalisierung, unterstützt die Entwicklung

von Visionen und notwendigen Handlungsschritten und macht Mut, sich um gerechte Strukturen zu kümmern. Ökumenisches Lernen und die Arbeit für eine ‚andere Globalisierung‘ geschieht an vielen Orten in Nordelbien. Die Seligpreisungen Jesu und das Bild der Kirche als Leib Christi sind biblische Orientierungsmaßstäbe für die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit. Wir können stolz darauf sein, dass die Kirche von diesen biblischen Impulsen angetrieben Vorreiterin für zivilgesellschaftliche Prozesse wie z.B. die Agenda 21-Debatte ist.

Langzeitfortbildung zum Thema „Globalisierung und Gerechtigkeit“

Seit 2005 führt der Kirchliche Entwicklungsdienst erneut eine einjährige Langzeitfortbildung durch, die an die früheren entwicklungspolitischen Fortbildungsprogramme anknüpfte. Thema war diesmal „Globalisierung und Gerechtigkeit – Gegensätze, die sich ausschließen?“. Seminarwochenenden hatten 2005 u.a. die folgenden Themen: meine persönliche Biografie, individueller Reichtum – kollektive Armut, Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit als Menschenrecht sowie Flucht und Migration. Außerdem wurde eine Studienreise zum Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf durchgeführt. Es wurde deutlich, dass die wirtschaftliche Globalisierung dazu geführt hat, dass sich noch stärker als früher auch in unserer eigenen Gesellschaft Gerechtigkeitsfragen stellen.

Mirjam Freytag sagt zu diesem KED-Programm: „Die Langzeitfortbildungen zu den Themen Globalisierung und Gerechtigkeit sind ein starker Schwerpunkt der KED Bildungsarbeit geblieben. Seit 2005 sind wir im dritten Durchlauf und wir mussten sogar von einem zweijährigen zu einem jährlichen Rhythmus übergehen, da die Nachfrage sehr groß ist. Wir haben bei der neuen Konzeption das bewährte Modell mit mehreren Seminarwochenenden und einer Abschlussreise nach Genf übernommen. Der Themenschwerpunkt hat sich etwas verschoben. Die Globalisierung macht es erforderlich, viel stärker auch unsere Gesellschaft mit im Blick zu haben. Wenn zum Beispiel die Frage im Mittelpunkt steht ‚Wie funktioniert die globale Wirtschaft?‘, gibt es genügend Anlässe Verbindungen zu ziehen.“

Förderung von Programmen im Süden der Welt und in Nordelbien – ein Überblick

Bei der Tagung der NEK-Synode vom 2.-4. Februar 2006 gab die AKWD-Vorsitzende Margrit Semmler einen Überblick über die Arbeit des Ausschusses und die Verwendung der KED-Gelder. Sie ging zunächst auf die Förderung von Projekten im Ausland ein: „Ca. 70% der Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst kommen Projekten in Afrika, Asien und Lateinamerika zugute. Wir leiten unsere Gelder an den Evangelischen Entwicklungs-

dienst (EED), Brot für die Welt, den Lutherischen Weltbund, das Evangelische Missionswerk und an das Nordelbische Missionszentrum weiter, die weltweit Projekte fördern und evaluieren ... Der AKWD unterstützt neben der Arbeit der großen Agenturen aber auch viele kleine Vorhaben, die im Rahmen der nordelbischen Partnerschaften eine große Rolle spielen. Jeder Kirchenkreis in Nordelbien kann für seine Projekte im Ausland eine zusätzliche Förderung durch den AKWD beantragen.“ Margrit Semmler erwähnte im Synodenbericht außerdem die Sofortmaßnahmen in Katastrophenfällen, für die der AKWD dem NMZ und den Diakonischen Werken Mittel zur Verfügung stellte.

Im Blick auf den EED wies sie darauf hin, dass er 7% der Gelder des Kirchlichen Entwicklungsdienstes für die entwicklungsbezogene Inlandsarbeit bereitstellte. Zu den geförderten Programmen gehörte, so berichtete Margrit Semmler, auch die Bildungsstelle des EED im Haus am Schüberg: „Dies ist in der EKD einzigartig. Die Bildungsstelle bietet qualitativ hochwertige Seminare an, die gut besucht sind und allen Interessierten offen stehen.“

Etwa ein Viertel der nordelbischen Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst wird für die ökumenische Arbeit in Nordelbien eingesetzt. Margrit Semmler erläuterte, dass sie bewilligt werden für jährlich etwa 50 Projekte der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, für etwa 50 ökumenische Begegnungsreisen, für nordelbische Projekte wie die Beratungsstelle „Fluchtpunkt“, für Ökumenische Arbeitsstellen, Stipendienprogramme, entwicklungspolitische Bildungsangebote des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, die Vernetzung entwicklungspolitischer Aktivitäten sowie für Sondermaßnahmen wie die Förderung des ökumenischen Engagements in der HafenCity in Hamburg.

Zur Förderung der Arbeit der nordelbischen Werke sagte Margrit Semmler vor der Synode: „Rund 40% der in Nordelbien verbleibenden Mittel gingen im Jahr 2005 an das Nordelbische Missionszentrum und an die Diakonischen Werke. Das Nordelbische Missionszentrum erhält einen Globalzuschuss für seine Aufgaben in Nordelbien. Hinzu kommen weitere Mittel für den Kirchlichen Weltdienst, den Beauftragten für christlich-islamischen Dialog und einzelne beim AKWD beantragte Projekte wie z.B. das Projekt ‚Gender und ökumenische Beziehungen‘. Der AKWD fördert die Arbeitsbereiche ‚Ökumenische Diakonie‘ in den beiden Diakonischen Werken, zu denen die Arbeitsfelder Brot für die Welt, Migration, interkulturelle Arbeit und entwicklungspolitische Bildungsarbeit gehören. Auch hier werden einzelne Projekte wie z.B. das Studienbegleitprogramm für ausländische Studierende des Diakonischen Werkes Hamburg zusätzlich auf Antrag unterstützt.“

STUBE Nord

STUBE steht für Studienbegleitprogramm. Es ist ein außeruniversitäres bildungspolitisches Programm, das die fachliche Qualifizierung an den Hochschulen um praxisnahe und entwicklungsländerbezogene Inhalte ergänzt. Das Programm richtet sich an Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die zurzeit in Deutschland studieren und bietet ihnen einen Ort des globalen Lernens und der interkulturellen Begegnung. In Deutschland kommen mehr als 55.000 Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Mehr als 80% von ihnen erhalten keine finanzielle Förderung und sind mit sozioökonomischen und rechtlichen Problemen konfrontiert. STUBE möchte besonders Studierende ohne Stipendium bei ihrem Studium in Deutschland begleiten und inhaltlich unterstützen. STUBE ist das einzige entwicklungspolitische Programm in Deutschland, das die Studierenden wäh-

rend ihres Studiums in Deutschland entwicklungsbezogen informiert, motiviert und sie auf ihre Reintegration ins Heimatland/Nachbarland vorbereitet. STUBE ist interdisziplinär, interreligiös und interkulturell.

STUBE Nord richtet sich speziell an Studierende, die an einer Hochschule in den Bundesländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein eingeschrieben sind. Für sie werden Tagesveranstaltungen, Wochenendseminare und Ferienakademien angeboten. STUBE Nord ist ein Projekt der Evangelischen Studierenden Gemeinden in den Bundesländern Hamburg, Bremen und Schleswig Holstein. Träger von STUBE Nord ist seit Januar 2000 das Diakonische Werk Hamburg; dort in der Königstraße 54 in Hamburg-Altona ist auch das Büro von STUBE Nord.

(aus einer Selbstdarstellung von STUBE Nord)

Ein weiter Blick

Gespräch mit Mirjam Freytag

Dr. Mirjam Freytag ist Diplom-Pädagogin und Kulturwissenschaftlerin. Erste interkulturelle Erfahrungen sammelte sie schon in früher Kindheit, als ihre Familie in Taiwan lebte. Während ihrer Schulzeit wohnte die Familie in der multikulturellen Gemeinschaft der Missionsakademie an der Universität Hamburg, wo ihr Vater als Studienleiter tätig war. Nach dem Studium hat Mirjam Freytag neben der Mitwirkung an entwicklungspolitischen Bildungsprogrammen im Haus am Schüberg und von Dienste in Übersee fast ein Jahrzehnt lang im Altonaer Museum museumspädagogisch gearbeitet. 1998 promovierte Mirjam Freytag mit einer Arbeit über Lebenswege von Vietnamesinnen und Vietnamesen, die zur Ausbildung in die DDR gekommen waren.

Wie hat Ihr eigenes entwicklungspolitisches Engagement begonnen?

Die entscheidende Erfahrung brachte ein einjähriger Aufenthalt auf den Philippinen, den ich mir nach dem Abitur selbst organisiert habe. Das war ein sehr eindrückliches Jahr zur Zeit der Marcos-Diktatur. Ich hatte das Gefühl, in kurzer Zeit die entscheidenden entwicklungspolitischen Themen mitzuerleben. Für meine Promotion habe ich dann noch einmal ein halbes Jahr in Vietnam gelebt, in einem Land, das am Anfang eines großen Umbruchs stand. Danach war ich zwei Jahre lang im Diakonischen Werk Schleswig-Holstein für die Brot für die Welt-Arbeit zuständig und wurde 2001 zur Geschäftsführerin des Ausschusses für Kirchliche Weltdienste berufen.

Sie wurden Geschäftsführerin eines Ausschusses, der als „Unikat“ in Nordelbien ein Ausschuss von Synode und Kirchenleitung war. Gleichzeitig hatten in dem Ausschuss neben Synodalen auch die Vertretenden von NMZ und Diakonischen Werken ein großes Gewicht. Wie hat sich diese Zusammensetzung des Ausschusses ausgewirkt?

Das Besondere des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in Nordelbien ist, dass wir hier für diese Aufgabe kein eigenes Werk haben, sondern dass wir mit der Idee der Vernetzung arbeiten. Heute geschieht entwicklungspolitische Bildungsarbeit durch eine große



Bandbreite von Anbietern an vielen Orten in Nordelbien. Dieser Netzwerkgedanke ist etwas Besonderes und ermöglicht eine ausgedehnte Breitenwirkung.

Im Ausschuss haben die Synodalen eine sehr wichtige Rolle gespielt. Mit der Vertreterin der Kirchenleitung, der Synodalin Margrit Semmler, hatten wir eine sehr starke Vorsitzende und eine sehr gute Moderatorin der Sitzungen. So gelangen bei vielen schwierigen Anträgen die Aushandlungsprozesse und Entscheidungen miteinander am Tisch.

Eines der ältesten Programme des AKWD ist das Ökumenisch-missionarische Stipendienprogramm, das inzwischen um ein Jugendprogramm erweitert wurde. Welche Wirkungen haben diese Programme?

Mittlerweile haben mehr als 200 Menschen am Ökumenisch-missionarischen Stipendienprogramm teilgenommen und der Erfolg des Programms ist beeindruckend. Wir haben unsere Kirche ökumenischer und internationaler gemacht. Wer einmal für einige Monate oder ein Jahr im Ausland war, weiß, mit welchem Erfahrungsschatz man zurückkommt. Die Erfahrungen so vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine weltweite Dimension in unserer Kirche verstärkt. Der Ausschuss ist sehr stolz auf dies Programm.

Inzwischen ist das Stipendienprogramm nicht mehr nur für zukünftige Pastorinnen und Pastoren, Diakoninnen und Diakone gedacht, weil wir gemerkt haben, dass dies nicht die einzigen Zielgruppen sein können. Das Jugendprogramm „Der Andere Blick“ wird sehr stark nachgefragt. Direkt nach dem Schulabschluss, so auch meine eigene Erfah-

rung, ist man offen für die weite Welt. Deshalb ist es gut, dafür ein Programm anzubieten.

Der AKWD hat im Laufe der Jahre mehrere Hundert Ökumenische Begegnungsreisen gefördert. Welche Rolle spielen Klimafragen bei der Planung solcher Reisen?

In der Nordelbischen Kirche gibt es den FlugFairCare-Fonds, der von der Infostelle Klimagerechtigkeit betreut wird. Wir hatten in einem Jahr fünfzig Reiseanträge auf dem Tisch, und ich kann mich nicht erinnern, dass jemals ein Beitrag für diesen Fonds im Kosten- und Finanzierungsplan stand. Daran merkt man, dass Anspruch und Wirklichkeit ziemlich auseinander klaffen. Wir haben jetzt in unseren Bewilligungsschreiben immer stehen: Bitte denken Sie daran, dass Flüge unser Klima belasten, und wir würden Ihnen empfehlen, eine Einzahlung beim FlugFairCare-Fonds zu machen, um so eine Kompensation zu leisten. Reaktionen dazu von den Reisenden haben wir bisher nicht erhalten, und es wird nicht weniger gereist als früher. Der Unterschied zwischen Wissen und Handeln ist insgesamt ein Thema in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Das kann jede und jeder auch an sich selbst sehen.

Zu den Initiativen des AKWD in den letzten Jahren gehörten die Ökumenischen Arbeitsstellen in fast allen Kirchenkreisen. Lassen sich bereits Wirkungen dieser Arbeit erkennen?

Wenn man die Berichte der einzelnen Arbeitsstellen liest, ist es sehr farbenfroh, was sie an unterschiedlichen Angeboten machen. Das Besondere an diesen Stellen ist, dass sie in ihrer Arbeit die gesamte Bandbreite von Ökumene, Mission und Entwicklung berücksichtigen. Die Arbeitsschwerpunkte spiegeln auch die Vielfalt der ökumenischen Schwerpunkte in den einzelnen Kirchenkreisen wider. Wir wollten bewusst kein Konzept vorgeben, das womöglich quer zu dem ist, was unter Beteiligung vieler Ehrenamtlicher in vielen Jahren aufgebaut worden ist. Die Arbeitsstellen sollen sich einfügen in die Schwerpunkte der ökumenischen Arbeit der einzelnen Kirchenkreise. Gleichzeitig können die einzelnen Ökumenischen Arbeitsstellen von sich aus Impulse setzen und eigene Ideen einbringen.

Dass das Programm gerade in dieser Zeit so gut aufgestellt ist, ist im Blick auf die Fusion der Kirchenkreise ein Glücksfall. Die Ökumenischen Arbeitsstellen beteiligen sich im Rahmen der Fusi-

onsprozesse daran, tragfähige Formen der ökumenischen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in den neuen Kirchenkreisen aufzubauen.

Eine ermutigende Initiative ist der „Eine Welt Preis“. Es gibt jedes Mal mehr als 40 Einzelpersonen und Initiativen, die für den Preis vorgeschlagen werden. Wie reagieren diejenigen, die keinen der Preise erhalten?

Allein schon vorgeschlagen worden zu sein, ist für einige eine Ehrung. Wenn zum Beispiel ein Propst schreibt: „Wir haben in unserem Kirchenkreis eine tolle Gruppe, die wir für den 'Eine Welt Preis' vorgeschlagen“, tut das gut. Natürlich ist es nicht so schön, wenn man den Preis nicht bekommt. Deshalb präsentieren wir beim Fest zur Verleihung des „Eine Welt Preises“ alle Gruppen kurz und kurzweilig. Das Vorkommen und das Wahrgenommenwerden durch Andere haben auch einen Wert.

Wichtige Stütze der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sind seit Jahrzehnten die Eine Welt Läden. Welchen Beitrag leisten sie zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit?

Der faire Handel ist ein Angebot und eine Anregung, sich konkret zu engagieren. Wir müssen solche Möglichkeiten schaffen, etwas tun zu können und nicht nur ein Bewusstsein zu haben. Als AKWD fördern wir vor allem die Bildungsarbeit der Eine Welt Läden. Auch finanzieren wir die Stelle eines Gruppenberaters, der die Ladengruppen begleitet und zu ihrer Professionalisierung beiträgt.

Welchen Stellenwert werden das Haus am Schüberg und das Christian Jensen Kolleg in Zukunft für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit haben?

Es gibt kein großes Bedürfnis mehr, zu einem Wochenendseminar zu fahren, um miteinander neue Lebensstile auszuprobieren. In den 70er und 80er Jahren war es dagegen noch interessant, einmal ein Wochenende lang Vollwerternährung im Haus am Schüberg zu erleben. Begegnungen und Studientage können an vielen verschiedenen Orten in Nordelbien stattfinden. In meiner Arbeit spielen Tagungshäuser im Rahmen der Langzeitfortbildung „Globalisierung und Gerechtigkeit“ eine wichtige Rolle, bei der es darum geht, gemeinsam einen einjährigen Prozess zu erleben. Es ist sehr gut, dass wir solche Häuser haben und dort für Wochenenden

sein können. Aber das klassische Wochenendseminar zum Thema Indien oder zu anderen Ländern ist schwer durchführbar. Wenn Gruppen bereits länger miteinander arbeiten und dann sagen, sie wollen an einem Wochenende ein Thema vertiefen, dann sind sie bereit, in solche Tagungshäuser zu gehen.

In den letzten Jahren hat es eine Tendenz gegeben, Arbeitsbereiche der Nordelbischen Kirche, die aus finanziellen Gründen nicht mehr aus den bisherigen Etats fortgeführt werden konnten, in die Förderungen des AKWD aufzunehmen.

Es gab, bevor ich Geschäftsführerin wurde, einen Synodenbeschluss, durch den eine ganze Reihe von Stellen durch den AKWD refinanziert worden sind. Vorher gehörten der Nordelbischen Arbeitsgemeinschaft der Referentinnen und Referenten für kirchlichen Entwicklungsdienst (NARKE) etwa ein Dutzend Personen an. Durch die Refinanzierung – und die Schaffung der Ökumenischen Arbeitsstellen – ist die Zahl der Personen, die ganz oder teilweise vom AKWD finanziert werden, auf weit über 30 angewachsen. Das starke Wachstum hat das Profil der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit verwaschener gemacht und ihren harten Kern auch etwas aufgeweicht. Jetzt wird alles, was zu Mission, Ökumene und Entwicklung gehört, gefördert und ist Teil der Arbeitszusammenhänge.

In den letzten Jahren hat dadurch auch meine Koordinationstätigkeit als Geschäftsführerin immer mehr zugenommen. Manchmal habe ich mich gefragt, ob dieses Netz heute nicht zu gedehnt ist, um es noch von einer Person zusammenhalten zu können. Ich habe mich in der Rolle gesehen, auch auf der Arbeitsebene Ansprechpartnerin für die vielen Kolleginnen und Kollegen zu sein. Das Bild und die Arbeit waren am Anfang viel überschaubarer.

Hat diese Ausweitung der geförderten Personalstellen negative Auswirkungen auf die Förderung von Gruppen und Initiativen gehabt?

Wenn man genau hinsieht, wie viel Prozent der verfügbaren Gelder bei Gruppen und Initiativen ankommen, ist das ein wirklich kleiner Anteil. Ein Problem, das ich bei meiner Tätigkeit als Geschäftsführerin immer wahrgenommen habe, bestand darin, dass als Grundlage für die Bewilligung einer Einzelmaßnahme einer Kirchengemeinde viel mehr Papier nötig war, als für den Antrag

eines großen kirchlichen Werkes. Bei Kirchengemeinden und Gruppen wurde sehr viel mehr nachgefragt. Auch im Blick auf die Berichtsverpflichtungen gab es sehr große Unterschiede. Margrit Semmler hat als Vorsitzende von Anfang an von allen Antragstellenden Transparenz eingefordert. Das ist nicht immer auf Gegenliebe gestoßen. Ziemlich am Anfang meiner Zeit hat der Ausschuss eine Sitzung abgehalten, in der wir die großen Einrichtungen um Erläuterungen zu den geförderten Haushaltstiteln gebeten haben, für die sie verantwortlich sind, ebenso um Erläuterungen zur Verwendung der Gelder. Das war eine ganz wichtige Sitzung.

Was war Ihnen in der Arbeit des Ausschusses am Wichtigsten?

Mir persönlich war immer am Wichtigsten, darauf zu achten, wo die ehrenamtliche Arbeit bleibt. Auch im Blick auf die neuen Strukturen ist dies für mich entscheidend. In den entwicklungspolitischen Bildungsangeboten kommt es darauf an, das ehrenamtliche Engagement zu wecken, zu stärken und zu qualifizieren. Sehr wichtige Instrumente sind in diesem Zusammenhang die Projektförderung und die Unterstützung Ökumenischer Lernreisen.

Betonen möchte ich an dieser Stelle aber auch, dass rund 70% der Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes für Entwicklungsprogramme in Ländern des Südens zur Verfügung gestellt werden. Das ist der in jeder Weise notwendige nordelbische Beitrag für den weltweiten Einsatz für mehr Gerechtigkeit.

Engere Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein

In einer „Gemeinsamen Erklärung“ vom 13. Februar 2007 haben die Nordelbische Kirche und das Land Schleswig-Holstein vereinbart, wie die „Koordination entwicklungspolitischer Aktivitäten in Schleswig-Holstein und die Zusammenarbeit in der Umsetzung bedeutender entwicklungspolitischer Projekte“ wahrgenommen werden soll. Auf kirchlicher Seite sind auch das Diakonische Werk Schleswig-Holstein und das Nordelbische Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst Vertragspartner. In der „Gemeinsamen Erklärung“ wird der Staatskirchenvertrag zwischen dem Land und der Nordelbischen Kirche im Blick auf die gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung konkretisiert. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf die folgenden Arbeitsfelder:

1. Klimaschutz und Klimagerechtigkeit,
2. Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung,
3. Partnerschaftsarbeit,
4. Beiträge zur Umsetzung der UN-Millenniumsziele,
5. Kooperation im Bereich des freiwilligen ökologischen Jahres,
6. Aktuelle Fragen der Entwicklungspolitik und Koordination der entwicklungspolitischen Aktivitäten in Schleswig-Holstein.

Es wird auf bereits zwölf gemeinsam durchgeführte Projekte auf diesen Arbeitsfeldern verwiesen und vereinbart, gegebenenfalls weitere Projekte hinzuzufügen. Es sollen jährliche Arbeitstreffen stattfinden, in denen gemeinsame Projekte vereinbart und Absprachen zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung getroffen werden sollen. Außerdem wird vorgesehen, sich gegenseitig zu informieren, gemeinsame Konzepte und Projekte zu entwickeln und gemeinsame Fachtagungen und Foren durchzuführen.

25 Jahre ökumenisch-missionarisches Stipendienprogramm

„Die Möglichkeit, nach dem Studium oder in den ersten Berufsjahren andere Länder, Kulturen und Lebenszusammenhänge kennen zu lernen, ist für die eigene Biografie eine Chance und für unsere Kirche ein Schatz. Über 200 Stipendiatinnen und Stipendiaten haben diese Möglichkeit genutzt und wirken wie Sauerteig in Nordelbien.“ Dies schrieb Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter anlässlich des 25-jährigen Bestehens des ökumenisch-missionarischen Stipendienprogramms.

Das Programm wandte sich zunächst an Theologinnen und Theologen nach dem 1. Examen sowie an Diakoninnen und Diakone nach ihrer Ausbildung. Inzwischen ist es auch für andere Berufsgruppen offen. In der Regel wird das Stipendium für sechs Monate vergeben. Es soll Einblicke in gesellschaftliche Entwicklungs- und Friedensprozesse, in ökumenische Fragestellungen und kirchliche Partnerschaftsbeziehungen eröffnen. Etwa alle fünf Jahre werden Vertreterinnen und Vertreter von Partnerkirchen und -einrichtungen zu Gegenbesuchsprogrammen eingeladen. Für eine Qualifikation in ökumenischen und entwicklungspolitischen Arbeitsfeldern in Nordelbien wird jährlich auch ein Stipendium für Inlandsprojekte vergeben.

Zu einer Broschüre zum 25-jährigen Bestehen des Programms „Ich hab' noch einen Koffer in ...“ sagte die AKWD-Vorsitzende Margrit Semmler in ihrem Bericht vor der NEK-Synode im November 2007: „Die kurzen Statements der 25 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus den 25 Jahren sind eindrucksvolle Beispiele für die große ökumenische Kompetenz, die Nordelbien erworben hat. Sie machen auch deutlich, wie viele beglückende und auch schwierige Momente mit so einem Auslandsaufenthalt verbunden sind. Uns freut es sehr, in den Statements zu lesen, wie prägend und stärkend die Erfahrungen waren und wie auch heute noch – und sei es in ganz anderen Zusammenhängen - die Erinnerungen eine Rolle spielen.“

„weltwärts“ – ein Freiwilligenprogramm eröffnet jungen Leuten neue Horizonte

Im November 2007 beschloss der AKWD, sich an der Finanzierung eines NMZ-Programms im Rahmen des Entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ zu beteiligen, der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung initiiert worden ist. Das Programm soll es jährlich bis zu 10.000 jungen Leuten ermöglichen, ein Jahr lang an einem Lerndienst im außereuropäischen Ausland teilzunehmen. Begonnen wird das Programm mit etwa 1.000 Jugendlichen. Das NMZ ist seit Ende 2007 anerkannte Entsendeorganisation für dieses Programm, über das ausführlich mit den Partnerkirchen im Süden der Welt kommuniziert

wurde. 2008/2009 wurden 10 Plätze in Partnerkirchen ausgeschrieben und besetzt. Darunter sind z.B. die Arbeit in einem Kindergarten der lutherischen Gemeinde in Manaus/Brasilien, die Mitarbeit in einem kirchlichen Straßenkinderprojekt in Nairobi/Kenia, das Unterrichten an einer lutherischen Schule in Ramallah/Palästina und die Beteiligung an einem Forschungsprojekt zur Dorfentwicklung in Indien.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung übernimmt etwa 75% der entstehenden Kosten, die übrigen Kosten müssen von der jeweiligen Trägerorganisation aufgebracht werden. Für das NMZ-Programm wurde dieser 25%-Anteil vom AKWD finanziert. Er legte bei seiner Zustimmung in der Sitzung vom 15. Juli 2008 Wert darauf, dass auch andere Stellen in Nordelbien, insbesondere das Nordelbische Jugendpfarramt, in die Kooperation bei diesem Vorhaben einbezogen werden.

Perspektiven entwicklungspolitischer Bildungsarbeit

„Das starre Schema von reichem Norden und vom armen Süden greift nicht mehr – gerade bei Jugendlichen in Deutschland, die selbst vor einer ungewissen Zukunft stehen. Wir müssen Zusammenhänge zwischen Lebenswelten herstellen und dann Solidarisierung stiften.“ So beschrieb Heiko Möhle vom Eine Welt Netzwerk Hamburg die Veränderungen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit angesichts der Globalisierung. Anlass war die Fachtagung „Neue Perspektiven in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit: Was ist heute dran? Wie wird gefördert?“ am 7. und 8. Dezember 2007 im Christian Jensen Kolleg in Breklum. Die Initiative für die Tagung ging vom Unterausschuss Entwicklungspolitische Bildungsarbeit des AKWD aus. Kooperationspartner des AKWD bei dieser Veranstaltung waren das Eine Welt Netzwerk Hamburg, das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein, das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Schleswig-Holstein und die Senatskanzlei Hamburg.

Als Einstieg gaben sechs Fachleute wie Heiko Möhle Denkanstöße zum Thema entwicklungspolitische Bildungsarbeit. AKWD-Geschäftsführerin Mirjam Freytag sprach sich für eine Kooperation mit angrenzenden Politikbereichen und die Erprobung neuer Methoden aus: „Neue Impulse kommen nicht unbedingt aus der Mitte des Arbeitsfeldes, sondern von den Rändern.“ Ulrich Ketelhodt, der Vorsitzende des Bündnisses Eine Welt Schleswig-Holstein, sah in der interkulturellen Arbeit im eigenen Land ein solches Feld entwicklungspolitischer Bildungsarbeit und bezog dies auf das neue entwicklungspolitische Freiwilligenprogramm „Weltwärts“: „Wir brauchen interkulturelle Bildungsarbeit auch ohne Fernflüge. Die Kulturen, die bei ‚Weltwärts‘ besucht werden sollen, sind längst hier – ein ungenutztes Potenzial!“

Nach solchen Denkanstößen verteilten sich die 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf sieben Arbeitsgruppen und formulierten pointierte Statements zu verschiedenen Bereichen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit. Es ging um Themen wie Partnerschaftsarbeit, Postkolonialismus, Klimagerechtigkeit und Migration. Die Arbeitsgruppe zu Kultur und Entwicklung formulierte selbstbewusst: „Kultur ist nicht das Sahnehäubchen auf der Torte, sondern die Hefe im Teig!“ Konsequenterweise hieß es anschließend im Statement: „Kultur ist ein zentraler Faktor, der Entwicklung sowohl begünstigen als auch verhindern kann.“ In der Arbeitsgruppe Fairer Handel wurde festgestellt: „Um die Chancen, die der faire Handel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit bietet, zu nutzen, bedarf es der professionellen Beratung, Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit, die institutionell gefördert werden muss ...“

In einer Gesprächsrunde fördernder Institutionen plädierte Mirjam Freytag für eine sorgfältige Vorarbeit bei der Antragstellung: „Was man an Mühe in den Antrag steckt, hilft bei der Durchführung des Projektes.“ Und Barbara Riek vom Evangelischen Entwicklungsdienst warb für eine sachliche Darstellung der Ergebnisse eines Vorhabens: „Ein ehrlicher Bericht ist kein Grund, den nächsten Antrag abzulehnen.“ Am Ende der Tagung standen kurze schriftliche Statements der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung. Ein Statement könnte zum Ausgangspunkt für eine weitere Tagung werden und führt zurück zum Anfang entwicklungspolitischer Arbeit: „Wer entwickelt wen oder was oder wohin?“

Solidaritätskampagne „Aids bewegt“

Diese vom Ökumenausschuss der Kirchenleitung beschlossene Kampagne hat der AKWD durch die Übernahme von Personal- und Sachkosten unterstützt. Ihre Aufgabe war es, ein ökumenisch brennendes Thema nordelbienweit modellhaft umzusetzen. Sie war beim NMZ angesiedelt und wurde von Otto-Michael Dülge koordiniert.

niert. An der Kampagne haben sich beteiligt: Kirchlicher Entwicklungsdienst, NARKE, Amt für Öffentlichkeitsdienst, AIDS-Seelsorge Hamburg, Diakonische Werke in Hamburg und Schleswig-Holstein, Nordelbisches Missionszentrum, Nordelbisches Jugendpfarramt, Frauenwerk der Nordelbischen Kirche, Pädagogisch-Theologisches Institut Hamburg, Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche sowie regionale ökumenische Arbeitsstellen, Kirchenkreise und Gemeinden.

Zu den Medien im Rahmen der Kampagne gehörten eine Infobroschüre, ein Heft für die Gottesdienstarbeit, Material für die Jugendarbeit sowie eine Themenausgabe des Konfi-Express des NMZ. Großes Interesse fand eine Website zur Kampagne. Zu den Aktivitäten der Kampagne gehörten zum Beispiel „sponsored walks“ und mehr als 140 Veranstaltungen. Die Kampagne fand in den Medien eine breite Resonanz. Die Belege füllen zwei Aktenordner.

In der AKWD-Sitzung am 22. Januar 2008 wurde ausführlich über den Verlauf dieser Kampagne und ihre Ergebnisse diskutiert. Otto-Michael Dülge zog eine positive Bilanz: „1. die Nordelbische Kirche ist als Gesamtkirche kampagnenfähig. 2. Wir sind als Gesamtkirche in der Lage, ein ambitioniertes Projekt mit Bordmitteln auf die Beine zu stellen und 3. Wir erfahren dabei große innerkirchliche und außerkirchliche Akzeptanz und Unterstützung.“

In der Aussprache im Ausschuss wurde u.a. nach der Rolle des Südens in der Kampagne gefragt. Bernd Rickert berichtete, dass er bei einem Tansania-Aufenthalt im Zeitraum der Kampagne festgestellt habe, dass dort über die nordelbische Initiative nichts bekannt war. Jörg Fenske vom Amt für Öffentlichkeitsdienst der Nordelbischen Kirche kommentierte das Projekt so: „Ich halte die Aids-Kampagne für eine gelungene Kampagne. Sie war aber auch gezeichnet von einem fortwährenden Krisenmanagement. Gerettet haben sie die sozialen Netzwerke, die wir innerhalb und außerhalb der Kirche haben.“ Und NMZ-Direktor Dr. Klaus Schäfer beschrieb seine Beobachtungen so: „Für das NMZ war die Kampagne ein kreatives Chaos, das eine inspirierende Stimmung verbreitete. Die Erfahrungen haben uns verändert.“ Und Otto-Michael Dülge sagte hierzu seinerseits: „Dass das Büro des Projektleiters der Aids-Kampagne im NMZ war, war für die Kampagne außerordentlich hilfreich. Es konnte auf Erfahrungen und Ressourcen im Haus zurückgreifen, ohne die das Management und vor allem die Öffentlichkeitsarbeit sehr viel schwieriger gewesen wäre.“ Margrit Semmler sagte im November 2007 vor der NEK-Synode: „Der Erfolg von ‚Aids bewegt‘ macht Mut, über eine neue Kampagne nachzudenken.“

Eine-Welt-Preis 2008

„Auszeichnung für tolle Jugendprojekte“, so lautete am 19. Januar 2008 eine Überschrift im „Hamburger Abendblatt“. In dem Beitrag wurde über das Eine-Welt-Preis-Fest berichtet, zu dem mehr als 300 Besucherinnen und Besucher in die Christianskirche in Hamburg-Ottensen gekommen waren. Eingeladen waren alle 42 für den Eine-Welt-Preis vorgeschlagenen Einzelpersonen und Gruppen sowie andere entwicklungspolitisch Engagierte. In einem festlichen Rahmen mit Musik und Buffet wurden alle Vorgeschlagenen kurz präsentiert. Danach kam der spannende Augenblick, und die Preisträger 2008 wurden bekannt gegeben. Der Erste Preisträger, der die „Goldene Giraffe“ erhielt, war das Südafrika-Partnerschaftskomitee des Kirchenkreises Pinneberg mit dem Projekt „A taxi to life“. Jugendliche aus Kirchengemeinden in Pietermaritzburg/Südafrika und Pinneberg hatten gemeinsam ein Musical erarbeitet und mit großem Erfolg präsentiert.

Zweiter Preisträger war das Büro für Kultur- und Medienprojekte in Hamburg, das im Rahmen der KinderKulturKarawane jugendliche Künstlerinnen und Künstler aus anderen Teilen der Welt zu einer Tournee eingeladen hatte. Mehr Informationen zu den ersten beiden Preisträgern und zu den Preisträgern früherer Jahre finden Sie mit Fotos und kurzen Texten in dieser Broschüre. Dritter Preisträger war der Runde Tisch Blankenese, der sich stark macht für ein tolerantes Miteinander und dafür Bewohnerinnen und Bewohnern (und besonders den Kindern) einer Flüchtlingsunterkunft in Blankenese hilft. Der Runde Tisch vereint diese konkrete Hilfe mit politischer Arbeit und tritt für die Menschenrechte der Flüchtlinge ein.

Einen Ehrenpreis 2008 erhielt der Weltladen „Eine Welt für alle“ in Norderstedt. Das „Fachgeschäft für Fairen Handel“ bildet die Grundlage für vielfältige entwicklungspolitische Aktivitäten des Vereins, zum Beispiel Kulturveranstaltungen, entwicklungspolitische Aktionen und Ausstellungen. Mit einem zweiten Ehrenpreis wurde die „Faire Tafel-Runde“ der Kampagne „Hamburg 2007 mal fair“ ausgezeichnet. Acht prominente Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport setzen sich als „Tafel-Runde“ öffentlich für den Fairen Handel ein.

Der Ausschuss für Kirchliche Weltdienste und der Kirchliche Entwicklungsdienst in Nordelbien organisierten 2008 bereits zum sechsten Mal die Auswahl der Preisträger und zum zweiten Mal die Durchführung des Festes. Zur Entstehung der Idee des Festes sagt AKWD-Geschäftsführerin Mirjam Freytag: „Im Jahr 2005 hat sich eine kleine Arbeitsgruppe zur Aufgabe gemacht, ein neues Konzept für die Preisverleihung zu erarbeiten. Das Potenzial dieses Preises war insbesondere für den stellvertretenden AKWD-Vorsitzenden Frank Howaldt noch lange nicht ausgeschöpft. Die Idee eines Eine-Welt-Preis-Festes entstand, das zwei Wochen vor der offiziellen Preisverleihung auf der Synode stattfinden sollte. Der Gedanke dahinter war: Der AKWD gibt ein Fest und schafft einen Event für Begegnung und Kontakt im festlichen Rahmen. Der Wunsch war, dass das Fest ‚der‘ Abend der Begegnung für die ökumenisch-entwicklungspolitische Szene sein würde. Das Konzept ist aufgegangen.“ Zu den Auszeichnungen, die bei diesem Fest bekannt gegeben werden, erläutert sie: „Entwicklungspolitisches Engagement braucht einen langen Atem – und gerade deshalb immer wieder Ermutigungen. Eine solche Ermutigung ist der Eine-Welt-Preis der Nordelbischen Kirche.“

Der Präsident der Nordelbischen Synode, Hans-Peter Strenge, erklärte bei der Bekanntgabe der Preisträger dieses alle zwei Jahre vergebenen Preises: „Wir zeichnen mit diesen Preisen Menschen aus, die sich mit Fantasie, Kreativität und Hingabe für mehr Gerechtigkeit in der Welt einsetzen und dabei Beispielhaftes und Neues geleistet haben.“ Die Übergabe der Preise und der anderen Auszeichnungen erfolgte im Rahmen der Synodentagung am 8. Februar 2008. Der Synodenpräsident hatte vorab in einem Zeitungsbeitrag erläutert: „Der Nordelbischen Synode ist es wichtig, dass bei der Verleihung der Preise vor allen Synodalen im Christophorushaus in Rendsburg das Engagement in unserer Kirche für die Eine Welt sichtbar gemacht und anerkannt wird. Es ist beeindruckend, wie breit und vielfältig diese ökumenisch-entwicklungspolitische Arbeit ist. Die Nordelbische Kirche ist nicht nur auf Schleswig-Holstein und Hamburg bezogen, sondern ist Teil der weltweiten Kirche.“

Infostelle Klimagerechtigkeit

Bei der vom AKWD geförderten Infostelle Klimagerechtigkeit geht es vor allem darum zu vermitteln, dass die globalen Klimaprobleme ganz entscheidend mit Fragen der Gerechtigkeit verbunden sind. Die Klimaveränderungen wirken sich besonders nachteilig in den Entwicklungsländern und dort wiederum auf die ärmsten Bevölkerungsschichten aus. Die Infostelle ist im Nordelbischen Missionszentrum in Hamburg angesiedelt.

Der AKWD hat in seiner Sitzung am 4. März 2008 beschlossen, dass bei Bewilligungen von Mitteln für Flugreisen zu Partnern in Übersee im Bewilligungsschreiben auf Klimaprobleme in Zusammenhang mit Flugreisen hingewiesen werden sollte und die Antragsteller ein Faltblatt der „Infostelle Klimagerechtigkeit“ zu Ausgleichszahlungen für Flüge erhalten würden.

Neue Strukturen der Ökumene-, Missions- und Entwicklungsarbeit in Nordelbien

Bei der Tagung der NEK-Synode am 21. und 22. November 2008 wurde beschlossen, die Aufgaben des AKWD an eine Steuerungsgruppe zu überführen. Im Zuge der Errichtung von Hauptbereichen in der Nordelbischen Kirche wurde auch der Bereich Ökumene und kirchlicher Entwicklungsdienst umstrukturiert. Dabei soll das bestehende Netzwerk erhalten und gestärkt werden. Seine Wirkung und Ausstrahlung soll erhöht und das Profil einer ökumenisch offenen und engagierten Kirche gefestigt werden.

Die Synode beschloss die Einrichtung einer Steuerungsgruppe für den Hauptbereich „Mission und Ökumene“. Sie soll die Zusammenarbeit auf den folgenden Sachgebieten fördern: Mission und Entwicklung, ökumenische Zusammenarbeit der Kirchen und Partnerschaften, Ökumenische Diakonie, Ökumenearbeit in der NEK und in internationalen ökumenischen Organisationen, entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Diaspora-Arbeit sowie interreligiöser Dialog.

Der Steuerungsgruppe gehören an:

- die zuständige Bischöfin/der zuständige Bischof,
- ein Mitglied der Kirchenleitung,
- die Direktorin/der Direktor des NMZ,
- ein Mitglied für die Diakonischen Werke in Hamburg und Schleswig-Holstein,
- die/der Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst,

- eine Pröpstin/ein Propst als Vertretung der Kirchenkreise
- zwei von der Synode aus ihrer Mitte gewählte ehrenamtliche Mitglieder,
- der zuständige Dezernent/die zuständige Dezernentin mit beratender Stimme.

Der Steuerungsgruppe werden 16 Aufgaben übertragen. Darunter sind u.a.:

- gesamtkirchliche Koordination der Arbeit,
- Aufstellung des Budgetentwurfs und Bewirtschaftung des Budgets für den Hauptbereich „Mission und Ökumene“,
- Sicherstellung des kirchlichen Auftrags in den Arbeitsfeldern,
- Unterstützung der Kirchenleitung bei Fragen der Ökumene, Mission und Entwicklung,
- Förderung der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit und des ökumenischen Nachwuchses.

Neben der Steuerungsgruppe wird es ein Ökumene-Plenum geben, das den Belangen der Ehrenamtlichen in der neuen Struktur Raum geben soll. Das Plenum hat Antragsrecht in der Steuerungsgruppe und diese ist verpflichtet, Bericht zu erstatten.

Die Programme des AKWD wie Kirchenkreisprojekte, die Förderung von Einzelmaßnahmen und Ökumenischen Begegnungen werden fortgeführt werden. Unterausschüsse werden die Arbeit der Steuerungsgruppe begleiten. Mirjam Freytag wird auch in Zukunft ihre Tätigkeit als Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst fortführen. Der Kirchliche Entwicklungsdienst und das NMZ sollen unter dem Dach des NMZ zusammengeführt werden.

Dank für 30 Jahre Engagement

Am Ende des Synodenbeschlusses zur Neugestaltung der ökumenischen und entwicklungspolitischen Arbeit in Nordelbien vom 21./22. November 2008 steht der Satz: „Die Synode dankt dem AKWD für seine in 30 Jahren geleistete Arbeit.“ In der Begründung der Vorlage wird festgestellt: „Im Rückblick wird deutlich, wie stark der Ausschuss die nordelbische Ökumenelandschaft geprägt und die Arbeit in Initiativen, Gemeinden und Kirchenkreisen gefördert hat.“ In der Vorlage werden anschließend verschiedene Beispiele für das AKWD-Engagement und seine Wirkungen aufgeführt, u.a. die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit, die Mitwirkung an der Themensynode Weltwirtschaft und Gerechtigkeit, das ökumenische Stipendienprogramm und die Stärkung der ökumenischen Arbeit in den Kirchenkreisen. In der Begründung des Synodenbeschlusses wird dann festgestellt:

„Dieses hier nur stichwortartig festzuhaltende Wirken des AKWD muss rückblickend als zielstrebig und zielgerichtet bewertet werden. Über dreißig Jahre ist es dem Ausschuss gelungen, seine Themen immer wieder aktuell in die von wechselnden Schwerpunkten bestimmten kirchlichen Debatten einzubringen und damit seinem Mandat gerecht zu werden. Dabei hat der AKWD immer wieder Bundes- und EKD-weite Debatten zur Entwicklungspolitik in unsere nordelbische Situation übertragen. Die jüngste Tagung zum Thema Korruption ist so ein Beispiel, das noch in guter Erinnerung sein dürfte.“

Die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen dankte den am AKWD-Beteiligten in einem Beitrag der Kirchenzeitung „Die Nordelbische“ am 30. November 2008: „Vom nächsten Jahr an werden die Einrichtungen der Mission, der Ökumene und des Entwicklungsdienstes enger zusammenrücken. Neue Strukturen wurden geschaffen, die zur Auflösung des AKWD führen. Dies nehme ich gern zum Anlass, um all denen ganz herzlich zu danken, die in den letzten drei Jahrzehnten im AKWD, seinen Unterausschüssen und der kleinen Geschäftsstelle mitgearbeitet haben, allen, die zugearbeitet haben, und insbesondere denen, die als Vorsitzende sich dieser Aufgabe annahmen, mit der ihnen je eigenen Prägung. Ihr gemeinsames Engagement bewahrte unsere Kirche vor Selbstgenügsamkeit und falscher Frömmigkeit. Wir wurden so hineingenommen in die weltweite Ökumene. Diese Verbundenheit und Verantwortung gilt es nun in neuen Formen der Zusammenarbeit zu wahren und zu festigen.“

Mitglieder des Ausschusses für Kirchliche Weltdienste

Mitglieder des Ausschusses von 1978–1980

Karl-Rudolf Bräsen
Paul-Gerhardt Buttler
Dr. Hans Christiansen-Weniger
Irmgard Gillert
Winfried Hohlfeld
Studiendirektor i.R. Dr. Koelle
Karl-Günther Petters
Reinhard Pioch
Jens-Hinrich Pörksen
(Vorsitzender)
Christian Raben
Uwe Puttfarcken

Vertreterinnen und Vertreter:

Karl Langhein
Klaus-Peter Ritterhoff
Bernd Seguin

Berater:

Dr. Otto Waack

Mitglieder des Ausschusses von 1980 bis 1985

Karl-Rudolf Bräsen
Paul-Gerhardt Buttler
Dr. Hans Christiansen-Weniger
Joachim Gast (ab 1982)
Irmgard Gillert
Winfried Hohlfeld
Alexander Kirschstein
Studiendirektor i.R. Dr. Koelle
(bis 1981)
Ilse Morgenroth
Reinhard Pioch
Jens-Hinrich Pörksen
(Vorsitzender)
Klaus-Peter Ritterhoff

Vertreterinnen und Vertreter:

Manfred Boigs
Edeltraud Engel
Peter Gerdts
Peter Knuth
Bernd Seguin
Dietrich Wendt

Berater:

Eberhard le Coutre
Hermann Hörcher
Dr. Otto Waack

Mitglieder des Ausschusses von 1986 bis 1991

Paul-Gerhardt Buttler
Dr. Hans Christiansen-Weniger (bis 1987)
Edeltraud Engel
Dr. Justus Freytag
Joachim Gast
Irmgard Gillert
Prof. Dr. Grothaus (ab 1988)
Dr. Werner Hoerschelmann
Jürgen Jessen-Thiesen (ab 1987)
Alexander Kirschstein (1986)
Christoph-Helmer Lehmann (ab 1988)
Ilse Morgenroth
Jens-Hinrich Pörksen (Vorsitzender)
Frau Rattay (bis 1987)

Vertreterinnen und Vertreter:

Winfried Hohlfeld
Birgit Klitsch
Frau Zehendner

Berater:

Eberhard le Coutre
Rudolf Hinz
Dr. Otto Waack

Mitglieder des Ausschusses 1992-1998

Jürgen Bollmann
Eila Buhr
Paul-Gerhardt Buttler (*bis 1995*)
Edeltraud Engel
Irmgard Gillert
Jürgen Jessen-Thiesen
Helmer-Christoph Lehmann
(*Vorsitzender*)
Ilse Morgenroth
(*stellvertretende Vorsitzende*)
Alfred Schulz
Ursula Sontag
Dr. Klaus Onnasch
Wolf-Dietmar Szepan
Dr. Joachim Wietzke (*ab 1995*)

Vertreterinnen und Vertreter:

Steffen Becker
Ermina Freytag
Klaus-Dieter Harte-Hepp
Prof. Dr. Wilfried Hartmann
Susanne Hesemann
Birgit Klitsch
Dr. Ingo Lembke
Karla Petersen
Dietrich Wendt

Beraterinnen und Berater:

Eberhard le Coutre
Rudolf Hinz
Rut Rohrandt
Renate Wilke-Launer

Mitglieder des Ausschusses 1998 bis 2003

Rainer Adomat
Luis Alvarez
Jürgen F. Bollmann
Edeltraud Engel
Frank Howaldt
Jürgen Jessen-Thiesen
Helmer-Christoph Lehmann
(*Vorsitzender, bis 2000*)
Cynthia Lies
Ilse Morgenroth
Anke Schimmer (*ab 2001*)
Margrit Semmler
(*Vorsitzende ab 2000*)
Ursula Sontag
(*Stellvertretende Vorsitzende*)
Wolf-Dietmar Szepan (*bis 2000*)
Petra Thobaben (*ab 2000*)
Dr. Joachim Wietzke

Vertreterinnen und Vertreter:

Iris Bendzuk
Jan Christensen
Birgit Dethlefs
Ermina Freytag
Susanne Hesemann
Kerstin Möller (*ab 2000*)
Karla Petersen
Matthias Petersen
Martin Pommerening

Beraterinnen und Berater:

Rüt Rohrandt
Renate Wilke-Launer

Mitglieder des Ausschusses 2004 bis 2008

Jürgen F. Bollmann
Irmgard Busemann (*bis 2007*)
Susanne Hesemann
Frank Howaldt
(*stellvertretender Vorsitzender*)
Hartwig Liebich
Cynthia Lies
Wulf Martens (*bis 2006*)
Gertrud Mehrens (*ab 2007*)
Ilse Morgenroth
Bernd Rickert
Dr. Klaus Schäfer (*ab 2005*)
Margrit Semmler (*Vorsitzende*)
Petra Thobaben
Joachim Wöbke (*ab 2006*)
Dr. Joachim Wietzke (*bis 2005*)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

Ermina Freytag
Dr. Dirk Hauer
Eberhard von der Heyde
Jürgen Jessen-Thiesen
Christel Kohnert
Martin Pommerening
Ursula Sontag
Heidi Stölken

Beraterinnen und Berater:

Wilfried Steen
Wolfgang Vogelmann
Renate Wilke-Launer

Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer des Ausschusses für Kirchliche Weltdienste

Walter Hildebrandt	1978 – 1981
Klaus-Dieter Harte-Hepp	1981 – 1989
Ulrich Röbbelen	1989 – 1991
Adelheid Wiedenmann	1991 – 1992
Otto-Michael Dülge	1992 – 2001
Dr. Mirjam Freytag	2001 – 2008

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Geschichte	
Ökumenische Anstöße für die kirchliche Entwicklungsarbeit	6
Kirchlicher Entwicklungsdienst in Schleswig-Holstein	7
Kirchlicher Entwicklungsdienst in Hamburg	8
Weltdienst-Engagement im NMZ	9
Der Weg zu einem gemeinsamen Kirchlichen Entwicklungsdienst in Nordelbien	9
Das Haus am Schüberg als Zentrum entwicklungspolitischer Bildungsarbeit	10
Entscheidungen über die neue Struktur der Zusammenarbeit	13
Der neue Ausschuss als „Umschlagsort“	20
Erhöhung des KED-Anteils	21
„Informationen über Weltkonflikte“	21
Entwicklungspolitisches Zentrum „Werkstatt 3“	22
Not- und Katastrophenhilfe	22
Ein Stipendienprogramm „mit dem frischen Wind der Ökumene“	22
Das Haus am Schüberg als entwicklungspolitisches Zentrum	23
Unterstützung für die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft	24
Mandat und Zusammensetzung des Ausschusses	24
Neue Struktur des Hauses am Schüberg	25
Neue Zusammensetzung des Ausschusses	25
Schwerpunkte entwicklungsbezogener Bildungsarbeit	26
Vorsitz des Ausschusses bleibt unverändert	26
Bekräftigung des kirchlichen Entwicklungsengagements durch die Synode	27
Die Förderung von Aktionsgruppen	28
Kirchliche Arbeit mit Personen ausländischer Herkunft	28
Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung	28
Mission und Entwicklung – eine alte Debatte wird neu geführt	28
Streit um die „Hoisbütteler Erklärung“	34
Spannungen im AKWD	34
Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit auf dem Lande	35
Nordelbische Arbeitsgemeinschaft der Referentinnen und Referenten für kirchlichen Entwicklungsdienst	36
Die Einbeziehung osteuropäischer Partnerkirchen in die Förderung von Kirchenkreisprojekten	37
Entwicklung, Umwelt und internationale Handelsbeziehungen	38
Die Förderung ökumenischer Begegnungen	39
Ausweitung des Mandats auf die Partnerkirchen in Osteuropa	39
Aktion Bundesschluss	40
Fortführung der Zusammenarbeit im Haus am Schüberg	41
Personelle Veränderungen in der Arbeit von AKWD und Kirchlichem Entwicklungsdienst	41
Der Trend zu Professionalisierung und Vernetzung	42
Wegweisende Synodenerklärung: „Weltwirtschaft und Gerechtigkeit“	43
In die Gesellschaft hineinwirken	46
„Informationen über Weltkonflikte“ werden eingestellt	47
Der AKWD geht in Klausur	47
Osteuropa-Förderungen bleiben ein Thema	48
„Das Proprium des KED ist das Engagement bei gesellschaftlichen Veränderungsprozessen!“	48
Ökumenisch-missionarisches Jugendprogramm	49
Kritische Rückfragen zu den Förderungen im Baltikum und in Osteuropa	49
20 Jahre AKWD – eine Zwischenbilanz	50
Eine Legislaturperiode geht zu Ende	51
Stärkung der ökumenischen Arbeit	51

Neues Fortbildungsangebot	51
Neue Amtszeit und Debatten über die Einbindung des Ausschusses in der Nordelbischen Kirche	59
Mit Puppentheater und Bauwagen	59
Debatte um ein Ökumenewerk	60
Gute Erfahrungen mit regionaler ökumenischer Arbeit	61
Förderung des Vereins für Ökumenische Studentenwohnheime	61
Kampagne „Erlassjahr 2000“	61
Personelle Veränderungen in der kirchlichen Entwicklungsarbeit	62
Ökumene – die andere Globalisierung	62
Weitere Mittel für die Arbeit des AKWD	70
Erweiterte NARKE	70
Veränderungen im Haus am Schüberg	71
Arbeitsstelle für die Dekade zur Überwindung von Gewalt	71
Das Netzwerk Ökumenischer Arbeitsstellen	72
Verstärkung der ökumenischen Jugendförderung	73
Ökumenische Bildungsarbeit in den Gemeinden	74
Verstärkung der ökumenischen Frauenarbeit	74
Gemeinsame Themen: Ökumene, Kirchlicher Weltdienst, Frieden, Abrüstung und Überwindung von Gewalt	75
Keine weiteren Ökumenischen Pfingstfeste	75
Politische Advocacyarbeit	75
Verantwortungsbewusste Geldanlage – auch ein Thema für den AKWD selbst	76
Kriterien für entwicklungspolitische Reiseprogramme	76
Neue Amtsperiode mit Rückblicken und Ausblicken	76
Neue Zusammensetzung des AKWD und Veränderungen im Kirchenamt	77
Die Einbindung der Ökumenischen Arbeitsstellen	78
Langzeitfortbildung zum Thema „Globalisierung und Gerechtigkeit“	79
Förderung von Programmen im Süden der Welt und in Nordelbien – ein Überblick	79
Engere Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein	84
25 Jahre ökumenisch-missionarisches Stipendienprogramm	84
„weltwärts“ – ein Freiwilligenprogramm eröffnet jungen Leuten neu Horizonte	84
Perspektiven entwicklungspolitischer Bildungsarbeit	85
Solidaritätskampagne „Aids bewegt“	85
Eine-Welt-Preis 2008	86
Infostelle Klimagerechtigkeit	87
Neue Strukturen der Ökumene-, Missions- und Entwicklungsarbeit in Nordelbien	87
Dank für 30 Jahre Engagement	88
Porträts	
Jens-Hinrich Pörksen: Die Gemeinde im Blick	14
Edeltraud Engel: Für die Belange des Südens und Ostens einsetzen	18
Ilse Morgenroth: Ehrenamtliches Engagement in der Gemeinde und in vielen Gremien	30
Paul-Gerhardt Buttler: Im gemeinsamen Bemühen die Sache voranbringen	32
Jürgen Bollmann: Ein wirklich gemeinsam getragener Entwicklungsdienst	54
Helmer-Christoph Lehmann: Spannungen können positiv sein	64
Margrit Semmler: Der AKWD – eine wirklich bunte Kuh	66
Frank Howaldt: Junge Menschen müssen angesprochen werden	68

Gespräche mit

Walter Hildebrandt: „Unser eigenes Leben hier verändern“	16
Klaus-Dieter Harte-Hepp: Es war unsere gemeinsame Sache	52
Otto-Michael Dülge: Wir sind eine offene, ökumenisch orientierte Kirche geworden	56
Mirjam Freytag: Ein weiter Blick	81

Eine-Welt-Preisträger

Aktion Bundesschluss	8
Partnerschaft Mrimbo – Heikendorf	20
artefact – Zentrum für nachhaltige Entwicklung	26
Alternative Hafentrunden Hamburg	38
Nepal-Team	40
peace brigades international	42
Ubuntu	44
Schülerfirma FairChoc	46
Daara.de	48
Open School 21	50
Basisgemeinschaft „Brot und Rosen“	60
KinderKulturKarawane	62
Deutsch-Tansanische Partnerschaft e.V.	74
„A taxi to life“	76
Mitglieder des Ausschusses für Kirchliche Weltdienste	89
Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer des Ausschusses für Kirchliche Weltdienste	91



Ausschuss für
Kirchliche Weltdienste
der Nordelbischen Evang.-Luth. Kirche

